

# Das Parlament

Berlin, Montag 15. September 2014

www.das-parlament.de

64. Jahrgang | Nr. 38-39 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Große Bürde für neuen Premier

**Haidar al-Abadi** Er hat eine nahezu unlösbare Aufgabe vor sich: Inmitten der Kämpfe gegen die Terrormiliz „Islamischer Staat“ wurde vergangene Woche Haidar al-Abadi zum neuen Ministerpräsidenten Iraks vor dem Parlament in Bagdad vereidigt. Er folgt dem nach achtjähriger Herrschaft zurückgetretenen Nuri al-Maliki, der in dem vom Bürgerkrieg geplagten Land keine Basis mehr für ein Weiterregieren hatte. Haidar al-Abadi gehört wie sein Vorgänger der schiitischen Dawa-Partei an und muss nun versuchen, die miteinander verfeindeten Sunniten, Schiiten und Kurden wieder zusammenzubringen. Der 62-Jährige ist promovierter Elektroingenieur und verbrachte als Gegner von Saddam Hussein viele Jahre im britischen Exil. Nach Saddams Entmachtung 2003 durch die US-Invasion wurde er Kommunikationsminister. *kru*

## ZAHL DER WOCHE

145.000

zivile Todesopfer gibt es infolge kriegerischer Auseinandersetzungen im Irak von 2003 bis heute. Allein in diesem Jahr wurden im Zweistromland bisher mehr als 11.000 zivile Todesopfer registriert.

## ZITAT DER WOCHE

»Der Kampf fordert ein geschlossenes Vorgehen aller.«

Kanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Generalaussprache im Bundestag zur von ihr gewünschten Bildung einer breiten Allianz gegen die Terrormiliz Islamischer Staat (IS)

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
Endlager Eine Bundestags-Kommission sucht nach Kriterien Seite 10

**EUROPA UND DIE WELT**  
Baltikum Die russische Minderheit wird als Unsicherheitsfaktor gesehen Seite 12

**Irak** Viele Differenzen trennen die diversen Kurden-Gruppen Seite 13

**KEHRSEITE**  
Bundestag Zehntausende besuchten den „Tag der Ein- und Ausblicke“ Seite 14

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
60268 Frankfurt am Main



# Krisen vor der Tür

**GENERALDEBATTE** Konflikte von der Ukraine bis zum Irak beherrschen die Beratungen zum Haushalt

Es ist noch gar nicht so lange her, als in Leitartikeln und Kommentaren zu lesen war, dass es in der Politik im Allgemeinen und im Bundestag im Besonderen nicht mehr um die ‚großen‘ Fragen und richtungweisenden Entscheidungen gehe. Wie rasch sich Zeiten ändern können, wie schnell das gestern Selbstverständliche plötzlich in Frage stehen kann – das haben außenpolitischen Krisen dieses Jahres von der Ukraine bis zum Irak unmissverständlich vor Augen geführt. Plötzlich ist von einer Welt, die aus den Fugen geraten ist, die Rede, von der Zuspitzung und Parallelität der Krisen und vom Gespenst der Geschichte, das mit willkürlichen Grenzverschiebungen in Europa wieder auftaucht. Formulierungen, die auch in Berlin in diesen Tagen die Runde machen. Und die – ganz ungewohnt – die stets nach der Sommerpause anstehenden Etatberatungen prägen.

**Grundsatzfrage** Bereits Anfang September war der Bundestag außerplanmäßig aus der Sommerpause zu einer Sondersitzung zusammengelassen, um über eine heikle Frage zu debattieren: Soll man die Kurden im Irak mit Waffen ausrüsten, um die vorrückenden Terrormilizen des „Islamischen Staates“ (IS) in Schach zu halten? Für manchen Abgeordneten erschien dies wie die Wahl zwischen Skylla und Charybdis. „Niemand kann kontrollieren, wo die Waffen am Ende landen und zu welchem Zweck sie eingesetzt werden“, sagte etwa der Fraktionschef der Grünen, Anton Hofreiter. Vom Grundsatz, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern, dürfe man nicht abweichen. SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann wiederum kam nach „wohlbegründeten Abwägung“ zu dem Schluss, dass die Gefahr eines „fortgesetzten Völkermordes und weiterer Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ höher zu bewerten sei als das „durchaus vorhandene Risiko, dass unsere Waffen in falsche Hände geraten“. Mit dieser Linie setzten sich die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD am Ende durch: Sie unterstützen einen Beschluss der Bundesregierung zur Ausrüstung der kurdischen Peshmerga, der Streitkräfte der autonomen Region Kurdistan im Nordirak. Auch in der vergangenen Woche, in der die Bundesregierung ihren Plan für einen ausgeglichenen Haushalt konkret vorstellte, rückte die Außenpolitik schnell in den Vordergrund. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stellte in der Generaldebatte wiederholt klar, dass der Konflikt in der Ukraine militärisch nicht zu lösen sei. Sie machte



In mehreren Weltregionen haben sich Krisen entzündet, die in der vergangenen Woche Thema im Bundestag waren.

sich dafür stark, dass die von der EU beschlossenen neuen Sanktionen gegenüber Russland nun auch scharf gestellt werden – diese traten am Freitag vergangene Woche in Kraft. Zugleich betonte Merkel, dass die Tür zu Verhandlungen offen bleibe und man die Nato-Russland-Grundakte nicht aufkündigen wolle. Beim Kampf gegen den IS sei entschlossenes Handeln erforderlich – in einem „Bündnis möglichst vieler Staaten“, sagte Merkel und verwies auf die mittlerweile angelaufene Lieferung von Rüstungsgütern an die Kurden. Die Bundesregierung habe zudem bisher 50 Millionen Euro als Nothilfen für die Menschen in der Region bereitgestellt. Für den Vorsitzenden der Linksfraktion, Gregor Gysi, sind die Waffenlieferungen „falsch und bleiben falsch“. In der Region gebe es bereits genügend Waffen. Gysi forderte zudem ein UN-Mandat für das Vorgehen gegen IS und

stellte über die Eiszeit im UN-Sicherheitsrat einen Bezug zu Russland und zur Ukraine-Krise her: Die internationalen Konflikte seien nur mit und nicht ohne oder gar gegen Russland lösbar. Insgesamt wirke die Außenpolitik der Regierung „hilflos, wirr und durcheinander“.

Soweit gingen die Grünen in ihrer Kritik nicht – in der Russlandpolitik stellten sie sich weitgehend hinter die Regierung: „Putin hat die Krim besetzt und die Ostukraine, und er stellt damit Europas Werte knallhart auf die Probe“, sagte die Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt. Die Ausweitung der Sanktionen sei die richtige Antwort. Ziel müsse zudem sein, in der Energieversorgung unabhängiger von Russland zu werden. Göring-Eckardt kritisierte, dass die Bundesregierung kein erkennbares Konzept zu einer deutschen Beteiligung im Kampf gegen IS habe und bisher nur 50 Millionen Euro für

humanitäre Hilfe bereitgestellt habe – gegenüber einem Betrag von 70 Millionen Euro für die Waffenlieferungen. In diesem Punkt sah auch Unions-Fraktionschef Volker Kauder die Regierung aufgefordert. Für die Hilfe für Flüchtlinge im Nordirak müssten EU-Mittel mobilisiert werden: „Das Geld ist da. Ich habe die Bitte an die Bundesregierung, Europa da einmal etwas Beine zu machen“, sagte Kauder.

**Verbot** Eine militärische Beteiligung an einem Kampfeinsatz gegen IS schloss die Bundesregierung am vergangenen Freitag aus. Und sie setzte mit dem Verbot sämtlicher IS-Aktivitäten in Deutschland noch ein anderes Zeichen. „Wir müssen verhindern, dass radikalisierte Islamisten ihren Dschihad in unsere Städte tragen“, sagte Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Der IS sei eine Bedrohung auch für die öffentliche Sicherheit in Deutschland. Verboten ist damit nunmehr jede Beteiligung am IS, Propaganda im Internet oder bei Demonstrationen und das Anwerben von Kämpfern. Auch das Tragen von Kennzeichen oder das Spendensammeln ist nicht mehr erlaubt. *Alexander Heinrich*

»Die Tür zu Verhandlungen ist und bleibt offen.«

Bundeskanzlerin  
Angela Merkel (CDU)

## Die Lektionen der Geschichte begreifen

**GEDENKSTUNDE** Bundestag erinnert im Zeichen aktueller Konflikte an den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren

Eine Frage stellte Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) seinen Zuhörern mehrfach: „Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben? Auf welcher Seite stehen wir?“ Diese Frage des früheren Papstes Johannes Paul II., zitierte Lammert in der Gedenkstunde des Bundestages zum 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs nicht nur, um auf die Vergangenheit zu verweisen. „Auch heute zahlen Generationen viel für ihre Freiheit, ohne die Gewissheit, sie tatsächlich zu erreichen“, sagte Lammert unter Verweis auf aktuelle Kriege wie in Syrien, im Irak und der Ukraine. Am vergangenen Mittwoch erinnerte der Bundestag gemeinsam mit den wichtigsten Vertretern der Verfassungsorgane, unter ihnen Bundespräsident Joachim Gauck, an den Ausbruch des „verheerendsten Krieges in der Geschichte, für den Generationen viel, zu viel bezahlen mussten“, so Lammert. Er zeigte sich bewegt darüber, dass der polnische Staatspräsident Bronislaw Komorowski als Hauptredner der Veranstaltung in den Bundestag gekommen war, schließlich habe Polen länger als andere unter deutscher Besatzung gelitten.



Norbert Lammert, Bronislaw Komorowski und Joachim Gauck (v.l.) vor dem Reichstag

Wir dürfen es nie vergessen, dass die Ereignisse im September 1939 die Vorboten einer beginnenden Katastrophe für das gesamte Europa waren, mahnte Komorowski deshalb. Nicht hoch genug könne vor diesem Hintergrund die deutsch-polnische Versöhnungsleistung der vergangenen Jahrzehnte bewertet werden. Sie käme einem „kopernikanischen Umbruch“ gleich, sagte Komorowski. Er

forderte Deutsche und Polen auf, diese Basis zu nutzen: „Unsere Länder sollten dafür sorgen, dass eine neue Ost-West-Spaltung Europas verhindert wird. Wir brauchen eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft für die Zukunft Europas.“ Diese müsse auch eine gemeinsame Antwort „auf die Gefahren in den Nachbarländern finden“, sagte er unter

Bezug auf den Ukraine-Konflikt. Durch den Angriff auf die Ukraine greife Russland den fundamentalen Grundsatz einer zivilisierten Welt an, das Prinzip der Achtung vor der Souveränität von Staaten, stellte Komorowski fest und forderte von Europa mehr Geschlossenheit bei der Verteidigung dieser Werte. Lammert sprach in diesem Zusammenhang Bundespräsident Gauck ausdrücklich seinen „Respekt“ dafür aus, bei der Gedenkveranstaltung zum Kriegsausbruch am 1. September in Danzig „am richtigen Platz zum richtigen Anlass das Richtige gesagt“ zu haben. Gauck hatte in seiner Danziger Rede in ungewöhnlich deutlichen Worten die Politik Moskaus kritisiert. So wurde auch aus der Gedenkstunde des Bundestages schließlich fast eine Aktuelle Stunde. (Wortlaut der Reden in der Beilage „Debattendokumentation“)

*Claudia Heine*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



## EDITORIAL Notfalls mit Gewalt

VON JÖRG BIALLAS

Es waren fünf Worte, die 2001 Applaus im Deutschen Bundestag aufbrausen ließen: „Der Kalte Krieg ist vorbei!“ Wladimir Putin, seinerzeit wie heute Präsident der Russischen Föderation, hat diesen Satz markig und selbstbewusst in den Saal geschleudert. Jener starke Mann Russlands also, dessen Ukraine-Politik jetzt erneut einen Keil zwischen seine Nation und die übrige Welt treibt.

Putin schürt damit längst überwunden geglaubte Konflikte verhindert. Aber es war ein angespannter Frieden. Beide Blöcke verkehrten wegen ihrer Rüstungsanstrengungen auf Augenhöhe und nicht etwa, weil Ost und West sich nach dem Grauen auf den Schlachtfeldern des 20. Jahrhunderts wirklich ausgesöhnt hätten.

Und doch hat sich über die Jahrzehnte ein Prozess der Entspannung eingestellt. Dieser Prozess erweckte mitunter den Eindruck, fortan seien militärische Aktionen keine Option der politischen Strategie mehr. Die aktuellen Krisen der Welt, mannigfaltig und schwerwiegend wie lange nicht, lehren das Gegenteil. Im Einzelfall muss ordnend eingegriffen werden. Andernfalls drohen humanitäre Katastrophen, die sich zudem nicht unbedingt regional begrenzen lassen.

Welche Mittel angemessen sind, um auf solche Entwicklungen zu reagieren, ist immer eine schwierige politische Entscheidung. Reicht es, wenn die Möglichkeit militärischen Engagements nicht ausgeschlossen wird? Ist es notwendig, wie jetzt mit dem Beschluss zur Hilfe für die kurdischen Kämpfer im Nordirak, eine Seite direkt mit Waffen zu unterstützen? Oder müssen gar im Rahmen eines internationalen Mandats deutsche Soldaten in Krisengebiete entsandt werden?

Eine kluge Außenpolitik darf Gewalt nicht provozieren. Sie darf Gewalt als Mittel zum Zweck der Befriedung und zur Wahrung von Menschen- und Völkerrechten aber auch nicht kategorisch ausschließen. In diesem Spannungsfeld bewegt sich jede parlamentarische Entscheidung über Militärfaktionen. Dabei ist eine sensible Hand nötig. Und die Überzeugung, die sich gerade aus der deutschen Geschichte gewinnen lässt: Am Ende hat stets die Demokratie die Oberhand.



GASTKOMMENTARE

WAFFENEXPORTE MIT PARLAMENTSVORBEHALT?

Politisch klug

PRO



Robert Birnbaum  
»Der Tagesspiegel«, Berlin

Waffenexporte zu genehmigen oder zu versagen ist eigentlich eine klassische Aufgabe der Regierung. Und das sollte auch so bleiben – eigentlich. Ob und welches Land zu welchen Bedingungen Waffen aus Deutschland erhalten darf, gehört in das Feld der Wirtschafts- und noch mehr der Außenpolitik, die ja mit gutem Grund auch in anderen Fragen auf ihrer diplomatischen Diskretion besteht. Aber der jüngste Fall, die Waffenlieferung an Kurden im Irak, hat dann doch eine neue Qualität: Hier mischt sich die Bundesrepublik direkt in einen heißen Konflikt ein. Blicke das die seltene Ausnahme, von der die Koalition spricht, müsste man nicht weiter nachdenken. Doch das Modell „Hilfe zur Selbsthilfe“ hat Zukunft. Die Erfahrungen mit direkten Interventionen von Afghanistan bis Afrika sind ermutigend genug, um die Prognose zu erlauben, dass die Bundeswehr so bald keine größere Expedition zur Befriedung ferner Länder unternehmen wird. Bloß wegschauen ist indessen, wie Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) etwas voreilig, aber trotzdem richtig formuliert hat, keine Alternative. Die „richtige“ einheimische Seite in einem Konflikt mit Waffen und Ausrüstung zu unterstützen wäre eine Alternative – der logische nächste Schritt nach jener Ausbildungshilfe, wie sie die Bundeswehr gerade in Mali leistet. Damit wird aber die Grenze von der Außen(wirtschafts)politik zur Kriegsbeteiligung überschritten. Und über Krieg und Frieden sollte das Parlament entscheiden, auch wenn es – vielleicht nur: zunächst? – nicht um das Leben deutscher Soldaten geht. Juristisch mag das nicht zwingend sein. Politisch klug wäre es trotzdem.

Exekutive Rechte

CONTRA



Sven Siebert  
»Sächsische Zeitung«, Berlin-Büro

Wäre es nicht schöner, transparenter und vor allem demokratischer, wenn der Bundestag über jeden Waffenexport entscheiden würde? Wäre es richtig gewesen, wenn der Bundestag und nicht die Bundesregierung über die militärische Ausrüstungshilfe für die Kurden im Irak befunden hätte? Nein. Weder fehlt der Regierung die Legitimation, noch umgeht sie die Mitwirkungsrechte des Parlaments. Der Bundestag verabschiedet Gesetze, er stellt den Haushalt auf, er allein entscheidet über die Einschränkung von Grundrechten. Im Übrigen überträgt er der Regierung exekutive Rechte. Und das ist richtig so. Die Bundeskanzlerin muss eben nicht in allen Einzelfragen den Bundestag befragen. Der Innenminister kann die Bundespolizei auch ohne Sondermandat nach Gorleben schicken. Die Regierung kann und muss entscheiden. Sie hat Kompetenzen übertragen bekommen, die sie überhaupt erst handlungsfähig machen. Umgekehrt kann sie nicht nach Belieben heikle Entscheidungen ans Parlament delegieren. Die Beteiligung bewaffneter Streitkräfte an Auslandseinsätzen ist eine Ausnahme von diesem Prinzip. Hier gilt der Parlamentsvorbehalt. Es geht um Soldaten, bewaffnete Menschen in Uniform. Es geht nicht nur um den Einsatz deutscher Waffen. Das ist ein wichtiger Unterschied. Genau hier verläuft die Grenze zwischen exekutivem Regierungshandeln und Parlamentsvorbehalt. Dem Bundestag ist dadurch nicht das Recht genommen, die Entscheidung zu debattieren. Er hat das im Fall der Waffen für Kurdistan auch intensiv getan. Und wenn das Parlament oder eine Koalitionsfraktion zu dem Schluss kommt, dass die Regierung falsch gehandelt hat, stürzt die Kanzlerin. Oder sie muss sich eine neue Mehrheit suchen.

Mehr zum Thema der Woche auf Seite 1 bis 3  
Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Annen, US-Präsident Obama hat kürzlich gesagt: „Wenn man die Abendnachrichten sieht, fühlt es sich an, als falle die Welt auseinander.“ Geht es Ihnen ähnlich angesichts der Meldungen aus der Ukraine und dem Nahen Osten?

Mir ist dieser Gedanke auch schon gekommen. Und dass etwas in der Welt aus den Fugen geraten ist, merke ich vor allem an den Reaktionen der Bürger. Im Bundestagswahlkampf vor einem Jahr ging es den meisten vor allem um Rentenpolitik, Mindestlöhne, Bildung. Das hat sich verändert. Zum ersten Mal werde ich mit Blick auf die Beziehungen zu Russland direkt gefragt: „Kehrt der Krieg nach Europa zurück?“

Und was antworten Sie?

Ich bin nach wie vor optimistisch, dass wir einen Krieg in der Ukraine vermeiden können. Aber die deutsche Außenpolitik hat im Moment alle Hände voll zu tun, eine solche Option abzuwenden. Ohne Ängste schüren zu wollen, aber das ist eine dramatische Entwicklung. Die aktuellen Konflikte finden in unserer unmittelbaren Nachbarschaft statt. Sie bedrohen uns direkt.

Was macht den Ukraine-Konflikt, aber auch den Vormarsch der radikalen Miliz „Islamischer Staat“ (IS) in Syrien und dem Irak, so gefährlich für uns?

In der Rhetorik von Russlands Präsident Wladimir Putin deutet einiges darauf hin, dass es sich bei der Annexion der Krim und der Auseinandersetzung um die Ostukraine nicht um einen Sonderfall handelt, sondern dass die einseitige Verschiebung von Grenzen zur Realität in Europa werden könnte. Wer das tut, spielt mit dem Feuer, wie wir aus unserer eigenen Geschichte wissen. Und IS will im Nahen Osten einen Terrorstaat erschaffen – und auf dem Weg zum Kalifat hat die Miliz große Geländegewinne erzielt. Wir gehen davon aus, dass mehr als 300 Deutsche für IS kämpfen oder gekämpft haben. Die bringen ihre Erfahrungen und ihre Radikalisierung irgendwann wieder mit nach Deutschland. Die Gefahr von Anschlägen steigt auch hierzulande.

Deutschland hat nun Waffen an die kurdischen Peschmerga im Nordirak geliefert, um sie im Kampf gegen IS zu unterstützen. Lehrt nicht die Erfahrung, dass solche Waffen am Ende viel zu häufig in die falschen Hände geraten?

Ja, wir sind in Sorge, dass die Waffen, die wir liefern, möglicherweise für einen zukünftigen Unabhängigkeitskrieg genutzt werden könnten. Aber auch Nichtstun hat Konsequenzen. Wir mussten sehr schnell eine schwierige Entscheidung treffen: Die IS-Truppen standen nur 40 Kilometer vor der Stadt Erbil. Wir mussten verhindern, dass die Miliz die kurdische Region überrennt. Dort sind ja auch eine halbe Million Flüchtlinge aus dem Irak und Syrien untergekommen, die im Rahmen der sehr begrenzten Möglichkeiten der irakisch-kurdischen Region versorgt werden.

Es wird berichtet, dass es nicht die Peschmerga, sondern Kämpfer der in Europa verbotenen Kurdenorganisation PKK waren, die die Jesiden vor dem Vorrücken der IS gerettet haben. Gehen die deutschen Waffen an die falsche Adresse?

Nein. Irakisch-Kurdistan ist die einzige Region im Irak, die vernünftig regiert wird. Wenn sie zusammenbricht, dann wäre die IS-Miliz ihrem Ziel, die Nachkriegsordnung des Nahen Ostens zu zerstören, ein großes Stück nähergekommen. Richtig ist, dass die kurdische YPG, die im Grunde genommen ein Ableger der PKK ist, im Norden Syriens ebenfalls 100.000 Flüchtlinge versorgt. Das verdient unsere Unterstützung. Wir müssen in dieser Situation bereit sein, mit allen zu reden, auch mit YPG und PKK.

»Brauchen politische Lösung«

NIELS ANNEN Der SPD-Außenexperte schließt eine deutsche Beteiligung an Luftschlägen gegen die radikale IS-Miliz aus



© spd.de/Dominik Burmann

Auch mit Syriens Präsident Assad? IS konnte nur wegen der verbrecherischen Politik vom Assad überhaupt so erfolgreich werden. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass er eine Rolle spielen kann. Die einzige Rolle, die er spielen sollte, ist die vor einem Kriegsverbrechertribunal.

Über die Waffenlieferungen hat der Bundestag in einer Sondersitzung debattiert und symbolisch abgestimmt. Jetzt werden Forderungen nach einer Ausweitung des Parlamentsvorbehalts laut. Soll-

te das Parlament in Zukunft zustimmen müssen, bevor Deutschland Ausstattungshilfe leistet?

Es ist legitim, über eine Ausweitung des Parlamentsvorbehalts nachzudenken. An der Debatte beteilige ich mich auch gerne. Bisher gilt der Vorbehalt ja nur, wenn bewaffnete Streitkräfte in Auslandseinsätze entsendet werden sollen. Ich bin mir aber nicht sicher, ob ich wirklich über jede einzelne Waffenlieferung im Bundestag abstimmen möchte. Diese Entscheidungen sollten Sache der Regierung bleiben.

Die USA wollen IS jetzt mit Luftschlägen auch in Syrien bekämpfen. Wird sich Deutschland daran beteiligen? Einige Außenpolitiker der Union befürworten dies.

Das ist ausgeschlossen. Unser Ziel sollte es sein, die demokratischen Kräfte in der Region in die Lage zu versetzen, diesen Kampf zu gewinnen. Dafür brauchen sie eine möglichst breite politische Unterstützung der internationalen Gemeinschaft. Meine Hoffnung ist, dass es einen neuen Anlauf der Vereinten Nationen für einen Waffenstillstand in Syrien gibt und die neue irakische Einheitsregierung unter Führung von Haidar al-Abadi eine politische Stabilisierung des Landes in Gang setzen kann. Diesen Prozess wollen wir tatkräftig unterstützen.

Sie haben die vielen Flüchtlinge in der Region erwähnt. Die Bundesregierung betont immer wieder, dass deshalb nun vor allem humanitäre Hilfe geleistet werden muss. Wie ist dann zu erklären, dass die Mittel hierfür im kommenden Jahr um 38 Prozent gekürzt werden sollen?

Das ist nicht zu erklären. Ich bin mir sicher, dass am Ende der Haushaltsberatungen ein signifikant höherer Betrag für humanitäre Hilfe bereitgestellt werden wird. Die Ressourcen der deutschen Außenpolitik müssen dauerhaft gestärkt werden.

Sprechen wir noch mal über die Ukraine. Die Nato zeigt mehr Präsenz in Osteuropa, die Sanktionen werden weiter verschärft. Sind wir nicht längst mittendrin in der Logik eines neuen Kalten Krieges?

Gegen diesen Eindruck wehre ich mich vehement. Der Konflikt hat einen ganz anderen Charakter, wengleich dieser nicht weniger besorgniserregend ist. Putin hat kürzlich auf einer Tagung vor Jugendverbandsvertretern öffentlich daran erinnert, dass er über Atomwaffen verfügt. Dies ist eine Verschärfung der Rhetorik, wie wir sie seit Chruschtschow nicht mehr erlebt haben.

Wie kann eine weitere Eskalation verhindert werden?

Viele glauben, dass man jetzt auf Abschreckung und Militär, etwa auf eine Aufrüstung der Nato, setzen muss. Polens Präsident Bronislaw Komorowski hat am Mittwoch im Bundestag genau diese Botschaft an uns gerichtet. Ich nehme das ernst, habe aber meine Zweifel. Wir müssen jetzt erst recht miteinander im Gespräch bleiben. Wenn man weiß, dass man keine militärischen Möglichkeiten hat, sollte man auch nicht so tun, als wäre sie eine Option. Russland ist eine Nuklearmacht!

Aber die Sorgen, insbesondere der Polen und Balten, können die anderen Europäer doch nicht einfach ignorieren.

Nein, und genau hier liegt für mich die neue Verantwortung der deutschen Außenpolitik. Wir müssen eine Politik formulieren, die gegenüber Russland klar ist, die aber gleichzeitig die Ängste unserer europäischen Partner berücksichtigt. Europa zusammenhalten – das hat jetzt oberste Priorität. Deshalb ist Außenminister Steinmeier ins Baltikum gereist, deshalb war Bundeskanzlerin Merkel in Polen, deshalb halten wir permanenten Kontakt auch auf parlamentarischer Ebene.

Das Gespräch führte Johanna Metz.

Niels Annen (41) ist außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Nachrücker: Tobias Lindner

Braucht die Bundeswehr angesichts der Vielzahl an Krisen in der Welt mehr Geld? Tobias Lindner, Haushaltspolitiker und Berichterstatter der Grünen für den Wehretat, beantwortet die Frage mit einem klaren Nein. Erst im vergangenen Jahr habe schließlich Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) 1,5 Milliarden Euro an nicht verbrauchten Haushaltsmitteln an den Finanzminister zurückgegeben. „Es mangelt der Bundeswehr nicht an Geld. Sie hat eher ein Problem beim Umgang damit“, lautet die Einschätzung Lindners. Mehr Geld auszugeben als die Bundesregierung derzeit plant, ist für den 32-jährigen Volkswirt jedoch kein Tabu. „Die Krisen werden uns Geld kosten. Vor allem bei der humanitären Hilfe“, sagt er. Einer der aktuellen Krisenherde ist der Irak. Die Bundesregierung will sich mit Waffenlieferungen am Kampf gegen die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ beteiligen. Die Grünen-Fraktion stimmte dem nicht zu. „Im Irak fehlt es nicht an Waffen“, sagt Lindner und verweist auf die Problematik des möglichen Missbrauchs der gelieferten Waffen. Als Plädoyer für ein Nichtstun und Wegschauen sei dies jedoch nicht zu verstehen, betont der Grünen-Politiker. Seiner Ansicht nach sollten sich die Vereinten Nationen mit dem Thema befassen. „Wenn es einen UN-Beschluss geben sollte, etwas zu unternehmen, darf sich auch Deutschland dem nicht entziehen. Das gilt für die Lieferung von Waffen, für die Aufnahme von Flüchtlingen sowieso, aber in letzter Konsequenz auch für einen eventuellen militärischen Beitrag, wenn die internationale Gemeinschaft das für unabdingbar hält“, fordert der 32-Jährige.

Die Vielzahl der Krisen derzeit könnte auch Einfluss auf die europäische Verteidigungspolitik der Zukunft haben, glaubt er. Stichwort: Pooling and Sharing, die Zusammenlegung und gemeinsame Nutzung militärischer Fähigkeiten. „Eine Debatte, die ich bislang als sehr theoretisch erlebt habe: Jeder ist irgendwie dafür – wenn es konkret wird, sind die Beharrungskräfte aber sehr groß“, findet Lindner. In Deutschland habe das mit dem Parlamentsvorbehalt zu tun. „Eine der wichtigsten Errungenschaften des Bundestages.“ Doch auch bei den Europä-



»Es mangelt der Bundeswehr nicht an Geld. Sie hat eher ein Problem beim Umgang damit.«

schen Partnern gelten Außen- und Sicherheitspolitik als konstituierende Elemente eines Staates. „Es wird sich zeigen, ob die Staaten bereit sind, hier etwas abzugeben. Ich glaube, die derzeitige Multikrisensituation treibt das voran. Jedes Land erkennt, dass es allein militärisch nichts mehr ausrichten kann“, sagt der Grünen-Politiker, der nicht nur Obmann im Haushaltsausschuss, sondern auch Mitglied des Verteidigungsausschusses ist.

Und das, obwohl er erst seit Juni 2011 Bundestagsabgeordneter ist. Oder vielleicht auch gerade deswegen. Als „Nach-Nachrücker“ für Ulrike Höfken, die Umweltministerin in Rheinland-Pfalz wurde, kam Lindner in den Bundestag. Nachdem zwei eigentlich vorgesehene Grünen-Politiker auf den Schritt nach Berlin verzichtet hatten. Lindner, promovierter Volkswirt, ging sofort in den Haushaltsausschuss und übernahm den Platz des ebenfalls aus dem Parlament ausgeschiedenen Alexander Bonde. „Als Neuer im Ausschuss wurde mir der Verteidigungsetat zugewiesen“, erinnert sich Lindner. Einmal mit der Materie vertraut, wurde er von seiner Fraktion in den Euro-Hawk-Untersuchungsausschuss geschickt. Zum Dank für erfolgreiches Wirken dort nun also der Verteidigungsausschuss. „Da gibt es ganz gute Synergieeffekte mit dem Haushaltsausschuss“, findet er. Ambitionen für Positionen ganz oben hatte Tobias Lindner schon als 18-jähriger Jungspund. „Damals wollte ich Berufspolitiker werden, am liebsten Bundeskanzler.“ Zwei Jahre später aber sah das schon ganz anders aus. Lindner studierte und plante ein ganz normales Berufsleben. Nebenbei machte er Kommunalpolitik – zuletzt als Mitglied des Kreistages Gernersheim. Sein Zwischenfazit nach drei Jahren Bundestag: „Ich mache die Arbeit gerne und will sie auch gerne weitermachen. Aber wer mit 29 Jahren in den Bundestag kommt, sollte nicht mit 79 wieder herausgetragen werden.“

Götz Hausding

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 X  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-305 15  
Telefax (0 30) 227-365 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur  
Jörg Biallas (jb)

Verantwortliche Redakteure  
Claudia Heine (che)  
Alexander Heinrich (ahe), stell. CxO  
Michael Klein (mik)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans Krump (kru), CxO  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
12. September 2014

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kurhusenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Anzeigen-Vertriebsleitung  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Klaus Hofmann (verantw.)  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main

Leserservice/Abonnement  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung Das Parlament  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 53  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: parlament@fsf-medien.de

Anzeigenverkauf  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Karin Kortmann  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-43 75  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: karin.kortmann@fsf-medien.de

Anzeigenverwaltung, Disposition  
Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Anzeigenabteilung  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (0 69) 75 01-42 74  
Telefax (0 69) 75 01-45 02  
E-Mail: anzeigenverwaltung@fsf-medien.de

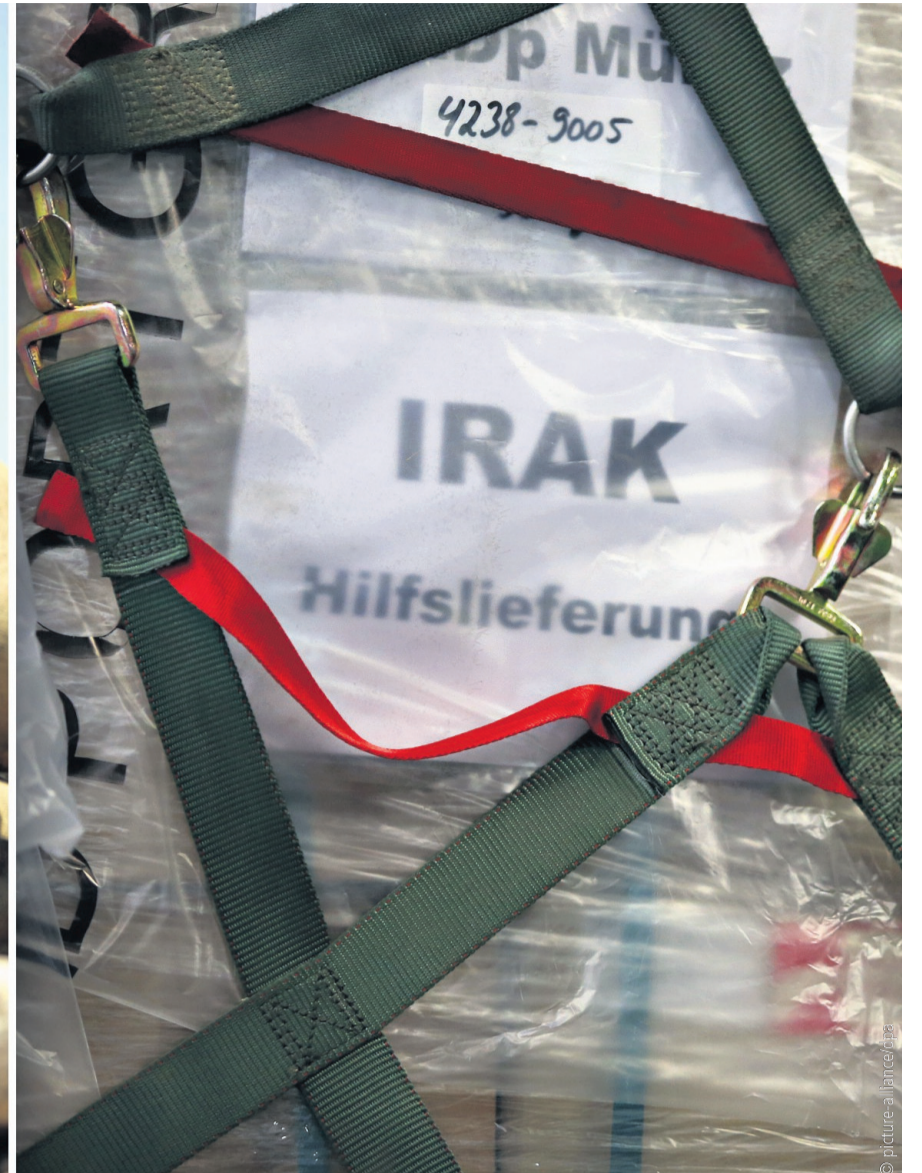
Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)  
Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unvollständige Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterzeichnungsarbeiten können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.





Unter anderem mit der Panzerabwehrwaffe Milan (links) sollen kurdische Peschmerga-Kräfte ausgestattet werden. Außerdem hat die Bundesregierung bislang Hilfsgüter in Höhe von 50 Millionen Euro für die Flüchtlinge im Nordirak zur Verfügung gestellt.

# Vermintes Gelände

**RÜSTUNG** »Politische Grundsätze« setzen Waffenexporten Grenzen, lassen der Exekutive aber auch Spielraum zur Abwägung

Verantwortung bedeutet oft Abwägung zwischen schlechten und noch schlechteren Optionen.“ Dieser Satz fiel Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift „Internationale Politik“, angesichts aktueller Krisen zu der im Frühjahr von mehreren Politikern erhobenen Forderung nach „mehr Verantwortung“ Deutschlands ein. Zu den „noch schlechteren Optionen“ gehört für sie „ein von einer genozidalen Miliz geführter Terrorstaat mit Zugriff auf Ölressourcen“. Als lediglich schlechte und damit vorzuziehende Option bewertet sie Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga-Milizen, die sich den Mördern des „Islamischen Staats“ (IS) entgegenstellen.

Einem solchen Verständnis von Verantwortung entsprechend liefert die Bundesregierung nun Waffen an die Peschmerga. Sie verstößt damit gegen den hochgehaltenen Grundsatz, keine Waffen in Spannungsgebieten zu liefern. Streng genommen haben allerdings auch schon frühere Bundesregierungen gegen diesen Grundsatz verstoßen. Sonst hätten sie während des Nordirland-Konflikts keine Waffengeschäfte mit Großbritannien zulassen dürfen und erst recht keine mit der Türkei, die sich zeitweise bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen mit kurdischen Separatisten lieferte.

Freilich sind Großbritannien und die Türkei Nato-Partner. An diese dürfen deutsche Waffen grundsätzlich exportiert werden, ebenso wie an EU-Staaten und die „Nato-gleichgestellten Länder“ Australien, Japan, Neuseeland und Schweiz, „es sei denn, dass aus besonderen politischen Gründen in Einzelfällen eine Beschränkung geboten ist“. So steht es in den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“. Für alle übrigen Länder gilt die umgekehrte Einschränkung: Es dürfen keine Kriegswaffen exportiert werden, „es sei denn, dass im Einzelfall besondere außen- oder sicherheitspolitische Interessen der Bundesrepublik Deutschland unter Berücksichtigung der Bündnisinteressen für eine ausnahmsweise zu erteilende Genehmigung sprechen“.

**Grundsätze** Die „Politischen Grundsätze“ sind neben dem „Gemeinsamen Standpunkt der EU betreffend gemeinsame Regeln für die Kontrolle der Ausfuhr von Militärtechnologie und Militärgütern“ die Grundlage für Entscheidungen der Bundesregierung, wobei die jeweils strengeren Regelungen, – meist sind das die deutschen – Vorrang haben. Unter anderem wird „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibland besonderes Gewicht beigemessen“, wie es in den „Politischen Grundsätzen“ heißt. Zudem solle nicht in Länder exportiert werden, „die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind oder wo eine solche droht“. Die Richtlinien sind so formuliert, dass sie immer noch einen gewissen Raum für die politische Abwägung lassen, sozusagen

zwischen „schlecht“ und „noch schlechter“. Beim Ergebnis solcher Abwägungen sah sich die jeweilige Bundesregierung allerdings oft dem Vorwurf ausgesetzt, sie habe sachfremde Kriterien wie den Erhalt von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie mit einfließen lassen. So war es zuletzt beim in der schwarz-gelben Regierungszeit sich anbahnenden Panzerexport nach Saudi-Arabien, einem Land, in dem Menschenrechte wenig gelten und das zudem mitten in einer Konfliktregion liegt. Von Regierungsseite wurden damals Exporte dorthin noch immer mit der stabilisierenden Rolle Saudi-Arabiens begründet, die gerade in dieser konfliktreichen Region von hohem Wert sei.

**Verfahren** Politisch umstritten ist nicht nur das Ergebnis mancher Entscheidungen, sondern schon der Weg dorthin. Eine Firma, die Rüstungsgüter exportieren will, muss sich an den Bundeswirtschaftsminister wenden. Meist geschieht dies in Form einer Voranfrage, bevor ein formeller Exportantrag gestellt wird. Kommt das Ministerium, eventuell nach Rücksprache mit anderen Ressorts, zu dem Ergebnis, dass ein Export offensichtlich gegen die politischen Kriterien verstoßen würde, kann es ihn direkt ablehnen. Andernfalls bringt der Bundeswirtschaftsminister die Voranfrage oder den Antrag in den Bundessicherheitsrat ein, einen Ausschuss des Bundeskabinetts. Dieser besteht aus der Bundeskanzlerin als Vorsitzender, den Ministern für Wirtschaft, Auswärtiges, Inneres, Justiz, Finanzen, Verteidigung und wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie dem Chef des Kanzleramts. Der gesamte Entscheidungsprozess ist geheim und bleibt es im Fall einer Ableh-

nung auch. Nur bei einer Genehmigung werden das Parlament und die Öffentlichkeit im Nachhinein unterrichtet. Gegen diese Praxis läuft derzeit eine Klage der Grünen-Abgeordneten Hans-Christian Ströbele, Claudia Roth und Katja Keul vor dem Bundesverfassungsgericht. Die drei hatten im Juli 2011 von der Bundesregierung wissen wollen, ob Presseberichte stimmen, wonach der Bundessicherheitsrat die Lieferung von 200 Leopard-Kampfpanzern nach Saudi-Arabien grundsätzlich gebilligt hat. Da die Bundesregierung eine Antwort verweigerte, gingen die Abgeordneten nach Karlsruhe. Eine Entscheidung wird in nächster Zeit erwartet.

In ihrer Klage bezweifeln die Antragsteller auch, dass der Bundessicherheitsrat überhaupt über Rüstungsexporte entscheiden darf. Denn nach Artikel 26 des Grundgesetzes sei dafür die gesamte Bundesregierung zuständig. Mehrere Verfassungsrechtler, darunter der frühere Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier, haben sich dieser Rechtsauffassung angeschlossen. Auch die Bundesregierung bestritt sie nicht, brachte aber in Karlsruhe vor, die Genehmigungsentscheidungen seien überhaupt nicht an den Bundessicherheitsrat delegiert worden. Dieser werde lediglich vorbereitend tätig. Das wiederum verwunderte viele langjährige Beobachter der Rüstungsexportpolitik, die stets von verbindlichen Entscheidungen des Bundessicherheitsrats ausgegangen waren.

**Unterrichtung** Allerdings ist dies nur ein Nebenaspekt. In der wichtigeren Frage, der Unterrichtung des Parlaments, ist die neue Bundesregierung den Klägern inzwischen

entgegengekommen. Nachdem der Bundestag im Mai dieses Jahres einen Antrag der Koalitions-Fraktionen CDU/CSU und SPD namens „Mehr Transparenz bei Rüstungsexportsentscheidungen sicherstellen“ (18/1334) angenommen hatte, beschloss das Kabinett im Juni eine entsprechende Änderung der Geschäftsordnung des Bundessicherheitsrates (18/1626). Über „abschließende Genehmigungsentscheidungen, denen eine Befassung des Bundessicherheitsrates vorangegangen ist“, unterrichtet die Bundesregierung nun innerhalb von zwei Wochen mehrere Ausschüsse des Bundestages schriftlich. Zusätzliche mündliche Erläuterungen sind möglich. Insoweit wurde die bisher geltende Geheimhaltungspflicht aufgehoben. Zudem hat die Bundesregierung den Rüstungsexportbericht über die Genehmigungen des Vorjahres, der bisher immer erst zum Jahresende vorgelegt wurde, diesmal schon im Juni veröffentlicht (18/1790). Darüberhinaus soll es künftig jeweils im Herbst einen Zwischenbericht über die im ersten Halbjahr erteilten Ausfuhrgenehmigungen geben. Auskünfte über Vorentscheidungen, wie von den Klägern gewünscht, soll es allerdings auch künftig nicht geben.

**Abwägung** Unterdessen macht Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) Ernst mit seiner Ankündigung zum Amtsantritt, Exportgenehmigungen in Nicht-Bündnisstaaten sehr viel restriktiver zu erteilen. Bei einem Branchentreffen Gabriels mit Managern, Betriebsräten und Gewerkschaftern der Rüstungsindustrie Anfang September wurde die Sorge um Geschäfte und Arbeitsplätze angesichts vieler abgelehnter Exportanträge deutlich. Gabriel versicherte, die Regierung habe ein Interesse an einer leistungsfähigen heimischen Rüstungsindustrie. Er habe mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) verabredet, dass sich die Koalition bald darauf verständigt, welche wehrtechnischen Fähigkeiten Deutschland zum Erhalt seiner Verteidigungsfähigkeit brauche. Das Problem ist, dass die deutsche Rüstungsindustrie mit den Bestellungen der Bundeswehr und der Bündnispartner allein oft nicht auf die Stückzahlen kommt, die angesichts hoher Entwicklungskosten für eine wirtschaftliche Produktion nötig sind. Sollten also die Exporte in Drittstaaten weitgehend wegfallen und die seit dem Ende des Kalten Krieges stark zurückgegangenen Bestellungen deutscher und verbündeter Streitkräfte nicht deutlich wachsen, könnte vielen Produktlinien oder sogar ganzen Unternehmen das Aus drohen. Die Bundeswehr wäre damit sehr viel abhängiger davon, was andere Länder von ihrer Spitzentechnologie herauszugeben bereit sind.

Gabriels restriktive Rüstungsexportpolitik könnte auch mit einem Projekt von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Konflikt geraten, der „Ertüchtigungsinitiative“. Dahinter steckt die Idee, bei gefährlichen Entwicklungen irgendwo auf der Welt nicht mit eigenen Kräften einzugreifen, sondern Partner in der Region in die Lage zu versetzen, selbst für Sicherheit zu sorgen. Ein Beispiel ist die Befähigung der Regierungstruppen in Mali, mit den islamistischen Milizen im Norden des Landes fertig zu werden. So etwas wird nicht immer nur mit Ausbildung und Beratung zu bewerkstelligen sein, sondern oft auch die Lieferung von Ausrüstung erfordern.

Andererseits kämpfen die Rebellen in Mali mit Waffen auch westlicher Herkunft, die aus den Arsenalen des gestürzten libyschen Herrschers Gaddafi stammen. Ähnlich ist es mit den Waffen, welche die IS-Kämpfer in Syrien und dem Irak aus irakischen Armeebeständen erbeutet haben. Waffen, die jetzt zum Kampf gegen sie geliefert werden, könnten in Zukunft ebenso viel Unheil anrichten. Genau damit argumentieren die Gegner solcher Waffenexporte. Denen, die wie die irakischen Jesiden und Christen akut und unmittelbar bedroht sind, dürfe eine solche Argumentation allerdings nie von einem anderem Planeten erscheinen. *Peter Stützel*

**Die Bundesregierung hat bei der Unterrichtung des Parlaments Zugeständnisse gemacht.**

## STICHWORT

### Rüstungsexporte aus Deutschland

**> Umfang** Der Gesamtwert der tatsächlich erfolgten Rüstungsexporte aus Deutschland lag 2013 laut Bundesregierung bei 933 Millionen Euro. Ein Drittel der Lieferungen ging in EU-, Nato- und der Nato gleichgestellte Länder. Hauptempfänger unter den Drittländern waren Südkorea, die Vereinigten Arabischen Emirate, Algerien und Singapur.

**> Ausfuhrgenehmigungen** Der Wert der im Jahr 2013 erteilten Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter betrug 5,85 Milliarden Euro, davon betrafen 38 Prozent EU-, Nato- und der Nato gleichgestellte Länder und bei den Drittstaaten vor allem Algerien, Katar, Saudi-Arabien und Indonesien als Empfänger.

**> Beteiligung** Das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri führt die Bundesrepublik auf Position drei der größten Lieferantländer mit einem Marktanteil von sieben Prozent. An erster Stelle stehen die USA mit 29 Prozent, gefolgt von Russland mit 27 Prozent.

## »Geschichtsschreibung, wie sie sich gehört.«

Peter Handke



### 1914 und 1999 – Zwei Kriege gegen Serbien

Auf dem Weg zum Demokratischen Frieden?

Mit Neueditionen von Karl Kautsky und Heinz Loquai

Herausgegeben von Peter Becker

2014, 442 S., brosch., 29,- €

ISBN 978-3-8487-1473-5

www.nomos-shop.de/22853

In der Diskussion über 1914 wird immer wieder der Krieg gegen Jugoslawien 1999 zitiert. Zwei Bücher dazu, Karl Kautskys *Wie der Weltkrieg entstand* (1919) und Heinz Loquais Studien über die Rolle von USA und NATO 1999, gibt Peter Becker neu heraus und verbindet sie mit einer eigenen Untersuchung über zivile Friedensmissionen. Sein Fazit: Zivile Konfliktlösungen müssten in die deutsche Parlamentsbeteiligung einbezogen werden.

Bestellen Sie jetzt telefonisch unter 07221/2104-37.  
Portofreie Buch-Bestellungen unter [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Protest gegen Pläne zu einem Export von „Leopard“-Panzern nach Saudi-Arabien

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper







Wolfgang Schäuble und Kanzlerin Angela Merkel (beide CDU) freuen sich über die Schwarze Null im Aktenkoffer des Finanzministers.

# Das Lächeln der Haushälter

**HAUSHALT 2015** Das Wirtschaften auf Pump soll ein Ende haben. Grüne: Leben von der Substanz

Die Koalition war sich einig: Die Vorlage eines Etats ohne neue Schulden, die lange angekündigte Schwarze Null im Haushaltsentwurf 2015, war ein Grund, stolz und froh zu sein. Diese gute Laune zog sich bei den meisten Abgeordneten von CDU/CSU und SPD gleichbleibend durch die viertägigen Haushaltsberatungen von der Einbringung des Regierungsentwurfs (18/2000) am Dienstag durch Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU), über die Beratungen des Kanzleretats in der sogenannten Elefantenrunde am Mittwoch bis zur Schlussrunde am Freitag. Am besten brachte die Stimmung der haushaltspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Norbert Barthle (CDU), auf den Punkt. Die Zeiten änderten sich wirklich, sagt er: „Während die Haushaltpolitiker noch vor nicht allzu langer Zeit von der Euro-Krise geschüttelt wurden, haben derzeit unsere Außenpolitiker Sorgenfalten im Gesicht. Die Haushälter dagegen haben ein Lächeln auf dem Gesicht. Haushalts- und Finanzpolitik macht derzeit wirklich Freude.“

Auch für Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) ist der Etatentwurf ein „besonderer Haushalt“: Zum ersten Mal seit 1969 seien für 2015 keine neuen Schulden vorgesehen. Der ausgeglichene Haushalt sei ein wichtiger Beitrag für die Zukunft des Landes und für die soziale Gerechtigkeit. „Wir können stolz sein, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben“, sagte sie. Dieser Kurs solle fortgesetzt und das Wirtschaften auf Pump ein Ende haben. Dies sieht Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) genauso: „Die Schwarze Null ist kein Selbstzweck. Sie steht dafür, dass wir halten, was wir versprochen haben“, sagte Schäuble zu Beginn der Haushaltswoche. Die Konflikte im Nahen Osten und in der Ukraine bedrohten die gute wirtschaftliche Lage und zugleich schwächte das europäische Wirtschaftsumfeld. Voreiligen Pessimismus hielt er jedoch für unangebracht, denn die Konjunktur sei robust. Gerade

deshalb müsse die „verlässliche, stabilitätsorientierte Politik entschlossen und unaufgeregt“ fortgesetzt werden. „Wir müssen uns mit Ernsthaftigkeit und Disziplin auf das Wesentliche fokussieren und unseren Kurs halten.“ Nur so könne das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten werden, betonte der Minister. Der Bundeshaushalt 2015 stehe für Verlässlichkeit, die elementar sei für Unternehmen und Verbraucher. Nicht so recht freuen über die Schwarze Null konnte sich der Vorsitzende der Linksfraktion, Gregor Gysi: „Für ein sehr zweifelhaftes Denkmal verzichten Sie auf alles, was Zukunft ausmacht“, sagte er in Richtung der Kanzlerin. Deshalb werde alles, was wichtig sei, verschoben oder ausgelassen. Notwendig seien jedoch Investitionen in Bildung, Kitas, Infrastruktur oder digitale Netze. Er warnte davor, Investitionen zu privatisieren und dem Staat seine Zuständigkeit für Energie- und

Wasserpreise, Krankenhäuser und Bildung zu nehmen. Auch der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Thomas Oppermann, hält mehr Investitionen zum Erhalt der Infrastruktur für notwendig. „Der Investitionsstau in Deutschland ist ein real existierendes Problem“, sagte er. Allein bei Straßen, Brücken und Schienen müssten jährlich sieben Milliarden Euro mehr investiert werden. Daher dürfe die Maut-Debatte nicht auf die Pkw-Maut verengt werden. Es müsse vielmehr „rasch“ die Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen ausgeweitet werden. Wichtig sei auch, dass man mehr privates Kapital für den Erhalt der Infrastruktur aktiviere. Für Katrin Göring-Eckardt, Fraktionsvorsitzende der Grünen, ist die Schwarze Null ein PR-Gag und kein Grund zur Freude. Sie warf der Koalition vor, Politik zu Lasten künftiger Generationen zu machen. Die mangelnden Investitionen in die Zukunft seien das Gegenteil von Generationengerechtigkeit. Deutschland lebe von der Substanz. Der Finanzminister habe lediglich umgeschichtet: Statt von den Banken hole er sich nun das Geld bei der Krankenkasse und der Rentenversicherung. Der Vorsit-

zende der CDU/CSU-Fraktion, Volker Kauder, betonte, dass mit dem ausgeglichenen Haushalt die Grundlage gelegt werde, um die derzeitigen Herausforderungen zu lösen. Dazu zählte er den Konflikt in der Ukraine, den Kampf gegen islamistische Terrorgruppen und die Förderung des Wirtschaftswachstums. Dies solle vor allem im Bereich des Internets geschehen. Er betonte noch einmal, dass es mit der Union keine Steuererhöhungen geben werde, um diese Herausforderungen zu finanzieren.

Die Bundestag überwies vergangenen Freitag den Etatentwurf 2015 zur weiteren Beratung an die Ausschüsse. Der Bundestag wird den Gesetzentwurf in der Woche vom 24. bis 28. November in geänderter Fassung beschließen.

Michael Klein

**»Haushalts- und Finanzpolitik macht derzeit wirklich Freude.«**

Norbert Barthle (CDU)

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**STICHWORT**

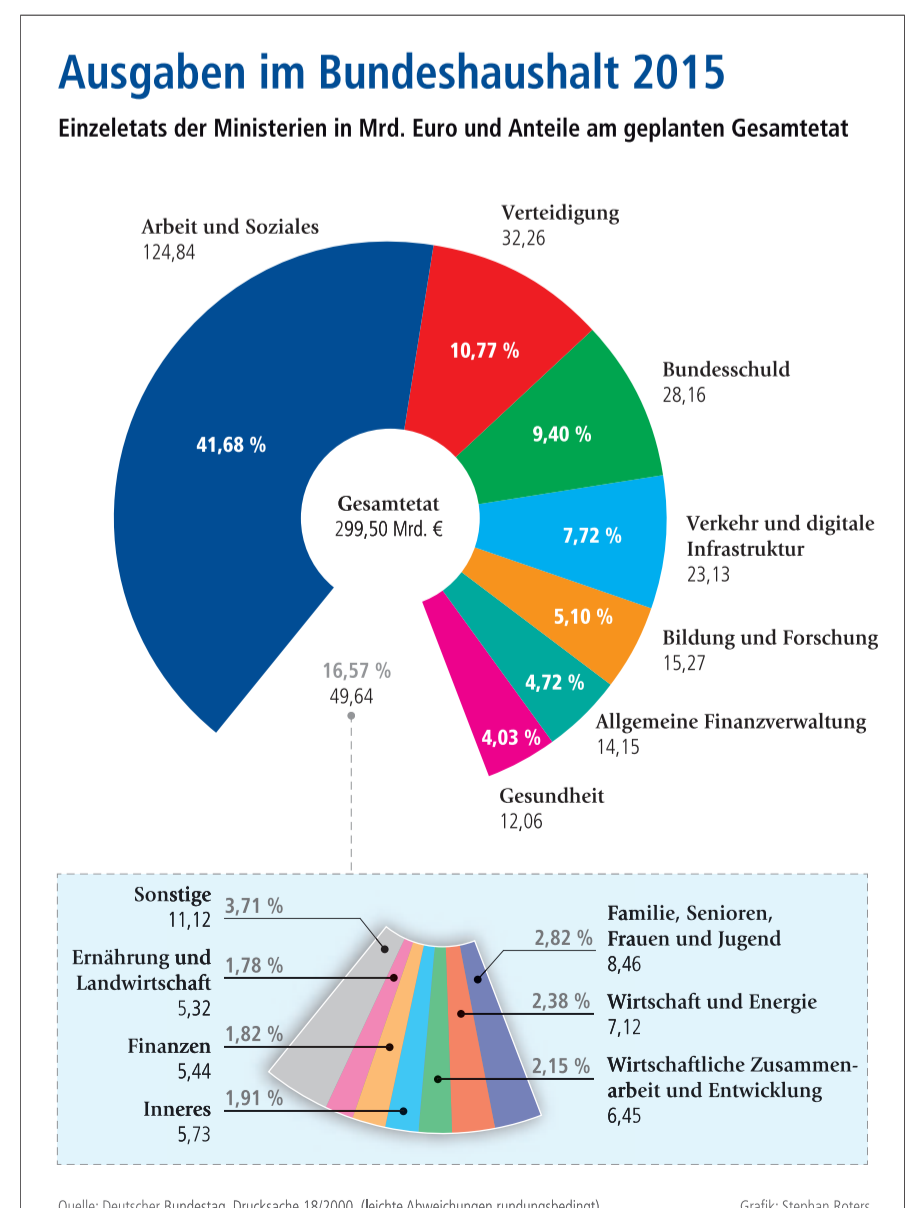
**Bundshaushalt 2015: Die Schwarze Null steht**

**> Einnahmen** Die Einnahmen des Bundes sollen im kommenden Jahr 299,5 Milliarden Euro (2014: 296,5 Milliarden Euro) betragen. Davon sind 278,8 Milliarden Euro (268,42 Milliarden Euro) Steuereinnahmen.

**> Ausgaben** Bei den Ausgaben von 299,5 Milliarden Euro gehen allein 124,84 Milliarden Euro zum Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

**> Schwarze Null** Erstmals seit 1969 soll im kommenden Jahr der Haushalt des Bundes ohne neue Schulden auskommen. Ob es klappt, zeigt sich Ende 2015.

Einzelplan		EINNAHMEN		AUSGABEN	
		2015 in 1.000 €	Veränderungen zu 2014 in 1.000 €	2015 in 1.000 €	Veränderungen zu 2014 in 1.000 €
01	Bundespräsident und Bundespräsidialamt	193	-	33.675	+ 565
02	Deutscher Bundestag	1.851	- 42	802.780	+ 37.377
03	Bundesrat	96	+ 23	23.811	+ 811
04	Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt	3.165	-	2.104.532	+ 8.978
05	Auswärtiges Amt	144.095	- 1.120	3.419.569	- 218.697
06	Bundesministerium des Innern	380.911	- 25.004	5.731.982	- 166.834
07	Bundesministerium der Justiz und Verbraucherschutz	480.334	+ 15.491	663.022	+ 14.884
08	Bundesministerium der Finanzen	324.511	- 714.182	5.441.019	+ 234.758
09	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie	459.909	- 167.178	7.124.974	- 293.005
10	Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft	85.117	- 35.372	5.319.027	+ 8.492
11	Bundesministerium für Arbeit und Soziales	1.899.530	+ 36.239	124.841.529	+ 2.862.219
12	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	5.802.933	+ 610.566	23.131.808	+ 269.860
14	Bundesministerium der Verteidigung	292.113	+ 59	32.261.030	- 174.346
15	Bundesministerium für Gesundheit	107.036	+ 7.490	12.055.965	+ 1.003.276
16	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	721.397	- 51.779	3.905.236	+ 237.932
17	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	68.410	- 42	8.456.535	+ 497.027
19	Bundesverfassungsgericht	40	-	29.089	- 16.976
20	Bundesrechnungshof	15	- 325	136.028	+ 39
23	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	566.166	+ 136	6.445.468	+ 1.835
30	Bundesministerium für Bildung und Forschung	89.426	-	15.266.414	+ 1.213.010
32	Bundesschuld	1.079.833	- 6.678.403	28.161.458	- 390.285
60	Allgemeine Finanzverwaltung	286.992.919	+ 10.003.443	14.145.049	- 2.130.920
<b>SUMME</b>		<b>299.500.000</b>	<b>+ 3.000.000</b>	<b>299.500.000</b>	<b>+ 3.000.000</b>



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/2000

Grafik: Stephan Roters

Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksache 18/2000 (leichte Abweichungen rundungsbedingt)

Grafik: Stephan Roters



**D**eutschlands Verteidigungsausgaben werden in den kommenden Jahren wohl wieder ansteigen. Dies offenbarte sich in der vergangenen Woche in der ersten Lesung des Wehretats 2015 im Bundestag. Der Haushaltsentwurf der Regierung (18/2000) sieht für das nächste Jahr zwar noch einmal eine leichte Absenkung der Ausgaben um 174 Millionen auf 32,26 Milliarden Euro vor. Der verteidigungspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Henning Otte (CDU), stellte aber unumwunden fest: „Die Zeit der sogenannten Friedensdividende ist vorbei. Die Zeit ist vorbei, in der aus dem Verteidigungsetat immer noch ein Stück herausgenommen werden konnte.“ Als Gründe dafür nannte Otte die neuen Herausforderungen durch islamistische Terrormilizen wie Boko Haram in Afrika und Islamischer Staat (IS) in Syrien und Irak, vor allem aber das Vorgehen Russlands auf der Krim und in der Ukraine.

**Ziele der Nato** Diesem Vorgehen, so mahnte auch Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU), „müssen Grenzen gesetzt werden“. Deshalb werde sich Deutschland an der auf dem Nato-Gipfel in Wales beschlossenen neuen schnellen Einsatztruppe beteiligen, zusammen mit Polen und Dänemark das multinationale Korps Nordost sowie militärische Präsenz der Bundeswehr im Baltikum verstärken. Diese neuen Aufgaben müsse die Truppe parallel zu den laufenden 17 Auslandseinsätzen und der noch nicht abgeschlossenen Streitkräfteform stemmen. Henning Otte sprach sich gar dafür aus, die Reform an die veränderte Sicherheitslage anzupassen. Noch habe man ein Zeitfenster, dies ohne „große personelle oder auch finanzielle Anstrengungen vornehmen“ zu können. Von der Leyen betonte zwar ausdrücklich, dass sie für das kommende Jahr keine Erhöhung ihres Etats fordere, warnte allerdings eingehend vor „Kürzungen in allerletzter Minute“ während der Haushaltsberatungen. Noch während der Beratungen für den Etat 2014 hatten ihr die Haushalter der Koalitionsfraktionen eine globale Minderausgabe von 400 Millionen Euro auferlegt. Zugleich bekannte sich die Ministerin zu dem von der Nato erneuerten Ziel, auf Dauer zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung aufzubringen und 20 Prozent des Wehretats für die Modernisierung der Ausrüstung.

Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Rainer Arnold, bezeichnete das Zwei-Prozent-Ziel der Nato jedoch für „Deutschland nicht machbar“. Dann müsste die Bundesrepublik rund 52 Milliarden Euro für den Wehretat aufbringen, rechnete Arnold vor. Er warnte zudem vor dem Hintergrund der Krisen in der Ukraine und im Mittleren Osten, „die Gunst der Stunde nutzen zu wollen, um eine Debatte über mehr Geld führen zu müssen“. Allerdings räumte auch er ein, dass die Truppe in Zukunft mehr Geld benötige, wenn die verspäteten Rüstungsprojekte wie der Militärtransporter Airbus 400M oder der Schützenpanzer „Puma“ ausgeliefert werden. Entscheidender sei aber, so forderte Arnold, dass die Verteidigungs- und Rüstungspolitik zwischen den europäischen und den Nato-Verbündeten besser aufeinander abgestimmt und die knappen Gelder intelligenter ausgegeben werden. Die Bundeswehr solle sich auf ihre Kernfähigkeiten konzentrieren. Arnold widersprach damit seinem CDU-Kollegen Otte, der sich für das Prinzip „Breite vor Tiefe“, ein um-



Derzeit patrouillieren vier deutsche Eurofighter im Luftraum der Nato-Verbündeten Lettland, Estland und Litauen.

# Teure Krisen

**VERTEIDIGUNG** Ministerin von der Leyen warnt vor Kürzungen und fordert mehr Geld für die Zukunft

fassendes Spektrum an militärischen Fähigkeiten, ausgesprochen hatte. Scharf attackierte der Haushaltsexperte Tobias Lindner (Bündnis 90/Die Grünen) die Verteidigungsministerin für ihr Vorgehen bei den großen Beschaffungsvorhaben der

Bundeswehr. Sie habe zwar die Statusberichte von 15 Rüstungsprojekten aus dem Ministerium nicht gebilligt, lasse aber lediglich neun der 15 Projekte durch eine externe Unternehmensberatung überprüfen. „Was ist eigentlich mit den restlichen sechs Projekten? Haben sie die Berichte in die Tonne getreten? Haben Sie sich von alleine gesund geschrieben?“, fragte Lindner. Die Informationspolitik von der Leyens habe nichts mit der von ihr zugesagten Transparenz gegenüber dem Parlament zu tun. Die großen Rüstungsprojekte hätten sich um 4,3 Milliarden Euro verteuert und zeitgleich hätten sich 1.300 Verspätungsmonate bei der Auslieferung an die Truppe angehäuft, rechnete Lindner der Ministerin vor.

**Kritik an Auslandseinsätzen** Fundamentale Kritik an der Verteidigungspolitik der Regierung übte für die Linksfraktion deren Sicherheitspolitiker Alexander Neu. Nach

Nato-Kriterien gebe Deutschland in Wirklichkeit 35,1 Milliarden Euro aus und verfüge somit „über den viertgrößten Militärausgaben im Bündnis und den siebtgrößten weltweit. Dies zeuge vom Verständnis einer militarisierten Außen- und Sicherheitspolitik in einer Zeit, „in der Deutschland nicht einmal ansatzweise bedroht wird“, sagte Neu. Nun würden mit „der Reaktivierung des alten Feindbildes Russland“ neue Haushaltserhöhungen begründet. Da gebe die Nato insgesamt für Verteidigung bereits das Zehnfache an Geld aus als Russland, argumentierte der Abgeordnete. Und obwohl bislang die politischen Ziele aller Auslandseinsätze der Bundeswehr gescheitert seien, halte die Regierung am Kurs der militarisierten Außenpolitik fest. Henning Otte hielt Neu im Gegensatz vor, seine Darstellung des russischen Vorgehens sei eine Verunglimpfung der Ängste in Polen und käme einer Gesichtsfälschung gleich.

## Am Bedarf vorbei

**ENTWICKLUNG** Opposition: Etat wird Lage nicht gerecht

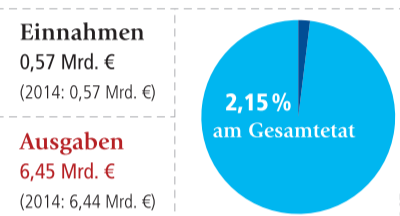
Es war ein emotionaler Appell, den Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) in seiner Rede an die Haushaltspolitiker der Bundestags-Fraktionen richtete: „Wir müssen uns jetzt um Winterquartiere und Infrastruktur für Millionen Menschen kümmern“, sagte er in der ersten Lesung des Haushaltes für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ; 18/2000). Es drohe ein „dramatischer Winter“, deshalb müsse es jetzt „grünes Licht für die Winterhilfe“ geben. Der Minister verwies auf die große Zahl von Flüchtlingen, insbesondere in Syrien und im Irak, denen es oft am Nötigsten fehle: an Toiletten, Strom, Wasser, Schulen. Und er machte klar, dass die Probleme mit dem vorliegenden Haushalt „nicht zufriedenstellend gelöst“ werden können. Seine Erwartungen richtete er insbesondere an die Europäische Union: 100 Millionen Euro solle sie zusätzlich für die Flüchtlingshilfe bereitstellen, forderte Müller. Die Oppositionsfraktionen sicherten ihm hierfür ihre Unterstützung zu. Und ließen darüberhinaus kein gutes Haar an dem Entwurf. Auch aus den Reihen der SPD war deutliche Kritik zu vernehmen. Immer wieder kritisierten die Redner der drei Fraktionen, dass sich die aktuellen großen Krisen in der Welt im Etat überhaupt nicht abbildeten. „Der Bedarf an humanitärer Hilfe und Entwicklungsleistungen ist so groß wie nie“, sagte Annette Groth (Die Linke). Denn noch nie habe es so viele Flüchtlinge gegeben wie jetzt: 51 Millionen Menschen. Die westlichen Staaten müssten endlich angemessen auf diese humanitäre Katastrophe reagieren, appellierte Groth an die Bundesregierung. Dazu gehöre es auch, Flüchtlingen die Möglichkeit einzuräumen legal in die EU zu kommen.

Deutschland hat, wie andere Geberländer auch, international zugesagt, die Ausgaben für Entwicklung auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens zu erhöhen. Diese Zusage hat Deutschland bisher nicht erfüllt. Derzeit wendet Deutschland nur 0,38 Prozent seines BNP für Entwicklung auf und im kommenden Haushaltsjahr wird es kaum mehr sein. „Das ist beschämend“, urteilte Heike Hänsel.

Die Gesamtausgaben des BMZ sollen 2015 nur geringfügig steigen: um 1,84 Millionen Euro auf insgesamt 6,44 Milliarden Euro. Ein Großteil davon, nämlich 2,97 Milliarden Euro, soll für die bilaterale staatliche Zusammenarbeit aufgewendet werden. Das sind 67,93 Millionen Euro weniger als im laufenden Haushaltsjahr.

Neben der Sonderinitiative zur Bekämpfung von Fluchtursachen legt das Ministerium einen weiteren Schwerpunkt auf die Bekämpfung des Hungers: 100 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr in die Sonderinitiative „Eine Welt ohne Hunger“ fließen. Im laufenden Haushalt sind es 70 Millionen Euro. Entwicklungsminister Müller entwarf ein klares Ziel: „Meine Vision ist es, bis zum Jahr 2030 eine Welt ohne Hunger zu haben.“ Dies sei machbar, betonte er, biete der Planet doch die Ernährungsgrundlage

### Etat Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung 2015



**Größter Ausgabenposten**  
Bilaterale staatliche Entwicklungszusammenarbeit: 2,97 Mrd. €

für zehn Milliarden Menschen. Umso skandalöser sei es, dass täglich immer noch 20.000 Kinder an Hunger sterben müssten.

**Größter Geber** Die verfehlte ODA-Quote kritisierte auch Jürgen Klimke (CDU). Er sicherte aber zu, dass die Bundesregierung daran arbeite, in diesem Punkt „vernünftig voranzukommen“. Davon abgesehen zeigte er sich mit dem Etatentwurf zufrieden. Er sehe keinen Bereich, den der Minister vernachlässigen würde. Dieser greife vielmehr mit „frischen Ansätzen“ drängende Fragen dieser Zeit auf. Klimke erinnerte daran, dass das Ministerium im Rahmen von Sofortmaßnahmen für den Irak und für Gaza jeweils 20 Millionen Euro bereitgestellt habe. Johannes Selle (CDU) betonte, Deutschland sei preis- und wechselkursbereinigt größter Geber nach den Vereinigten Staaten. „Und wir bleiben mit diesem Haushalt führend.“

Gerd Müller machte auf die bisherigen Erfolge seines Ressorts aufmerksam. Wenn die Leute ihn fragten: „Was nutzt denn Entwicklungspolitik?“, verweise er oft auf die Gesundheitspolitik. Polio sei heute durch die Impfung von 450 Millionen Kindern in den letzten 20 Jahren praktisch kein Thema mehr, ebenso Masern. „Da bin ich ein Stück weit begeistert“, erklärte der Minister. *Johanna Metz*

## Nichts ist, wie es einmal war

**AUSWÄRTIGES** Die Krisen in der Ukraine und im Irak beherrschten die Debatte um Steinmeiers Etat. Kritik gab es vor allem an den geplanten Kürzungen bei der humanitären Hilfe

Für das Abklopfen von Zahlen bleibt wenig Zeit: Die Zuspitzungen und Häufungen der Krisen in der Welt standen vergangenen Donnerstag in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs der Bundesregierung für das Auswärtige Amt im Jahr 2015 (18/2000, Einzelplan 05) im Vordergrund – und das hat sicherlich auch damit zu tun, dass mit dem Konflikt in der Ukraine für Europa etwas in Frage gestellt wird, was bis gestern eigentlich noch selbstverständlich galt. Nichts ist im Verhältnis zu Russland mehr so wie es in den vergangenen Jahren war, da wollte der Außenminister gar nichts klein- oder schönreden: Die Ukraine-Krise ist die gefährlichste Krise seit Jahrzehnten, sagte Frank-Walter Steinmeier (SPD).

Mit Verve widersprach er jedoch jenen Stimmen, die der Bundesregierung eine Kuschel-Politik gegenüber Russland vorwerfen. „Keiner verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriff auf die Krim und das Verhalten Russlands in der Ostukraine deutlicher als wir.“ Der Vergleich zum Münchener Abkommen 1938 und zur Beschäftigungspolitik gegenüber dem aggressiven nationalsozialistischen Deutschen Reich sei gefährlich, sagte Steinmeier. Wohin ein „Abbruch, Abschottung, Gesprächslosigkeit und der Ausfall von Außenpolitik“ führt, habe vielmehr das Jahr 1914 und der Beginn des Ersten Weltkrieges gezeigt. „Wir wollen nicht den Kalten Krieg, wir wollen erst recht nicht den heißen Krieg, wir wollen die europäische Friedensordnung er-



Außenminister Frank-Walter Steinmeier (Mitte) mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko (links) beim Nato-Gipfel in Wales

halten“, sagte Steinmeier. Dazu gehöre, die „Gesprächsfäden“ nach Moskau nicht abreißen zu lassen. Es sei richtig, den „politischen und ökonomischen Druck“ gegenüber Russland aufrechtzuerhalten, zugleich aber an der Nato-Russland-Grundakte festzuhalten, sagte Steinmeier: Eine Position, mit der sich die Bundesregierung auf dem jüngsten Nato-Gipfel in Wales habe durchsetzen können. Wolfgang Gehrcke (Die Linke) erinnerte daran, dass Sicherheit in Europa nur mit und nicht gegen Russland möglich sei. Am schlechten Verhältnis zu Russland hätten die EU und die Bundesregierung einen „erheblichen Anteil“. Gehrcke kritisierte, in

der gegenwärtigen Situation des Waffenstillstands in der Ostukraine weitere Sanktionen gegenüber Russland in Gang setzen zu wollen und ergänzte: „Eine einseitige Unterstützung Kiews macht noch keine Friedensordnung.“ Gehrcke wandte sich zudem gegen eine Äußerung Steinmeiers, dass Deutschland zu groß sei, um die Weltpolitik von der Außenlinie zu kommentieren. Immer wenn Deutschland in seiner Geschichte einen Anspruch als Großmacht erhoben habe, sei das schlecht für Deutschland und für die Welt gewesen, sagte der Linken-Abgeordnete. „Deutschland darf nicht Großmacht spielen.“

Andreas Schockenhoff (CDU) hielt seinem Vorredner mit Blick auf Krisen in Nordafrika, Nahost und im Osten Europas entgegen, dass die „Herausforderungen für unsere Sicherheit angesichts einer unsicheren Nachbarschaft im Osten, im Südsosten und im Süden weiter wachsen und uns vor neue Aufgaben“ stellen würden. „Eine Kultur des Heraushaltens können wir uns nicht leisten.“ Mit Blick auf die Ukraine sprach Schockenhoff von einem „kriegerischen Akt gegen einen souveränen Staat“ in Europa: „Russland hat Krieg nach Europa getragen.“ Sollte Moskau den Friedensplan untergraben oder gar den Waffenstillstand nutzen, um seine militärische Position auszubauen, dann werde die EU die jüngst beschlossenen Sanktionen vollziehen – eine Ankündigung, die die EU dann am vergangenen Freitag später wahr machte (siehe Seite 12). Präsident Putin werde es zudem nicht gelingen, die Partner in Nato und EU „auseinanderzudividieren“, sagte Schockenhoff. Es sei selbstverständlich, dass sich Deutschland an der in Wales beschlossenen „Schnellen Eingreiftruppe“ der Nato beteilige: Die Allianz werde kein Ausgreifen „Putins hybrider Kriegsführung“ auf eines ihrer Mitglieder zulassen.

**Eskalation** Frithjof Schmidt (Bündnis 90/Die Grünen) nannte sowohl die Politik der EU in der Ukraine-Krise als auch die Erhöhung der Einsatzbereitschaft der

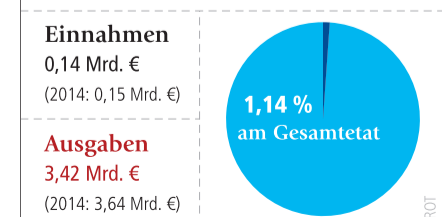
Nato „richtig“. Er warnte jedoch davor, mit Forderungen nach massiver Erhöhung der Rüstungsausgaben und einer Ausrichtung der geplanten Nato-Raketeneinweh auf Russland ein „gefährliches Spiel mit der Eskalation“ zu treiben und einen neuen Rüstungswettlauf anzufachen. Die Nato könne bei der Lösung der Ukraine-Krise keine zentrale Rolle spielen: „Das ist das falsche Feld“, sagte Schmidt. Gefragt seien vielmehr die EU und die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE). Scharfe Kritik übte Schmidt zudem am Etatentwurf, der eine Kürzung der Ausgaben für humanitäre Hilfe um 38 Prozent vorsehe. Das sei in dieser Weltlage „absurd“. „Diese Kürzungen müssen Sie zurücknehmen.“

Auch Niels Annen (SPD) stellte die Frage in den Raum, wie „die neuen Erwartungen und Herausforderungen an die deutsche Außenpolitik“ auch finanziell zu unterlegen seien. Angesichts mehrerer Millionen Flüchtlinge allein infolge des Bürgerkriegs in Syrien und des Vormarschs von „Isis“ im Irak – aber auch angesichts weiterer Krisen in Libyen, Mali, der Zentralafrikanischen Republik und im Südsudan – müsse man im Etat auf „veränderte Gefährdungslagen eingehen“ und zudem „mehr für humanitäre Hilfe tun“.

Auch Steinmeier machte sich dafür stark, in den weiteren Haushaltsberatungen in diesem Punkt nachzusteuern: „Wenn wir humanitäre Hilfe nicht nur versprechen, sondern leisten wollen, dann werden wir das mit den gegenwärtigen Ansätzen im Haushalt nicht hinbekommen.“

Der Etatentwurf sieht für das Auswärtige Amt im kommenden Jahr Ausgaben in Höhe von 3,42 Milliarden Euro vor, das sind rund 218,7 Millionen Euro weniger als 2014. Für humanitäre Hilfe und Krisenprävention sollen 2015 insgesamt 280 Millionen Euro zur Verfügung stehen – das wären 118,2 Millionen Euro weniger als im laufenden Haushaltsjahr. *Alexander Heinrich*

### Etat Auswärtiges Amt 2015



**Größter Ausgabenposten**  
Sicherung von Frieden u. Stabilität: 1,23 Mrd. €





# Wechselnd bewölkt

**WIRTSCHAFT** Grundsätzlich läuft die Wirtschaft in Deutschland rund, die Wachstumsziele sind noch erreichbar. Aber internationale Krisen und Probleme auf Exportmärkten schieben sich wie dunkle Wolken in das schöne Bild



Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Ansicht der Großen Koalition in ausgezeichneter Verfassung. Sie sei „krisenfest und stark“, erklärte Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) am Mittwoch in der Debatte des Bundestages über den Haushaltsentwurf 2015 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (18/2000, Einzelplan 09). Die Beschäftigungszahlen würden ebenso steigen wie Löhne und Gehälter, die Arbeitslosenzahlen würden sinken: Und auch im jetzt schwierigeren Umfeld angesichts der internationalen Krisen würden sich Arbeitsmarkt, Beschäftigung und die Wirtschaft insgesamt als robust erweisen, freute sich Gabriel, der den Rückgang des Wachstums im zweiten Quartal auf Vorzieheffekte in der Bauwirtschaft wegen des milden Winters zurückführte. Wichtiger für die Menschen sei die Entwicklung des Arbeitsmarktes: „Wir haben mit über 42 Millionen Beschäftigten ein Rekord-

niveau an Arbeitsplätzen in Deutschland.“ Genau so äußerte sich die Joachim Pfeiffer (CDU): „Wir eilen von Rekord zu Rekord.“ Auch Wolfgang Tiefensee (SPD) verwies auf die Zufriedenheit in der Wirtschaft. So hätten sich in einer Umfrage 86 Prozent der Handwerksbetriebe zufrieden über ihre Lage geäußert.

**Die Probleme** Allerdings wies Gabriel auch auf Probleme hin: „Wenn Deutschland eine Achillesferse hat, dann sind es die fehlenden Investitionen – und das schon seit mehr als zehn Jahren.“ Man wisse gerne auf den Titel des Exportweltmeisters hin, „aber Investitionsweltmeister sind wir sehr, sehr lange nicht mehr“. Es gehe dabei nicht nur um zu geringe Investitionen in öffentliche Infrastruktur, sondern es gebe seit mehr als zehn Jahren eine zu geringe Investitionsquote in der privaten Wirtschaft. „Das gefährdet auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes ganz erheblich. Wir dürfen nicht zulassen, dass Deutschland im Kern seiner Leistungsstärke auf Dauer von der Substanz lebt“, warnte Gabriel, der eine Stabilisierung der Energiepreise als eine entscheidende Rahmenbedingung zur Stärkung der Investitionstätigkeit bezeichnete.

In diesem Punkt fand Gabriel die Unterstützung der CDU/CSU-Fraktion. Deren wirtschaftspolitischer Sprecher Michael Fuchs sah trotz aller guten Zahlen „ein paar dunkle Wolken am Himmel“. Neben nachlässiger Dynamik auf Auslandsmärkten gehörten dazu Streiks kleiner Gruppen in Deutschland. Noch eindringlicher als Gabriel schilderte Fuchs die nachlassende Investitionstätigkeit im öffentlichen wie im privaten Bereich. Besonders in der energieintensiven Industrie ge-

be es zu wenige Investitionen, sagte er und verwies auf die hohen deutschen Energiepreise: „Irgendwo investieren sie. Jedenfalls nicht in Deutschland.“ Fuchs sprach von einem „Investitionsattentismus“, den er auf die zu hohen Energiepreise zurückführte. Dagegen seien die Energiepreise in den USA sehr viel niedriger, was auch an dem unter dem Begriff Fracking bekannten Förderverfahren liege. Zuvor hatte Fuchs zur wirtschaftlichen Lage festgestellt: „Ich fühle mich zurzeit in Deutschland ausgesprochen wohl. Uns geht es auch ausgesprochen gut.“

Kritisch äußerten sich die Oppositionsfraktionen. Für Roland Claus (Linke) steht fest, dass die falschen Schwerpunkte gesetzt werden: „Fast die Hälfte dieses Etats wird für Subventionen bei Steinkohle und Luft- und Raumfahrt aufgebraucht.“ Bei der Kohle stehe man im Wort, aber bei der Luft- und Raumfahrt handle es sich um die „Subventionierung staatsnaher Monopolisten“. Nur ein Drittel dessen, was in die Luft- und Raumfahrt gehe, werde für Forschung und Innovationsförderung kleiner und mittlerer Unternehmen ausgegeben. Angesichts der Herausforderungen sei das viel zu wenig, sagte Claus, der auch auf den Nachholbedarf der neuen Bundesländer in vielen Bereichen hinwies. Daher müssten Mittel vom Luft- und Raumfahrtprogramm zugunsten der Mittelstandsförderung umgeschichtet werden.

**Investitionslücke** Auch Kerstin Andreae (Grüne) verwies auf die Investitionslücke: „Seit Jahren investiert der Staat weniger als zum Erhalt der Infrastruktur notwendig wäre.“ Es würden zwar im Augenblick keine Kredite bei Banken aufgenommen, „aber Sie mindern das Erbe unserer Kinder und verschulden sich an der Zukunft. Es bröckelt an

allen Ecken und Kanten – bei Straßen, Brücken, Schulen.“

Andreae forderte, statt auf Neubauten stärker auf den Erhalt von Straßen zu setzen. Auch zur Verbesserung der digitalen Infrastruktur passiere fast nichts. 1,4 Milliarden Euro würden in Luft- und Raumfahrt investiert, aber nur 73 Millionen Euro in neue Informations- und Kommunikationstechnologien. Es fehle eine „offensive Breitbandtechnologie“. Zudem sprach sich Andreae für eine steuerliche Forschungsförderung aus.

Insgesamt hat die Regierung für den Etat des Ministeriums für Wirtschaft und Energie im kommenden Jahr Ausgaben von 7,12 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 293 Millionen Euro weniger als in diesem Jahr (7,42 Milliarden Euro). Für Investitionen sind 2015 1,47 Milliarden Euro (1,48 Milliarden Euro) eingeplant, für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 4,74 Milliarden Euro (5,06 Milliarden Euro) vorgesehen. Davon sind 543,47 Millionen Euro für das Zentrale Investitionsprogramm Mittelstand (ZIM) reserviert. Die Personalausgaben in diesem Einzelplan werden von der Regierung mit 687,14 Millionen Euro (670,35 Millionen Euro) beziffert. Die Einnahmen sollen 459,91 Millionen Euro (627,09 Millionen Euro) betragen.

Von den 20 größten Finanzhilfen des Bundes fallen laut Regierung acht in den Bereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. So sind im kommenden Jahr unter anderem 1,22 Milliarden Euro an Zuschüssen an die staatliche KfW-Bankengruppe im Rahmen des Programms „Energetisch sanieren – Kohlendioxid-Gebäudesanierungsprogramm“ vorgesehen sowie 1,09 Milliarden Euro an Zuschüssen für den Absatz deutscher Steinkohle. *h/e*

## AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN

### Erneut mehr Steuereinnahmen

**FINANZVERWALTUNG** Im kommenden Jahr sollen die Einnahmen um rund zehn Milliarden Euro auf 286 Milliarden Euro (2014: 276,99 Milliarden Euro) steigen. Im Wesentlichen stammen die Einnahmen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, die 2015 insgesamt 278,8 Milliarden Euro (268,42 Milliarden Euro) betragen sollen. Die Verwaltungseinnahmen sollen hingegen von 7,09 Milliarden Euro auf 6,81 Milliarden Euro fallen.

Im Einzelnen erwartet die Regierung bei den Einnahmen des Bundes aus der Umsatzsteuer eine Steigerung von 81,56 Milliarden Euro auf 84,68 Milliarden Euro. Für Einnahmen aus der Lohnsteuer sind 75,82 Milliarden Euro (71,27 Milliarden Euro) vorgesehen. Der 50-prozentige Anteil des Bundes an der Körperschaftsteuer soll 9,87 Milliarden Euro (9,03 Milliarden Euro) betragen.

Die Einnahmen aus den Energiesteuern sollen insgesamt 39,37 Milliarden Euro (39,45 Milliarden Euro) betragen. Fallen sollen die Einnahmen aus der Tabaksteuer um 14,3 Milliarden Euro auf 13,93 Milliarden Euro. Die Einnahmen aus der Kaffeesteuer sollen gleichbleibend 1,04 Milliarden Euro betragen.

Die Einnahmen aus der Versicherungssteuer sollen bei 12,8 Milliarden Euro (11,95 Milliarden Euro) liegen. Die Kfz-Steuer soll wie in diesem Jahr 8,4 Milliarden Euro bringen. Fast unverändert sollen mit 990 Millionen Euro die Einnahmen aus der Luftverkehrssteuer sein. Der Anteil des Bundes am Reingewinn der Deutschen Bundesbank soll 2015 wie in die-

sem Jahr insgesamt 2,5 Milliarden Euro betragen. Aus dem Verkauf von Beteiligungen und aus der Verwertung von Kapitalvermögen erwartet die Regierung Einnahmen von 898 Millionen Euro (975 Millionen Euro). Dazu gehören auch der Börsengang der Deutschen Bahn AG. Die Privatisierungen sollen kapitalmarktgerecht erfolgen, heißt es im Gesetzentwurf der Regierung.

**Privatisierungen geplant** Weiter gehören dazu unter anderem die Beteiligungen an der Deutsche Telekom AG, der Deutsche Post AG, der Anteile an den Flughäfen Köln/Bonn und München sowie die Einnahmen aus der Neuordnung der ERP-Wirtschaftsförderung.

Im Bereich „Leistungen im Zusammenhang mit der Deutschen Einheit“ sollen die Gesamtausgaben im kommenden Jahr 371,8 Millionen Euro (371,42 Millionen Euro) betragen. Dabei werden die Zuweisungen an den Entschädigungsfonds auf 200 Millionen Euro (250 Millionen Euro) gesenkt.

Die Ausgaben des Einzelplans summieren sich auf 14,15 Milliarden Euro, 2,13 Milliarden Euro weniger als 2014. Zuweisungen und Zuschüsse machen davon wiederum mit 11,33 Milliarden Euro (2014: 11,22 Milliarden Euro) den Löwenanteil aus.

25,55 Milliarden Euro sollen als sogenannte BNE-Eigenmittel der EU (berechnet auf der Basis des Bruttonationaleinkommens) an die Europäische Union abgeführt werden (2014: 23,48 Milliarden Euro). *Michael Klein*

### Mehr Geld wegen G8-Gipfel

**BUNDESKANZLERAMT** Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes kann 2015 über 2,1 Milliarden Euro verfügen. Das sind 8,99 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2014: 2,09 Milliarden Euro). Während für das Personal insgesamt 265,36 Millionen Euro (267,94 Millionen Euro) eingeplant sind, sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben 763,69 Millionen Euro (690,36 Millionen Euro) betragen. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind nach 920,65 Millionen Euro 2015 insgesamt 879,17 Millionen Euro eingeplant.

Der größte Anteil am Gesamtetat hat der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Hier sollen 1,07 Milliarden Euro (1,13 Milliarden Euro) zur Verfügung stehen. (Siehe Seite 8).

Für die Bundeskanzlerin und ihr Amt sind 55,44 Millionen Euro (52,41 Millionen Euro) eingeplant. Hier sollen die Personalausgaben von 33,55 Millionen Euro in diesem Jahr auf 34,63 Millionen Euro im kommenden Jahr steigen.

Die Ausgaben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung sollen von 96,44 Millionen Euro auf 111,23 Millionen Euro steigen. Die Steigerung ist hier vor allem auf die Durchführung des G8-Gipfels auf Schloss Elmau in Bayern am 4. und 5. Juni 2015 zurückzuführen. Das Bundesarchiv soll über 56,49 Millionen Euro (57,2 Millionen Euro) verfügen können.

Der Zuschuss an den Bundesnachrichtendienst beträgt 614,58 Millionen Euro (558,59 Millionen Euro).

Der Haushalt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR soll im kommenden Jahr 102,86 Millionen Euro (101,33 Millionen Euro) umfassen und für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sind 5,05 Millionen Euro (4,92 Millionen Euro) bereitgestellt.

Die Ausgaben des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa sollen wie bisher 1,03 Millionen Euro betragen. *mik*

### 2,3 Millionen Euro für Künstlerhilfe

**BUNDESPRÄSIDENTIALAMT** Der Bundespräsident und das Bundespräsidialamt sollen 2015 über 33,68 Millionen Euro (2014: 33,11 Millionen Euro) verfügen können.

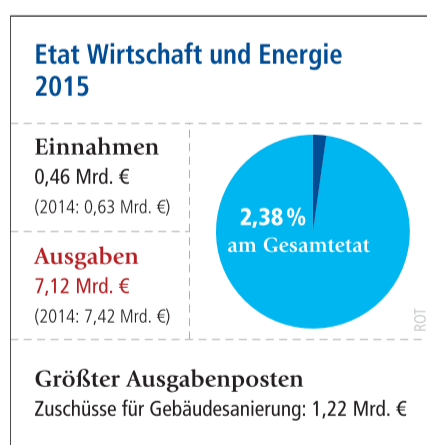
Dabei sollen die Personalausgaben von 18,48 Millionen Euro auf 19,33 Millionen Euro steigen. demgegenüber sollen die sächlichen Verwaltungsausgaben von 9,64 Millionen Euro auf 9,03 Millionen Euro fallen. Für Investitionen sind nach 1,04 Millionen Euro in diesem Jahr für kommendes Jahr 1,35 Millionen Euro eingeplant. Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 3,96 Millionen Euro (3,95 Millionen Euro) vorgesehen.

Die Ausgaben des Bundespräsidenten sollen beinahe unverändert 4,73 Millionen Euro (4,72 Millionen Euro) betragen. Dabei sind für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) wie bisher 3,65 Millionen Euro vorgesehen. 2,3 Millionen Euro davon sind gleichbleibend für die Deutsche Künstlerhilfe reserviert. 1,35 Millionen Euro sind wie in diesem Jahr vorgesehen für die Gewährung von Ehrengaben an

Alters- und Ehejubilare, Übernahme von Patenschaften und die Ausgaben aus besonderer Veranlassung. So übernimmt der Bundespräsident traditionell die Patenschaft für das siebte Kind einer Familie. Die Bezüge des Bundespräsidenten sollen 226.000 Euro (214.000 Euro) betragen.

Für das Bundespräsidialamt sind für 2015 insgesamt 20,02 Millionen Euro (19,18 Millionen Euro) vorgesehen. Davon geht der größte Teil mit 12,25 Millionen Euro (11,63 Millionen Euro) an das Personal. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen von 6,52 Millionen Euro in diesem Jahr auf 6,43 Millionen Euro im kommenden Jahr fallen. Die Kosten aus Anlass von Staatsbesuchen und Reisen des Bundespräsidenten ins Ausland sollen von 1,5 Millionen Euro auf 1,25 Millionen Euro fallen.

Das Büro der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz (GWK) soll im kommenden Jahr über 1,84 Millionen Euro verfügen können. Das sind 48.000 Euro weniger als 2014. Die Personalausgaben betragen hier 1,21 Millionen Euro (1,25 Millionen Euro). *mik*



## Dobrindt steuert sein Amt mit Optimismus

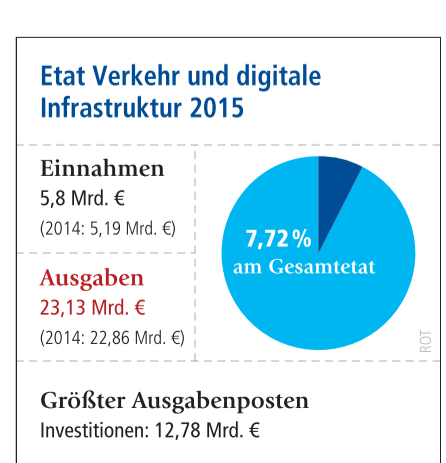
**VERKEHR** CSU-Minister nennt die Pkw-Maut »fair und sinnvoll«. Opposition spricht von Schlagbaummentalität

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) hat vor dem Bundestag die Pläne für eine Pkw-Maut ebenso verteidigt, wie das Festhalten an ÖPP-Projekten (öffentlich-private Partnerschaft). Bei der Einbringung des Haushalts (Einzelplan 12) am vergangenen Freitag nannte er die Pkw-Maut „fair und sinnvoll“. Zugleich betonte er, gute Erfahrungen mit ÖPP-Projekten gemacht zu haben. Dobrindts Aussagen stießen auf heftige Kritik bei der Opposition. Der Minister lebe in einer Parallelwelt, wenn er glaube, die Bevölkerung wolle die Pkw-Maut, sagte der Haushaltsexperte der

Grünen, Sven-Christian Kindler. Linken-Haushälter Roland Claus zeigte sich erstaunt, dass die Kanzlerin zulasse, dass ein Minister „während der Arbeitszeit seinem Hobby nachgeht“.

Unterstützung fand Dobrindt beim CDU-Verkehrsexperten Arnold Vaatz. Es könne nicht kritikwürdig sein, über eine Nutzerfinanzierung, wie sie unsere Nachbarländer auch praktizieren würden, nachzudenken. Bettina Hagedorn (SPD) übte wiederum Kritik am Verkehrsminister für die ohne Rücksprache mit den Haushältern erfolgte Freigabe von 27 Straßen-Neubauprojekten. Für den Bereich Verkehr und digitale Infrastruktur sind laut Etat (18/2000) Ausgaben von 23,13 Milliarden Euro vorgesehen. Das sind 269,89 Millionen Euro mehr als in diesem Jahr (2014: 22,86 Milliarden Euro). Die Investitionen sollen 2015 um 230,73 Millionen Euro auf insgesamt

12,78 Milliarden Euro (12,55 Milliarden Euro) steigen. Bis Oktober, so kündigte Verkehrsminister Dobrindt an, werde ein Gesetzentwurf für eine Infrastrukturabgabe



vorgelegt. Diese Abgabe, hinter der sich die Pkw-Maut verbirgt, habe eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung, sagte Dobrindt. Für seine Pläne zur Pkw-Maut habe Minister Dobrindt auch Kritik von der Schwertpartei CDU erfahren, sagte Roland Claus (Linke). Zu Recht, wie Claus fand. Käme die Maut, würde diese zwei Prozent des Verkehrsnetzes ausmachen. „Wieso darf ein Mitglied der Bundesregierung nur zwei Prozent Leistung bringen gegenüber 98 Prozent Arbeitsverweigerung“, fragte der Linkenabgeordnete.

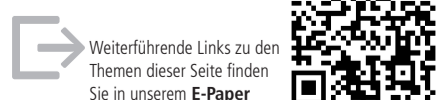
Kindler sprach von einer Schlagbaummentalität Dobrindts. „Hören Sie auf mit dieser europafeindlichen Stimmungsmache. Hören Sie auf mit dieser geistigen Brandstiftung“, sagte der Grünenabgeordnete an den Minister gewandt. Die „CSU-Maut“ habe auf deutschen Straßen nichts zu suchen, urteilte er.



Der Warnow-Tunnel bei Rostock ist das erste deutsche ÖPP-Straßenbauprojekt.

Mit Blick auf die Lkw-Maut machte Bettina Hagedorn deutlich, dass es wichtig sei, bis 15. Februar 2015 die Call-Option zu ziehen, damit der Bund künftige selber das Maut-System betreiben könne. So sei es auch im Koalitionsvertrag festgehalten. Nicht so optimistisch wie Dobrindt äußerte sich Hagedorn, die auch Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses ist, zu

ÖPP-Projekten. Man müsse aufpassen, damit diese – wie zuletzt erlebt – nicht teurer würden als geplant. Positiver bewertete Vaatz die ÖPP. Die Projekte stellten eine ganz wichtige Möglichkeit zur Ergänzung des Finanzierungskomplexes dar. Es sei aber völlig klar, dass die Verkehrsinfrastruktur in öffentlicher Hand bleiben werde, machte er deutlich. *Götz Hausding*





**KURZ NOTIERT**

**Mehr Geld für die Volksvertretung**

Der Deutsche Bundestag, der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages und die Mitglieder des Europäischen Parlaments können im Jahr 2015 über 802,78 Millionen Euro verfügen. Das sind 17,18 Millionen Euro mehr als im vergangenen Jahr (2014: 765,4 Millionen Euro). Die meisten Mittel sind dabei für das Personal reserviert. Die Ausgaben betragen dafür insgesamt 540,2 Millionen Euro (522,65 Millionen Euro). Für Investitionen sind 31,52 Millionen Euro (16,08 Millionen Euro) eingeplant und für sächliche Verwaltungsausgaben 135,13 Millionen Euro (131,85 Millionen Euro). Für Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) sind 95,94 Millionen Euro (94,82 Millionen Euro) vorgesehen. Die Gesamtausgaben des Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages sollen 2015 rund 4,3 Millionen Euro (4,14 Millionen Euro) betragen. Für die 96 deutschen Abgeordneten im Europäischen Parlament stehen in diesem Jahr insgesamt 6,74 Millionen Euro (6,23 Millionen Euro) bereit. *mik*

**Prüfungsämter des Bundes sollen weniger ausgeben**

Die Ausgaben des Bundesrechnungshofes sollen 2015 auf 136,03 Millionen Euro (2014: 135,99 Millionen Euro) steigen. Davon ist der weitaus größte Teil für Personalausgaben vorgesehen, die von 113,35 Millionen Euro auf 112,69 Millionen Euro fallen sollen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen ebenfalls von 17,02 Millionen Euro auf 16,84 Millionen Euro steigen. Die Investitionen sollen von 1,98 Millionen Euro auf 1,56 Millionen Euro fallen. Die Zuweisungen und Zuschüsse sollen von 3,64 Millionen Euro auf 4,94 Millionen Euro steigen. Für die sieben Prüfungsämter des Bundes mit Sitz in Berlin, Frankfurt am Main, Hamburg, Hannover, Koblenz, München und Stuttgart sollen die Ausgaben 36,15 Millionen Euro (37,56 Millionen Euro) betragen. *mik*

**Weniger Ausgaben der Regierung für die Zinsen**

Nach dem Gesetzentwurf der Bundesregierung sollen die Gesamtausgaben bei der Bundesschuld 2015 rund 28,16 Milliarden Euro betragen. Das sind 390,29 Millionen Euro weniger als dieses Jahr (2014: 28,55 Milliarden Euro). Der Schuldendienst soll 26,97 Milliarden Euro (27,62 Milliarden Euro) betragen. Für Investitionen sind 1,15 Milliarden Euro (900 Millionen Euro) vorgesehen. Die sächlichen Verwaltungsausgaben sollen um 34,09 Millionen Euro auf 42 Millionen Euro steigen. *mik*

**Regierung für das Jahr 2012 entlastet**

Gegen die Stimmen der beiden Oppositionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag in der vergangenen Woche auf Empfehlung des Haushaltsausschusses (18/1971) die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 2012 entlastet. Das Parlament stimmte der Entlastung aufgrund der Anträge des Bundesfinanzministeriums (17/14009, 17/14010) sowie den Bemerkungen des Bundesrechnungshofes (18/1220) zu. *mik*



Der Klimaschutz steht im kommenden Jahr ganz oben auf der internationalen Agenda: Ende 2015 will die Staatengemeinschaft in Paris neue, verbindliche Klimaziele verabschieden.

# Enttäuschte Erwartungen

## UMWELT Etat steigt an. Opposition fordert von Ministerin Hendricks Taten statt Ankündigungen

**M**ehr Geld in den Haushalt einzustellen, schützt nicht vor Kritik aus der Opposition. Diese Erfahrung musste am vergangenen Donnerstag bei den Beratungen des Etatansatzes für den Bereich Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die zuständige Ministerin Barbara Hendricks (SPD) machen. Knapp 238 Millionen Euro mehr als 2014 soll Hendricks ausgeben dürfen. Doch Grüne und Linke kritisierten die Ministerin während der Debatte dafür, dass sie vollmundigen Ankündigungen keine Taten folgen lasse. Versäumnisse sahen sie sowohl im Bereich Bauen als auch beim Klimaschutz. Die Redner der Koalition fraktionen verwiesen indes auf Verbesserungen beim Wohngeld und der Städtebauförderung. Zugleich forderten sie die Opposition auf, die Ministerin bei ihren Bemühungen um einen besseren Klimaschutz zu unterstützen. Insgesamt soll Hendricks im Jahr 2015 3,91 Milliarden Euro ausgeben können. Ein Großteil davon entfällt auf den Bereich Wohnungswesen und Städtebau. 2,28 Milliarden Euro sind hierfür veranschlagt und

damit 208,24 Millionen Euro mehr als 2014. Die Ausgaben für den Klimaschutz sollen im kommenden Jahr indes geringfügig sinken, dies aber, nachdem sie sich 2014 mehr als verdoppelt hatten. Insgesamt sollen 2015 342,13 Millionen Euro für den Klimaschutz aufgewendet werden – 44,07 Millionen Euro weniger als im laufenden Haushaltsjahr. Für Hendricks ist der Etatentwurf „ein echter Fortschritt“. Es zeige sich, dass sich die Bereiche Bau und Stadtentwicklung hervorragend mit den klassischen Aufgaben des Umweltministeriums zusammenfügen ließen. Bei den vielfältigen Themen des Ressorts bedenke man immer auch immer die sozialen Fragen, sicherte die Ministerin zu. „Wir machen Politik für die Menschen und mit den Menschen“, sagte sie. So sei der Betrag für das Wohngeld von 500 Millionen Euro auf 630 Millionen Euro erhöht worden. Hendricks kündigte zudem an, die Heizkostenpauschale wieder einführen zu wollen. Und sie versprach, sich auf dem Klimagipfel in Paris Ende 2015 für die Verabschiedung eines internationalen Klimaschutzabkommens einsetzen zu wollen. Heidrun Bluhm (Die Linke) bemängelte, die Ministerin habe hehre Ziele, verbleibe

aber im „Ankündigungsmodus“. Nach neunmonatiger Amtszeit müsse man konstatieren, dass sich die Hoffnungen angesichts des neuen Zuschnitts des Ministeriums ebenso wenig erfüllt hätten, wie die Hoffnung auf das Wirken einer sozialdemokratischen Umweltministerin. Stattdessen werde deutlich, dass sich der Bund selbst an „Mietpreistreiber“ beteilige, indem er bundeseigene Wohnungen zu Beträgen verkaufe, die nur die Umwandlung in Luxuswohnungen zur Folge haben könnten. „Es scheint so, als wäre ihnen die kurzfristige Schwarze Null wichtiger, als grundlegende Existenzbedürfnisse der Menschen“, konstatierte Bluhm. Christian Haase (CDU) befand hingegen, der Haushaltsentwurf für 2015 stelle einen Meilenstein dar. Im Interesse der nachfolgenden Generationen mache man keine neue Schulden und investiere trotzdem in Bildung, Arbeitsplätze, Infrastruktur sowie Umwelt- und Klimaschutz. Der Unionsabgeordnete zeigte sich zudem erfreut darüber, dass in der Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle beim Bundesamt für Strahlenschutz alle notwendigen Projekte „mit Hochdruck bearbeitet“ würden. Zu begrüßen sei in diesem Zusammenhang, dass für den Asse-Fonds im kom-

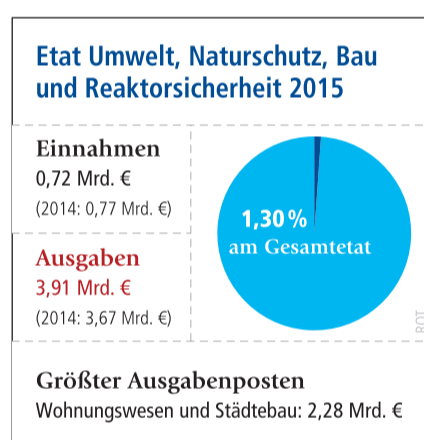
menden Haushaltsjahr zwei Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung stehen sollen. Der Haushaltsexperte der Grünen, Sven-Christian Kindler, ging mit der Klimapolitik der Bundesregierung hart ins Gericht: Sie fahre die Energiewende „bewusst an die Wand“. Die Umweltministerin sehe nur zu, wie Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) die erneuerbaren Energien abwürgte und die Kohle fördere, warf er Hendricks vor. Ihm sei bewusst, sagte Kindler, dass Hendricks für die Energiewende keine Verantwortung habe. „Als Umweltministerin müssen Sie aber bei dem Thema Verantwortung übernehmen und Kampfgeist zeigen“, forderte er. Ihr „Einknicken“ sei ein Armutszeugnis für eine Klima- und Umweltministerin. Dabei, fuhr Kindler fort, sei auch der Ministerin klar, dass Deutschland das Klimaziel für 2020 verfehlen werde, „wenn nicht drastisch umgesteuert wird“. Der Grünen-Abgeordnete forderte daher: „Mit der Kohlepolitik muss endlich Schluss sein.“ Steffen Claudio Lemme (SPD) versicherte, seine Partei stehe in der Regierungsverantwortung und wolle Verbesserungen herbeiführen. Im Baubereich beträfe das Investi-

**»Wir machen Politik für die Menschen und mit den Menschen.«**

Barbara Hendricks (SPD)

**»Sie fahren die Energiewende bewusst an die Wand.«**

Sven-Chr. Kindler (Grüne)



tionen in „lebenswerte Nachbarschaften“, um das Zusammenleben von Menschen zu verbessern und das Auseinanderdriften in arme und reiche Wohnviertel zu verhindern. Daher habe man das Programm „Soziale Stadt“ mit 150 Millionen Euro zum Herzstück der Städtebauförderung gemacht, sagte Lemme. Auch das Programm „Stadtumbau Ost“ sei als wichtige Säule der Städtebauförderung hervorzuheben. Was die Klimapolitik angeht, forderte der SPD-Politiker, beim Klimagipfel 2015 in Paris die letzte Chance auf ein internationales Klimaschutzabkommen zu nutzen. Zugleich machte er deutlich, dass aus seiner Sicht die im Haushalt eingeplanten Mittel für den Klimaschutz nicht ausreichend sind. *Gotz Hausding*

**AUS PLENUM UND AUSSCHÜSSEN**

## Mehr für Bildung und Forschung

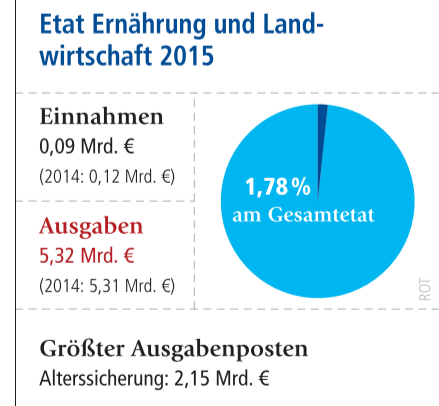
**BILDUNG UND FORSCHUNG** Deutschland sei im Moment ein Forschungsstandort und ein Innovationsstandort, „der in den Rankings ganz, ganz oben steht“, sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) bei der Vorstellung ihres Haushalts für 2015 (18/2000, Einzelplan 30) am vergangenen Donnerstag. Entscheidend für diesen Erfolg sei die Tatsache, dass seit 2005 die Ausgaben für Bildung und Forschung im Bund jedes Jahr gestiegen seien. Auch 2015 gebe es im Vergleich zu diesem Jahr wieder eine Steigerung. „1,2 Milliarden Cash mehr“, sagte die Ministerin über den Etat, der sich laut Haushaltsplanentwurf auf insgesamt 15,26 Milliarden Euro beläuft. Die Ministerin verwies auch auf den jüngsten OECD-Bericht zum Bildungswesen. Er sei das „beste Zeugnis, das wir bis jetzt bekommen haben, das allerbeste von den Indikatoren“. Als konkrete Erfolge nannte Wanka unter anderem die hohe Prozentzahl (96 Prozent) von Vierjährigen in einer Kindereinrichtung, die Halbierung des Anteils der Schulabbrecher von zwölf auf sechs Prozent, die Steigerung des Anteils von Frauen bei Abschlüssen in naturwissenschaftlichen Studiengängen, die Übernahme der Bafög-Leistungen durch den Bund und die Bafög-Novellierung. Die Abgeordneten Roland Claus von der Fraktion Die Linke und Ekin Deligöz (Bündnis 90/

Die Grünen) warfen der Bundesregierung vor, die vielen Milliarden Euro aus dem Etat des Ministeriums würden ineffektiv eingesetzt. Der Vertreter der Linksfraktion bezeichnete es als entscheidend, „dass Deutschland seine soziale Spaltung über sein Bildungssystem regelrecht reproduziert“. Unter den entwickelten Industrieländern habe Deutschland die ungerechteste Verteilung der Einkommen und damit auch der Bildungschancen. Auch Deligöz erklärte, es gehe nicht nur um das Volumen des Haushalts. „Die Prioritäten, die Sie setzen, sind komplett falsch“, sagte die Abgeordnete. Konkret warf sie der Ministerin vor, sie kürze trotz Fachkräftemangel bei der Beruforientierung, bei überbetrieblichen Ausbildungsstätten und der beruflichen Aufstiegsfortbildung. Swen Schulz (SPD) lobte die Bundesregierung habe einen beachtlichen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, „Die Grundlinie stimmt“, sagte er. Auch Stefan Kaufmann (CDU) sagte, die Bundesregierung beweise, dass beides gehe: den Haushalt konsolidieren und mehr in Bildung investieren. Anders als die Opposition behauptete, würden die Mittel aus dem Haushalt nicht gekürzt, sondern umgeschichtet. Die Daten des Haushalts stünden wir „wirklich gute Regierbarkeit“. *Annette Rollmann*

## Im Schatten der Ukraine-Krise

### LANDWIRTSCHAFT Das meiste Geld ist für die Sozialversicherungen der Bauern reserviert

Agrarminister Christian Schmidt (CSU) sieht mit Sorge auf die Entwicklung in Russland und in der Ukraine. In der Debatte über den Etatentwurf 2015 des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (18/2000; Einzelplan 10) unterstrich Schmidt am vergangenen Donnerstag, dass es der Landwirtschaft aufgrund der Krise derzeit nicht um „schiere“ Umsatzzahlen gehe, sondern auch um die Frage nach der Zukunft der Friedensordnung in Europa. „Ich habe die Hoffnung, dass wir über diese schwierige Situation hinwegkommen“, sagte Schmidt. Dennoch behielt er sich vor, dass bei weiterer Verschärfung der gegenseitigen Sanktionen eine Debatte über die Folgen und etwaige Hilfen angestoßen werden muss. Insgesamt sollen den Ernährungs- und Landwirtschaftsminister im nächsten Jahr 5,32 Milliarden Euro zur Verfügung stehen. Dass mit 3,7 Milliarden Euro rund 70 Prozent der eingesetzten Mittel des Haushaltes in die landwirtschaftliche Sozialpolitik fließen sollen, nahm Roland Claus für die Fraktion Die Linke zustimmend zur Kenntnis. Er kritisierte weniger den Haushaltsplan als den dahinter stehenden fehlenden Gestaltungswillen. „Denn die Agrarpolitik wird nicht mehr im Parlament, sondern an



der Börse gemacht.“ Die Spekulation auf Nahrungsgüter müsse durch die Politik verboten werden. Doch durch die Vielfalt an Freihandelsabkommen werde diesem Trend „Tür und Tor“ geöffnet. Als wichtige Punkte aus Sicht der Koalition hob Wilhelm Priesmeier (SPD) die Eiweißstrategie hervor, die im Haushalt 2015 von drei auf vier Millionen Euro erhöht werden soll. „Wenn wir durch heimisches Eiweiß importiertes Eiweiß ersetzen können, steigert das die Wertschöpfung im ländlichen Raum.“ Diese Chance gelte es zu nutzen. Scharf gingen Nicole Maisch von Bündnis

90/Die Grünen mit Schmidt ins Gericht. „Der Minister sollte sich nicht nur als Export-, sondern als Ernährungsminister verstehen“, sagte sie und bezeichnete die Bundesrepublik im Bereich der Schulverpflegung von Kindern als ein „DrittWeltland“. Die Qualität des Schulessens sei häufig ungenügend. Doch die Koalition würde mit dem Haushaltsentwurf die Mittel für Schulvernetzungsstellen auslaufen lassen. Für Johannes Röring (CDU) bedeutet Exportförderung nicht Exporterstattung sondern Handelserleichterungen und Veterinärabkommen. Vor dem Hintergrund des Ukraine Konflikts sei es außerdem gut, dass Deutschland nicht so abhängig von Lebensmitteln sei wie von Gas. „Der Absatz unserer Erzeugnisse ist wichtig für unsere Wirtschaft“, stellte Röring fest und sprach sich für die Fortführung der Gespräche über die Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada aus. *Jan Eisel*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**DAS WILL ICH LESEN!**

- Mehr Information.
- Mehr Themen.
- Mehr Hintergrund.
- Mehr Köpfe.
- Mehr Meinung.
- Mehr Parlament.\*

Bestellen Sie unverbindlich vier kostenlose Ausgaben. Lieferung immer montags druckfrisch per Post. Telefon 069-75014233 parlament@ds-medien.de www.das-parlament.de





**E**ine arbeitsmarktpolitische Generaldebatte ohne das Thema Mindestlohn – das gab es in den vergangenen Jahren selten. Andere Themen gerieten dabei oft in den Hintergrund. Bei der Debatte über den Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2015 (18/2000, Einzelplan 11) am vergangenen Donnerstag zeigte sich jedoch, dass es der Ministerin und den Abgeordneten nicht an anderen Schwerpunktthemen mangelte, die es schnellstmöglich umzusetzen gelte.

Unter Bezug auf die jüngsten Streiks von Lokführern und Piloten, die „Klientenpolitik für Wenige“ betrieb, kündigte etwa die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles (SPD), an, das Prinzip der Tarifeinheit wieder stärken zu wollen. „Ein Betrieb – ein Tarifvertrag“, dies müsse wieder gelten. Es könne nicht sein, dass Sparten-Gewerkschaften zentrale Teile unseres Landes lahmlegen, sagte Nahles. Unterstützt wurde sie in dieser Haltung von Sabine Weiss, der stellvertretenden Vorsitzenden der Unionsfraktion für die Bereiche Arbeit und Soziales. „Streikbelastungen werden zu einem Problem für die Allgemeinheit. Wir erleben hier Machtkämpfe zwischen den einzelnen Gewerkschaften“, kritisierte sie. Deshalb müsse das Gesetz zur Tarifeinheit so schnell wie möglich kommen.

**Stolperstein beseitigen** Als weitere wichtige Ziele benannte die Ministerin unter anderem einen verbesserten Übergang von der Schule zum Beruf. „Da verlieren wir zu viele Jugendliche“, mahnte sie und machte klar, dass dieser Übergang keine Stolperfalle mehr sein dürfe. 500 Millionen Euro würden deshalb in die Berufseinstiegsbegleitung in den nächsten Jahren investiert. Auch für den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit stünden 900 Millionen Euro bereit, denn deren hohe Zahl stagniere seit 2009. Für den Herbst kündigte sie außerdem eine „Partnerschaft für Fachkräfte“ aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Gewerkschaften an, um „das Thema der Zukunft“, die Fachkräftesicherung, anzugehen. Im Dezember sollen auch erste Vorschläge einer Arbeitsgruppe zur „Flexi-Rente“ vorliegen. CDU-Frau Weiss betonte in diesem Zusammenhang, die Lösung der Zukunft könne nicht sein, dass Menschen immer früher in Rente gehen können, sondern dass Möglichkeiten für ein längeres Arbeiten geschaffen werden.

Für die Opposition liegt der Handlungsdruck beim Thema Rente woanders. Sie

# Tarifeinheit auf der Startbahn

**ARBEIT UND SOZIALES** Regierung plant Ende der Sparten-Gewerkschaften und »Partnerschaft für Fachkräfte«



Leere Flughäfen wegen Streiks von Sparten-Gewerkschaften soll es nach dem Willen von Andrea Nahles bald nicht mehr geben.

kritisierte in der Debatte, dass die Bundesregierung das Problem der drohenden Altersarmut verdränge. So forderte Gesine Lötzsch (Die Linke), Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, die Wiedereinführung der Rentenbeiträge für Bezieher von Hartz-IV-Leistungen. „Das wäre ein kleiner Schritt zur Bekämpfung der Altersarmut. Ihre bisherige Rentenpolitik war kein Beitrag zur Verhinderung von Altersarmut. An dieser Stelle müssen wir im Bundestag dringend nachbessern“, appellierte sie. Ekin Deligöz, Haushaltsexpertin der Grünen, betonte, mit 125 Milliarden Euro sei der Sozial-Etat zwar der größte Einzelposten des Bundeshaushalts. „Aber, wenn wir ehrlich wären, müsste der Etat noch höher

ausfallen.“ Damit erneuerte sie die Kritik der Grünen an der Finanzierung der Kosten des Rentenpaktes durch Beitragsmittel. Auch kritisierte sie, dass die Regierung nichts gegen die Altersarmut tue und warb für das grüne Modell einer Garantierte. Ewald Schurer (SPD) sagte, ein zentrales Zukunftsprojekt sei es, dafür zu sorgen, dass die Menschen möglichst lange am Berufsleben teilhaben können. Ebenso wichtig sei es aber, mehr Menschen, zum Beispiel solche mit Behinderungen, besser in die Arbeitswelt zu integrieren. Vorbereitet werde deshalb ein Bundesteilhabegesetz, eine „Herkulesaufgabe“, so Schurer. Der Haushalt des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ist der größte Einzelposten im Bundeshaushalt 2015. Er sieht

insgesamt Ausgaben von 124,84 Milliarden Euro (214: 121, 98 Milliarden Euro) vor. Den größten Posten machen Leistungen an die Rentenversicherung aus. Diese belaufen sich auf 84,86 Milliarden Euro (82,96 Milliarden Euro). Dazu gehört unter anderem die Beteiligung an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, für die der Bund 5,88 Milliarden Euro (5,47 Milliarden Euro) ausgibt. Für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende sind 31,76 Milliarden Euro (31,06 Milliarden Euro) eingeplant. Davon entfallen 19,2 Milliarden Euro (wie 2014) auf das Arbeitslosengeld II und 4,6 Milliarden Euro (3,9 Milliarden Euro) auf die Leistungen für Unterkunft und Heizung. Claudia Heine

## Kritik trotz Zuwachses

**FAMILIE** Etat soll auf 8,46 Milliarden Euro erhöht werden

Trotz der geplanten Erhöhung um 497 Millionen auf 8,46 Milliarden Euro stößt der Etatentwurf der Bundesregierung für das Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (18/2000, Einzelplan 17) bei der Opposition auf scharfe Kritik. Die Erhöhung sei weitestgehend den steigenden Ausgaben beim „unsinnigen“ Betreuungsgeld geschuldet, kritisierten Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen am vergangenen Donnerstag in der ersten Lesung des Haushaltsentwurfs übereinstimmend. Ministerin Manuela Schwesig (SPD) und die Koalitionsfraktionen CDU/CSU und SPD lobten den ausgeglichenen Bundeshaushalt als den besten Beitrag für die Generationengerechtigkeit. Nach den Planungen der Regierung werden sich die Kosten für das Betreuungsgeld im kommenden Jahr von 515 Millionen auf rund eine Milliarde Euro erhöhen. Um weitere 30 Millionen auf 5,4 Milliarden Euro sollen die Ausgaben beim Elterngeld steigen. Zusammen mit dem Kindergeld

und dem Kinderzuschlag (498 Millionen Euro), dem Unterhaltsvorschuss (295 Millionen) und den Mitteln für die Familienpflegezeit (1,5 Millionen) sollen insgesamt 7,48 Milliarden Euro in die gesetzlichen Leistungen für Familien fließen. Hinzu kommen sollen die Zuweisungen des Bundes an die Conterganstiftung (155 Millionen) und die Einlage in die Stiftung Mutter und Kind (92 Millionen). Mit 265 Millionen Euro kalkuliert die Bundesregierung die Ausgaben für die Freiwilligendienste, elf Millionen weniger als im laufenden Jahr. Davon sollen unverändert 93 Millionen Euro an die Freiwilligendienste der Bundesländer fließen und 167 Millionen an den Bundesfreiwilligendienst. Weitere 75 Millionen sind für die Familien-, Gleichstellungs- und Seniorenpolitik sowie die Stärkung der Zivilgesellschaft eingeplant, elf Millionen Euro mehr als 2014. Für die Kinder- und Jugendpolitik sind unverändert 384 Millionen Euro vorgesehen. aw

## Politik für Verbraucher

**JUSTIZ** Heiko Maas will die Banken in die Pflicht nehmen

Der Etat des Bundesministeriums für Justiz und Verbraucherschutz wird im kommenden Jahr leicht erhöht. Der Einzelplan 07 des Bundeshaushaltsplans 2015 (18/2000) sieht für das Thema Verbraucherschutz erweiterte Haus von Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) ein Ausgabevolumen von 663,02 Millionen Euro vor, das sind 14,88 Millionen Euro mehr als 2014. Den Löwenanteil der Ausgaben schlucken die Personalausgaben von 442,75 Millionen Euro, die aber mehr als gedeckt werden durch die Einnahmen von gut 480,33 Millionen Euro. Darauf wies auch der Bundesminister in seiner Rede hin: „72 Prozent der Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt“, sagte er.

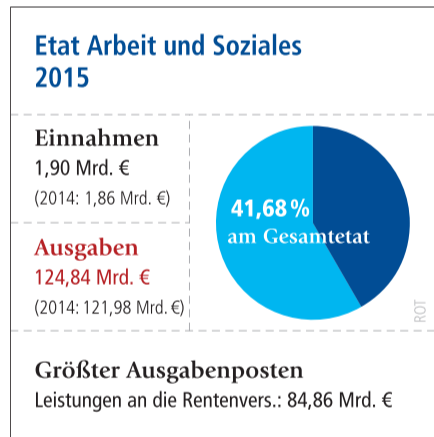
Im kommenden Jahr will Maas mehrere Strafrechtsbarkeitslücken im Sexualstrafrecht und beim Cybermobbing schließen sowie beim Verbraucherschutz die Banken stärker in die Pflicht nehmen. Gerade der Verbraucherschutz bleibt für Tobias Lindner von den Grünen allerdings „chronisch unterfinanziert“. Elisabeth Winkelmeier-Becker (CDU), beauftragte die Einführung der Frauenquote, warnte aber vor Umsetzungsschwierigkeiten. Für die Linke kritisierte Roland Claus das Fehlen von Mitteln für die Aufarbeitung von Justizverurteilungen. Dennis Rohde (SPD) sagte, die Personalstruktur des Deutschen Marken- und Patentamts (DPMA) müsse einer kritischen Betrachtung unterzogen werden. jbb

## Sinkende Ausgaben

**KULTUR** Etat soll um 64 Millionen Euro verkleinert werden

Kulturstaatsministerin Monika Grütters (CDU) soll im kommenden Jahr erstmals mit weniger Geld auskommen. Mit 1,07 Milliarden Euro soll das Budget für Kultur und Medien gegenüber diesem Jahr um rund 64 Millionen Euro sinken. Hinzu kommen die Etats der Stasi-Unterlagen-Behörde (103 Millionen), des Bundesarchivs (56 Millionen) und des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen in Osteuropa (1 Million), die ebenfalls im Verantwortungsbereich von Grütters liegen. Für Die Linke kritisierte Harald Petzold, der Haushaltsentwurf folge „ideologischem Ballast“ und sei „unausgewogen“. Grütters wolle zwölf Millionen Euro für den Wiederaufbau der Garnisonskirche in

Potsdam bereitstellen. Diese sei aber ein „Symbol für den preußischen Militarismus und die nationalsozialistische Machtergreifung“. Dies müsse verhindert werden. Tabea Rößner (Grüne) monierte unter anderem die geplanten Kürzungen beim Filmförderfonds um zehn auf 50 Millionen Euro. 2013 seien es noch 70 Millionen Euro gewesen. Wenn dies so weitergehe, sei der Fonds bis 2020 „abgewickelt“. Hiltrud Lotze (SPD) hielt entgegen, dass der Etat gut aufgestellt sei und die Kulturpolitik auf „hohem Niveau“ fortgeführt werden könne. Zudem sei es bislang immer gelungen, den Kulturretat während der Haushaltsberatungen noch einmal zu erhöhen. aw



## Weiter Zank um Asylrechtsreform

**INNERES** Einstufung von Westbalkan-Ländern als sichere Herkunftsstaaten umstritten. Initiative zu EU-Flüchtlingspolitik

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) dringt auf eine „gemeinsame europäische Antwort auf die steigenden Flüchtlingszahlen und die verheerende Situation im Mittelmeerraum“. Wie der Ressortchef bei der Bundestagsdebatte über den Haushalt 2015 seines Ministeriums sagte, sieht ein gemeinsamer Brief von ihm und seinen Amtskollegen aus Frankreich, Großbritannien, Polen und Spanien an die EU-Kommission in Brüssel dazu sieben Punkte vor. Dazu zähle die Bereitschaft zu Gesprächen, „ob wir auf freiwilliger Basis zeitlich befristet die Länder entlasten, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen“. Dies müsse unter Anrechnung der Lasten geschehen, „die die Länder bereits schultern, die besonders viele Flüchtlinge aufgenommen haben“.

Auch müssten sich alle Länder an die von ihnen unterschriebenen Regeln halten, mahnte der Minister. Alle Flüchtlinge müssten registriert werden und „in den Ländern, in denen sie ankommen, menschenwürdig und anständig aufgenommen werden“. Ferner zählen zu den sieben Punkten nach den Worten de Maizières unter anderem eine bessere Kontrolle der externen EU-Grenzen und eine verstärkte Bekämpfung des Menschenhandels. Wie der Ressortchef warben auch Vertreter der Koalitionsfraktionen in der Debatte für eine Zustimmung des Bundesrates zu dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-



Flüchtlinge aus Afrika bei einer Erstaufnahmestelle im thüringischen Suhl

Herzegovina als asylrechtlich sichere Herkunftsstaaten (18/1528, 18/1954). Durch diese Einstufung kann festgelegt werden, dass Asylanträge von Menschen aus diesen Ländern als „offensichtlich unbegründet“ abzulehnen sind. Die Vorlage steht am Freitag dieser Woche auf der Tagesordnung des Bundesrates, ohne dessen Zustimmung das Gesetz nicht zustande kommt. Es geht darum, „dass wir die wichtige Entscheidung treffen können, wer von denen, die hier Schutz suchen, bleiben kann“. Der Grünen-Abgeordnete Volker Beck wies es dagegen als „unanständig“ zurück. Flüchtlingsgruppen vom Balkan gegen solche aus Syrien und dem Irak auszuspielen. Die Hypothese, man könne ein ganzes Land pauschal als sicher für alle Gruppen bezeichnen, stimme einfach nicht. In den drei Balkan-Staaten würden die Gruppe der Roma und die der Homosexuellen dis-

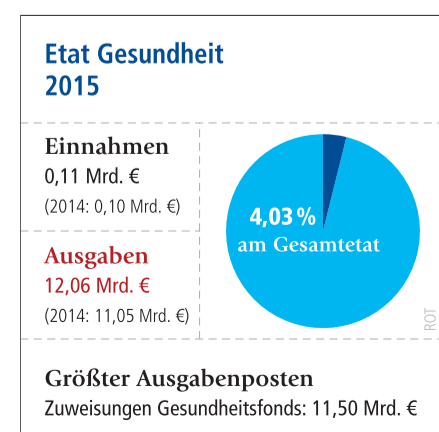
kriminieren und verfolgt. Daher könne man nicht sagen, dies nicht mehr „im Sinne des individuellen Grundrechts auf Asyl“ zu prüfen. „Das ist das falsche Konzept. Deshalb lehnen wir das ab“, fügte Beck hinzu. Für Die Linke kritisierte ihre Parlamentarierin Ulla Jelpke, dass nach den Regierungsplänen Asylanträge von Menschen aus den drei Westbalkan-Staaten pauschal abgelehnt werden sollten. Dabei habe die Koalition die Verletzung von Menschenrechten insbesondere der Roma aus diesen Ländern „massiv bagatellisiert“. Die Linke werde ihren Beitrag dazu leisten, dass der Gesetzentwurf im Bundesrat scheitert. Der Bundesinnenminister zeigte sich in der Debatte zugleich besorgt über die Reisebewegungen radikalisierter Islamisten aus Deutschland. Seit 2012 wisse man von mehr als 400 Ausreisen aus Deutschland in syrische Kampfgebiete, „vermehrt auch in den Irak“, sagte de Maizière. Mehr als 100 Islamisten seien bisher zurückgekehrt, darunter auch solche mit Kampferfahrung. „Wir wollen verhindern, dass diese radikalisierten Kämpfer ihren Dschihad in unsere deutschen Städte tragen“, fügte der Minister hinzu. CSU-Mann Mayer forderte, man müsse dagegen vorgehen, dass auf deutschen Straßen und Plätzen Fahnen mit dem Logo der Terrororganisation „Islamischer Staat“ geschwenkt werden. Er plädierte dafür, die Sympathiewerbung für terroristische Organisationen wieder unter Strafe zu stellen, wie es bis 2003 der Fall gewesen sei. Der Innen-Etat 2015 (18/2000, Einzelplan 06) umfasst nach dem Regierungsentwurf Ausgaben von gut 5,73 Milliarden Euro und damit fast 167 Millionen Euro weniger als 2014. Rund zwei Drittel der Ausgaben sollen für Sicherheitsbehörden aufgewandt werden. Helmut Stoltenberg

## Gröhe mit Reformeifer

**GESUNDHEIT** Etat wächst. Sorge um Ebola-Epidemie

Die dramatische Ebola-Krise in Westafrika ist nun auch als Thema im Bundestag angekommen. Bei der ersten Beratung des Gesundheitsetats für 2015 nutzte Minister Hermann Gröhe (CDU) seine Redezeit nicht nur für die Darstellung der nächsten Reformvorhaben, sondern auch, um seine Betroffenheit über die schwerste Ebola-Epidemie seit dem ersten Ausbruch 1976 deutlich zu machen. Die afrikanischen Staaten seien mit der Bekämpfung der tödlichen Virusinfektion überfordert, hätten weder die nötige Infrastruktur noch das Personal, um den Ausbruch in den Griff zu bekommen, sagte Gröhe und folgte damit den Warnungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO), der zufolge bislang mehr als 2.400 Ebola-Tote zu beklagen sind und knapp 4.800 Infizierte, vor allem in Liberia, Guinea und Sierra Leone. Laut WHO fehlen auch etwa Schutzanzüge und Leichensäcke. Gröhe betonte: „Sie brauchen die Solidarität der Staatengemeinschaft.“ Außerdem sollen Mittel für ein Trainingsprogramm des Robert-Koch-Instituts (RKI) zum Um-

gang mit Ebola-Verdachtsfällen bereitgestellt werden, denn oft haben Helfer vor allem Angst, sich selbst anzustecken. Gesine Lötzsch (Linke) sagte, angesichts der Ebola-Krise sei es verwunderlich, weshalb die Etatmittel für internationale Aufgaben gekürzt würden. Die Grünen-Abgeordnete Ekin Deligöz forderte in dem Zusammenhang mehr Mittel zur Erforschung seltener Krankheiten. Der Gesundheitsetat wächst durch die nun wieder um eine Milliarde Euro höheren Zuweisungen des Bundes an den Gesundheitsfonds von rund 11,05 Milliarden Euro in diesem Jahr auf rund 12,05 Milliarden Euro 2015. Der zwischen 2013 bis 2015 gegenüber der gesetzlichen Vorgabe von 14 Milliarden Euro drastisch gesenkte Bundeszuschuss sorgte dabei erneut für heftigen Streit. Die Opposition sieht darin finanzpolitische Willkür zulasten der Krankenversicherten. Die Koalition betont stets, die Gelder würden aus den prallen Rücklagen ausgeglichen, keine Leistung werde gekürzt. Gröhe ließ sich auf den Streit gar nicht mehr ein und schoss stattdessen ein Feuerwerk an Reformvorhaben ab. Neben dem laufenden Projekt zur Verbesserung der Pflegeleistungen sollen noch in diesem Jahr ein Versorgungsstärkungsgesetz, ein Präventionsgesetz und ein sogenanntes E-Health-Gesetz vorgelegt werden. Die ärztliche Versorgung auf dem Land soll mit den Reformen ebenso verbessert werden wie das gesundheitsbewusste Verhalten in Kitas, Schulen und Jobs. Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach räumte ein, dass mehr getan werden müsse gegen den zunehmenden Stress am Arbeitsplatz. Unter anderem mit dem Präventionsgesetz gehe die Koalition dieses Thema auch rasch an. Claus Peter Kosfeld







Friedrich Ebert (SPD), Vorsitzender des Rats der Volksbeauftragten, begrüßt im Dezember 1918 in Berlin heimkehrende deutsche Frontsoldaten.

# Vom Burgfrieden zum Umsturz

**ERSTER WELTKRIEG** Trotz aller Unwägbarkeiten und Zerrüttungen kam der Parlamentarismus voran, doch zu spät

Die Bilder gehören längst zur historischen Ikonographie: Die dicht gedrängte Menschenmenge auf dem Berliner Schlossplatz, die dem Kaiser auf dem fernen Balkon jubelnd applaudiert; die Gruppen junger Männer, die ihre Arme, teilweise mit weißen Stroh Hüten, begeistert in die Höhe recken und im Freudentaumel die Prachtstraße Unter den Linden erobern; die geschmückten und mit feurigen Parolen bemalten Eisenbahnwaggons („Ist Frankreich erledigt, wird den Russen gedreht!“), aus deren geöffneten Fenstern fröhliche Soldaten mit ihren Mützen und Kapfen winken, als führen sie zu einem fröhlichen Betriebsausflug; die gesitteten Damen, die fesch Junglingen im Feldgrau hübsche Blumensträußchen an die Uniformbrust heften.

Es sind Fotos jener euphorischen Wochen, als Kaiser-Deutschland 1914 in den Krieg zog. Als kollektives „Augusterlebnis“ werden sie in den Geschichtsbüchern notiert. Die „verspätete Nation“ erging sich in einer suggestiven Stimmung freudig-martialischer Hybris. Doch die wirkungsmächtigen Jubelbilder sind das Resultat einer damals schon emsig, aber manipulativen Kriegspropaganda. Ganz so emphatisch war die Seelenlage nämlich nicht. In den letzten Juli-Tagen hatten Hunderttausende in vielen deutschen Städten gegen einen Krieg demonstriert. Nach den Kriegserklärungen gegenüber Russland und Frankreich in den ersten August-Tagen 1914 verstärkten sich die gespaltenen Gefühle. Dem Enthusiasmus bei den maßgebenden Elitegruppierungen wie Adel und Militär und dem arrivierten Bürgertum standen Skepsis, ja sogar Verzweiflung in den Arbeiterschichten und der Landbevölkerung gegenüber, in der Erwartung der kommenden Belastungen.

**Unheilvolle Sätze** Dennoch gelang es, durch die höchst dramatische Beschworung der Bedrohung von außen die Konsensbrücke nach innen zu schlagen. Als Wilhelm II. am 4. August die Mitglieder des Reichstags zur Thronrede im Weißen Saal des Berliner Schlosses empfing, bezeichnete der Monarch den Krieg als „Ergebnis eines seit Jahren tätigen Übelwollens gegen Macht und Gedeihen des Deutschen Reiches“. Und dann fielen jene unheilvollen, weil zweideutigen Sätze: „Ich kenne keine Parteien mehr. Ich kenne nur Deutsche.“

Doch die Mystifikation reichte. Als Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg wenige Stunden später um die Bewilligung der Kriegskredite warb, benutzte er den Begriff des Verteidigungskrieges: „Wir sind jetzt in der Notwehr, und Notwehr kennt kein Gebot!“ Die Zustimmung der konservativen und bürgerlichen Parteien war selbstverständlich. Aber auch die Sozialdemokraten, jahrzehntelang als „vaterlandslose Gesellen“ geächtet, inzwischen jedoch mit 34,8 Prozent stärkste Partei im Reichstag, gaben ihr Einverständnis. „Wir lassen in der Stunde der Gefahr das eigene Volk nicht im Stich“, begründete Hugo Haase, Mit-Vorsitzender der SPD, das positive Vo-

tum seiner Fraktion. So wurde offiziell die Politik des „Burgfriedens“ besiegelt. Die Absicht war klar: Das brüchige Herrschaftssystem mit seinen festgefühten sozialen Hierarchien sollte durch den Krieg stabilisiert werden. Mit Argwohn und Sorge hatten Sozialdemokraten und Linksliberalen verfolgt. Damit verbanden sich Demokratisierung und Parlamentarisierung, infektiöse Bedrohungen für das autoritäre Gefüge. Die Sozialdemokraten nunmehr in den „Burgfrieden“ eingebunden zu haben, und dies ohne Reformkonzessionen: Das bedeutete bei Kriegsbeginn eine enorme strategische Dreingabe für die alten Protagonisten.

Der politische Gleichklang erhielt bald einen gedanklichen Überbau mit den „Ideen von 1914“, ein Begriff, der auf den Münsteraner Staatswissenschaftler Johann Plenge zurückzuführen ist. Die inhaltlichen Verstrickungen bildeten Einheit der Nation, deutsche Freiheit, Ordnung und Pflichterfüllung, Gleichheit und Kameradschaftlichkeit. Auch Formeln wie nationaler Sozialismus und Volksgemeinschaft tauchten auf. Vor allem aber verstanden sich die „Ideen von 1914“ als Gegenentwurf zu den Ideen von 1789, den Idealen der Französischen Revolution mit Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Der Unterschied von westlicher Zivilisation und deutscher Kultur, von jeher eine zweckmäßige Unterfütterung des politischen Sonderwegs, avancierte wieder zum bewussten Kristallisationspunkt.

Erstaunlich und deprimierend zugleich, wie sich nicht nur die traditionellen Eliten, sondern auch Scharen von Intellektuellen, Wissenschaftlern, Künstlern in den Dienst dieser Sache stellten, zumeist verbunden mit bornierter Kriegsverherrlichung. Über 4.000 Hochschullehrer glaubten, dass „für die ganze Kultur Europas das Heil an dem Siege hängt“. Max Weber schwärmte vom „großen wunderbaren Krieg“, Thomas Mann steigerte sich zur „Reinigung“. Die Franzosen als Volk der Dekadenz und Arroganz, die Engländer als Händler und Krämer, die Russen in der Finsternis der zaristischen Despotie – so der Tenor. Und über allem Germania superbia. Wer Friedrich August von Kaulbachs überlebensgroßes Bild der kriegsbewehrten Walküre mit dem Titel „Deutschland – August 1914“ betrachtet, augenblicklich im Deutschen Historischen Museum zu Berlin ausgestellt, bekommt von dieser Überheblichkeit einen Eindruck. In diesem zwanghaften „Burgfrieden“ war kein Platz für politische und soziale Reformkonzepte. Demokratie wurde als Chaos und Anarchie diskriminiert, der preußisch-deutsche Militarismus, einer der fatalen Ursachen des Kriegsausbruchs, als adäquate Organisationsform bei der Umstellung auf die Kriegswirtschaft, ja sogar für die Ordnung der ganzen Gesellschaft betrachtet. Zugleich nahmen die Kriegszieldis-

kussionen immer weiter ausgreifende Vorstellungen und Forderungen an, im Westen wie im Osten, der deutsche Hegemonialanspruch in Europa sollte unumstößlich festgeschrieben werden. Das wilhelminische Kaiserreich träumte sich eine ignoranten Selbstvermessenenheit.

Erst die zermürbenden Stellungskriege, mit Hunderttausenden von Toten und Verwundeten, die erfolglosen Abnutzungsstrategien, mit dem Einsatz immer ruinöserer Waffen wie Gas, U-Boote, Flugzeuge, Tanks, bringen 1916 die Diskussionen um innere Reformen wieder in Gang. Zumal da die Heimatgesellschaften den sich abzeichnenden totalen Krieg direkt zu spüren bekommen: Entbehrung und Not, Mangel und Zwang ziehen tiefe Spuren, Hungerrevolten und Streiks sorgen für Unruhe. Der sprichwörtliche „Steckrübenwinter“ 1916/17 ist dafür ein oft zitiertes Beispiel. Das Terrain des „Burgfriedens“ erodiert. Unter dem niederschmetternden Kriegsgeschehen, draußen wie drinnen, bricht nun „das Modernisierungsdilemma des wachsenden Abstands zwischen beschleunigter sozialökonomischer Entwicklung und erstarrtem politischen Ordnungsgefüge“ mit aller Wucht durch, das der Historiker Hans-Ulrich Wehler als „das“ Kennzeichen des spät-wilhelminischen Kaiserreiches bezeichnet hat.

**Neue Ideen** Die Kritik an der überkommenen Gesellschaftskonstellation durchdringt mehr und mehr die Öffentlichkeit. Max Weber, inzwischen von seinen nationalistischen Leitbildern abgerückt, proklamiert im Herbst 1916 seine „Ideen von 1917“ als Gegenstück zu den „Ideen von 1914“: Beseitigung des „persönlichen Regiments“ Wilhelm II., Abschaffung des Dreiklassenwahlrechts in Preußen, Parlamentarisierung

des politischen Systems und Föderalisierung des Reiches. Aufgeklärte Geister wie Albert Einstein und Max Planck äußern sich ebenfalls zunehmend skeptisch. Im Mai 1917 beginnen auch im Reichstag Beratungen über Verfassungsreformen. In dieser Stimmungslage wagt der Zentrumsabgeordnete Mathias Erzberger, früher ebenfalls strenggläubiger Nationalist, einen mutigen Vorstoß. Im Hauptausschuß des Reichstages brandmarkt er die Fehlleistungen der Reichsleitung, vor allem den uneingeschränkten U-Boot-Krieg, gleichzeitig rügt er Kriegsdauer und Ernährungslage. Über Erzbergers Rede formiert sich ein interfraktioneller Ausschuss aus Sozialdemokraten, katholischem Zentrum und liberaler Fortschrittspartei. Der Ausschuss bringt eine „Friedensresolution“ zustande, die am 19. Juli im Reichstag mit 214 gegen 116 bei 17 Enthaltungen angenommen wird. Darin heißt es: „Der Reichstag erstrebt einen Frieden der Verständigung und der dauernden Versöhnung der Völker. Mit einem solchen Frieden sind erzwungene Gebietserwerbungen und politische, wirtschaftliche und finanzielle Vergewaltigungen unvereinbar.“

Die neue Mitte-Links-Mehrheit – es sind genau die Parteien der späteren „Weimarer Koalition“ – setzte sich damit bewusst gegen Reichsleitung und Militärführung. Der Freiburger Historiker Jörn Leonhard nennt daher diesen Akt „eine Wegscheide des deutschen Parlamentarismus“, sein Kollege Ulrich Herbert spricht von einer „Zäsur“. Wenn dies dennoch nicht konsequent zur Parlamentarisierung der Monarchie führte, dann lag es an dem extremen Beharrungsvermögen und der enormen Machtkonzentration bei den einflussreichen Autoritäten. Mit der Ernennung der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) unter Führung von Paul von

Hindenburg und Erich Ludendorff Ende August 1916 hatten die alten Claqueurs eine traumhafte Vorgabe erhalten. Denn die beiden Kommandeure, der eine als populäre Galionsfigur, der andere als reaktionärer Einflüsterer, setzten rücksichtslos den Primat der Militärs vor dem der Politik durch. Das „Hindenburg-Programm“ zur Forcierung der Kriegswirtschaft und das „Hilfsdienstgesetz“, das alle männlichen Deutschen zwischen 17 und 60 Jahren zur Arbeitspflicht zwang, waren die adäquaten Instrumente. Mit ihrer faktischen Militärdiktatur, bei der sogar der Kaiser an den Rand gedrängt wurde, verschärfte sie die innenpolitischen Konfrontationen. Mitte 1917 betrieb die OHL den Sturz des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, von den Nationalisten schon lange als „Flaumacher“ diffamiert. Durch die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, eine Reaktion der Konservativen und Rechten auf die „Friedensresolution“ der neuen Reichstagsmehrheit, entstand eine willige Propaganda-Organisation für die unverbesslichen „Siegfrieden“-Losungen und die immer ausgreifenderen annexionistischen Kriegsziele.

Bei diesem aufgeladenen Klima kam es für die Reform des Wahlrechts und des Steuersystems zu einer langen Hängepartie. Auch die Sozialdemokraten, in ihrer „Burgfrieden“-Politik gefangen, scheuten eine eindeutige Kurskorrektur – um den Preis der inneren Spaltung. Die Mehrheit der Reichstagsfraktion grenzte die Kriegsgegner aus ihren Reihen aus, so dass es im April 1917 zur Gründung der USPD kam. Die damalige Spaltung der Arbeiterbewegung, eine tragische Hypothek der Weimarer Republik, wirkt bis heute nach. Eine Möglichkeit zur Änderung der inneren Herrschaftsstrukturen ergab sich erst, als es eigentlich schon zu spät war. Die militärischen Erfolge der deutschen Heeresleitung im Osten in den Wirnissen von Lenins Oktoberrevolution und der „Diktatfrieden“ von Brest-Litowsk bildeten nur eine trügerische Atempause. An der Westfront wurde die Lage immer aussichtsloser, es kam zu massenhaften Absetzbewegungen der Soldaten. Den völligen Zusammenbruch vor Augen, forderten Hindenburg und Ludendorff Ende September 1918 die Reichsregierung ultimativ auf, innerhalb weniger Tage Waffenstillstandsbedingungen auf der Grundlage des 14-Punkte-Programms des US-Präsidenten Wilson aufzunehmen, um günstige Bedingungen für einen Friedensvertrag herauszuholen. Zudem sollte eine Parlamentarisierung der Berliner Regierung zügig umgesetzt werden, mit Vertretern der neuen Mehrheitsparteien im Kabinett. „Die sollen nun den Frieden schließen, der jetzt geschlossen werden muss. Sie sollen die Suppe essen, die sie uns eingebracht haben!“, erläuterte Ludendorff. Das gedankliche Rüstzeug für die spätere böartige

„Dolchstoßlegende“, dass nämlich die Truppen an der Front unbesiegt blieben, während die Heimatfront ihnen in den Rücken fiel, wurde beizeiten zynisch zurecht gelegt – und damit die Diffamierung der Demokratie früh grundiert.

Als Ende Oktober 1918 unter Prinz Max von Baden, dem ersten parlamentarisch legitimierten, aber zugleich letzten Kanzler des Kaiserreiches, die Verfassungsreformen in Kraft traten, natürlich im konstitutionellen Rahmen, waren sie von den Realitäten längst überholt. Massenstreiks hatten seit Monaten das Land aufgewühlt. Die Meutereien der Marine, von Kiel ausgehend, breiteten sich schnell aus, die Aufruhr griff auf andere Großstädte über, Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Macht. Anfang November erreichte die Welle Berlin, Revolution lag in der Luft. Am 9. November verkündete Max von Baden den Rücktritt des Kaisers, ohne Einwilligung Wilhelms II., und übergab die Regierungsgeschäfte an den Vorsitzenden der Mehrheitssozialdemokraten, Friedrich Ebert. Sein Parteigenosse Scheidemann rief die „Deutsche Republik“ aus, der Linke Karl Liebknecht die „Sozialistische Republik“. In einem matten Umsturz, ganz anders als in Russland, ging die Preußen-Monarchie aus falschem Glanz und mit illusorischen Ambitionen unter – und in dem fast lautlosen Zusammenbruch äußerten sich die erschöpften Bizarrerien dieses überkommenen Relikts.

**Fragwürdiges Flickwerk** Gewiss, die längst überfällige Demokratisierung und Parlamentarisierung des anachronistischen Herrschaftssystems geriet zuletzt zu einem fragwürdigen Flickwerk: zu zögerlich, zu unzulänglich, zu spät. Dennoch ergab sich aus den fehlgeschlagenen Reformbemühungen ein keineswegs belangloser Aspekt. Die Kooperation von Sozialdemokraten, Zentrumsleuten und Linksliberalen im interfraktionellen Ausschuss war gleichsam Vorschule für Regierungsverantwortung. Sie bestand eine respektable Bewährungsprobe, als in Berlin die Revolution auf der Straße lag. Denn diese Parteien füllten nun das plötzliche Vakuum.

Ohne die vorherige zähe Diskussionsprozedur im Reichstag, zu der auch Einübung von Kompromissuche gehörte, wäre wohl das umstürzlerische Potenzial im November 1918 weit brutaler und destruktiver durchgebrochen. Im Chaos des gesellschaftlichen und strukturellen Zerfalls im Deutschland des Übergangs bildete dies eine einmalige Chance für einen Neuanfang. Dass diese Konstellation nicht dauerhaft bestand, sondern bei der Reichstagswahl 1920 unterging, zählt zu den tragischen Ursachen für das Scheitern der Demokratie von Weimar.

Heinz Verfürth II

Der Autor ist Freier Journalist in Berlin.

**Das brüchige Herrschaftssystem sollte durch den Krieg stabilisiert werden.**

**Im Chaos des Zerfalls bildete sich eine einmalige Chance für einen Neuanfang.**



Eine Fotomontage erinnert an die Ausrufung der deutschen Republik am 9. November 1918.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Dauerstreitthema radioaktiver Abfall: Die Suche nach einem Endlager in Deutschland geht weiter. Niemand will den Atommüll in seiner Nähe haben. Eine Fachkommission berät über Lösungswege.

## Ausgaben der Fraktionen

**FRAKTIONSBLANZ** Die vier Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen haben im zurückliegenden Jahr 2013 insgesamt Ausgaben in Höhe von rund 74 Millionen Euro verbucht. Das geht aus einer Unterrichtung von Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) (18/2380) auf der Basis der geprüften Rechnungen der Fraktionen für das Kalenderjahr 2013 hervor. Demnach kam die Unionsfraktion, die größte im Haus, auf Ausgaben in Höhe von rund 26,63 Millionen Euro. Die Fraktion der Sozialdemokraten verbuchte knapp 23 Millionen Euro an Ausgaben, die Linksfraktion rund 12,63 Millionen und die Grünen-Fraktion knapp zwölf Millionen Euro. Der weitaus größte Posten waren die Personalausgaben. Hinzu kamen unter anderem „Leistungen an Fraktionsmitglieder für die Wahrnehmung besonderer Funktionen in der Fraktion“, die in der Summe gut drei Millionen Euro ergaben. So verbuchte die Unionsfraktion hier Ausgaben in Höhe von rund 1,5 Millionen Euro, bei der SPD-Fraktion waren es gut 1,1 Millionen Euro, bei der Linksfraktion rund 105.000 Euro, bei den Grünen rund 300.000 Euro. Die Bilanz der nach der Bundestagswahl 2013 aus dem Parlament ausgeschiedenen FDP-Fraktion wurde für den Zeitraum 1. Januar bis 22. Oktober 2013 bereits gesondert veröffentlicht (18/1485). Demnach kamen die Liberalen im Bundestag auf Gesamtausgaben in Höhe von rund 15,66 Millionen Euro, darunter etwa 580.000 Euro für Fraktionsmitglieder mit besonderen Funktionen. **pk**

# Wohin mit dem Atommüll?

**ENDLAGER-KOMMISSION** Bundesumweltministerin Hendricks fordert Debatte »ohne Denkverbote«

Sollte es am Ende eine Volksabstimmung über ein mögliches Atommüll-Endlager geben? Für Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) ist das keine Option. Einem solchen Referendum wäre eine „riesige Mehrheit“ zwar wohl sicher, vermutete die Ministerin am vergangenen Montag in der dritten Sitzung der Kommission zur Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe (Endlager-Kommission). Aber die regional Betroffenen würden damit nicht glücklich sein. Ein tragfähiger gesellschaftlicher Konsens sei in dieser Frage jedoch notwendig. „Die Bevölkerung mitzunehmen, ist die größte Herausforderung“, betonte Hendricks. Das 33-köpfige Gremium, besetzt mit Vertretern gesellschaftlicher Gruppen, Wissenschaftlern, Abgeordneten des Bundestages sowie Mitgliedern der Landesregierungen, soll laut Gesetz bis Ende 2015 Kriterien für die Suche nach einem Endlager für hoch radioaktiven Atommüll entwickeln. Allein 10.550 Tonnen Schwermetall in Form von abgebrannten Brennelementen müssen laut Bundesamt für Strahlenschutz verwahrt werden. Das Endlager soll bis 2031 gefunden und danach erschlossen werden. Die Anregung, zu diesem Thema eine Volksabstimmung abzuhalten, kam von Jörg Sommer, der in seiner Funktion als Vorsitzender der Deutschen Umwelstiftung in der Kommission sitzt. Das Jahr

2031 als Frist für die Endlagersuche bezeichnete er in der Sitzung als „illusorisch“. Erst müsse ein „gesellschaftlicher Konsens“ hergestellt werden. Der Zeitbedarf hierfür sei aber nicht planbar. Ähnlich äußerte sich der niedersächsische Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne). Vor einer Entscheidung müsse die Atommüllforschung in Deutschland zunächst „breiter aufgestellt“ werden. Hendricks hält am Zeitplan fest. Es sei ihr „logisch nicht ersichtlich“, den gesellschaftlichen Konsens gegen den Zeitplan zu stellen. Bis 2031 seien noch 17 Jahre Zeit. „Wie lange wollen Sie eine Debatte führen, wenn wir doch alle wissen, dass wir einen Endlager-Standort brauchen?“

**Schacht Konrad** Fast nebenbei nannte Hendricks in der Sitzung ein Datum, das viele Kommissionsmitglieder aufhorchen ließ: Das Endlager für schwach und mittelradioaktiven Atommüll im Schacht Konrad werde wohl erst 2022 in Betrieb gehen, teilte die Ministerin mit. Bisher sollte es im Jahr 2019 fertig sein, nachdem sich der Starttermin zuvor schon immer weiter verzögert hatte.

Viel Raum nahm in der Sitzung das Reizthema Gorleben ein. Die Frage, ob das Atommülllager im Wendland in die Standortuche einbezogen werden sollte, hatte schon vor Beginn der Kommissionsarbeit die Gemüter erhitzt. Vor allem die Umweltverbände sind dagegen und fordern, die sogenannte Veränderungssperre für den Standort abzuschaffen. Sie legt fest, dass im Salzstock nichts verändert werden darf, was eine spätere Nutzung als Endlager gefährden könnte. Die Verbände befürchten hierdurch eine Vorfestlegung auf Gorleben. „Es kann nicht von einer weißen Landkarte gesprochen werden“, kritisierte Klaus Brunsmeier vom Umweltverband BUND in der Sitzung. Die Sperre müsse aufgehoben oder auch für andere mögliche Standorte verhängt werden. Hendricks wies das zurück. Gorleben sei als Standort nicht ausgeschlossen. Die Veränderungssperre sei daher nötig, um die Möglichkeit der Lagerung zu erhalten. Die Ministerin appellierte an die Kommission, eine „ehrliche, kreative Debatte ohne Denkverbote, Blockaden und Vorfestlegun-

gen“ zu führen. Das bedeute auch, „Gorleben einzubeziehen“.

**Keine Vorentscheidungen** In Bezug auf das Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BfE), das am 1. September seine Arbeit aufgenommen hat, hob Hendricks dessen „vorläufigen“ Charakter hervor. Das neue Amt, das die Endlagersuche auf Verwaltungsebene begleiten soll, ist im Gesetz vorgesehen. Kritiker befürchten jedoch, dass damit institutionelle Fakten geschaffen werden, bevor die Endlager-Kommission das Gesetz überhaupt überprüft hat. Hendricks versicherte, im BfE finde derzeit nichts statt, „was die kerntechnische Entsorgung betrifft“. Bisher würden nur Rechnungen über die Offenhaltungskosten in

Gorleben ausgestellt. Diese werden von den Stromkonzernen getragen. Auch Sorgen, mit dem Nationalen Entsorgungsprogramm für radioaktive Abfälle, das die Bundesregierung Mitte 2015 der EU-Kommission vorlegen muss, würden Fakten geschaffen, versuchte Hendricks zu zerstreuen: Der Arbeit der Endlager-Kommission werde nicht vorgegriffen, betonte sie. In dem Programm werde auf die Arbeit der Kommission hingewiesen. In der Sitzung stellte die Kommission zudem die Weichen, um stärker in die inhaltliche Arbeit einzusteigen. In der nächsten Sitzung soll zum Beispiel die Frage der Rückholbarkeit des Atommülls angegangen werden. Das Gremium tagt wieder am 22. September. **Sören Christian Reimer**



»Es kann nicht von einer weißen Landkarte gesprochen werden.«  
Klaus Brunsmeier (BUND)

### STICHWORT

#### NEUSTART DER ENDLAGERSUCHE — Das Standortauswahlgesetz

> **Grundlage** Nach langer Debatte haben sich die Parteien in Bundestag und Bundesrat Ende Juli 2013 auf das Standortauswahlgesetz geeinigt.

> **Verfahren** Ausgangspunkt des Verfahrens ist die Endlager-Kommission. Sie soll das Gesetz evaluieren und Kriterien für die Auswahl des Standortes erarbeiten. Bis 2031 soll unter Beteiligung der Öffentlichkeit ein Standort gefunden werden.

> **Kritik** Umweltverbände kritisieren unter anderem, dass das Gesetz Gorleben ausdrücklich nicht ausschließt. Ein Großteil der Verbände und Initiativen verweigerte sich dem Verfahren.

## Parlamentspreis ausgeschrieben

**DEUTSCH-FRANZÖSISCHER PREIS** Französische und deutsche Wissenschaftler können sich wieder für den mit 10.000 Euro dotierten Deutsch-Französischen Parlamentspreis bewerben. Der Deutsche Bundestag und die Assemblée nationale, das Unterhaus des französischen Parlaments, haben den Preis in diesem Jahr erneut ausgeschrieben. Die Auszeichnung wird seit 2004 alle zwei Jahre für wissenschaftliche Arbeiten verliehen, die zu einer besseren gegenseitigen Kenntnis der beiden Nachbarländer beitragen. Eingereicht werden können Arbeiten beispielsweise aus den Bereichen Recht, Wirtschaft, Politik oder anderen Geisteswissenschaften. Die Werke sollten als selbstständige Veröffentlichungen erscheinen und müssen in Deutsch oder Französisch abgefasst sein. Jeder Bewerber kann nur einen Beitrag einreichen. Es werden sowohl Eigenwerbungen als auch Nominierungen durch Dritte akzeptiert. Die Preise, die jeweils an einen Deutschen und einen Franzosen gehen, werden bei den gemeinsamen Sitzungen der Parlamentspräsidenten verliehen. Die Jury unter Vorsitz der Parlamentspräsidenten setzt sich aus jeweils zwei Abgeordneten und Wissenschaftlern beider Länder zusammen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) sagte, gerade weil die beiden Nationen unterschiedliche Traditionen, Vorstellungen und Interessen hätten, bleibe ihre wechselseitige Verständigung unverzichtbar für die Zukunft Europas. Bewerbungsschluss ist der 7. November 2014. Mehr Informationen auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de). **pk**

## Die CDU bleibt in Sachsen tonangebend

**LANDTAGSWAHL** Ministerpräsident Tillich sucht neuen Bündnispartner. Sondierungen mit SPD und Grünen

Schon ungewöhnlich: Da ändert die Landtagswahl im Sachsen erwartungsgemäß nur wenig an den Machtverhältnissen, doch das Votum sorgt bundesweit für hitzige Debatten: FDP und NPD fliegen aus dem Parlament, der eurokritischen Alternative für Deutschland (AfD) gelingt erstmals der Einzug in einen Landtag und die Wahlbeteiligung ist so schwach, dass Sachsen zum demokratischen Entwicklungsland zu verkümmern scheint.

**Ewiger Sieger** Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU) sprach am Wahlabend des 31. August gleichwohl von einem „Superergebnis“. Wie schon seit 1990 blieb die CDU mit 39,4 Prozent (59 Sitze) mit Abstand stärkste Kraft, wenn auch mit einem für sächsische Verhältnisse schwachen Resultat. Es folgen die Linkspartei mit 18,9 Prozent (27 Sitze), die SPD mit 12,4 Prozent (18 Sitze), die AfD mit 9,7 Prozent (14 Sitze) und die Grünen mit 5,7 Prozent (8 Sitze). Landespolitisch an-

dert das wenig. Die tonangebende CDU büßte gegenüber 2009 lediglich 0,8 Prozentpunkte ein. Sie muss sich nach der Abwahl der FDP aber einen neuen Bündnispartner suchen. Auch Linke, SPD und Grüne bewegten sich prozentual wenig. Seit fast 25 Jahren regiert die CDU und hat sich mit geordneten Finanzen profilierter. Dass Sachsen für die Fast-Pleite und den Notver-

kauf der Landesbank noch immer viel Geld zahlt, gerät gerne in Vergessenheit. Gleiches gilt für ein weiteres Desaster: Jahrelang lebte das rechtsextreme NSU-Terrorrio unerkannt im Freistaat. Die Sachsen stimmten gleichwohl für Kontinuität. Zur Kehrseite gehört das Desinteresse. Schon an der Wahl 2009 beteiligten sich nur 52,2 Prozent der Bürger, nun waren es gar nur

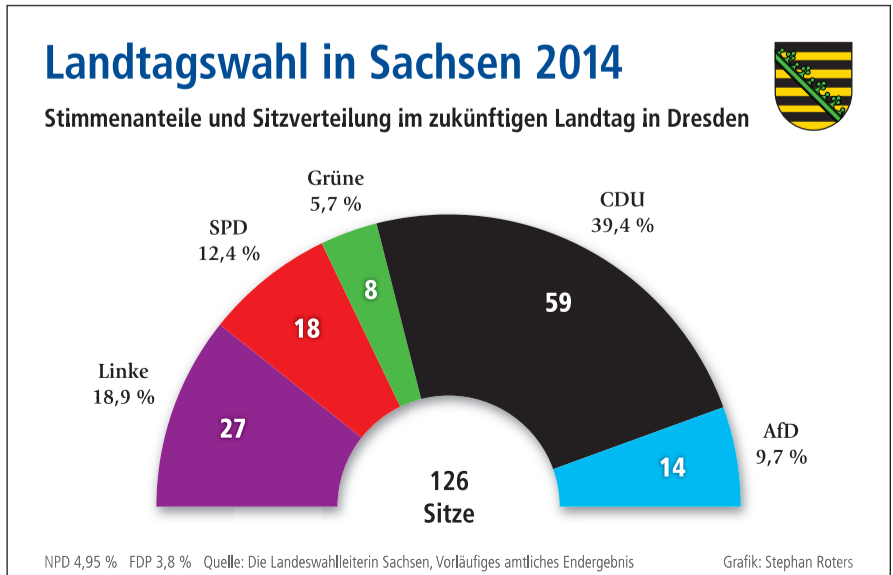
49,2 Prozent, der bisher zweitniedrigste Wert bei einer Landtagswahl. Erfahrungsgemäß profitieren vom Desinteresse die politischen Ränder. Zwar verfehlte die rechtsextreme NPD mit 4,9 Prozent knapp den dritten Wiedereinzug in den Landtag. Dafür gehört die AfD zu den Siegern. Allerdings erlitt die Neupartei gleich nach der Wahl einen Rückschlag. Als über rechtslastige Verbindungen des AfD-Abgeordneten Detlev Spangenberg berichtet wurde, verzichtete dieser auf das Amt des Alterspräsidenten im Landtag. Als Juniorpartner der CDU kommt die AfD nicht in Frage. Tillich schloss eine Koalition aber erst am Wahlabend definitiv aus. Er setzt auf ein Bündnis mit SPD oder Grünen. Beide kamen bereits zu Sondierungen zusammen und vereinbarten ein zweites Treffen. Allerdings ist eine Annäherung beim Thema Braunkohleabbau fraglich. Als wahrscheinlicher gilt eine Neuaufgabe der CDU/SPD-Koalition, die es schon von 2004 bis 2009 gab. SPD-Chef Martin Dulig will den Stellenabbau im öffentlichen Dienst stoppen und mehr Lehrer und Erzieher einstellen. Das sind keine unüberwindbaren Gräben. Eine erste Sondierung hat es schon gegeben. **Marius Zippe**

## Ritual auf dem Prüfstand

**FRAGESTUNDE** Opposition will Debatte mit mehr Schwung

Was in Frankreich oder Großbritannien als ein Höhepunkt des Parlamentarismus vom Publikum und den Abgeordneten offenkundig hoch geschätzt wird, grenzt hierzulande leider des öfteren an reine Routine: Die Fragestunde im Bundestag reißt niemanden vor Begeisterung von den Sitzen, denn der Ablauf ist ähnlich vorhersehbar wie eine Marschformation bei einem militärischen Appell und lässt für spontane Reduelle zumeist ebenso wenig Platz wie für überraschende Erkenntnisse. Um der Fragerunde mehr Schwung zu verleihen, verlangt Parlamentspräsident Norbert Lammert (CDU) schon länger ein lebhafteres Debattenformat. Lammert rüffelte die Fragestunde im Bundestag unlängst als den „schwächsten Teil des deutschen Parlamentarismus“, der in dieser Form auch „politisch sinnlos“ sei. In der französischen Nationalversammlung oder im britischen Unterhaus etwa kommt es regelmäßig zur direkten Konfrontation zwischen Ministern und Abgeordneten, Regierungschefs und Oppositionsführern. Auch heikle politische Fragen werden ohne lange Vorbereitung live und vor TV-Publikum erörtert, was einige Ansprache an die Redekunst stellt. Gute, schlagfertige Redner können hier glänzen, wer kaum einen Satz frei zu sprechen ver-

mag und sich dann noch argumentativ vertutelt, kann leicht ein politisches Debakel erleben. Das Parlament als Arena – ohne jede Gewähr. Diesen Gefahren versierter Oppositions-Rhetorik muss sich die Bundesregierung derzeit nicht stellen. Das als Kontrollrecht für Abgeordnete gedachte Format sieht vor, dass jeder Parlamentarier in jeder Sitzungswoche bis zu zwei Fragen an die Bundesregierung richten darf. Dass Bundesminister oder die Kanzlerin auf die zuvor schriftlich eingereichten Fragen antworten müssen, ist nicht vorgeschrieben. Antworten werden zumeist von Parlamentarischen Staatssekretären oder Staatsministern sachlich vorgetragen, das öffentliche Interesse daran ist nachvollziehbar mäßig. Die Fragestunde gibt es in der Form schon seit 1952. Nun wagt die Grünen-Fraktion einen neuerlichen Vorstoß, an den Ritualen zu rütteln und schlägt vor, die Bundesregierung und die Kanzlerin müssten sich den Fragen der Abgeordneten regelmäßig persönlich stellen. Nach den Vorstellungen der Grünen sollten die Minister zu den Fragerunden immer erscheinen und die Kanzlerin mindestens einmal im Monat. Vor wichtigen Sitzungen des Europäischen Rates sollte es ferner zusätzliche Fragemöglichkeiten geben. **Claus Peter Kosfeld**



Der Autor ist Journalist in Dresden.



# Spielregeln.



## Wir sind Teil der Lösung.

Für Wirtschaft und Gesellschaft gilt: Nur die richtige Balance von Regeln und Freiheit führt zu Wachstum und Erfolg. Deshalb sind wir für Regulierungen, wenn sie Transparenz, Fairness und Gleichbehandlung aller Marktteilnehmer garantieren. Und dennoch genügend Dynamik ermöglichen, damit unsere Wirtschaft wachsen kann.





Das Denkmal der Russischen Revolution 1905 in Riga (linkes Bild), Brücke über den Grenzfluss Narva mit russischer Grenzstation.

## Hilfen für Landwirte

**EUROPA** Das europäische Parlament wird am Montagnachmittag (15. September) über die Auswirkungen des russischen Embargos auf die europäische Landwirtschaft beraten. Unter anderem wird der zuständige Kommissar für Landwirtschaft, Dacian Cioloș, erläutern, wie die EU den europäischen Landwirten helfen will. Als Reaktion auf die Sanktionen der Europäischen Union hat die russische Regierung Anfang August verboten, Obst und Gemüse, Milch, Fleisch und Fisch aus der EU nach Russland einzuführen. Das Importverbot gilt für ein Jahr. Den Bauern fehlt damit ein wichtiger Absatzmarkt – allein im vergangenen Jahr hat die EU landwirtschaftliche Erzeugnisse im Wert von 11,9 Milliarden Euro nach Russland exportiert. Besonders betroffen ist Polen als großer Apfelproduzent. Um die Umsatzeinbrüche abzufedern, hat die EU bereits ein erstes Hilfsprogramm mit einem Umfang von 32,7 Millionen Euro umgesetzt. Weitere Hilfen – nicht nur finanzieller Art – sollen folgen. So fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auch, Bauern bei der Erschließung alternativer Absatzmärkte zu unterstützen. Polens Landwirtschaftsminister Marek Sawicki hat am Rande eines Sondertreffens der EU-Agrarminister vor zwei Wochen in Brüssel eine Aufstockung der Mittel gefordert. Unklar ist allerdings, woher das zusätzliche Geld kommen soll. Die Mittel im Agrarhaushalt sind fast verplant. Mitglieder des Agrarausschusses im EU-Parlament haben deshalb vorgeschlagen, auch Mittel außerhalb des europäischen Agrarhaushalts zu nutzen. *juh*

# Geteilte Gesellschaft

**BALTIKUM** Die russische Minderheit schätzt die Vorzüge der EU, wirklich integriert ist sie aber nicht

**D** Von früh bis spät staut sich der Verkehr am Ufer des Daugavaflusses im Zentrum von Riga. Neben den Wartenden erheben sich zwei riesige Bronzefiguren, die Kämpfer des Denkmals der Russischen Revolution von 1905. Symbole russischer Geschichte sind überall präsent in der lettischen Hauptstadt. Dabei ist den Letten ihre Unabhängigkeit von Moskau so wichtig. Mit Erleichterung hat man deshalb die Nachrichten über die neue Nato Eingreiftruppe verfolgt, die als rotierende „Speerspitze“ in den baltischen Ländern stationiert werden soll. Jeweils einige hundert Soldaten mit leichtem Gerät, zeitlich begrenzt. „Endlich nimmt die Nato unsere Furcht vor einem Angriff Russlands ernst“, verkündete der Oberkommandeur der lettischen Streitkräfte, Raimondas Graube.

**Erinnerung an 1991** Mit Sorge verfolgen Letten, Esten und Litauer die Krise in der Ukraine. Vor 23 Jahren erkämpften die Balten ihre Unabhängigkeit von Moskau. Aus Solidarität und Angst protestierten die Menschen in den vergangenen Monaten wiederholt gegen den Vormarsch russischer Truppen in der Ukraine. „Auch wir wurden 1991 von sowjetischen Panzern bedroht und setzten uns auf den Barrikaden zur Wehr“, sagt eine Passantin. „Aber jetzt fühle ich mich si-

cher, weil wir in der Europäischen Union und in der NATO sind.“ Man solle sich an 1940 erinnern, entgegnet ein Passant. Lettland sei damals Mitglied im Völkerbund gewesen, trotzdem habe niemand den Hitler-Stalin-Pakt oder die sowjetische Besatzung der drei baltischen Länder gestoppt. „Ich habe Angst, dass sich die Geschichte wiederholt.“ Die baltischen Länder sind besorgt, dass Moskau plötzlich einmarschieren könnte – unter dem Vorwand die russische Minderheit zu schützen. Anders als in Litauen ist in Lettland und Estland immerhin jeder Dritte russischer Herkunft. Die meisten wurden im Sozialismus angesiedelt. Im Alltag gab die russische Sprache den Ton an. Seit der Unabhängigkeit werden von jedem Arbeitnehmer Kenntnisse der estnischen, lettischen oder litauischen Sprache verlangt. In Litauen ist nur jeder zwanzigste russischer Herkunft, deshalb erhielten hier nach der Unabhängigkeit alle sofort einen litauischen Pass. Lettland und Estland handhaben die Vergabe der Staatsbürgerschaft bis heute hingegen sehr rigide. Nur die Neugeborenen bekommen seit ein paar Jahren automatisch die Staatsbürgerschaft. Wer aber von den einst angesiedelten Russen in Lettland und Estland einen Pass erhalten möchte, muss zuerst eine Prüfung auf in lettischer oder estnischer Sprache bestehen. Noch immer verfügt die Hälfte der russi-

schen Minderheit in beiden Ländern nur über einen sogenannten „Nichtbürgerpass“. Dessen Inhaber darf nicht wählen oder im Staatsdienst arbeiten, sich aber frei in der EU bewegen. Gerade die ältere Generation der russischsprachigen Minderheit sieht sich häufig als Bürger zweiter Klasse. **Zwiespalt** Heute seien Lettland und Estland eine zweigeteilte Gesellschaft, sagt der Soziologe Arnis Kaktins. Mit lettischen und russischen Schulen, mit eigenen Theatern und einem Vertrauen in unterschiedliche Meinungsmacher. Während lettische Medien von Protesten gegen Putin berichten, loben russischsprachige Zeitungen vor allem den Militäreinsatz in der Ukraine. Die Letten unterstützen die Ukraine, die Russen in Lettland und Estland hingegen bewunderten Putin, sagt Arnis Kaktins. „Sie sind in Russland geboren oder haben dort Freunde und Verwandte.“ Um der Propaganda entgegenzuwirken, haben Lettland und Litauen drei Monate lang die Ausstrahlung des russischen Staatsfernsehens unterbrochen. Heute versuchen die baltischen Länder mit eigenen Sendungen in russischer Sprache ihrer russischen Minderheit entgegenzukommen. Neuere Umfragen zeigen, dass sich die meisten Russen eindeutig für die baltischen Ländern entschieden haben. Die Leute hätten längst die Vorteile von einem Leben in der Europäischen Union erkannt,

sagt Katri Raik, Leiterin des „Narva College“ im estnischen Narva. Die Kleinstadt liegt im Nordosten des Landes direkt an der russischen Grenze. Eine russischsprachige Enklave in Estland, in der nahezu alle 65.000 Einwohner russischer Herkunft sind und allein 20.000 noch immer über einen russischen Pass verfügen. Viele von ihnen sprechen zwar kein Estnisch, passieren aber auf dem Weg zur Arbeit Tag für Tag die Brücke ins russische Ivangorod. So könnten sie eben auch hautnah die Lebensbedingungen in Russland und Estland vergleichen, sagt Katri Raik. „Niemand hat den Wunsch, sich plötzlich Russland anzuschließen, aber wir dürfen unsere russische Minderheit nicht vernachlässigen.“

Die Sorge vor einer Mobilisierung der russischen Minderheit ist im Baltikum nicht gebannt. Deshalb haben die Innenminister aller drei Länder soeben einen gemeinsamen Aktionsplan beschlossen, zur Förderung der Integration und Beobachtung der inneren Sicherheit. Auffällig ist eine kleine Gruppe, die sich „Baltikum für Neurrusland“ nennt und in Estland, Lettland und Litauen humanitäre Hilfsgüter für die Russen in Donezk und Luhansk sammelt. Junge Leute, die auf einem Trip in die Bürgerkriegsregion radikalisiert werden könnten um nach ihrer Rückkehr im Baltikum für Unruhe zu sorgen, fürchtet der lettische Geheimdienst. *Birgit Johansmeier*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Riga.

**> STICHWORT**

**Russische Minderheit im Baltikum**

**> Estland** 300.000 Bürger – und damit rund ein Viertel der Gesamtbevölkerung – gehören zur russischsprachigen Minderheit. Rund 100.000 von ihnen haben mittlerweile den estnischen Pass, 110.000 den russischen. Hinzu kommen Staatenlose mit sogenannten „Fremdenpass“.

**> Lettland** Mehr als 30 Prozent der Einwohner haben eine andere Muttersprache als Lettisch. Die Hälfte von ihnen (rund 290.000) sind Einwohner, die zwischen 1940 und 1991 aus verschiedenen Sowjetrepubliken nach Lettland gekommen waren und nach der Unabhängigkeit 1991 von den Einbürgerungsangeboten keinen Gebrauch gemacht haben. Sie genießen für Lettland ein Daueraufenthaltsrecht mit Arbeitserlaubnis.

## EU-Abkommen wird ratifiziert

**UKRAINE** Das ukrainische Parlament will am 16. September das Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union ratifizieren. Das erklärte Präsident Petro Poroschenko am vergangenen Freitag in Kiew auf einer Konferenz zur Förderung der ukrainischen Anbindung an Westeuropa. Die Ratifizierung bezeichnete er als einen „historischen Moment“ für sein Land. Ebenfalls in dieser Woche wird das Europäische Parlament über das Abkommen abstimmen. Es sieht eine vertiefte politische Assoziierung und ein umfassendes Freihandelsabkommen vor. Nach erfolgreicher Ratifizierung durch beide Parlamente könnte die Bestimmungen bereits zum 1. November 2014 in Kraft treten. Das Abkommen mit Brüssel sollte als Schritt auf dem langen Weg zur EU-Mitgliedschaft bereits im November vergangenen Jahres unterzeichnet werden. Der damalige Präsident Wiktor Janukowitsch hatte es jedoch kurz zuvor gestoppt und sich wieder stärker Russland zugewandt. Das war Auslöser des bis heute anhaltenden Konflikts in der Ukraine, bei dem in den vergangenen fünf Monaten mehr als 3.000 Menschen umgekommen sind. Poroschenko äußerte am Freitag die Hoffnung, dass der zwischen ukrainischen Regierungstruppen und prorussischen Separatisten vor einer Woche geschlossene Waffenstillstand hält. Bisher hat es nur kleine Verstöße gegeben. In der Ukraine finden am 26. Oktober Parlamentswahlen statt. Erste Priorität nach der Abstimmung hätten Wirtschaftsreformen sowie eine Bekämpfung der Korruption, sagte Poroschenko. *juh*

**DAS WILL ICH ONLINE LESEN!**

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.  
Mehr Themen.  
Mehr Hintergrund.  
Mehr Köpfe.  
Mehr Parlament.

[www.das-parlament.de](http://www.das-parlament.de)  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)  
Telefon 069-75014253

Direkt zum E-Paper

## Der Preis der Krim

**RUSSLAND** Wenn es um den eigenen Wohlstand geht, dürfte die Begeisterung vieler Russen für den Kurs des Kremls enden

„Krim nasch“, „die Krim gehört uns“, lautet der geflügelte Begriff mit dem Russen den Anschluss der Schwarzmeer-Halbinsel in die Russische Föderation gutheißten. Ein halbes Jahr liegt das Referendum über den Anschluss zurück, der Zuspuch ist gerade auf 73 Prozent gestiegen, im März lag der Anteil noch bei 64 Prozent. Das ist das Ergebnis der jüngsten Umfrage des Moskauer Lewada-Zentrums, das breite Anerkennung für seine unabhängigen Befragungen genießt. Die, aus russischer Sicht, „Wiedervereinigung“ mit der Krim hat auch die Zustimmung zur Politik von Präsident Wladimir Putin in den vergangenen Monaten massiv in die Höhe getrieben. Anfang August erreichte der Zuspuch für sein Handeln den Rekordwert von 87 Prozent – trotz wachsender internationaler Isolation, Sanktionen des Westens sowie Moskaus Gegenmaßnahme: das Importverbot von Lebensmitteln. Dass eine überwältigende Mehrheit den Kurs des Präsidenten unterstützt führen Soziologen und Politologen auf mehrere Faktoren zurück: Putin zeigt Entschlossenheit und Stärke, was bei der Mehrheit der überwiegend konservativen Bürger gut ankommt. Gleiches gilt für Moskaus Kurs gegenüber dem Westen, vor allem gegenüber USA und Nato: Ein knappes Vierteljahr-

hundert nach dem Ende des Kalten Krieges sei Russland wieder ein gewichtiger und somit ernstzunehmender internationaler Akteur – ein Wunsch vieler seit dem Zerfall der Sowjetunion. Patriotische Berichterstattung und das Propaganda-Dauerfeuer der meisten Medien untermauern den Zuspuch für den Präsidenten. Die Krise habe die Sicht auf die Politik des Kreml grundlegend verändert, erklärt Lew Gudkow, Leiter des Lewada-Zentrums. Nicht nur Staatsmedien und Regierung, auch große Teile der Bevölkerung habe sich an ein anti-westliche Ideologie gewöhnt; an die Wahrnehmung: „wir gegen die“. So gibt die Mehrheit dem Westen die Verantwortung für den Ukraine-Konflikt. Putins Politik betrachten sie als Schutz geopolitischer, ethnischer und ökonomischer Interessen Russlands. Einen militärischen Konflikt mit dem oder im Nachbarland lehnen die meisten Russen allerdings ab. In einer Um-

frage von Ende Juli sprachen sich zwar viele für eine Unterstützung der prorussischen Regionen im Südosten der Ukraine aus – meinten damit allerdings humanitären und diplomatischen Beistand. Die aktuelle Stimmung in der russischen Bevölkerung wird jedoch nicht lange andauern, meinen Experten. Bereits Ende August ist der Zuspuch für Präsident Putin um einige Prozentpunkte gesunken. Beobachter erwarten, dass die Unterstützung des Kreml-Kurses zum Jahresende bis auf das deutlich niedrigere Niveau vor der Ukraine-Krise zurückfällt. Noch aber lenke die Krise die Öffentlichkeit von inneren Problemen ab, sagt Gudkow. Die konservative Mehrheit reagiere erst mit einiger Verzögerung auf aktuelle Geschehnisse. Der Lewada-Chef erwartet, dass sich im November erstmals ein Stimmungsumschwung bemerkbar macht. Die Folgen der aktuellen Politik sind bereits zu spüren. Der Anfang August verhängte Importstopp gegen Lebensmittel aus dem Westen führt inzwischen zu einem teils gravierenden Preisanstieg: Geflügel-, Schweine- und Rindfleisch kosten in einigen Regionen bis zu 30, 40 und sogar 60 Prozent mehr. Teure Lebensmittel und steigende Inflation stoppen den Reallohnzuwachs, schwacher Rubel und lahme Wirtschaft setzten Russland zusätzlich zu, das Land schlittert in eine

Rezession. Zudem muss Moskau Milliarden für die Krim aufwenden. Bei den Bürgern aber endet die Begeisterung für den Krim-Anschluss, wenn es um den eigenen Wohlstand geht. Einen persönlichen Anteil für die Krim-Politik zu zahlen – dazu sind deutlich weniger Russen bereit. **Sanktionen** Dass man um diese Befindlichkeiten auch im Kreml weiß, zeigt die Reaktion Putins am vergangenen Freitag auf die neuerliche Verschärfung der Sanktionen durch die EU und die USA. Diese zielen unter anderem auf den Zugang großer russischer Rüstungs- und Energiekonzernen zu den EU-Finanzmärkten. Putin nannte diese Maßnahmen „wenig effektiv“ und „antirussisch“. Seine Regierung werde Gegensanktionen vorbereiten, sagte der Präsident, nicht ohne zu ergänzen, dass diese aber den Interessen Russlands nicht schaden dürften. *Oliver Bilger*

Der Autor ist freier Korrespondent in Moskau.

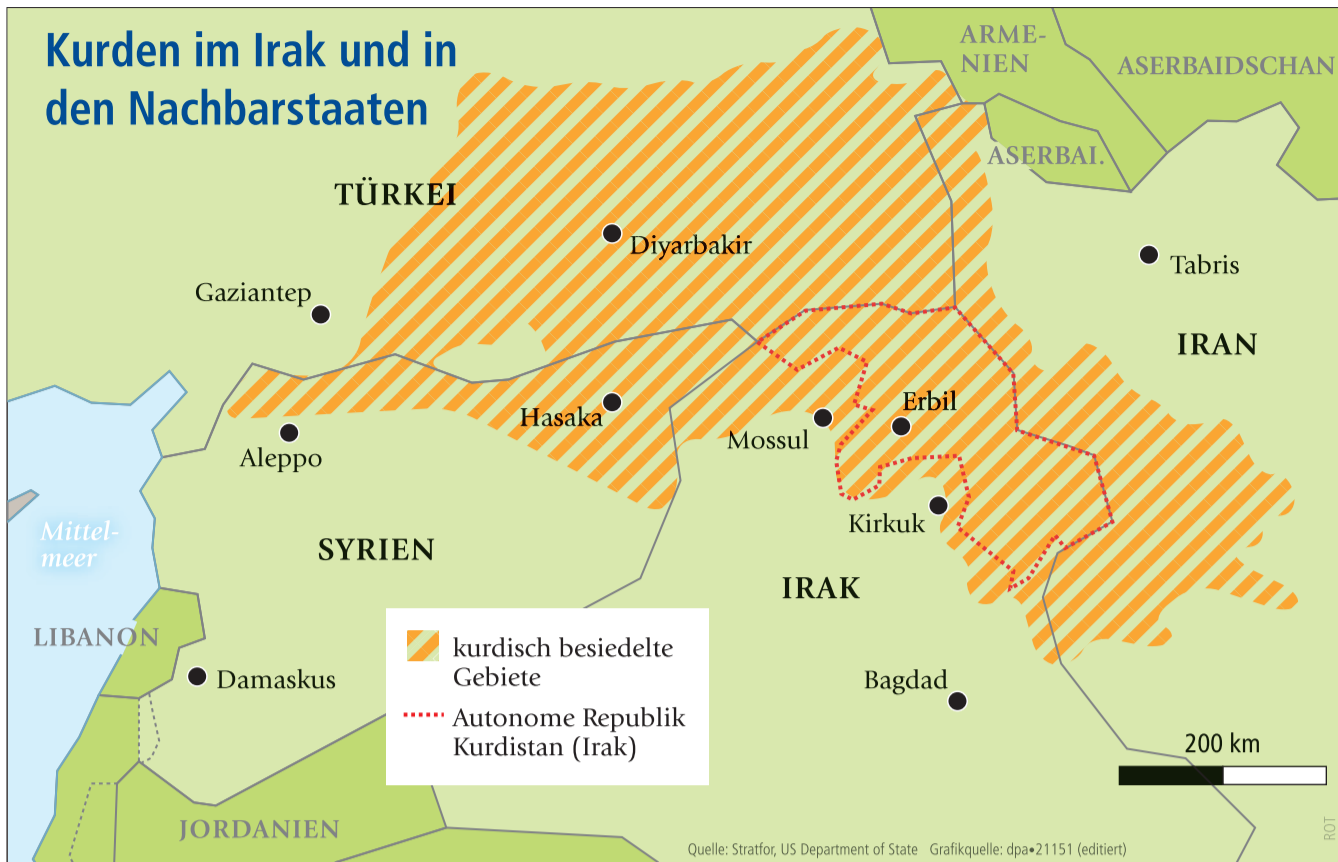
Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



**M**it Waffenlieferungen wollen Deutschland und Großbritannien die Truppen der autonomen Region Kurdistans (KRG) im Irak im Kampf gegen die mörderische Miliz „Islamischer Staat“ (IS) unterstützen. Die USA hatten schon kurz nach dem Start ihrer Luftangriffe auf IS-Stellungen vor einem Monat begonnen, Gewehre, Munition und Panzerabwehrgranaten zu den Kurden im Irak zu schicken. Nun will US-Präsident Barack Obama die Luftschläge auch auf Syrien ausweiten. Damit verliert IS seine sicheren Rückzugsgebiete und Nachschubwege von Syrien aus in den Irak. „Etwas Besseres konnte uns nicht passieren“, sagte Magdid Harki, Oberst der kurdischen Peshmerga-Truppen. „US-Bomben und Waffen aus Großbritannien und Deutschland. Wir können zufrieden sein.“ Die Kurden sind die neuen Freunde des Westens, obwohl man sie angesichts ihrer Unabhängigkeitsbestrebungen immer misstrauisch beäugt hatte. Eine öffentliche Schelte am geplanten Referendum der KRG-Regierung über einen eigenständigen Staat innerhalb des Iraks hat es nicht gegeben. Die Kurden sollen diesmal die Retter in der Not sein. Nach dem Debakel der USA im Irak will der Westen selbst keine Bodentruppen schicken. Die Kurden sollen die extremistischen Islamisten bekämpfen und dabei die religiösen Minderheiten, die Christen und Jesiden, schützen.

**Kampflos aufgegeben** Bei so viel Vertrauen wird oft vergessen, dass die Autonome Region Kurdistans nur auf dem Papier eine Demokratie ist. Sie wird vom Familienklan des Präsidenten Masoud Barsani regiert. Presse- und Meinungsfreiheit existieren nur eingeschränkt. Unliebsame Journalisten setzt man unter Druck und sie können auch mal verschwinden. Und das so hochgelobte kurdische Militär? Die Peshmerga sind zersplittert, leiden an mangelnder Koordination und einer klaren Befehlshierarchie. Ihr Einsatzwille für nicht-sunnitische kurdische Minderheiten ist zögerlich. „Wenn es darauf ankommt, halten sie nicht die Frontlinie“, sagte ein Kurdistan-Experte, der anonym bleiben will. Die Peshmerga hatten Karakosch, mit 50.000 Einwohnern die größte christliche Stadt der Region, kampflos aufgegeben. Auch der Jesidenort Sindschar wurde ohne Widerstand geräumt.

Von solchen „Unterstellungen“ will Oberst Harki jedoch nichts wissen. „Das waren taktische notwendige Rückzüge“, erklärte er in seinem Zelt in Khazer, einem Peshmerga-Stützpunkt, etwa 45 Kilometer von der Hauptstadt Erbil entfernt. Allerdings behaupten jesidische Flüchtlinge aus Sindschar: „Sie sind doch alle wie die Hasen davon gelaufen. Kaum, dass der IS im Anmarsch war, haben die Peshmerga zusammengepackt.“ Was dem „taktischen Rückzug“ folgte, war ein Blutbad. Über 500 Jesiden wurden brutal ermordet, mehr als 1.500 Frauen als Geiseln verschleppt und auf dem Markt in Mossul als Sklavinnen feilgeboten. Auch bei der Rettung von zehntausenden Jesiden, die auf den Berggründen von Sindschar Zuflucht gesucht hatten, ist die Rolle der Peshmerga zweifelhaft. Die Hilfe schien wenig professionell und halbherzig.



Die kurdischen Peshmerga sollen – ausgestattet auch mit deutschen Waffen – eine Schlüsselrolle im Kampf gegen IS spielen.

# Brüchige Allianz

**NAHER OSTEN** Die einst verfeindeten Kurden in Syrien und im Irak haben sich gegen die Dschihadisten von IS verbündet

„Wir haben keine Hilfslieferungen gesehen“, erzählt Said, der mit seiner Familie über eine Woche auf dem Berg ausharrte. Auf lokalen Fernsehsendern wurden die Peshmerga als Helden der Befreiung der Jesiden gefeiert. „Alles Blödsinn“, behaupten Said und eine Reihe anderer Flüchtlinge. „Wir sind von der PKK gerettet worden, die einen Fluchtkorridor freimachte.“ Man habe die Flüchtlinge zuerst nach Syrien und dann in den Irak gebracht. Die PKK ist die Miliz der türkischen Kurdischen Arbeiterpartei. Sie kämpft mittlerweile auf breiter

Front gemeinsam mit den Peshmerga im Irak. „Wir sind Brüder und haben ein gemeinsames Schicksal“, sagte KRG-Präsident Masud Barsani, der PKK-Kämpfer an der Front besuchte. Was für eine Kehrtwende: Vor der Juni-Invasion des IS im Irak galten die PKK und al-Qaida noch als „Ableger ein und derselben terroristischen Henne“. Von den USA und der EU wird die PKK noch als Terrororganisation gelistet. Angst scheint der Westen keine zu haben, dass die an die Peshmerga gelieferten Waffen womöglich in „falsche Hände“ geraten. Die PKK könn-

te sie gegen die Türkei einsetzen, mit der man sich drei Jahrzehnte bekriegte. Es gibt zwar Friedensverhandlungen, aber außer einem Waffenstillstand ist dabei nichts Nennenswertes herausgekommen. Die zweite kurdische Miliz aus dem Ausland, die im Irak kämpft, sind die Volksverteidigungskräfte (YPG) aus Syrien. Sie sind in der Region Sindschar aktiv. Die YPG gelten als Ableger der PKK, wobei sie selbst jedoch immer wieder ihren unabhängigen Status als syrisch-kurdische Bewegung betonen. Seit über einem Jahr stehen sie im

Krieg mit IS, der das kurdische Gebiet im Norden Syriens mit aller Gewalt erobern will. Dort werden 60 Prozent des syrischen Erdöls und Gas gefördert, es existiert eine prosperierende Landwirtschaft und das Gebiet grenzt an die Türkei und an den Irak – ein strategisch so wichtiger wie profitabler Standort. Die YPG konnten bisher alle Angriffe des IS erfolgreich abwehren und einige der von den Radikalen besetzten Gebiete zurückgewinnen.

**Demokratisches Projekt** Kennzeichnend für die Miliz der YPG und ihren politischen Arm, die Demokratische Einheitspartei (YPD), ist der Schutz und die Integration der Minderheiten wie Christen, Jesiden oder Turkmänen. Anfang dieses Jahres wurde ein neues, demokratisches Projekt gestartet und eine Übergangsregierung gebildet. „Wir glauben an ein demokratisches ‚self management‘“, sagte Akram Heso, einer der Präsidenten der neuen Regierung. „Daran partizipieren alle ethnischen und religiösen Gruppen gleichberechtigt.“ Eigentlich ist das ein Idealfall. Wie sehr hatte der Westen händeringend auf derartige Projekte im Nahen Osten gehofft. Aber eine Unterstützung für dieses syrische Projekt blieb aus, obwohl es richtungweisend für die gesamte Region sein könnte. Ebenso wenig kam es zu einer Militärhilfe für die YPG, die den Extremisten der IS-Terrorgruppe waffentechnisch weit unterlegen sind. Doch selbst in den letzten beiden Monaten, als IS die US-Waffen einsetzte, die sie in Mossul erbeutet hatte, konnten die YPG den Extremisten Paroli bieten. Ihre Nachteile machen sie durch Motivation, Training und eine funktionierende, hierarchische Militärstruktur wett. Die YPG haben außerdem Truppen zu ihren kurdischen Brüdern im Irak entsandt – eine Hilfe, die keineswegs selbstverständlich ist. Noch im April dieses Jahres ließ die KRG-Regierung die Grenzen zum kurdischen Teil Syriens schließen und einen Graben entlang beider Länder ziehen. Gerade für die Zivilbevölkerung, die seit Jahren mit den Mangelerscheinungen eines Krieges leben musste, war es ein Desaster. Die KRG-Regierung rechtfertigte die Grenzschließung damit, man müsse sich gegen die Terroristen der YPG schützen.

**Ideologische Gräben** Vorerst sind alte Rivalitäten begraben. Die Grenzen sind wieder offen. Der gemeinsame Feind macht es möglich. Allerdings sollte man sich keine Illusionen machen, dass die kurdische Freundschaft in der Zeit nach IS weiter bestehen könnte. Zu groß sind die ideologischen Gräben zwischen den führenden Parteien der KRG, der PKK und den YPG. Eine egalitäre Gesellschaft und ein möglichst demokratisches politisches System, wie man es im kurdischen Teil Syriens praktiziert, daran haben irakischen Kurden kein Interesse – selbst, wenn das Land unabhängig werden sollte. Sie werden aber jetzt vom Westen militärisch unterstützt. Eine Hilfe, die die Kurden im syrischen Teil bitter nötig hätten. „Wir führen den Kampf gegen die Islamisten schon weitaus länger als die KRG“, stellte Akram Heso von der neuen syrisch-kurdischen Regierung fest. „Nur will keiner. Damit müssen wir uns abfinden.“

Der Autor berichtet als freier Korrespondent aus dem Irak.

## Zustimmung im Nachhinein?

**BUNDESWEHR** Der Parlamentsvorbehalt bei Einsätzen der Bundeswehr hat sich bewährt. Diese Einschätzung teilten Experten am vergangenen Donnerstag während einer Anhörung der Kommission zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Integration europäischer Streitkräfte regten mehrere Experten jedoch Modifikationen an. So schlug Markus Kaim von der Stiftung Wissenschaft und Politik mit Blick auf die flexible integrierte Kommandostruktur der NATO vor, die Beteiligung von Bundeswehrosoldaten an ständigen multinational besetzten Stäben und Hauptquartieren nicht als Einsatz im Sinne des Gesetzes zu bewerten. Nach Ansicht des Politikwissenschaftlers Jo-



Ex-Verteidigungsminister Volker Rühle (71)

hanne Varwick von der Universität Halle-Wittenberg sollte die Bundesregierung für den Fall, dass eine Entscheidung des Bundestages nicht rechtzeitig herbeigeführt werden kann, künftig berechtigt werden, bewaffnete Streitkräfte „vorläufig“ einzusetzen. Der Einsatz müsse nach den Vorstellungen Varwicks sofort beendet werden, wenn der Bundestag dem nicht innerhalb von 30 Tagen zustimmt. Nach Einschätzung von Winfried Nachtwei, früher Bundestagsabgeordneter der Grünen, müssten Truppen und Einsatzkräfte ebenso wie Anteile an schnellen Eingreifverbänden, „auf jeden Fall“ dem Einzelfall-Parlamentsvorbehalt unterworfen bleiben, da sie dessen Kernbereich betreffen. Keinen Änderungsbedarf, auch nicht in Anpassung an die zunehmende militärische Integration innerhalb der NATO und der EU, erkannte hingegen Wolfgang Wagner von der Universität Amsterdam. In der Frage, ob es in naher Zukunft zu Kooperationsformen bei der Zusammenlegung und gemeinsamen Nutzung militärischer Fähigkeiten (Pooling and Sharing) kommt, wie es auch der Kommissionsvorsitzende Volker Rühle (CDU) forderte, zeigten sich die Experten skeptisch. Es existierten zwar zahlreiche Willensbekundungen, sagte Sicherheitsexperte Kaim. Vieles davon sei jedoch „politische Rhetorik, die politisch wenig unterlegt ist“. Gefragt, ob Frankreich im Falle von Pooling and Sharing bereit sei zum Verzicht auf einzelne eigene militärische Zweige, antwortete Dominique David vom Französischen Institut für internationale Beziehungen: Es gehe darum, gemeinsame Konzepte als Antwort auf Krisen zu entwickeln. Erst wenn dies geschafft sei, könne man über den Verzicht auf etwas nachdenken.

Götz Hausding

## Wahl zwischen Scheidung und Zweckehe

**REFERENDUM** Am 18. September stimmen die Schotten über die Unabhängigkeit von Großbritannien ab

Am 18. September stimmen in Schottland 4,2 Millionen Wähler darüber ab, ob bei Alisdair Houston vor der Haustüre wieder eine Grenze verläuft. Der Schotte lebt in Gretna Green, einem Dorf an der Linie, die vor über 300 Jahren schon einmal die schottisch-englische Grenze markierte. Das Dorf wurde zu einer der berühmtesten Hochzeitsorte im ganzen Königreich. Das lag auch an den unterschiedlichen Heiratsgesetzen von Schotten und Engländern, die Generationen von englischen Paaren nach Schottland zur Trauung lockten. Bald schon könnte der Ort aber zum Synonym für eine erneute Teilung des Vereinigten Königreichs werden. Setzt sich die Schottische Nationalpartei (SNP) mit ihrem Parteivorsitzenden Alex Salmond beim Referendum durch, lebt Alisdair Houston wieder in einer Grenzstadt – möglicherweise mit höchst unterschiedlichen Gesetzen auf beiden Seiten. „Scheidungen produzieren selten zwei glückliche Partner“, sagt Houston mit Blick auf sein Hochzeitsgeschäft und das Referendum. Statt einer Unabhängigkeit Schottlands spricht er sich für mehr Autonomie im Verbund des Königreichs aus, mit mehr Entscheidungsgewalt für das 1999 eingesetzte schottische Regionalparlament in Edinburgh. Alles andere hält er für zu kompliziert, schließlich müssten sich ein neuer schottischer Staat und der verbleibende britische Reststaat über kaum lösbare Fragen einigen: Wie trennt man Staatsschulden, die Währung, das Gesundheitssystem und die Landesverteidigung auf? Houston will deshalb auch in Zukunft auf zwei Dingen stolz sein dürfen: auf Schottland und auf das Vereinigte Königreich. Angus Robertson versucht alles, derlei Vorbehalte auszuräumen. Der Fraktionsführer



Kopf-an-Kopf-Rennen kurz vor der Abstimmung: 52 Prozent der Schotten sind für einen Verbleib im Vereinigten Königreich, 48 Prozent für die Unabhängigkeit.

der Schottischen Nationalpartei (SNP) im britischen Unterhaus ist Organisator der Kampagne „Sag Ja zu Schottland“. Bis zum Wahltag wirbt er um jede Stimme für seinen Traum eines unabhängigen Schottlands – mit zuletzt beachtlichem Erfolg: Eine von der Zeitung Sunday Times veröffentlichte Umfrage sah Anfang September erstmals die Unabhängigkeitsbefürworter mit 51 zu 49 Prozent vorne. Kurz vor Redaktionsschluss waren jedoch die Unabhängigkeitsgegner der „Better Together“-Kampagne wieder obenauf. Robertson sagt: „Unsere Kampagne mobilisiert die Leute in den sozial schwachen Gegenden Schottlands, in denen zuletzt gar keiner mehr zu Wahl gegangen ist.“ Er hält sein Anliegen deshalb auch für eine durch und durch demokratische Angelegenheit.

„Mehr als die Hälfte meines Lebens wurde Schottland von einer britischen Regierung geführt, die hier niemand gewählt hat.“ Das Referendum und das Ja zur Unabhängigkeit sei Schottlands große Chance, künftig in einer ganz normalen Demokratie leben zu können. Ein unabhängiges Schottland sei auch der beste Schutz davor, zusammen mit dem Vereinigten Königreich aus der EU auszuscheiden, sagt Robertson. Denn für Robertson ist das vom konservativen Premierminister David Cameron für 2017 versprochene Referendum über Großbritanniens Verbleib in der EU ein Votum mit Austrittsgarantie. „Ein Ja zur Unabhängigkeit ist deshalb auch ein Ja zu Schottland in der EU.“ Pawel Swidlicki vom Londoner Think Tank „Open Europe“ hält eine solche Aussage für

waghaft. In einer Studie hat er die Auswirkungen einer Abspaltung Schottlands aus dem Vereinigten Königreich auf die EU untersucht. Sein Ergebnis: Schottland könne nicht automatisch mit der EU-Vollmitgliedschaft rechnen, insbesondere nicht sofort. Als einen der Hauptgründe sieht Swidlicki ausgerechnet Großbritanniens schwieriges Verhältnis mit der EU an. Insbesondere der für die Briten reduzierte Beitrag zum Gemeinschaftshaushalt, auch „Rebate“ genannt, dürfte für ein unabhängiges Schottland wegfallen. Swidlicki rechnet in diesem Fall mit zähen Verhandlungen, die sich einige Zeit hinziehen dürften.

**Drohende Reformblockade** Besonders die Reform der Institutionen der EU selbst sieht Swidlicki durch ein Ja zu Schottlands Unabhängigkeit in Gefahr. „Es ist schlicht undenkbar, dass in Brüssel über eine ambitionierte Reform der Europäischen Union verhandelt werden könnte, während zugleich das Vereinigte Königreich juristisch zerlegt wird.“ Scheitert das Referendum, dann rechnet der Forscher damit, dass die Unabhängigkeitsdebatte dem Königreich dennoch erhalten bleibt. Dann eben innerhalb des Verbunds: „Westminster und Schottland werden politisch in jedem Fall weiter auseinanderdriften.“

Richard Fuchs

Der Autor ist Korrespondent der Deutschen Welle in Berlin.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

## »Nicht nachvollziehbar«

**EUROPA** EU-Parlamentarier kritisieren neue Kommissare

Der künftige EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker wird mit einer neuen Führungsstruktur an den Start gehen. Am vergangenen Mittwoch stellte er die Aufgabenverteilung seiner Kommission vor, die dank der herausgehobenen Position von sieben Vizepräsidenten künftig straffer organisiert sein soll. Er wünsche sich eine Politik „aus einem Guss“, sagte Juncker. Der Deutsche Günther Oettinger, bisher Vizepräsident, wird in der kommenden Amtszeit Kommissar für digitale Wirtschaft und Gesellschaft. Unter den sieben Vizepräsidenten hat der Niederländer Frans Timmermans, bisher Außenminister, als erster Stellvertreter Junckers eine herausgehobene Position. Er wird künftig für Bürokratieabbau zuständig sein.

**Auf Bewährung** Die Vizepräsidenten, die bis auf die Hohe Beauftragte für Auswärtiges, der Italienerin Federica Mogherini, alle aus kleinen Ländern stammen, sollen künftig als Filter agieren. Ohne ihre Zustimmung kann kein Kommissar einen Vorschlag vorlegen. Oettinger, der an den Vizepräsidenten für den digitalen Binnenmarkt, dem Esten Andrus Ansip, berichten muss, sagte, die neue Struktur müsse sich „noch bewähren“. Nach dem EU-Vertrag sind Kommissare alle gleichberechtigt. Juncker betonte ausdrücklich, dass die Vizepräsidenten keine Superkommissare seien. Ungelklärt ist auch, wie sich die beiden großen wirtschaftlichen Themenbereiche von einander abgrenzen lassen. Valdis Dombrovskis, Ex-Premier Lettlands, verantwortlich den Euro und den sozialen Dialog, Jyrki Katainen, früher Ministerpräsident von Finnland, ist für Arbeitsplätze, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit zuständig.

Einige Ressortteilungen kamen überraschend. Die Bundesregierung hatte für Oettinger ursprünglich das Ressort Handel bevorzugt. Oettinger zeigte sich jedoch „glücklich“ über seine neue Aufgabe und betonte, am Ende der Amtszeit in fünf Jahren werde niemand mehr bezweifeln, dass Digitales ein wichtiges Ressort sei. Aus dem Europäischen Parlament ist bereits laute Kritik zu hören. So sei der konservative Brite Jonathan Hill nicht für das Finanzmarktressort geeignet. Der SPD-Abgeordnete Udo Bullmann bezeichnete diese Personalentscheidung als „nicht nachvollziehbar“ und argumentierte: „Die britische Regierung schützt computergestützten Hochfrequenzhandel, undurchsichtige Finanzprodukte und ausufernde Millionengehälter für antisoziale Zocker. Wenn wir eine weitere Finanzkrise verhindern wollen, darf diese Politik nicht weiter in Europa grassieren.“ Der CDU-Abgeordnete Burkard Balz kritisierte außerdem die Berufung von Pierre Moscovici als Währungskommissar als „Wagnis“ wegen dessen unsolider Haushaltsführung als französischer Finanzminister. Angesichts dessen dürften die Anhörungen der Kommissare im Europäischen Parlament (EP) spannend werden. Sie finden in der Woche vom 29. September statt. Am 21. Oktober wird das EP über die neue Kommission als Ganzes abstimmen. Am 1. November soll das Team um Juncker antreten. Der Zeitplan wird sich nur halten lassen, wenn das Parlament keine Auswehlungen anmahnt. Sicher ist nur, dass der neue Ratspräsident Donald Tusk sein Amt am 1. Dezember antritt.

Die Autorin ist Korrespondentin der „Wirtschaftswoche“ in Brüssel.

Silke Wettach



**AUFGEKEHRT**

**Die schöne neue Welt der Äpfel**

Millionen Gläubige auf der ganzen Welt versammelten sich vergangene Woche wieder vor den Bildschirmen, um die neueste Offenbarung ihres Messias zu verfolgen. Nein, dabei handelt es sich nicht um die Zeugen Jehovas sondern um die fanatischen Fans des amerikanischen Technologiekonzerns Apple. Dessen Chef, Tim Cook, stellte die neuesten Produkte des Unternehmens vor. Oh, und was für welche das sind: Ein neues iPhone für die Jünger, Nummer sechs schon. Technisch zwar nicht an vorderster Front, dafür aber mit größerem Display und Bezahlfunktion. Mit dieser soll zukünftig an der Supermarktkasse die EC-Karte ersetzt werden, das Handy reicht aus. Dazu kommt noch eine Armbanduhr der Firma mit dem Apfel, die passenderweise ohne viel Demut nicht iWatch, sondern einfach nur Apple Watch genannt wurde. Damit bietet der Konzern inzwischen Geräte für (fast) alle Lebenslagen an, damit kein Grund besteht, aus dem Kosmos des Apfels zu entfliehen. Welch schöne neue Welt, George Orwell lässt grüßen. Einzige die mieseseptischen Datenschützer werden jetzt wieder meckern: Überwachung! Digitale Selbstbestimmung! Datensicherheit! Alles kein Problem, sagt der Konzern. Dutzende Schauspielerinnen und Supermodels sehen das vermutlich anders. Deren Konten des Apple-Speicherherdienstes iCloud sind zuletzt gehackt worden und ihre Nackt- und Aktbilder infolgedessen wohl auf Ewigkeit in den Tiefen des Internets unterwegs. Wer braucht da noch Nachrichtendienste wie die NSA, wenn es Konzerne wie Apple, Google, Facebook gibt, denen wir unsere Daten auch noch freiwillig geben, weil es doch alles so schön bequem macht? *Julian Burgert*

**VOR 60 JAHREN...**

**Der Seitenwechsler**

**17. September 1954: John-Ausschuss eingesetzt** Am Abend des 20. Juli 1954 überquerte der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Otto John, die Sektorengrenze in Richtung Sowjetzone. Am Steuer seines Wagens ein Freund, der Frauenarzt Wolfgang Wohlgemuth. Drei Tage später tauchte eine Tonbandaufnahme auf, auf der John erklärt, er sei freiwillig übergelaufen. Am 11. August warf



Otto John, erster Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz

John in einer Pressekonferenz in Ost-Berlin der Bundesregierung Kriegstreiber vor und warnte vor einer „Renauffizierung in Westdeutschland“. In Bonn war man geschockt. Was könnte der scheinbar übergelaufene Geheimdienstchef im Osten verraten? Und unter welchen Umständen hat er tatsächlich die Bundesrepublik verlassen? Das sollte ein Untersuchungsausschuss klären, den der Bundestag nach zweitägiger Debatte am 17. September einsetzte. Im Juli 1957 legte der Ausschuss seine Ergebnisse vor: „Die letzte Klarheit über die Vorgänge am 20. Juli 1954 (...) kann heute noch nicht geschaffen werden“, schreiben die Abgeordneten darin. Zu diesem Zeitpunkt ist John längst wieder im Westen und erzählt, Wohlgemuth – angeblich KGB-Agent – habe ihn betäubt und bewusstlos in den Osten gebracht. Glaubt wurde John diese Geschichte nicht. Ende 1956 wurde er wegen „landesverräterischer Fälschung und Konspiration“ zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Bis zu seinem Tod 1997 kämpfte John vergeblich um Rehabilitation. Forscher streiten sich bis heute, ob er Verräter oder Opfer war. *Benjamin Stahl*

**ORTSTERMIN: »TAG DER EIN- UND AUSBLICKE« IM BUNDESTAG**



Bundestagspräsident Johannes Singhammer (CSU) begrüßt die Besucher am Tag der Ein- und Ausblicke des Bundestages am Haupteingang des Reichstagsgebäudes.

**Besuch in der »Herzkammer der Demokratie«**

Die Sonne strahlt, das Blasorchester Köpenick spielt den Beatles-Hit „Yesterday“, als Bundestagspräsident Johannes Singhammer (CSU) an das Mikrofon auf den Stufen des Westportals des Reichstagsgebäudes tritt, um den „Tag der Ein- und Ausblicke“ zu eröffnen. Sichtlich gut gelaunt begrüßt Singhammer die schon wartenden Gäste. Bereits zum elften Mal öffnete der Bundestag seine Türen für die Öffentlichkeit, doch in diesem Jahr fiel die Veranstaltung auf ein ganz besonderes Datum: den 7. September. 65 Jahre zuvor hatte sich der Bundestag zum ersten Mal konstituiert. „Das ist ein denkwürdiger, wichtiger und herausragender historischer Tag“, sagte Singhammer. Der Vizepräsident lud die Bürger dazu ein, das Parlament – die „Herzkammer der Demokratie“ – zu entdecken und zu erkunden. „Politik ist nichts Geheimnisvolles, sondern etwas Transparentes“, sagte Singhammer. Zu entdecken und zu erkunden gab es viel: So konnten die rund 23.000 Besucher große Teile des Reichstagsgebäudes, des Paul-Löbe-Hauses und des Marie-Elisabeth-Lü-

ders-Hauses besichtigen. Ausschüsse und Bundestagsdienste stellten ihre Arbeit vor und unterhielten mit Führungen oder kleinen Wettbewerben. Auf der Besuchertribüne des Plenarsaals diskutierten die Vizepräsidenten des Bundestages mit Besuchern über die Arbeit des Gremiums. Großer Andrang herrschte auch auf der Fraktions-ebene. Dort präsentierten die Fraktionen ihre Arbeit. Ausblicke boten Podiumsdiskussionen zu brandaktuellen Themen wie dem Mindestlohn oder der Arbeit des Petitionsausschusses. Tief einblicken konnten Besucher in die Arbeit des Parlamentsarchivs – das Langzeitgedächtnis des Parlaments. Jens Längert führte durch die Katakomben, wo auf mehreren tausend Quadratmetern Akten aus Verwaltung und Politik gelagert werden. „Aneinandergereiht würden sich die Ordner und Bände über eine Länge von neun Kilometern erstrecken“, berichtete der Diplom-Dokumentar. Sein Arbeitsschwerpunkt ist die Gesetzesdokumentation. Doch auch Akten aus der Verwaltung werden archiviert.

„Wir haben Allgemeines und Repräsentatives sowie das Besondere“, sagte Längert – zum Beispiel die Personalakte eines Mitarbeiters, der es vom Boten zum Referenten gebracht habe. Auch wenn nur ein kleiner Teil der Verwaltungsakten letztlich aktiviert werden würden, der Platz wird langsam eng. 2017 wäre die Kapazitätsgrenze erreicht, doch mit dem Anbau an das Lüders-Haus werden auch neue Flächen für das Parlamentsarchiv verfügbar. Mit Raumnot muss sich Ursula Freyschmidt, Leiterin der Bibliothek des Deutschen Bundestages, derzeit nicht beschäftigen. „Wir haben noch für die nächsten zehn Jahre genug Platz“, sagte Freyschmidt bei einer Führung durch das unterirdische Magazin. Außer Unmengen an Büchern – der Bestand umfasst etwa 1,4 Millionen Bände – zeigte Freyschmidt den vielleicht skurrilsten Einblick des Tages: Eine Pinnwand voll jener Dinge, die Benutzer in den Büchern gelassen haben – wenig überraschende Notizzettel, aber auch persönliche Fotos, Postkarten und Bordkarten für Flugzeuge. *Sören Christian Reimer*

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 35-37 vom 25.8.2014, »Die Zukunft strahlt mit Sicherheit« auf Seite 6:**

Der Traum von der sauberen und preiswerten Atomenergie ist endgültig ausgeträumt, weil am Beginn der Atomenergiegewinnung keine Überlegungen angestellt wurden, was mit dem radioaktiven Abfall/Müll passieren soll. Noch im Jahr 1969 war der deutsche Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker sich sicher, dass die Entsorgung kein Problem ist. Die Probleme sind aber hinsichtlich des richtigen Lagerverfahrens und der Kosten gewaltig.

Wer über eine Endlagerbestandsdauer für eine Million Jahre redet, ist sich der Zeitdauer nicht bewusst. Eine Million Jahre entsprechen 33.000 kommenden Generationen, die sich dann um das Endlager kümmern müssen. Selbst eine Zeitspanne von 100 Jahren ist kritisch zu sehen, bedingt durch die generell unsicherer werdende politische Weltlage. Nicht umsonst wird um das Gorlebener Zwischenlagergebäude eine zehn Meter hohe Schutzwand errichtet. Eine finale Tiefenlagerung des Atommülls ist wegen der ungelösten Probleme immer unwahrscheinlicher.

Nur eine gut gesicherte Rückhollagerung mit spezifizierten Lagerungsdaten ist realitätsnah und hält die Möglichkeit für eine kommende technische Entwicklung offen, die den radioaktiven Abfall vielleicht neutralisiert. Die Sicherheit von Mensch und Natur muss das oberste Ziel sein. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

**Zur Ausgabe 33/34 vom 11.8.2014, »Die Atomkraft als Option« auf Seite 10:**

Vorsichtig gehen Sie auch auf Interessensgegensätze zwischen Polen und Deutschland im Energiebereich ein. Polen hat die in 20 Jahren etablierte Klimapolitik der EU, konzipiert von den West-EU-Staaten im Sinne einer Vorreiterrolle, in den vergangenen Jahren mithilfe des Veto-Rechts regelrecht »zerschossen«. Wenn das Klimathema die Bedeutung hat, von der ich überzeugt bin, dann ist das schon eine Missetat von historischer Dimension. Das gehört nicht unter den Teppich gekehrt. In dezenter Sprache muss man das zum Thema machen. Ohne Wahrheit in wesentlichen Konflikten kann es keine ernsthafte Partnerschaft geben. *Jochen Luhmann, Wuppertal*

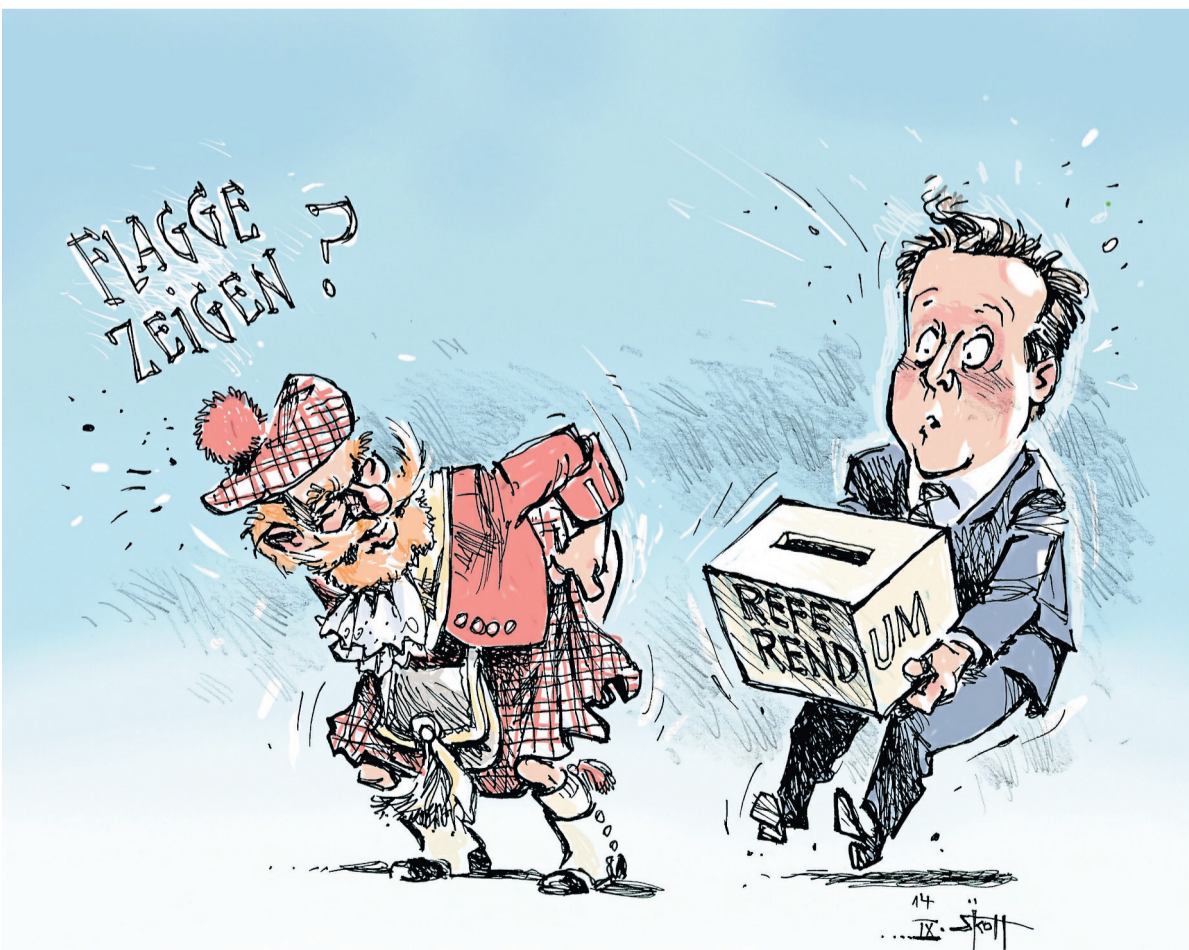
**Zur Ausgabe 28-30 vom 7.7.2014, »Besser Schlafen« auf Seite 4:**

Artikel 1 Absatz 1 unseres Grundgesetzes lautet: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Nur ein gerechter Verdienst für geleistete Arbeit ermöglicht den Menschen ein gutes und selbstbestimmtes Leben. So dient die Einführung eines Mindestlohnes in der Bundesrepublik Deutschland der Würde und der Selbstachtung zahlloser Menschen in unserem Land. *Peter W. Hendl, Dachau*

**Zur Ausgabe 33/34 vom 11.8.2014, »Seitenblick« auf Seite 14:**

„Die Raute kriege ich auch noch hin?“ Nein, es wird Sigmar Gabriel partout nicht gelingen! Nicht aus politischem Zusammenhang, sondern aus geometrischem. Eine Raute ist ein Viereck mit vier gleich langen Seiten. Nun sind beim Menschen Daumen und Zeigefinger nicht gleich lang, also liegt bei dieser Händehaltung keine Raute vor. Ich las sogar von der „Raute der Macht“ bei unserer Bundeskanzlerin. Ihre Händehaltung ist tatsächlich ein Drachenviereck! Nun ist es durchaus amüsant, bei ihr von einem „Drachen der Macht“ zu reden. *Volker Weyerhäuser, Ginsheim-Gustavsburg*

**SEITENBLICKE**



**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 29. September.

**PERSONALIA**

**»Fritz Gerstl † Bundestagsabgeordneter 1972-1987, SPD**  
Am 21. August starb Fritz Gerstl im Alter von 91 Jahren. Der Bundesbahnbeamte und spätere Geschäftsführer schloss sich 1952 der SPD an. 1960 wurde er Mitglied des Bezirksausschusses des SPD-Bezirks Niederbayern/Oberpfalz, gehörte seit 1968 einige Jahre dem Landesvorstand seiner Partei in Bayern an und war von 1971 bis 1990 Unterbezirksvorsitzender. Von 1964 bis 1970 amtierte Gerstl, der sich seit 1955 auch mehrere Jahrzehnte kommunalpolitisch betätigte, als Landrat des Kreises Passau. Im Bundestag gehörte er in allen vier Wahlperioden dem Verteidigungsausschuss an.

**»Heinz Wagner Bundestagsabgeordneter 1990, CDU**  
Heinz Wagner vollendet am 19. September sein 75. Lebensjahr. Der Zimmermann und Bauingenieur aus St. Egidien/Kreis Zwickau war 1968 der CDU in der DDR beigetreten und gehörte von März bis Oktober 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Danach war Wagner bis Dezember Mitglied des Bundestages.

**»Josef Linsmeier Bundestagsabgeordneter 1980-1990, CSU**  
Am 17. September wird Josef Linsmeier 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Haar bei München trat 1968 der CSU bei, war danach Gemeinde- und Kreistagsmitglied sowie ehrenamtlicher Zweiter Bürgermeister. Der Direktkandidat des Wahlkreises München-Land arbeitete im Bundestag im Ausschuss für das Post- und Fernmeldewesen sowie im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau mit.

**»Hermann Rappe Bundestagsabgeordneter 1972-1998, SPD**  
Am 20. September vollendet Hermann Rappe sein 85. Lebensjahr. Der Gewerkschaftssekretär und Vorsitzende der IG Chemie, Papier, Keramik von 1982 bis 1995 trat 1947 der SPD bei und war später Vorstandsmitglied des Unterbezirks Hildesheim. Rappe, der sich in den 1980er-Jahren vor allem in Fragen von zukunftsweisenden Arbeitszeitregelungen einen Namen gemacht hatte, stand von 1988 bis 1995 zudem an der Spitze der internationalen Föderation von Chemie-, Energie- und Fabrikarbeiterverbänden und amtierte von 1988 bis 1995 als Präsident der Europäischen Föderation von Chemiegewerkschaften. Der Direktkandidat des Wahlkreises Hildesheim engagierte sich im Bundestag vorwiegend im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung, dessen Vorsitz er von 1976 bis 1983 inne hatte.

**»Rolf Rau Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**  
Am 20. September wird Rolf Rau 70 Jahre alt. Der Dipl.-Ingenieur aus Borsdorf/Kreis Leipzig trat 1976 der CDU in der DDR bei, war 1989/90 Bezirksvorsitzender seiner Partei in Leipzig und wurde im März 1990 stellvertretender sächsischer CDU-Landesvorsitzender. Von März bis Oktober 1990 gehörte Rau der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag engagierte sich der Direktkandidat des Wahlkreises Leipzig-Land – Borna – Geithain im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau sowie im Sportausschuss.

**»Gottfried Wurche Bundestagsabgeordneter 1972-1975, SPD**  
Am 24. September feiert Gottfried Wurche seinen 85. Geburtstag. Der technische Angestellte und spätere Geschäftsführer aus Berlin, SPD-Mitglied seit 1946, wurde 1962 Kreisvorsitzender seiner Partei im Bezirk Tiergarten und amtierte dort seit 1971 als stellvertretender Bürgermeister bzw. von 1975 bis 1979 als Bürgermeister. Von 1963 bis 1965 sowie von 1979 bis 1986 gehörte Wurche dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Im Bundestag engagierte er sich im Verkehrsausschuss.

**»Werner Simmling Bundestagsabgeordneter 2009-2013, FDP**  
Am 27. September wird Werner Simmling 70 Jahre alt. Der aus Hohenstadt/Kreis Göppingen stammende Dipl.-Landesfachschullehrer wurde von 2006 bis 2009 Kreisvorsitzender seiner Partei in Göppingen. Dieses Amt bekleidete er wieder seit 2011. Außerdem engagierte er sich in seiner Heimatgemeinde mehrere Jahre kommunalpolitisch und ist zur Zeit Mitglied des FDP-Landesfachschullehrer Verkehr. Im Bundestag gehörte Simmling dem Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung an. *bmh*

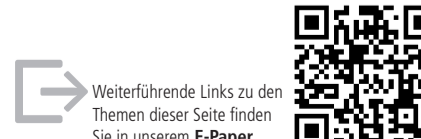
**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 22. – 26.9.2014

Bankenabwicklung (Do), Elterngeld Plus (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream





# Das Parlament

## DOKUMENTATION

Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkrieges / 18. Deutscher Bundestag am 10. September 2014

Prof. Dr. Norbert Lammert, CDU/CSU, Bundestagspräsident:

## Bekennnis zur Verantwortung und zu den Lehren der Geschichte



Norbert Lammert (\*1948)  
Bundestagspräsident

Als Johannes Paul II., der große, unvergessene polnische Papst, 1996 das wiedervereinigte Deutschland besuchte, führte ihn sein Weg natürlich auch nach Berlin. Unweit vom Reichstagsgebäude ging er durch das offene Brandenburger Tor. Seinen Begleitern soll er damals gesagt haben, der Zweite Weltkrieg habe nun endlich sein Ende gefunden. Dieser Zweite Weltkrieg, der mit dem deutschen Überfall auf Polen vor 75 Jahren begann, dauerte sechs Jahre. Doch er wirkte Jahrzehnte nach, in denen Staaten und Gesellschaften Europas die Folgen zu tragen hatten. Er wirkte nach in Familiengeschichten und unzähligen biografischen Schicksalen weltweit.

Gerade als Pole war dem Papst die fortwährende Gegenwart der Geschichte bewusst. Als junger Mann hatte Karol Wojtyła in Krakau unter deutscher Besatzung gelitten. Er erlebte als Student, wie die deutsche Sicherheitspolizei fast 200 Professoren und Mitarbeiter der berühmten Jagiellonen-Universität in die Konzentrationslager Sachsenhausen und Dachau verschleppte. Ihn selbst verpflichteten die Deutschen zu harter Zwangsarbeit. Diese Vergangenheit vor Augen hat Johannes Paul II. später einmal die Freiheit als „fortwährende Eroberung“ beschrieben. Er hat gefragt:

Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht ge-

nug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben? Wir, auf welcher Seite stehen wir?

Wir erinnern heute an den verheerendsten Krieg in der Geschichte, an einen von Deutschland mutwillig herbeigeführten Krieg, für den Generationen viel, zu viel bezahlen mussten. Zugleich sehen wir täglich die schockierende Gewalt und das menschliche Leid gegenwärtiger Kriege in Syrien, im Irak, im Südsudan, im Nahen Osten, in der Ukraine. Auch heute zahlen Generationen viel für ihre Freiheit ohne die Gewissheit, sie tatsächlich zu erreichen. Auf welcher Seite stehen wir? Diese Frage stellt sich für jede Generation neu. Und für uns Deutsche stellt sie sich ganz besonders.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vor der Sommerpause haben wir in einer Gedenkstunde an den Ausbruch, die Ursachen und Folgen des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnert. Die Epoche, die sich an den Sommer 1914 anschloss, wird nicht zu Unrecht gelegentlich als „Zweiter Dreißigjähriger

Krieg“ bezeichnet. Denn nur 20 Jahre nach Ende des ersten löste das nationalsozialistische Deutschland den zweiten der beiden Weltkriege aus, die den europäischen Kontinent im 20. Jahrhundert verwüsteten.

Seine schreckliche Bilanz: über 50 Millionen Kriegstote weltweit, Abermillionen entwurzelte Menschen Deportierte, Vertriebene, Flüchtlinge; ein zerstörtes Europa, geteilt durch einen Eisernen Vorhang in rivalisierende politisch-ideologische Blöcke, vor allem jedoch gekennzeichnet von bislang beispiellosen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Mit der anders als 1918 totalen Niederlage war Deutschland nicht nur militärisch besiegt, sondern es hatte sich auch moralisch diskreditiert.

Indem wir an diese deutsche Schuld erinnern, bekennen wir uns zu unserer Verantwortung und zu den Lehren, die wir aus dieser

Geschichte gezogen haben. Wir sind dankbar für die Chance, die unserem Land zuteil wurde, in die Gemeinschaft der Nationen zurückkehren zu dürfen. Uns ist bewusst, dass es dazu der Bereitschaft zur Versöhnung all derjenigen Nationen bedurfte, die unter der deutschen Besatzung schwer gelitten und unter hohen Verlusten aufseiten der Gegner Hitler-Deutschlands gekämpft haben.

Ihr Besuch, Herr Staatspräsident, unterstreicht die besondere Bedeutung, die dabei den Beziehungen zu unseren polnischen Nachbarn zukommt. Polen wurde das erste Opfer des Zweiten Weltkriegs; Ihre Landsleute litten länger als alle anderen unter der deutschen Besatzung. Umso mehr muss es in der Tat als Wunder gelten, „dass Polen und Deutsche heute nicht nur Nachbarn sind, die sich vertragen, sondern Freunde, die sich mögen“, wie unser Bundespräsident aus Anlass des 70. Jahrestages des Warschauer Aufstandes zu Recht hervorgehoben hat.

Herr Staatspräsident Komorowski, ich danke Ihnen im Namen dieses Hauses für den besonderen Beitrag, den Sie persönlich dazu geleistet haben, und für die Bereitschaft, heute zu uns zu sprechen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

Ihnen, Herr Bundespräsident, möchte ich meinen Respekt dafür ausdrücken, dass Sie und wie Sie in der vergangenen Woche in Danzig zum richtigen Anlass am richtigen Platz das Richtige und Notwendige gesagt haben.

Als Hitler am 1. September 1939 kurz nach 10 Uhr vor das gleichgeschaltete Parlament trat nicht mehr hier im ausgebrannten Reichstagsgebäude, sondern gegenüber in der Kroll-Oper, lag Polen bereits seit Stunden unter Feuer. Kurz vor Sonnenaufgang hatte das Schulschiff „Schleswig-Holstein“, das perfide genug zu einem Freundschaftsbesuch in Danzig war und dort vor Anker lag, damit begonnen, die polnische Garnison auf der Westerplatte zu beschießen. Zur gleichen Zeit wurde die Stadt Wielun östlich von Breslau unter hohen zivilen Ver-

lusten von deutschen Kampfbombern dem Erdboden gleichgemacht.

Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen: Der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, den Hitler am 23. August mit Stalin geschlossen hatte, war in seiner Absicht und seiner Wirkung ein Angriffspakt zweier ideologischer Antipoden, die sich in einem geheimen Zusatzprotokoll darauf verständigt hatten, Mitteleuropa mit imperialer Brutalität in Einflussphären untereinander aufzuteilen: von Finnland über die baltischen Staaten und Polen bis nach Rumänien.

Am 17. September 1939 marschierte die Rote Armee in Ostpolen ein, mit der zynischen Begründung, den Polen Ordnung und Ruhe zu bringen, vor allem aber die Ukrainer und Weißrussen schützen zu wollen. Es folgten Deportationen und massenhafte Exekutionen, darunter das Massaker an Tausenden Offizieren in Katyn im Frühjahr 1940.

Auf deutscher Seite war das, was die deutsche Propaganda als „Polenfeldzug“ verharmloste, tatsächlich der Auftakt zu einem geschichtlich beispiellosen Rassenkrieg der sich bald auch gegen die Sowjetunion richten sollte. Die deutschen Eroberungen im Osten hatten bereits im Überfall auf Polen den Charakter eines kühl kalkulierten Vernichtungskrieges. In einer Geheimkonferenz mit ranghöchsten Vertretern der Wehrmacht hatte Hitler am 22. August 1939 seine Vorstellungen des bevorstehenden Krieges unmissverständlich klargemacht. Es gibt verschiedene Aufzeichnungen dieser Unterredung mit unterschiedlichem Wortlaut. In der Tendenz ist immer wieder das Gleiche zu lesen: Es geht um die „restlose Zerstörung Polens“, um Verfolgung bis zur „völligen Vernichtung“.

Zum Opfer fielen den Massenerschießungen vorrangig Angehörige der gesellschaftlichen Elite, Vertreter des Staates, Bürgermeister, Richter, Geistliche, Adelige, Gewerkschafter, Wissenschaftler und Künstler, Kaufleute, Lehrer, Anwälte und Ärzte. Die ersten Massaker geschahen bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn in kaschubischen Wäldern. Zugleich wurde mit nie dagewesener Härte eine

jahrhundertealte jüdische Tradition ausgelöscht. Als Hauptschauplatz der industriellen Vernichtung der europäischen Juden, die aus allen besetzten Gebieten deportiert wurden, wurde Polen in den Worten seines großen Literaten Andrzej Szczypiorski zum „größten Friedhof der Zivilisation“.

Im Gedenken an diese von Deutschen verübten Verbrechen erinnern wir auch an all diejenigen, die in schier aussichtsloser Lage in Deutschland wie in den besetzten Nachbarländern mutigen Widerstand leisteten und ihn mit ihrem Leben bezahlten, etwa im Warschauer Ghetto 1943 oder beim Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee 1944. Wir erinnern an die Frauen und Männer der Weißen Rose und des 20. Juli.

Deutsche und Polen haben nicht nur eine gemeinsame Grenze, sie teilen sich vor allem eine gemeinsame Geschichte. In ihr haben Grenzen freilich eine unheilvolle Bedeutung gespielt, vor allem seit Brandenburg-Preußen zur europäischen Macht aufgestiegen war. Der große Preußenkönig Friedrich II. war kein Freund Polens. Er blickte mit demonstrativer Geringschätzung auf die aus dem 16. Jahrhundert überkommene polnische Adelsrepublik. Kaltblütig nutzte er 1772 die Gelegenheit, auf ihre Kosten sein Territorium zu vergrößern. Polen, seiner Freiheit beraubt, wurde zum Spielball Preußens, Habsburgs und Russlands, die ihre machtpolitischen Ambitionen zulasten eines Nachbarn durchsetzten.

Gedemütigt nahmen die Polen in der Folge vorweg, was später Preußen nach der eigenen Niederlage gegen Napoleon tat: Sie leiteten große Reformen ein. 1791 verabschiedeten sie die erste schriftliche Verfassung, die es in Europa überhaupt gab, auf den Tag genau vier Monate vor der französischen Nationalversammlung. Was darauf folgte, waren militärische Strafaktionen der politischen Reaktion in Berlin und Sankt Petersburg. Mit der zweiten und dritten polnischen Teilung 1793 und 1795 war der polnische Staat nach 800 Jahren Existenz von der europäischen Landkarte getilgt. Das

**Dem deutschen Überfall war ein diplomatisches Schurkenstück vorausgegangen.**

Fortsetzung auf nächster Seite



preußische Territorium hatte sich dafür verdoppelt. „Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben?“

Die Polen haben festgehalten an der Idee nationaler Einheit. Mit ihrem Durchhaltewillen wurden sie auch den Liberalen in Deutschland zum Vorbild. „Denn ohne Polens Freiheit keine deutsche Freiheit. Ohne Polens Freiheit kein dauernder Friede“, hieß es beim Hambacher Fest 1832, als man neben der schwarz-rot-goldenen auch die polnische weiß-rote Fahne hisste. Die proklamierte Verbindung aus deutschem Einheitsstreben und polnischer Unabhängigkeit hatte allerdings nur rhetorische Bedeutung. In der Revolution 1848 dominierten bereits wieder die nationalen Töne, auch in der Paulskirche, als die Frankfurter Nationalversammlung gegen die Proteste der Polen die preußische Provinz „Großherzogtum Posen“ in den Deutschen Bund eingliederte. Wer heute gelegentlich in aktuellen Zusammenhängen vermeintliche „polnische Empfindlichkeiten“ beklagt, hat offenbar keine Vorstellung von dem Trauma einer Nation, die über mehrere Jahrzehnte und Jahrhunderte als Staat von der Landkarte verschwunden war.

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte für viele Völker in Mitteleuropa die Gründung eigener Nationalstaaten. Auch die Polen nahmen 1918/19 ihr nationales Selbstbestimmungsrecht wieder in eigenen Grenzen wahr nach über 120 Jahren Fremdherrschaft. Die neue Friedensordnung, die der Versailler Vertrag geschaffen hatte, sah unter anderem einen Sonderstatus für Danzig vor als völkerrechtlich selbstständiges Gebilde einer vom Völkerbund kontrollierten Freien Stadt. Ein Korridor verhalf dem neuen polnischen Staat zum Zugang zum Meer und trennte zugleich Ostpreußen vom Rest Deutschlands ein Umstand, den Hitler als Vorwand zu nutzen wusste, um 1939 den von ihm lange angestrebten Krieg vom Zaun zu brechen.

Deutsche haben 1939 den Krieg begonnen. Sie haben ihn 1945 verloren. Aber sie haben nicht alleine dafür bezahlt. Die bedingungslose Kapitulation, die wir Deutschen heute als Befreiung erkennen, brachte für die Polen zunächst keine Freiheit. Es gehört zur polnischen Tragödie im 20. Jahrhundert, dass dem Sieg über Hitler bleierne Jahrzehnte folgten, in denen den Polen – und mit ihnen allen, die unter sowjetische

Herrschaft kamen – die Selbstbestimmung weiter vorenthalten blieb.

Nach 1945 erlebte Polen eine gigantische Westverschiebung des eigenen Landes, die für Millionen Menschen den Verlust der Heimat bedeutete. Wenn wir heute auch des Leids gedenken, das dabei Deutsche, meist persönlich schuldlos, als Opfer politischer Entwicklungen erlitten haben, dann können wir dies nur deswegen, weil wir zugleich keinen Zweifel über Ursache und Wirkung lassen. Hitlers unbändiger Vernichtungswille, unter dem Völker und Nationen von der Atlantikküste bis in den Kaukasus, vom Nordkap bis nach Nordafrika so unendlich schwer gelitten haben, schlug am Ende gegen das eigene Volk zurück. Bei flächendeckenden Bombardements auf deutsche Städte starben Hunderttausende Zivilisten, jahrhundertalte Stadtbilder wurden ausgelöscht, für Millionen Soldaten folgten Jahre der Kriegsgefangenschaft, viele kehrten nie mehr heim. Das Land blieb auf Jahrzehnte geteilt.

In der Trauer über den erlittenen Verlust fehlt es in Deutschland gelegentlich noch heute an Wissen über und an Verständnis für das Vertreibungsschicksal der Polen. Beispielhaft dafür ist die Familiengeschichte unseres Staatsgastes: Er trägt den Namen seines Onkels, der 1943 mit 16 Jahren wegen seiner Mitwirkung im polnischen Untergrund in Vilnius auf deutschen Befehl erschossen wurde. Die Wurzeln der Familie Komorowski liegen im heutigen Litauen. Nach deren Vertreibung durch die sowjetischen Besatzer kam Bronisław Komorowski in der Nähe von Breslau zur Welt – in einem Haus, das vorher Deutschen gehört hatte. Sie, verehrter Herr Staatspräsident, sagen deshalb:

Ein Europa, in dem jedes Volk sich auf das Leid der eigenen Opfer konzentrierte, wäre ein grauenvoller Kontinent. Die Vergangenheit soll uns dazu verpflichten, eine gemeinsame Zukunft zu planen.

Möglich geworden ist dies erst durch die großen Umwälzungen, die 1989 mit maßgeblicher polnischer Beteiligung Europa verändert haben. Die deutsch-polnische Geschichte im 20. Jahrhundert manifestiert sich mehr als anderswo in Danzig. Mehr noch: Diese Stadt ist zu einem europäischen Erinnerungsort geworden. Mit dem Versailler Vertrag war sie Menetekel für einen neuen europäischen Konflikt, 1939 wurde sie

zum Ort des Kriegsausbruchs. Später jedoch, mit der Solidarnosc-Bewegung, wurde aus der ehemals Freien Stadt Danzig die Stadt der Freiheit – ein Schauplatz der friedlichen Revolutionen in ganz Ost- und Mitteleuropa.

An die großen polnischen Verdienste um die deutsche Einheit und die Freiheit in einem vereinten Europa erinnert seit 2009 an der Ostfassade des Reichstagsgebäudes ein Mauerstück der ehemaligen Danziger Lenin-Werft. In Ihrer Amtszeit als Sejm-Marschall, lieber Herr Komorowski, haben wir es gemeinsam enthüllt. Im Gegenzug verweist in Kreisau, auf dem Gut der Familie Moltke, ein Stück der Berliner Mauer auf den 9. November 1989. Dieser herausragende Ort des deutschen Widerstandes steht für den Aufbruch in den deutsch-polnischen Beziehungen nach Ende des Ost-West-Konflikts. Hier nahmen am 12. November 1989 Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki an einer Versöhnungsmesse teil, nachdem der deutsche Bundeskanzler seinen Staatsbesuch in Polen wegen

des Falls der Berliner Mauer unterbrochen hatte.

Die Mauern, in Danzig wie in Berlin, sind durch Bürgerrechtler, durch zivilgesellschaftliches Engagement überwunden worden. Herr Staatspräsident, Sie haben beide Mauerstücke, das der Berliner Mauer und das der Danziger Werft, als „Symbole der Integration, des Dialogs und der Verständigung“ bezeichnet. Die Aussöhnung zwischen unseren beiden Nationen mit ihrer jahrhundertalten Geschichte leidvoller territorialer Veränderungen beweist, dass Frieden in Europa nur möglich ist, wenn die territoriale Integrität der Staaten nicht mehr infrage gestellt wird eine Erkenntnis, um die auch in Deutschland lange, auch noch im Kontext der Wiedervereinigung und der Diskussion über die deutsch-polnische Grenze, gerungen wurde. Diese Erkenntnis ist im heutigen Europa aktueller denn je. Gerade deshalb ist die Wahl eines polnischen Ministerpräsidenten zum Präsidenten des Europäischen Rates ein starkes Signal und ein Symbol für das

Selbstverständnis dieser Europäischen Union.

„Wo liegt die Wasserscheide zwischen Generationen, die nicht genug bezahlt haben, und Generationen, die zu viel bezahlt haben? Wir, auf welcher Seite stehen wir?“ Der 1. September 1939 und seine Folgen sind und bleiben für uns Deutsche ein Stück Geschichte, das nicht einfach Vergangenheit ist. Sie beschämt uns, und sie stärkt uns in unserem Willen und der Selbstverpflichtung unserer Verfassung, gemeinsam mit allen unseren Nachbarn und Partnern „als gleichberechtigtes Glied in einem freien Europa dem Frieden in der Welt zu dienen“. Dass Polen und Deutsche daran gemeinsam arbeiten als Nachbarn, als Partner, als Freunde, ist ein ermutigendes Beispiel dafür, dass wir aus der Geschichte lernen können, wenn wir ihre Lektionen begriffen haben.

Ihre Anwesenheit heute im Deutschen Bundestag, Herr Staatspräsident, bestätigt diesen Zusammenhang. Wir freuen uns auf Ihre Rede.

Bronisław Komorowski, Präsident der Republik Polen:

## Europa braucht eine Wertedebatte



Bronisław Komorowski (\*1952)  
Staatspräsident Polens

Das ich heute als Präsident des freien, demokratischen Polens im Deutschen Bundestag, im Herzen der deutschen Demokratie, sprechen kann, bewegt mich zutiefst. Dass ich hier, im Herzen des deutschen Staates, der Polen so nahe und freundschaftlich verbunden ist, anlässlich des 75. Jahrestags des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs sprechen kann, ruft nicht nur diese innere Bewegtheit hervor, sondern auch ein Gefühl des Glücks, das die Generation begleitet, deren Eltern nicht nur den Albtraum des Krieges überlebten, sondern auch in gegenseitiger Feindschaft lebten. Dieser Augenblick ist für mich ein Grund, um stolz zu sein auf die Leistungen

unserer Generation auf dem Weg zur Versöhnung und Wiedererlangung des Gefühls der gegenseitigen Nähe und Fähigkeit zur Zusammenarbeit.

Wir erinnern und dürfen es nie vergessen, dass im September 1939 – vor 75 Jahren – die Schüsse vom Panzerkreuzer Schleswig-Holstein auf die Westerplatte in Danzig und der in ganz Polen ausgelöste Fliegeralarm die Vorboten einer beginnenden Katastrophe nicht nur für mein Land, sondern für das gesamte Europa waren. Damals begann der Zweite Weltkrieg. Wir gedenken des 1. September und vergessen dabei nie den 17. September, als sowjetische Streitkräfte, die Verbündete Hitlerdeutschlands waren, nach Polen einmarschierten.

Der Krieg brachte für Dutzende Millionen Opfer den grausamen Tod und Hunderten Millionen von unschuldigen Menschen ein verheerendes Schicksal.

Die Schrecken jener Zeit, der organisierte Terror sowie die systematischen Massenmorde an denen, die von einer wahnsinnigen Ideologie als Untermenschen gal-

ten, sind bis heute in unserem europäischen Gedächtnis geblieben. Noch immer bleiben in der Erinnerung der Menschen jene Zeiten wach, deren Symbol der Holocaust und die bewussten, planmäßigen, sich gegen die Eliten der eroberten Völker richtenden Vernichtungsaktionen waren. Fast jede polnische Familie, darunter

auch die meine, erlebte nicht nur den heldenhaften

Kampf, sondern erfuhr auch die Schrecken der Razzien, der Versklavung in Lagern, der Brutalität von Umsiedlungen und der Massenhinrichtungen von damals. Erin-

tert werden sollte auch daran, dass letztendlich nicht nur die Opfer des Angriffs, sondern alle, auch die Einwohner der Aggressorstaaten, von Unglück und Leid betroffen waren.

Mit umso größerer Bewunderung dürfen wir daher die Menschen nicht vergessen, die sich der deutsch-polnischen Aussöhnung widmeten: die polnischen Bischöfe, die 1965 an die deutschen Bischöfe den berühmten Brief über das gegenseitige Vergeben als Antwort auf die damals anhaltenden

**Die Schrecken der Zeit sind bis heute in unserem europäischen Gedächtnis geblieben.**



Diskussionen unter den deutschen Christen schrieben, die Menschen von der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, die Politiker Willy Brandt, Helmut Kohl, Tadeusz Mazowiecki und auch Władysław Bartoszewski. Er, der ehemalige Auschwitz-Häftling, später Mitglied der Żegota, einer Hilfsorganisation für vom Holocaust bedrohte Juden, und langjähriger Häftling in der Stalinzeit, mit dem ich während des Kriegszustands in einem Lager interniert war, sagte vor 19 Jahren hier im Bundestag, als er bereits Außenminister eines unabhängigen Polens war: „Die [deutsch-polnischen] Beziehungen haben heute eine europäische Dimension erlangt. Unsere Nachbarschaft wird in hohem Maße darüber entscheiden, ob und wann das geteilte Europa zusammenwachsen wird. Die Zusammenarbeit beider Staaten im geeinten Europa gehört heute zu den wichtigsten Zielen und Begründungen unserer bilateralen Beziehungen.“

Die vollständige Versöhnung, bereits unter den Bedingungen der von der polnischen „Solidarność“ erkämpften Freiheit, war die Krönung der langjährigen Bestrebungen zugunsten eines neuen Anfangs in den deutsch-polnischen Beziehungen. Eines neuen Anfangs in einer neuen, ungewöhnlichen Ära einer guten Schicksalsgemeinschaft, die 1989 ihren Anfang nahm.

Das war eine ungewöhnliche Zeit, als Tadeusz Mazowiecki bereits Ministerpräsident des zu Freiheit drängenden Polens und erster nichtkommunistischer Regierungschef in unserem Teil Europas war, und als die ersten Risse in der Berliner Mauer, die das deutsche Volk in zwei deutsche Staaten teilte, sichtbar wurden. Ich kann mich noch erinnern, wie die ersten DDR-Flüchtlinge Ende August 1989 nach Polen kamen. Mit keinem einzigen Staat des damaligen Westens hatten wir eine gemeinsame Grenze, doch die Ostdeutschen erwarteten mit Recht, dass die in Polen eingetretenen Veränderungen ihnen die Hoffnung geben würden, frei zu sein und in die Bundesrepublik gelangen zu können. Für uns war die Organisation der Durchreise dieser Menschen nach Westdeutschland eine wichtige Erfahrung, ein Signal, dass sich der Fatalismus der deutsch-polnischen Beziehungen überwinden lässt und dass freie Polen und freie Deutsche sich verständigen und zusammenarbeiten können.

In solidaritätsgeprägtem Polen

schaute wir mit viel Sympathie auf all die mutigen Menschen, die es in Ostdeutschland riskierten, auf die Straße zu gehen und die Achtung der Bürgerrechte einzufordern. „Wir sind das Volk“ – dieser Spruch war ein Ruf nach Anerkennung als souveräne und unabhängige Bürger gegenüber dem Staat. Roland Jahn, der jetzige Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, sprach davon, dass in diesem Herbst der Wende „die Solidarność mit uns auf dem Leipziger Ring mitmarschierte“. Wir in Polen verfolgten hoffnungsvoll die Gebete und Proteste vor der Nikolaikirche in Leipzig. Wir wussten, dass wir den Erfolg der Freiheit nur gemeinsam dauerhaft sichern können. Damals beteten wir gemeinsam mit den Menschen in der Nikolaikirche um Freiheit, um unsere gemeinsame Sache. Es war nicht der Sieg der Diplomatie oder der Bündnisse, der Europa veränderte, es war der Wille des Volkes, der nach Freiheit dürstenden Menschen.

Unsere Völker haben die damalige historische Konjunktur nicht verpasst. Die letzten 25 Jahre stehen für eine geradezu unglaubliche Geschichte des von Deutschen und Polen zusammen vorangetriebenen Aufbaus eines gemeinsamen Europas. Dies ist eine einmalige Geschichte der Versöhnung, die der Millionen Gräber gedenkt, an die mit dem Rauch der Krematorien aufsteigende Asche, an die Ruinen des aufständischen Warschau und an die Trümmer Berlins erinnert, die wunderbare Tradition des Jahres 1989 trägt und eine neue Hoffnung für Europa und die Welt aufbaut.

Und heute, sich dieser grausamen, bitteren, aber auch glorreichen Geschichte der Völker Mittel- und Osteuropas im 20. Jahrhundert bewusst, stehe ich vor Ihnen, meine Damen und Herren, als lebendiger Zeuge dieses Wunders der Versöhnung, der außergewöhnlichen Gegenwart, in der die junge Generation von Deutschen und Polen zum ersten Mal seit Jahrhunderten zusammen lernen und arbeiten sowie die gemeinsame Zukunft der Völker eines geeinten Europas gestalten kann. Ich freue mich, dass wir dieses kopernikanischen Umbruchs in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen gemeinsam gedenken wollen, wovon ein symbolisches Stück der in unmittelbarer Nähe des Reichstagsgebäudes aufgestellten Danziger Werftmauer oder auch die heute Warschau und Berlin verbindende Autobahn

der Freiheit zeugen.

Dieses Jahr begehen wir nicht nur den 75. Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, sondern auch den 100. Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkriegs.

Beide Kriege trennt nur eine Generation voneinander. Bemerkenswert ist jedoch, dass zwei Generationen von Europäern, die von den Kriegen so schmerzhaft betroffen waren, aus den erlebten Katastrophen so unterschiedliche Schlussfolgerungen gezogen haben. Nach dem Ersten Weltkrieg beschritt Europa den Weg der Stärkung der nationalen Egoismen, des verstärkten Strebens nach einer Revision der Kriegsergebnisse und einer Revanche für erlittene Verluste. Diese Phänomene begünstigten die Ausweitung linker und rechter Radikalismen und beförderten die Entstehung von autoritären und totalitären Systemen.

Es brauchte erst des Dramas des Zweiten Weltkriegs, damit Europa sich wieder darauf besinnen kann, was die europäischen Völker verbindet und nicht trennt, damit es sich bewegt in Richtung Integration, Stärkung des freien Marktes und der Demokratie, in Richtung einer Sicherheit, die auf dem Wohlstand und der Zusammenarbeit mit den Nachbarn beruht.

Der Erfolg der europäischen Integration hatte seine Wurzeln in der Kultur, in einem ähnlichen Verständnis der Rolle des Menschen in der Welt. Denn den Kern der europäischen Kultur bildet der Personalismus. Dieser kann aus dem Christentum abgeleitet werden, das das Konzept eines Menschen geschaffen hatte, der sich

selbst als „Person“ wahrnimmt. Er kann aber genauso auf die Tradition der Aufklärung zurückgeführt werden, wo er präzise von Immanuel Kant beschrieben wurde. Was die Europäer verbindet, ist die Überzeugung, dass die Würde jedes menschlichen Wesens unver-

äußerbar ist. Im Sinne dieser Überzeugung gilt es, das gesamte Bildungswesen und die Rechtsordnung aufzubauen, das wirtschaftliche Geschehen zu gestalten und Institutionen des Staates einzurichten. Um diesen Personalismus herum müssen wir heute eine möglichst breite „anthropologische Koalition“ von globaler Reichweite aufbauen, die das Primat der Person voraussetzt. Dies ist uns eine grundlegende Botschaft, die heute von Europa auszugehen hat und die dem Kontinent zu verkünden ist. Dieses Menschenkonzept gilt es zu verteidigen: Der Mensch als Person, als denkendes, freies und soziales Wesen, das mit unendlicher Würde ausgestattet ist. Die Geschichte bestätigt uns in dem Bewusstsein, dass wenn die menschliche Würde bedroht ist, ein Kompromiss nicht mehr als ein Wert an sich angesehen werden kann.

Das Wort „Wert“ wurde von mir bewusst verwendet, denn, nachdem Polen der Kultur den Vorrang vor der Wirtschaft und der Politik gab, dies ist die universelle Dimension der polnischen Erfahrungen. Das Phänomen der „Solidarność“ war nämlich seinem Wesen nach ein ethisches Phänomen. Aus dem Glauben an die Grund-

werte, an die menschliche Würde, entstand die „Macht der Machtlosen“. Sie war es, die der „Solidarność“ ihre Wirksamkeit verlieh und somit den friedlichen Zerfall des blutigsten Imperiums in der Weltgeschichte bewirken konnte.

Auch Deutschland kennt diese Erfahrung. Den großen sozialen und wirtschaftlichen Erfolg eines nach dem Zweiten Weltkrieg zerstörten Deutschlands begleitete nämlich eine Debatte über die Grundwerte, über die ethischen Fundamente

der wiedergeborenen deutschen Staatlichkeit. Eine solche Debatte hat Europa heute dringend nötig! Die europäische Einheit kann nur dann tief und wirksam sein, wenn sie auf gemeinsamen Werten beruht.

„Europa ist nicht zustande gekommen, wir haben den Krieg gehabt“ (Schuman-Erklärung, 1950), schrieben die Gründerväter der Europäischen Gemeinschaften und schufen daher mit Konsequenz und Entschlossenheit die einzelnen europäischen Institutionen im Bestreben, den Integrationsraum zu vertiefen und zu erweitern. Denn sie verstanden sehr wohl, dass nur ein geeintes Europa zum Europa ohne Krieg werden kann. So wurden die Fundamente des Friedens – die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, der demokratische Rechtsstaat sowie die Achtung der Minderheitenrechte – für die nächsten

Fortsetzung auf nächster Seite

### Der Erfolg der europäischen Integration hatte seine Wurzeln in der Kultur.



Der Plenarsaal während der Gedenkstunde anlässlich des 75. Jahrestages des Beginns des Zweiten Weltkriegs



Jahrzehnte zum Aushängeschild des Kontinents. Hierzu gehört auch die Fähigkeit, auf kreative Art und Weise Kompromisse zu schließen, zu denen wir auch heute bereit sein sollten, um den vor uns allen stehenden Herausforderungen die Stirn bieten zu können.

Für Europa hat die Verbindung der Sorge des Staates um die Entwicklung aller Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit einer leistungsfähigen Wirtschaft eine Schlüsselbedeutung. Nur ein vom Unternehmergeist ermutigtes Europa, das die Aktivitäten der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der ganzen Gemeinschaft fördert und auch ein der industriellen Entwicklung förderliches Klima ermöglicht, kann sich im internationalen Wettlauf erfolgreich behaupten. Wir brauchen heute eine kreative Anknüpfung an das Konzept einer freien und sozialen Marktwirtschaft, die es vermag, Subsidiarität und Solidarität sowie die Interessen des Einzelnen mit dem Gemeinwohl miteinander zu verbinden. Die Erfahrungen der polnischen Veränderungen zeigen, dass mutige Reformen und gute Regelungen wichtig sind, dass jedoch Systemveränderungen auf die Befreiung der menschlichen Energie und der schöpferischen Fähigkeiten auszurichten sind.

Unsere nächste Aufgabe besteht in einer Stärkung des Euroraums, sodass dieser widerstandsfähiger gegen auftretende Erschütterungen wird. Die aus der letzten Krise gezogenen Schlussfolgerungen sowie weitere im Euroraum durchzuführende Reformen sollten weitere Staaten, darunter auch Polen, dazu ermuntern, den Euro gemäß den mit dem Beitritt in die Europäische Union eingegangenen Verpflichtungen in nicht allzu ferner Zukunft einzuführen. Aber auch das Gefühl der Sicherheit und eine stärkere Solidarität aller Mitglieder des Euroraums können eine gewisse Anziehungskraft entfalten. Deshalb lohnt sich die Mühe, von allen Staaten des Euroraums Reformen und Verantwortung für deren Umsetzung zu verlangen.

Verstärkt zeichnen sich vor uns immer deutlicher Probleme der europäischen Sicherheit in ihrem gesamten Spektrum ab – von der Energieversorgungssicherheit über den Schutz der Bevölkerung vor Terrorakten und die Verteidigung der territorialen Integrität der uns nahe stehenden Staaten bis hin zur notwendigen Stärkung der eigenen Verteidigungsbereitschaft angesichts der Gefahr für die Welt, für unseren Kontinent und nicht

nur für die Ostflanke der NATO, die die Rückkehr zur Anwendung von Macht und militärischer Aggression hier, in unserer Nähe, in Europa darstellt.

Ich spreche von diesen Herausforderungen zum 10. Jahrestag der Osterweiterung der Europäischen Union und meine damit auch unsere Zukunft. Es sind die beiden Nachbarn, Deutschland als größtes Land der „alten“ Union und Polen als das größte Land der „neuen“ Union, die heute anderen ein Beispiel sein sollten nicht nur darin, wie eine schwierige Vergangenheit zu überwinden ist, sondern auch darin, wie ein sicheres Europa für die nachkommenden Generationen aufzubauen ist. Unsere beiden Ländersollten sich zur Aufgabe machen, dass die alte Ost-West-Spaltung des Kontinents begraben und eine neue Spaltung verhindert wird. Genauso wie Herr Bundespräsident Joachim Gauck, bin auch ich überzeugt, dass „wir nur gemeinsam das demokratische und friedliche Europa der Zukunft bauen können. Und nur gemeinsam können wir es verteidigen. Wir brauchen eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft für die Zukunft Europas.“

Um diese gemeinsame Zukunft wirksam aufbauen zu können, müssen wir uns dessen bewusst sein, was nicht darf nicht tun dürfen, damit die Fallen einer oberflächlichen Integration, die lediglich eine Fassade darstellt, vermieden werden können. Es braucht heute Mut, um sagen zu können, dass es trotz vieler schöner Träume und Projekte nicht möglich ist, zügig voranzuschreiten und die Integration zu beschleunigen. Leichtfertige Versuche, weitere Integrations Schritte zu unternehmen ohne dass die Fundamente gefestigt werden, können kontraproduktiv wirken und eher eine Abschwächung und Desintegration der EU befördern, als dass sie sich stärkend auswirken. Einem Zusammenhalt Europas können weder von oben unternommene Versuche der Ho-

mogenisierung des Kontinents förderlich sein, die trotz des allzu selten angewandten Prinzips der „Einheit in Vielfalt“ unternommen werden, noch bürokratische Regelungen in weiteren Bereichen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens. Dies hemmt nur die Entwicklungsdynamik, die durch die natürlichen, kreativen Kräfte in den beiden Lebensbereichen gespeist wird. Die Subsidiarität, eine der Grundlagen des Gemeinschaftsrechts, wird in der Praxis allzu oft ignoriert.

Vor der neuen europäischen

Führung steht daher die riesige Aufgabe, diese Einheit angesichts der sich abzeichnenden unvermeidbaren Differenzen in konkreten Integrationsbereichen aufrechtzuerhalten. Diese Verantwortung tragen weitgehend die größten EU-Staaten, die in den letzten Jahren manchmal Neigungen zum Unilateralismus zeigten und somit auch Aktivitäten entwickelten, die nicht ausreichend die Interessen der gesamten EU berücksichtigten. Zentrifugale Verhaltensweisen können sich jedoch gegenseitig stärken. Und indem sie ähnliche Reaktionen hervorrufen, können sie nicht nur die Union schwächen, sie können sie sogar auseinanderreißen.

In Zeiten, in denen wir, die freie Welt, uns fundamentalen Herausforderungen stellen müssen, endet die deutsch-polnische Verantwortung nicht an der Europäischen Union. Deutschland und Polen sowie andere Staaten verbindet eine gemeinsame Verantwortung für die transatlantischen Beziehungen und das Nordatlantische Bündnis, das eine gewichtige und stabilisierende Funktion in der gesamten, globalen internationalen Ordnung erfüllt. Daher sollten wir, trotz manchmal auftretender Meinungsunterschiede, keine weiteren Anstrengungen scheuen, um das transatlantische Vertrauen, das manchmal leider ernsthaft erschüttert wurde, wieder aufzubauen. Dies ist eine große Aufgabe für Regierungen und zivilgesellschaftliche Einrichtungen auf beiden Seiten des Atlantiks.

Diese stabilisierende Rolle des Bündnisses beruht auf Washingtoner Vertrag als Grundlage, auf der Bereitschaft, der gegenseitigen Beistandspflicht in Notsituationen nachzukommen. Wir haben uns verpflichtet, dass die Mitgliedstaaten „einzeln und gemeinsam durch ständige, wirksame Selbsthilfe und gegenseitige Unterstützung die Kraft des einzelnen Staates und der Gesamtheit der Staaten, einem bewaffneten Angriff Widerstand zu leisten, aufrechterhalten und entwickeln“ werden (Art. 3). Diese Verpflichtungen bilden die Voraussetzung für unsere Überlegungen von einem sicheren Europa und den transatlantischen Verbindungen. Deshalb ist es wichtig, dass der jüngste Gipfel in Wales diese Verpflichtungen bestätigt hat. Ich denke, dass es uns nicht an Konsequenz in der Umsetzung der dort gefassten Beschlüsse fehlen wird und dass wir es nicht zulassen, dass uns die Hände gebunden werden durch Vereinbarungen mit Dritten, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Es ist eine sehr gute Nachricht, dass eine der Antworten auf den Krieg in der Ukraine sein wird, die Ostflanke der NATO durch die ständige Präsenz von

Streitkräften des Bündnisses und durch eine vorgeschobene logistische Infrastruktur in den Grenzstaaten zu stärken sowie die Bereitschaft der Eingreiftruppe zu erhöhen und die Rolle des Hauptquartiers des Multinationale Corps Nord-Ost in Stettin zu erweitern, dessen Kern aus polnischen, deutschen und dänischen Soldaten besteht. Wir haben es nicht vergessen, dass der Erfolg des westlichen Nachkriegseuropas und auch der Erfolg von Deutschland selbst dank der Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten von Amerika und dank des Schutzschilds der NATO möglich waren. Die NATO schuf den notwendigen Sicherheitsraum für die Entwicklung und tut dies auch noch bis heute. Heute, da wir uns erneut den Herausforderungen auf dem Gebiet der Sicherheit stellen, muss die NATO ein effizientes Militärbündnis bleiben können, sodass es uns ermöglicht, Entscheidungen zu treffen ohne Drohungen anderer fürchten zu müssen. Abschreckung bildet keinen Widerspruch zu Zusammenarbeit und Dialog, sondern ist deren notwendige Ergänzung. Denn es gibt Mächte in der Welt, die auf eingegangene Verpflichtungen keine Rücksicht nehmen, sobald sie bei ihren Partnern militärische Schwäche oder fehlende Entschlossenheit verspüren.

Die Beziehungen zu Nordamerika dürfen sich jedoch nicht ausschließlich auf Sicherheitsfragen beschränken. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft versteht sich als eine Verwirklichung des Plans, der fast zeitgleich mit der Entstehung des Bündnisses in der Überzeugung entstanden sind, dass die transatlantische Gemeinschaft durch die Einrichtung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes belebt werden kann. Wir sind uns dessen bewusst, dass die lange Entstehungsgeschichte dieser Idee davon zeugt, dass sie für jede der Seiten schwierig ist und gewisse Risiken verbirgt. Die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft ist aber nicht nur bloß eine Handelsvereinbarung, sondern eher der fehlende Teil einer transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft, eines Projektes von zivilisatorischer Dimension. Wollen wir die Lebendigkeit der Gemeinschaft aufrechterhalten, müssen wir in den Erfolg dieser Idee investieren. Während sich das Gewicht der Welt in Richtung Asien verlagert, wollen wir doch der westlichen Welt mehr Stabilität sichern. Die Aufrechterhaltung der politischen, militärischen, wirtschaftlichen

und gesellschaftlichen transatlantischen Beziehungen stellt eine gute Investition in die Zukunft dar. In unsere Zukunft!

Die Stärkung der Einheit und der Solidarität der Europäischen Union sowie der weit verstandenen westlichen Gemeinschaft ist in Zeiten großer Unsicherheit eine

schwierige Aufgabe.

Die Herausforderung ist umso größer, da wir durch die Veränderung

Europas und die Stärkung der transatlantischen Gemeinschaft gleichzeitig auch eine gemeinsame Antwort auf die geostrategischen Herausforderungen in unserer Um-

gebung finden müssen. Die von mir postulierte deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft muss auch eine gemeinsame Antwort auf Gefahren in den Nachbarländern finden. Die Zeiten der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sind nun vorbei. Wir müssen zunehmend jene Herausforderungen ernst nehmen, die immer klareren Charakter einer militärischen Aggression aufweisen.

Als Antwort auf die im Westbalkan geführten Kriege entstanden unter anderem mit großer Mühe die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie die Gemeinsame Außenpolitik. Wir hofften, dass wir nach den Erfahrungen von Bosnien, nach den Erfahrungen des belagerten Sarajevo und den Verbrechen von Srebrenica, in der Lage sein werden, auf die nächste Krise, sobald sie gekommen ist, eine Antwort zu finden. Stellt nicht das, was wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft sehen, in der Ukraine, in Syrien, Libyen oder auch dem Irak, nicht unseren Glauben in die eigenen Kräfte und nicht die Effizienz jener Institutionen in Frage, die wir mit so viel Mühe geschaffen haben? Wenn wir an den universellen Charakter unserer Werte glauben, müssen wir in uns die Entschlossenheit aufbringen, diese Werte auch zu verteidigen.

Es gibt verschiedene Bewegungen und Ereignisse, die die Freiheit bedrohen; sie sind verschieden im Irak, in Syrien, Libyen, der Ukraine oder in Russland. Aber eins ist ihnen jedoch gemeinsam: Sie verachten Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und bürgerliche Freiheiten. Eine Verachtung von Menschen, die nach Freiheit und Solidarität streben, die ein demokratisches Volk sein möchten. Es ist kein Zufall, dass für muslimische Fundamentalisten Wahllokale, in denen das Volk über die eigene Zukunft entscheiden kann, zur Zielscheibe werden. Es ist kein Zufall, dass die Ukrainer, die auf

**Die Zeiten der Friedensdividende nach dem Ende des Kalten Krieges sind nun vorbei.**

**Unsere nächste Aufgabe besteht in einer Stärkung des Euroraums.**



dem Kiewer Majdan verkündeten, sie seien der eigentliche Souverän im eigenen Staat, Wut bei einer benachbarten Großmacht auslösten, die sich später für eine europaweit beispiellose Aggression entschied. Vor unseren Augen vollzieht sich nämlich die Wiedergeburt einer nationalistischen Ideologie, die unter dem Deckmantel humanitärer Parolen über den Schutz von nationalen Minderheiten die Menschenrechte und das Völkerrecht verletzt. Wir kennen das allzu gut aus den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. In diesem Kontext bekommen die Worte des Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker einen besonders deutlichen Klang: „Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart.“

Auf die Gefahren für die Freiheit muss mit aller Stärke und mit einer klaren Sprache hingewiesen werden. Wird Verständnis für angewandte Gewalt gezeigt, droht Europa eine Niederlage. Dies ist eine weitere Lehre aus der schwierigen deutsch-polnischen Geschichte, die wir gemeinsam Europa und der Welt wiederholt mitteilen sollten. Ich glaube daran besonders heute, hier an diesem Ort, der Zeuge vieler dramatischer Ereignisse war, in einer Zeit voller Symbole und vieler europäischer Jahrestage, und möchte meinen deutschen Nachbarn und Freunden sagen: Nur eine mutige Politik, die auf dem Fundament von Werten aufbaut, deren Kern die menschliche Würde darstellt, verdient es, „Realpolitik“ genannt zu werden. Machen wir doch in Europa kluge, langfristige, aber wirksame Politik, also eine, die die Würde des Menschen verteidigt. Die Würde eines jeden menschlichen Individuums und aller Menschen!

Die Krise in der Ukraine hat lange nicht mehr die Dimension eines regionalen bilateralen Konflikts. Sie wurde zur Herausforderung für den ganzen Kontinent für die gesamte westliche Welt.

Durch den Angriff auf die Ukraine greift Russland die Fundamente einer demokratischen Gemeinschaft an, ihre Rechte und Werte, aber auch den fundamentalen Grundsatz einer zivilisierten Welt: das Prinzip der Achtung vor der Souveränität der Staaten. Die Ukraine tat nichts, was diese Aggression rechtfertigen würde. Wir beobachten auch, dass bewusst vorgegangen wird, um die europäische Einheit zu zerstören oder zumindest zu blockieren, um die Europäer untereinander zu zerstreuen und die transatlantischen

Beziehungen zu schwächen.

Wenn wir weiterhin an die globale Rolle der Europäischen Union glauben, müssen wir ihre Funktionsfähigkeit in unserer unmittelbaren Nachbarschaft unter Beweis stellen können. Noch vor einem Jahrzehnt glaubten wir, der Marsch der Freiheit, zu dem vor 25 Jahren Deutsche und Polen zusammen antraten, könne nicht mehr gestoppt werden. Ihm würden sich weitere Völker anschließen, die sich von der Vision eines Wohlstands in Demokratie und des europäischen Lebensstils angezogen fühlen. Diese Hoffnung geben wir nicht auf. Wir glauben weiter daran, dass unsere Autobahn der Freiheit immer länger sein wird und weit in den Osten Europas reichen wird. Wir sehen jedoch, dass sich der Weg dahin schwierig und weniger bequem gestaltet.

Russland als bewährten und voraussehbaren Partner zu haben würde keinen mehr freuen als die Polen selbst. So wie Deutschland und die Europäische Union haben auch wir viel in die Annäherung zu Russland investiert. Viel konnte die Polnisch-Russische Gruppe für schwierige Angelegenheiten erreichen, wir verbinden weiterhin viel Hoffnung mit den Dialog- und Versöhnungszentren, wo russisch-polnische Gespräche und Begegnungen stattfinden. Wir sollten nicht vergessen, wieviel Widerstand es seitens der westlichen Staaten noch vor wenigen Jahren gegen die Einführung des erweiterten kleinen Grenzverkehrs zwischen Polen und Russland gegeben hatte.

Auch wir würden gerne in Russland einen Freund des im weitesten Sinne des Wortes verstandenen Westens sehen. Deshalb stellt die aktuelle Politik Russlands für uns eine so tiefe Enttäuschung und

auch eine vielschichtige Herausforderung dar. Wir bedauern es sehr, dass sich die derzeitige Führung im Kreml für den Antiozialismus als Legitimation für die eigene Machtausübung, als eine eigene Identität und geo-

politische Orientierung entschied, dass sie den Weg der Dominanz und der Weiterentwicklung der eigenen Bedeutung nicht durch eine Modernisierung und durch die Zusammenarbeit mit dem Westen, sondern durch die Wiedererrichtung der alten Einflusszone, wenn auch in einem neuen Gewand, wählte, indem sie militärische Gewalt gegen die Nachbarn einsetzt. Der Krieg in Georgien vor sechs Jahren und der derzeitige Krieg in der Ukraine zeigen dies.

Meiner Überzeugung nach ist das, was in der Ostukraine pas-

siert, das Ergebnis der Angst der derzeitigen Kremlführung vor einem Erfolg der demokratischen Modernisierung, die wir sowohl der Ukraine als auch Russland selbst wünschen. Ähnlich denken viele unserer russischen Freunde, und sie befürchten, dass die jetzige Politik des Kremls eine Gefahr für deren Rechte als Bürger und deren Freiheit darstelle. Wir müssen in russischsprachige Medien investieren, deren Sendebereich sich sowohl auf Europa wie auch über seine Grenzen hinaus erstreckt, um den Raum der Meinungsfreiheit auszuweiten und gegen Lügen vorzugehen. Dadurch können wir die Anzahl der russischen Freunde der Freiheit erhöhen.

Die Entschlossenheit und die Opfer der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung, zu denen es unter den Fahnen der Europäischen Union während des letzten Winters auf dem Majdan kam, sowie die Leiden, die ihnen im heutigen Krieg zugefügt werden, lassen uns nicht gleichgültig gegenüber dem Drama dieses europäischen Staates. Dies erfordert von der EU und dem gesamten Westen einer vielseitigen Hilfe für die Ukrainer, die jetzt nicht mehr um das Recht auf die Umsetzung dieses oder jenes Handelsabkommens kämpfen, sondern vielmehr um das Recht auf Unabhängigkeit und das Recht auf souveräne Entscheidungen. Die Ukrainer weichen trotz des Krieges nicht vom Weg des Aufbaus demokratischer Institutionen ab. Lasst uns ihnen helfen bei der Stärkung der Grundlagen ihrer Staatlichkeit. Halten wir die Östliche Partnerschaft aufrecht.

Schließlich haben wir Europa nicht in die ukrainische Steppenlandschaft gebracht, aber wir haben dazu beigetragen, dass wenigstens einige Länder dieser Region nach jenen Grundsätzen leben wollen, die auch die unseren sind. Das Beispiel der Freiheit ist ansteckend. Sollten wir von dem Weg der Unterstützung bei der Modernisierung unserer osteuropäischen Nachbarn umkehren, werde wir dem Chaos und unkontrollierten sozialen Ausbrüchen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft ausgeliefert sein.

Daher ist die Hilfe für die Ukraine und andere Länder der Östlichen Partnerschaft in jeder denkbaren Hinsicht erforderlich: angefangen von der humanitären Hilfe, der Unterstützung beim Wiederaufbau nach dem Krieg bis hin zur Vermittlung von Erfahrungen, wenn es um Reformen der Kommunalverwaltung, um die Entwicklung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, um die Bekämpfung von Korruption oder auch um die Reform des Verteidigungssystems.

Ich stehe hier an einem Ort, wo das Herz der deutschen Demokratie schlägt, und kann meine tiefe Rührung kaum verbergen. Ich bin bewegt als Sohn eines Partisanen der polnischen Heimatarmee und Offiziers der Polnischen Streitkräfte, der in seinem Marsch nach Berlin bis in die Lausitz gekommen ist. Ich stehe hier vor der höchsten Vertretung eines demokratischen Deutschlands und denke zurück an meinen Namensvetter, Onkel Bronisław, der auf

deutschen Befehl im besetzten Vilnius im Kampf für ein freies Polen gefallen ist. Er war nur 16 Jahre alt. Aber auch deshalb kann und will ich nicht meine Rührung verbergen, weil

ich nach dem Krieg in Niederschlesien, bei Breslau, in eine Familie von polnischen Vertriebenen aus dem Gebiet des heutigen Litauens hineingeboren wurde. Ich kam in einem Haus auf die Welt, das vorher eine deutsche Familie verlassen hatte, die die Geschichte erlebte und deren tragisches Kapitel vor 75 Jahren, am 1. September 1939, begann. Ich verstehe den Schmerz wegen des erlittenen Leids und des Verlustes der Heimat. Der mitgefühlte Schmerz ist für mich ein weiteres Argument für das Engagement zugunsten der deutsch-polnischen Versöhnung und der Zusammenarbeit. Für mich ist dies eine weitere Bestätigung dafür, welche Bedeutung das erlebte Wunder der deutsch-polnischen Versöhnung hat.

Dank der Versöhnung und der Zusammenarbeit, dank der gemeinsamen Mitwirkung beim europäischen Einigungs- und Integrationsprozess können wir eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft aufbauen. Und wir tun dies, aber nicht, indem wir die Vergangenheit vergessen, sondern durch kluges und verantwortungsvolles Gedenken dank gemeinsamer Anstrengungen. Ich

bewundere die Fähigkeit des neuen Deutschlands, der Deutschen, die Geschichte zu verstehen und sich mutig mit dem geschichtlichen Drama auseinanderzusetzen, dessen Quelle die Politik des Nazideutschlands war. Ich möchte, dass wir gemeinsam Lehren aus dieser Vergangenheit ziehen. Die Herausforderungen von heute und die Erfahrungen von gestern fordern von uns das, was vor 75 Jahren fehlte. Eine demokratische Gemeinschaft

braucht Visionen, Strategien und Entschlossenheit bei der Verteidigung der internationalen Ordnung, der Souveränität der Staaten und der bürgerlichen Freiheiten.

Europa mit seinen Reformen, die Nachbarschaft der Europäischen Union und deren Stabilität angesichts des voranschreitenden Krieges, die transatlantischen Beziehungen und die Sorge um Bewahrung der besonderen Beziehungen zwischen Europa und Amerika sollen den Inhalt dieser Mission bilden. Noch nie so dringend wie heute benötigen wir eine deutsch-polnische Verantwortungsgemeinschaft, eine Gemeinschaft für Europa, die allen Staaten der Europäischen Union und unseres Kontinents offen steht. Ich möchte, dass wir anlässlich der nächsten Jahrestage des Kriegsausbruchs mit tiefer Überzeugung sagen können: „Es gab kein Europa, wir hatten den Krieg. Doch dank Europa und dessen Institutionen haben wir keinen Krieg mehr auf dem gesamten freien Kontinent.“ Die Autobahn der Freiheit, die heute Deutschland und Polen verbindet, könnte viel, viel länger sein!

### Die Autobahn der Freiheit, die Deutschland und Polen verbindet, könnte viel, viel länger sein.

Bei der abgedruckten Rede handelt es sich um eine vorab veröffentlichte Übersetzung des polnischen Manuskripts. Es gilt das gesprochene Wort.



Von links: Polens Staatspräsident Bronisław Komorowski, Bundespräsident Joachim Gauck und Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU/CSU)



Dr. Gregor Gysi, DIE LINKE:

## Ein sehr zweifelhaftes Denkmal



Gregor Gysi (\*1948)  
Wahlkreis Berlin-Treptow – Köpenick

**H**err Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben sich zu einem Haushalt entschlossen, mit dem Sie alles, was wichtig ist, verschieben oder ausfallen lassen. Die Kindergelderhöhung wird verschoben, die Abschaffung der kalten Progression wird verschoben – es wird also weiterhin so sein, dass zum Beispiel Leute, die 3 Prozent brutto mehr erhalten, netto nur 0,5 Prozent mehr verdienen –, die Investitionen in Bildung, in digitale Netze, in Wasserwege, in Brücken und in Straßen fallen aus.

Und warum? Nur, um zum ersten Mal einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen! Für ein sehr zweifelhaftes Denkmal verzichten Sie auf alles, was Zukunft ausmacht. Das kann nicht in Ordnung sein; das wissen Sie selbst.

Lassen Sie mich zunächst etwas zur Außenpolitik sagen. Außenminister Kerry hat nun voll Stolz erklärt, dass es eine Koalition der Willigen gegen ISIS unter Einschluss der Türkei und Deutschlands gibt.

Mich interessiert die Türkei. Bisher war es so, dass die Türkei potenzielle Kämpfer der terroristischen Söldnerarmee ISIS in Richtung Syrien und in Richtung Irak unbehelligt durchgelassen hat. Transporte mit Hilfsgütern wurden gestoppt. Interessanterweise hat die Türkei einen Tag nach unserer Debatte vom 1. September dieses Jahres die Transporte mit Hilfsgütern durchgelassen. Sind Sie sich wirklich sicher, dass die Türkei ihre Haltung zu ISIS grundsätzlich geändert hat? Ich mache da erst einmal ein Fragezeichen.

Dann ist die Frage: Wie will sich nun eigentlich die Bundesregierung beteiligen? Sie haben schon Waffen an Peschmerga geliefert. Das war falsch, das bleibt falsch. Dem Irak fehlt vieles, aber keine Waffen. Es gibt viele Möglichkeiten: Man kann die humanitären Hilfen für Kurdinnen und Kurden, für Jesiden, für Christinnen und Christen und viele andere ausbauen. Man kann eine irakische Einheitsregierung unterstützen, damit es keine Ausgrenzungen mehr gibt: weder von Sunniten noch von Schiiten noch von Christinnen und Christen, Jesiden oder anderen. Man kann Gespräche anbahnen. Man kann so vieles tun. Das Einzige, worauf die Regierung kommt, sind Waffenlieferungen. Das ist wirklich absurd; das muss ich ganz klar sagen.

Ich habe noch weitere Fragen: Was ist überhaupt die Koalition der Willigen? Wann kehren wir zum Völkerrecht zurück?

Zuständig ist der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, der auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu entscheiden hat, nicht irgendwelche Koalitionen der Willigen.

Warum leiten Sie diesbezüglich nichts ein? Ich glaube, Sie leiten deshalb nichts ein, weil das Verhältnis der USA zu Russland besonders schlecht ist. Aber wir wissen doch: Das Ganze geht nur mit, nicht ohne und schon gar nicht gegen Russland. Die internationalen Probleme sind nur mit Russland zu lösen, egal ob ich an ISIS denke, ob ich an die Probleme im Iran denke, ob ich an Syrien denke. Wir sind doch auf Russland angewiesen.

Ich sage Ihnen noch etwas. Die PKK und die PYD in Syrien – das hat hier auch der außenpolitische Sprecher der Unionsfraktion eingestanden – schützen inzwischen die Jesiden, die Christinnen und Christen. Wir müssen unsere Politik ändern. Prüfen Sie das PKK-Verbot und heben Sie es auf! Ha-

ben Sie endlich die Kraft, ISIS zu verbieten! Es wird höchste Zeit, dass das geschieht.

In der Sendung Panorama wurde Folgendes gezeigt: Bei einer Demonstration waren auf der einen Seite Demonstranten mit PKK-Fahnen zu sehen, und die Polizei griff sofort ein. Auf der anderen Seite waren Demonstranten mit ISIS-Fahnen zu sehen, und es passierte nichts – da muss sich in unserem Land etwas gründlich ändern.

Wir alle beurteilen Assad überwiegend negativ. Viele haben gegen Assad gekämpft, aber wir haben immer gesagt: Wir brauchen diesen Kontakt. Wir brauchen die Möglichkeiten zu Gesprächen. – Jetzt wird es ganz deutlich: Wir brauchen Assad auch im Kampf gegen ISIS. Es ist also nie klug, übertrieben zu reagieren.

Wissen Sie: Ihre ganze Außenpolitik wirkt hilflos, wirt und durcheinander. Das ist viel zu wenig. Dafür ist die Verantwortung Deutschlands zu groß. Ich sage Ihnen noch etwas: Im Kalten Krieg hat der Westen gesiegt. Aber er konnte nicht aufhören, zu siegen. Die alte Ordnung wurde zerstört, und keine neue friedensschaffende Ordnung hergestellt.

Ich komme zur Ukraine. Endlich gibt es eine Vereinbarung über eine Feuerpause, einen Waffenstillstand. Das ist für mich schon ein Durchbruch. Der Donbass bleibt selbstverständlich Bestandteil der Ukraine. Es geht dann um weitgehende Autonomierechte. Was wir jetzt brauchen – das sage ich Ihnen schon jetzt –, ist ein Marshallplan für die Ostukraine. Wir brauchen regionale Wahlen.

Wie Finnland sollte die Ukraine nicht zur NATO gehören. Und ich sage Ihnen: Die NATO-Gipfel-Beschlüsse sind absolut kontraproduktiv – schnelle Eingreiftruppe, Aufrüstung im Baltikum und in Polen. Der Vertrag zwischen der NATO und Russland sieht aber

vor, dass eine dauerhafte Stationierung von NATO-Streitkräften in Osteuropa verboten ist. Wollen Sie diesen Vertrag verletzen? Was sollen die geplanten Änderungen? Russland wird darauf wiederum mit einer Änderung seiner Militärdoktrin reagieren.

Es besteht die Gefahr einer neuen Runde des Rüstungswettlaufs. Das Minsker Abkommen über die Feuerpause – und zwar unbefristet – muss doch ein Anlass zur Deeskalation auch durch NATO und EU sein. Deshalb sind auch die neuen Sanktionsbeschlüsse falsch; denn sie führen zu einer Eskalation, obwohl das Gegenteil notwendig ist.

Ich sage Ihnen noch etwas: Die Sanktionen und ihre Antworten schaden – völlig unnötig – der Wirtschaft und der Bevölkerung in Deutschland – übrigens insbesondere in den neuen Bundesländern. Denn 80 Prozent der Exporte von Deutschland nach Russland kommen aus den neuen Bundesländern. Da wird das gravierende Folgen haben.

Ich sagen Ihnen: Eine vernünftige Politik wäre, die Sanktionen unverzüglich aufzuheben.

Die NATO und vor allem die USA fordern, 2 Prozent der Wirtschaftsleistung in den Verteidigungsetat zu stellen – 2 Prozent. Deutschland ist gegenwärtig bei 1,3 Prozent. Wenn wir diesen Wunsch erfüllten, müssten wir rund 24 Milliarden Euro mehr für Rüstung ausgeben.

Frau von der Leyen, Sie – das habe ich doch richtig verstanden? – wollen nicht so viel ausgeben, aber schon mehr. Und die Kanzlerin habe ich so verstanden, dass sie eigentlich nicht mehr ausgeben will. Ich hoffe, Sie verständigen sich darauf, weniger auszugeben – auf gar keinen Fall mehr! Das will ich auch deutlich sagen.

Ich sage Ihnen ganz klar: Die USA, die NATO und auch Deutschland sind hoch gerüstet. Wir brauchen keine Aufrüstung mehr.

Die Bundesregierung – und damit auch EU und NATO – werden immer abhängiger von der US-Regierung. Warum können Sie diesbezüglich eigentlich nicht souveräner, nicht eigenständiger auftreten? Das geht mir so auf die Nerven; das muss ich Ihnen ehrlich sagen. Die NSA hört unsere gesamte Bevölkerung ab, betreibt

Wirtschaftsspionage, aber Sie haben Angst, irgendetwas Wirksames dagegen zu unternehmen.

Zeigen Sie mal etwas Mumm! Ich sage Ihnen auch: Dieses Duckmäusertum, das Sie an den Tag legen, führt nicht zu Freundschaft, sondern zu Verachtung. Wenn man Freundschaft will, muss man sich als Erstes Respekt erarbeiten. Und mit solchen Entscheidungen erarbeitet man sich Respekt, den wir dringend benötigen.

Ein weiterer Punkt sind die Abkommen. Eines liegt schon vor – das CETA-Abkommen mit Kanada –; das andere, das TTIP-Abkommen, ist geplant. Was uns am meisten stört und befremdet, ist die Investitionsschutzklausel. Ich komme noch darauf zurück.

Die Bundesregierung sagt, sie sei auch gegen die Investitionsschutzklausel. Sie ist aber in dem Abkommen vorgesehen. I

Was bedeutet denn eine Investitionsschutzklausel? Wenn wir in Berlin einmal eine vernünftige Regierung bekämen – das ist schließlich möglich, zum Beispiel mit Linken – und die beschlösse plötzlich, dass es mehr Mitbestimmung gibt oder dass Konzerne etwas mehr Steuern zahlen müssen, dann könnten die kanadischen und amerikanischen Unternehmen sagen: „Das geht nicht; es verstößt gegen das Verbot von Investitionshemmnissen; denn wir haben unseren Sitz hier unter anderen Voraussetzungen gegründet“, und Schadenersatz fordern.

Das ist eine Katastrophe, weil Sie jede vernünftige Politik ausschließen. Deshalb darf das niemals in Kraft treten. Wollen Sie Politik wirklich unmöglich machen? Das geht nicht. Stoppen Sie das Ganze so schnell wie möglich!

Außerdem erleben wir eine Entstaatlichung, und zwar in dreifacher

Fortsetzung auf nächster Seite

**Ihre ganze Außenpolitik wirkt hilflos, wirt und durcheinander.**

**Die internationalen Probleme sind nur mit Russland zu lösen.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:  
<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlament fernsehtages als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung.  
[www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)



cher Hinsicht: erstens durch CETA und TTIP. Denn es sollen keine ordentlichen Gerichte zuständig sein. Es gibt dann nur ein Schiedsgericht, bestehend aus drei Advokaten, die über Milliardenbeträge entscheiden sollen. Der ordentliche Gerichtsweg ist ausgeschlossen. Das ist eine Entstaatlichung. Es verstößt auch gegen die Rechtsstaatlichkeit. Das ist nicht hinnehmbar.

Die zweite Entstaatlichung, die noch viel schlimmer ist, erleben wir in Somalia, Irak, Libyen und Afghanistan. Nirgendwo funktioniert der Staat noch. In Ägypten, Syrien und in der Ukraine besteht die Gefahr der Zerstörung des Staates.

Das Dritte ist eine Entstaatlichung in unserer Gesellschaft. Darauf möchte ich Sie gerne hinweisen, weil ich finde, dass wir sehr viel genauer darauf achten müssen. Es gibt ein oberstes Zehntel in unserer Gesellschaft, das sich nicht mehr für den Staat interessiert. Diese Menschen gehen zwar formal wählen, aber mehr interessiert sie nicht, weil sie alles, ob Firmensitz oder Wohnsitz, danach begründen, wie die Rechtsvorschriften in welchem Teil der Welt aussehen, wo welche Steuerregeln und Arbeitsschutzregeln herrschen und welche Löhne kassiert werden etc. Sie haben sich vom Staat innerlich völlig verabschiedet.

Zu meinem großen Bedauern ist es so, dass wir zwar Teile des unteren Viertels erreichen – andere auch –, aber bestimmte Teile des unteren Viertels erreichen wir gar nicht mehr. Diese Menschen haben sich völlig vom Staat verabschiedet und gehen auch nicht mehr wählen. Was glauben Sie, wie oft ich versuche, mit ihnen zu reden. Ich stelle eine Entwicklung fest, die mir große Sorgen macht, weil sie für die Demokratie ungeheuer schädlich ist.

Jetzt werde ich auch etwas zu den Ursachen sagen, zum Beispiel unsere Vermögensentwicklung. Es gibt Zahlen, die einen umhauen. Die EU-Millionäre, von denen es eine reichliche Anzahl gibt, haben ein Geldvermögen – es geht nur um das Geld, ohne Grundstücke und Unternehmen – von 17 Billionen Euro. Die gesamten Staatsschulden der EU belaufen sich auf 11 Billionen Euro. Stellen Sie sich vor, sie würden uns das ganze Geld überweisen. Dann könnten wir alle Schulden bezahlen und ihnen sogar noch 6 Billionen zurücküberweisen. Dann wären sie immer noch nicht arm. Aber so weit geht noch nicht einmal die Linke. Wir sagen aber: Wir brauchen endlich eine Millionärsteuer

in der Europäischen Union.

Gehen wir einmal zu Deutschland über. In Deutschland haben wir ein Geldvermögen von 10 Billionen Euro. Jetzt gibt es eine neue Studie der Europäischen Zentralbank, die besagt: 1 Prozent unserer Bevölkerung besitzt 32 Prozent davon. Das sind weit über 3,5 Billionen Euro. 50 Prozent – die in finanzieller Hinsicht unteren 50 Prozent – unserer Haushalte und damit die Hälfte unserer Bevölkerung besitzt 1 Prozent davon. Nun sage ich, was für mich am erschreckendsten ist. Diese Hälfte besaß 1998 4 Prozent. Die Schere geht immer weiter auseinander. Das ist unerträglich.

Die schlimmste Umverteilung von unten nach oben hatten wir durch die Agenda 2010 in Verantwortung von SPD und Grünen. Seit 2000 haben wir – das ist dieselbe Entwicklung – einen Anstieg der Unternehmens- und Vermögenseinkommen, um 60 Prozent zu verzeichnen. In derselben Zeit sind die Reallöhne um 3,7 Prozent gesunken. Erklären Sie das den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die das ganze Vermögen geschaffen haben! Wir müssen die Umverteilung von unten nach oben stoppen und eine von oben nach unten einleiten, um ein Stück Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft zu erreichen.

Die Bundeskanzlerin und ihr Vizekanzler beklagen den Investitionsstau seit zehn Jahren. Einen solchen Stau gibt es tatsächlich; das stimmt. Allerdings, Frau Bundeskanzlerin, wer regiert denn seit zehn Jahren?

Wir brauchen sehr dringend Investitionen. Das wichtigste Gebiet ist die Bildung. Ich möchte Chancengleichheit für alle Kinder. Deshalb sage ich Ihnen: Wir brauchen endlich Kindertagesstätten für Kinder vom nullten bis zum sechsten Lebensjahr in ganz Deutschland, die ganztägig geöffnet sind, und zwar in ausreichender Anzahl, mit kleinen Kindergruppen, mit gut ausgebildeten Erzieherinnen und Erziehern, die endlich anständig verdienen müssen, und das alles selbstverständlich gebührenfrei einschließlich eines vollwertigen, gesunden Mittagessens. Das müssen wir in Deutschland erreichen.

Abgesehen davon möchte ich, dass alle Schülerinnen und Schüler ein vollwertiges, gesundes Mittagessen gebührenfrei bekommen. Ich möchte Schülerinnen und Schüler nicht in der Suppenküche sehen.

Kommen Sie mir nicht mit dem Argument, dass das zu viel Geld kostet. Für jede Bank haben Sie

Milliarden parat. Investieren Sie das Geld endlich in die Bildung! Das wäre wirklich wichtig.

Des Weiteren haben wir ein Problem bei der Nachfrage. Die Reallohne sind gesunken. Das Rentenniveau ist gesunken. Die prekäre Beschäftigung hat enorm zugenommen. Deutschland hat in Europa den größten Niedriglohnsektor. Er ist größer als der in Griechenland. Nun beschwert sich die belgische Regierung bei der Europäischen Union über Deutschland wegen Lohndumping, weil zum Beispiel die Arbeit auf Schlachthöfen in Deutschland so schlecht bezahlt wird, dass die belgischen Unternehmen niederkonkurriert werden.

Herr Gabriel, es tut mir leid, aber Sie haben gesagt, dass kein Geld für Investitionen da ist, darauf kann ich nur erwidern: Die Schuldenbremse war eben Unsinn. Die erste war okay. Aber die neue Schuldenbremse, die Sie erfunden und im Grundgesetz verankert haben, geht völlig daneben und ist völlig überflüssig.

Ich sage Ihnen aber auch ganz klar: Wer Investitionen und soziale Gerechtigkeit will, muss Steuergerechtigkeit herstellen. Wer behauptet, dass er in der Lage sei, soziale Gerechtigkeit herzustellen und Investitionen zu ermöglichen, ohne Steuergerechtigkeit herzustellen, der sagt nicht die Wahrheit; das wissen Sie ganz genau. Das geht nicht. Aber hier haben Sie null Mut.

Was passiert, wenn wir wirklich den von Ihnen, Herr Gabriel, vorgeschlagenen Weg gehen und die Investitionen privatisieren, wenn also die Unternehmen das Ganze übernehmen? Wollen Sie wirklich die öffentliche Daseinsvorsorge noch stärker privatisieren? Die Politik verliert dann die Zuständigkeit für Energie- und Wasserpreise. Wir haben dann auch nichts mehr mit den Preisen für Mobilität zu tun. Wir sind dann nicht mehr für Wohnungen, Krankenhäuser und Bildung zuständig. Wollen Sie das alles ernsthaft privatisieren? Das kann doch nicht Ihr Ernst sein, wirklich nicht. Außerdem: Wenn öffentliche Investitionen privat-finanziert werden, wollen die Privaten auch eine Rendite haben. Die wollen etwas daran verdienen. Die Gebühren müssen dann alle Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, alle Bürgerinnen und Bürger bezahlen. Auch das ist unerträglich.

Die Europäische Zentralbank hat nun den Leitzins auf den niedrigsten Stand in der Geschichte gesetzt: auf 0,05 Prozent. Die Sparerinnen und Sparer in Deutschland, auch die kleinen und mittleren, bekommen so gut wie gar keine Zinsen. Da wir eine Inflationsrate haben, das heißt alle Dienstleistungen und Waren teurer werden, man aber keine Zinsen be-

kommt, verlieren die Sparguthaben Jahr für Jahr an Wert. Das heißt, die Sparerinnen und Sparer bezahlen die ganze Krise. Dasselbe passiert mit den Lebensversicherungen, weil auch die an Wert verlieren.

Was mich auch stört, ist, dass die EZB wieder die Schrottpapiere von den Banken aufkauft. Das ist doch der Gipfel der Frechheit. Die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler haften wie immer für alle Banken. Ich möchte, dass endlich Banken für Banken haften.

Die ganze falsche Bankenrettung in der Euro-Krise war ein Aufbauprogramm für die AfD. Wenn wir das beenden wollen, müssen Sie auch diesbezüglich die Politik ändern.

Liebe Frau Bundeskanzlerin, wir hatten einen kleinen Disput hier beim letzten Haushalt, und zwar über die Mütterrente. Das Problem muss ich auflösen. Sie haben gesagt, dass wir schon jetzt einen hohen staatlichen Zuschuss an die gesetzliche Rentenversicherung zahlen und der 2018 sogar erhöht werden soll. Das mag sein, aber das ändert an folgendem Umstand nichts: Jetzt gibt es eine Erhöhung der Mütterrente. Diese Erhöhung kostet Geld, und jetzt erhöhen wir nicht den staatlichen Zuschuss. Also muss diese Erhöhung, weil wir den staatlichen Zuschuss nicht erhöhen, allein von den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern bezahlt werden. Das heißt, die Lidl-Kassiererin und jedes Unternehmen bezahlen das, aber Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Kauder und Herr Gysi nicht. Das ist und bleibt grob ungerecht.

Sie hätten ja einen anderen Weg gehen können. Sie hätten ja sagen können: Die Erhöhung der Mütterrente kostet soundso viel Geld, und in diesem Umfang erhöhen wir den Zuschuss. – Dann hätten wir es aus Steuermitteln finanziert. Da Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Kauder und Herr Gysi mehr Steuern als die Lidl-Kassiererin zahlen, wäre das gerecht gewesen. So bezahlt sie es allein. Ich kann es ihr nicht erklären, und Sie können es ihr auch nicht erklären. Das ist die Wahrheit.

Nun muss ich noch ein Thema ansprechen: das Thema „Überwachung der Linken“. Unser Spitzenkandidat in Thüringen, Bodo Ramelow, hat ja einen großen Erfolg vor dem Bundesverfassungsgericht erreicht; schon deshalb hat er sich vieles verdient. Aber einmal abgesehen davon: Bundesinnenminister de Maizière hat daraufhin entschieden, dass die Beobachtung aller Mitglieder unserer Fraktion durch das Bundesamt für

Verfassungsschutz eingestellt wird.

Das begrüße ich. Die Gerichte haben entschieden, dass alle Unterlagen über uns zu vernichten sind. Auch das begrüße ich. Erst die überflüssige Arbeit, das alles herzustellen, und nun haben sie die Arbeit, das alles zu vernichten. Aber das sei ihnen auch gegönnt. Wir haben damit der Bundesrepublik Deutschland zu mehr Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verholfen.

Nun habe ich 16 Bundesländer angeschrieben – meine Herren und Damen von der CSU, hören Sie gut zu – und gefragt, ob sie weiterhin die Bundestagsabgeordneten der Linken beobachten. 15 Bundesländer haben „Wir haben das noch nie gemacht“ oder „Wir haben das schon längst oder jetzt eingestellt“ geantwortet. Nur ein Land, Bayern, hat geantwortet, dass es bei der Beobachtung bleiben soll. Also, wir sehen uns vor Gericht wieder. Wir werden auch Bayern zu Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verhelfen.

Lassen Sie mich noch etwas sagen, was mir wichtig ist: Sie alle behaupten doch, Parteien der Mitte zu sein. Aber dass die mittleren Einkommen in unserer Gesellschaft aufgrund des Steuerbauchs alles bezahlen, das nehmen Sie nicht zur Kenntnis. Es gibt nur eine Partei, die Linke, die will, dass der Steuerbauch beseitigt wird. Wir vertreten hier die Mitte, nicht Sie. Das ist die Wahrheit. Wir vertreten die unteren Einkommen, aber auch die mittleren.

Zum Schluss sage ich Ihnen eins: Ich will nicht rechthaberisch sein. Wer hatte bei Afghanistan recht? Wir oder die anderen Fraktionen? Inzwischen wissen Sie alle, dass wir recht hatten. Dieser Krieg war falsch. Wer hatte bei der Praxisgebühr recht? Sie, die das für eine geniale Erfindung hielten, oder wir? Inzwischen ist sie ja abgeschafft.

Wer hatte bei der Beobachtung durch das Bundesamt für Verfassungsschutz recht? Sie oder wir? Wir hatten recht, wie das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat. Und wer hatte beim Mindestlohn recht? Sie haben mich alle beschimpft. Inzwischen haben Sie ihn eingeführt. Ich sage Ihnen: Sie werden noch einsehen, dass auch die Rente ab 67 ein Grundfehler ist.

Deshalb merken Sie sich doch bitte, liebe Union, liebe SPD, liebe Grüne, dass Sie sich viel häufiger und schneller, auch in Ihrem Interesse, nach den Linken richten sollten.

(Beifall bei der LINKEN)

### Die ganze falsche Bankenrettung in der Euro-Krise war ein Aufbauprogramm für die AfD.

**Wer soziale Gerechtigkeit will, muss Steuergerechtigkeit herstellen.**



Dr. Angela Merkel, CDU/CSU, Bundeskanzlerin:

## Solides Haushalten ist kein Selbstzweck



Angela Merkel (\*1954)  
Bundeskanzlerin

Wir beraten heute in erster Lesung einen ganz besonderen Haushalt. Mit dem Haushalt 2015 wollen wir zum ersten Mal seit 1969 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Das, was wir seit Jahren angestrebt haben, ist nun Realität. Der Bundesregierung ist es gelungen, einen generationengerechten Haushaltsentwurf vorzulegen, der sozial ist, der in die Zukunft des Landes investiert und der damit wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung fördert. Wir können stolz sein, dass wir gemeinsam dieses Ziel erreicht haben.

Auch für die kommenden Jahre, sieht der Finanzplan keine neuen Schulden des Bundes mehr vor. Das Wirtschaften auf Pump soll endlich ein Ende haben, und das ist – darin liegt der tiefere Sinn dieses Haushalts – der beste Beitrag zur Generationengerechtigkeit, den wir für die Jungen, für die Kinder und Enkel, leisten können. Das schaffen wir heute angesichts einer sich anbahnenden großen demografischen Veränderung. Deshalb ist das richtig.

Damit wir unsere Ziele erreichen, wird strikte Ausgabendisziplin erforderlich sein. Das, was für Deutschland gilt, gilt unverändert auch für Europa. Wir wissen, dass die Situation hier nach wie vor fragil ist. Wir haben wichtige Erfolge mit der Reformpolitik in Europa erzielt. Wir sehen an einer Reihe von Ländern wie zum Beispiel Spanien, dass Reformen Wirkung zeigen, dass sie die Dynamik stärken, aber wir sollten sehr ernst nehmen, dass die Kommission mit Recht jetzt darauf hingewiesen hat, dass das Ablassen vom Reformkurs das größte Risiko für die weitere Erholung ist. Deshalb ist es richtig, dass die Kommission im Rahmen des sogenannten Europäischen Semesters den Druck mit Blick auf solide Haushalte und auf Reformen aufrechterhält.

Wolfgang Schäuble hat es gestern gesagt; ich möchte es wiederholen: Das Einhalten der von uns eingegangenen Verpflichtungen in Europa, besonders in der Euro-Zone, muss anders als in der Vergangenheit endlich zum Markenzeichen der Euro-Zone werden. Das schafft Vertrauen, und das wird uns dann von den Betroffenen auch zurückgezahlt werden, meine Damen und Herren.

Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, dass die Arbeitslosigkeit weiterhin sehr hoch ist, gerade die Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen. Deshalb bleibt die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit eine zentrale Aufgabe.

Solides Haushalten ist kein Selbstzweck, sondern es ist die Voraussetzung für politische Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft.

Erstens für eine aktive Begleitung des digitalen Wandels. Der digitale Wandel ist zentrale Gestaltungsaufgabe für die Wirtschaft, die Wissenschaft, aber eben auch – das ist unser Part – für die Politik. Wie sich Deutschland und wie sich die Europäische Union in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts hier weltweit positionieren, das wird über unsere Wettbewerbsfähigkeit und damit auch über unseren zukünftigen Wohlstand entscheiden. Das Bundeswirtschaftsministerium, das Innenministerium und das Ministerium für digitale Infrastruktur haben eine digitale Agenda erarbeitet, um die technische Revolution, die sich durch die Digitalisierung in nahezu allen Lebensbereichen ergibt, aktiv zu begleiten und politisch mitzugestalten. Wir setzen dabei als Bundesregierung drei Schwerpunkte: Impulse für weiteres Wachstum und Beschäftigung – die Informations- und Technologiebranche ist entscheidender Innovations- und Wachstumsmotor –, Zugang und Teilhabe durch leistungsstarke Netze – unser Land braucht flächendeckende Breitbandinfrastruktur – und Vertrauen und Sicherheit im Internet; das reicht von der Datensicherheit für Privatpersonen und Unternehmen bis zum Schutz unserer kritischen Infrastruktur.

Wir müssen verstehen, dass die Digitalisierung nicht nur schnelles Internet, IT-Sicherheit oder Innovationen auf dem Feld der Telekommunikation bedeutet, sondern dass es sich dabei um eine industrielle Revolution handelt,

diesmal nicht so, wie wir sie aus der Geschichte kennen, mit rauchenden Schloten von Fabriken oder Maschinenlärm, sondern in einer völlig anderen Art und Weise, aber mit ebenso faszinierenden Veränderungen.

Das Schlagwort ist „Industrie 4.0“. Was heißt das? Es wird mehr und mehr Produktionsabläufe geben, die sich selbst organisieren können, wo die Maschinen miteinander kommunizieren. Das hat natürlich wesentliche Auswirkungen auf die Arbeitswelt. Es werden durch kleine Softwareanwendungen ganze Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten auf den Kopf gestellt, und Dienstleistungen und Produktionsprozesse werden sich immer weiter annähern und ineinandergreifen. Der Computer als Gerät, wie er uns heute bekannt ist, wird immer mehr in den Alltagsgegenständen verschwinden und aufgehen. Das ist das Internet der Dinge, von dem so viel die Rede ist. Wir sind also in einer Entwicklung, in der Internetunternehmer, App-Entwickler und alle übrigen Unternehmer auf dem Feld der digitalen Dienstleistungen zu einem neuen Mittelstand werden, und der Mittelstand war ja immer das Rückgrat Deutschlands. Deshalb geht es darum, dass wir diesen Teil des Mittelstandes dabei begleiten, damit er gute Entwicklungschancen hat.

Eine gleichmäßige Entwicklung von Stadt und Land wird in Zukunft nur möglich sein, wenn beide gleichermaßen Zugang zum schnellen Internet haben. Es geht hier nicht nur um Teilhabe an den wirtschaftlichen Möglichkeiten; es geht um Teilhabe an Bildung und vielen anderen Dingen, um gleichwertige Lebensbedingungen im weiteren Sinn.

Wir wollen die Dinge voranbringen. Deshalb hat Bundesminister Dörmann eine „Netzallianz Digitales Deutschland“ gegründet, in der die einzelnen Schritte festgelegt werden. Neben dem Aufbau der Infrastruktur geht es in Zukunft auch und ganz besonders, Sicherheit auf der einen Seite und Zukunftsfähigkeit auf der anderen Seite gleichermaßen zu vereinen – um das Management von riesigen Datenmengen; denn Big Data wird der Ausgangspunkt von neuen Wertschöpfungsketten sein. Wer daran nicht teilnimmt, weil er schon Furcht hat, bevor das Wort gefallen ist, wird nicht zu diesen Wertschöpfungsketten vorstoßen. Der Innenminister Thomas de

Maizière hat zu Recht davon gesprochen, dass wir eine Debatte um einen neuen digitalen Ordnungsrahmen führen müssen.

Natürlich kann das alles nicht allein national geregelt werden. Deshalb brauchen wir einen einheitlichen Datenschutz in Europa. Hierfür steht die Datenschutz-Grundverordnung. Ihre Verabschiedung ist von überragender Bedeutung. Wir müssen allerdings aufpassen, dass wir unseren eigenen Datenschutz dabei nicht schwächen. Deshalb sind die Verhandlungen nicht ganz einfach. Aber: Wenn wir die wirtschaftlichen und rechtlichen Rahmenbedingungen inklusive des Datenschutzes in Europa nicht vereinheitlichen, wird der Binnenmarkt in diesem Bereich nicht zur Entfaltung kommen. Die Weiterentwicklung der Digitalen Agenda muss nicht nur in Deutschland erfolgen, sondern auch im europäischen Maßstab. Unser Ziel muss sein – gerade auch in der Arbeit der neuen Kommission –, dass wir mit amerikanischen Digitaldienstleistern genauso wie mit chinesischen Netzwerkfirmen auf Augenhöhe agieren können.

Ein Ende des staatlichen Schuldenmachens ist – ich sagte es schon – kein Selbstzweck, sondern eben Voraussetzung für politische Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft.

Das gilt – zweitens – für die Möglichkeit, die Spitzenstellung unserer Forschungs- und Wissenschaftslandschaft zu erhalten. Sie ist Ergebnis und Erfolg unseres konsequenten Bekenntnisses zu Bildung und Forschung in den letzten Jahren. Seit 2005 sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung des Bundes um knapp 60 Prozent auf rund 14,4 Milliarden Euro gestiegen. Es ist noch nie so viel Geld für Forschung und Bildung in der Bundesrepublik Deutschland seitens des Bundes ausgegeben worden.

Wir geben nahezu 3 Prozent unseres Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung aus. In dieser Legislaturperiode allein wird die Bundesregierung noch einmal 9 Milliarden Euro zusätzlich für Bildung und Forschung zur Verfügung stellen, 3 Milliarden Euro davon für Forschung.

Beim Thema Bildung will ich noch einmal auf die 625.000 zusätzlichen Studienplätze hinweisen, mitgefördert durch den Bund im Rahmen des Hochschulpaktes gemeinsam mit den Ländern. Allein 2015 stehen dafür 2 Milliarden Euro zur Verfügung. Und wir haben einen historischen Schritt gemacht, gemeinsam mit den Ländern, indem wir jetzt die Über-

nahme der Kosten des BAföG für Schüler und Studierende durch den Bund zu 100 Prozent vereinbart haben, wodurch wir weitere gesamtstaatliche Verantwortung für die Bildung übernehmen.

Solides Haushalten ist – drittens – Voraussetzung für die Erneuerung unserer Infrastruktur. Wir sind uns alle einig: Eine gute Infrastruktur ist von herausragender Bedeutung für die Zukunft unseres Landes. Das gilt natürlich für unser Netz an Straßen, Brücken, Schienen und Wasserwegen. Bei allem Bedarf, den ich sehe, den alle sehen, muss man sagen, dass Deutschland immer noch eines der besten Verkehrsnetze weltweit hat und dass das weiter ein starkes wirtschaftliches Pfund unseres Landes ist.

Hinzu kommt, dass wir im Koalitionsvertrag für die laufende Legislaturperiode 5 Milliarden Euro mehr für den Erhalt und die Modernisierung unserer Verkehrswege vereinbart haben, in diesem Jahr allein 1,1 Milliarden Euro. Zusätzliche Mittel brauchen wir. Sie sollen einmal aus der Weiterentwicklung der Lkw-Maut gewonnen werden. Auch die Einführung einer Pkw-Maut gehört dazu, und das Konzept des Verkehrsministers Dörmann wird derzeit mit den Ressorts und der Kommission diskutiert und abgestimmt.

Ein Ende des staatlichen Schuldenmachens ist – viertens – Voraussetzung für die Bewältigung des demografischen Wandels und den Erhalt der sozialen Sicherheit, den die Menschen von uns im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft erwarten. Das gilt für das Rentensystem, das Gesundheitssystem, aber auch und gerade für

den Bereich der Pflege. Wir wissen, wir werden in Zukunft mehr ältere Menschen und damit auch mehr Pflegebedürftige haben.

Wir haben die erste Lesung des Pflegestärkungsgesetzes gehabt. Hier geht es um die Weiterentwicklung der Pflege ab 1. Januar. Der Grundsatz heißt: Eine menschenwürdige Pflege muss für alle Menschen, die sie benötigen, auch in Zukunft bezahlbar bleiben. Das muss für Betreute in Pflegeheimen genauso gelten wie für Betreute in Familien.

Deshalb haben wir uns entschlossen – ich glaube, das war richtig –, den Beitragssatz leicht anzuheben. Dadurch werden die Geldleistungen erhöht, und sie können künftig auch flexibler in Anspruch genommen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eine menschliche Gesell-

**Damit wir unsere Ziele erreichen, wird strikte Ausgabendisziplin erforderlich sein.**



schaft misst sich auch an ihrem Umgang mit den Schwächsten, mit denen, die unsere Hilfe und Unterstützung brauchen. Das betrifft Menschen, die vor existenzieller Not fliehen. Viele von ihnen suchen Schutz in Europa, nicht wenige auch in Deutschland. Deshalb ist es ganz wichtig, dass wir behutsam und sehr verantwortungsvoll mit dieser Situation umgehen.

In diesem Jahr ist die Zahl der Flüchtlinge und Vertriebenen weltweit so hoch wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Das ist eine riesige Herausforderung. Wir Deutschen wissen aus unserer Geschichte, wie viel Leid mit Flucht und Vertreibung verbunden ist, und deshalb nehmen wir unsere Verantwortung wahr. Innerhalb der Europäischen Union nimmt Deutschland mit großem Abstand die meisten Asylbewerber auf. Das waren im Jahr 2013 127.000, und in diesem Jahr werden es voraussichtlich etwa 200.000 sein. Damit leistet Deutschland einen wichtigen Beitrag, auch hinsichtlich der Aufnahme von Flüchtlingen aus Krisenregionen.

Die steigende Zahl der Asylbewerber in Deutschland stellt natürlich Bund, Länder und Gemeinden vor Herausforderungen bei der Bearbeitung von Asylanträgen wie auch bei der Unterbringung und Versorgung.

Wir müssen aber auch, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Bearbeitungsdauer bei den Asylverfahren weiter verkürzen, sowohl im Interesse der Schutzsuchenden als auch im Interesse der betroffenen Kommunen. Der Bundestag hat im Haushalt 2014 – ich will daran noch einmal erinnern – 300 neue Stellen für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bewilligt. Dadurch konnte im ersten Halbjahr die Zahl der Asylentscheidungen immerhin verdoppelt werden.

In diesem Zusammenhang lautet eine wichtige Frage: Wie stufen wir bestimmte Länder ein? Sie wissen, dass die Einstufung von Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten von uns im Bundestag beschlossen wurde. 20 Prozent der bisher in 2014 gestellten Asylanträge wurden von Angehörigen dieser drei Staaten gestellt. 1 Prozent dieser Anträge wird genehmigt. Deshalb sind wir in Gesprächen, wie wir auch im Bundesrat eine Zustimmung für die Einstufung dieser Länder als sichere Herkunftsstaaten bekommen können, weil uns das die Möglichkeit gibt, bei weiterhin rechtsstaatlichen Asylverfahren für alle, denen mehr

zu helfen, die dringend unsere Hilfe brauchen.

Wir brauchen natürlich auch eine europäische Asylpolitik. Auf europäischer Ebene müssen die Lösungen gemeinsam gefunden werden. Dazu gehört, dass sich alle EU-Mitgliedstaaten gegenseitig unterstützen, aber sich nicht gegenseitig die Verantwortung zuschieben. Das ist ein Unterschied.

Wenn wir in diesen Tagen und gerade in dieser Woche über unsere nationalen Herausforderungen beraten, so tun wir dies in einem stark veränderten internationalen Umfeld. Als wir im vergangenen Jahr die Schwerpunkte der Arbeit unserer Großen Koalition verabredet haben, haben wir überlegt, wie wir das Gedenkjahr 2014 gestalten können, das Gedenken an den Beginn des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, an den Beginn des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren und die Feiern zum Mauerfall vor 25 Jahren. Wie selbstverständlich erschien es uns da, dass die Völker in Europa im 21. Jahrhundert selbst entscheiden, welchen Weg sie einschlagen wollen, dass ihre territoriale Integrität geschützt ist und die Verabredungen über unsere europäische Sicherheitsarchitektur eingehalten werden. Wie anders verläuft jetzt das Jahr 2014!

Aus dem Wunsch der Ukraine, ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU zu unterzeichnen, ist ein tiefgreifender Konflikt mit Russland entstanden. Angesichts dieses akuten Konflikts sind wir vor die Frage gestellt: Was haben wir aus der Geschichte gelernt? Was sind unsere Antworten in solchen Konfliktfällen heute? Vier Prinzipien leiten dabei unser

Handeln: Erstens. Der Konflikt ist nicht militärisch zu lösen. Zweitens. Die 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Vereinigten Staaten von Amerika finden gemeinsame Antworten. Drittens. Die Verletzung der

territorialen Integrität eines Landes und seine Destabilisierung nehmen wir nicht hin; deshalb verhängen wir Wirtschaftssanktionen. Viertens. Gleichzeitig arbeiten wir fortwährend für eine diplomatische Lösung des Konflikts. Die Tür zu Verhandlungen ist und bleibt offen.

In diesen Tagen gilt es, den Zwölf-Punkte-Plan der Präsidenten der Ukraine und Russlands umzusetzen. Vor allem geht es um eine dauerhafte Überwachung des Waffenstillstands durch die OSZE, den Abzug russischer Soldaten und der Waffen aus der Region sowie die freie Entscheidung der Menschen in Donezk und Luhansk über ihren zukünftigen Sta-

tus. Das alles gehört zusammen.

Neue Sanktionen wurden durch die Europäische Union beschlossen. Ich will für die Bundesregierung sagen: Angesichts der gegebenen Lage, die sicherlich eine Verbesserung im Zusammenhang mit den militärischen Aktivitäten mit sich bringt – es ist keine hundertprozentige Waffenruhe, aber immerhin eine Verbesserung; eine Unklarheit über die Erfüllung vieler der anderen von mir genannten Punkte besteht dennoch –, treten wir dafür ein, dass jetzt eine Veröffentlichung dieser Sanktionen erfolgt. Ich hoffe, dass hierüber bald entschieden wird. Ich füge hinzu: Wenn die zwölf Punkte wirklich substantiell erfüllt werden, werden wir die Ersten sein, die die neuen Sanktionen wieder aufheben; denn sie sind kein Selbstzweck, sondern werden immer nur verhängt, wenn sie unvermeidlich sind.

Unser Ziel ist vollkommen klar: Wir unterstützen eine Ukraine, die in Frieden und eigener Selbstbestimmung über ihr eigenes Schicksal entscheiden kann, im Übrigen in guter Nachbarschaft mit Russland. Für uns sind gute Beziehungen zwischen der Europäischen Union und der Ukraine sowie zwischen Russland und der Ukraine keine Frage eines Entweder-oder, sondern ein Sowohl-als-auch. Dafür arbeiten wir. Ich weiß sehr wohl, dass der Weg zur Überwindung dieser Krise lang und steinig ist. Wir werden auch Rückschläge erleben. Wir brauchen einen langen Atem. Aber ich bin zutiefst überzeugt: So hart die gegenwärtige Situation auch ist, am Ende wird sich die Stärke des Rechts durchsetzen. Das sollte uns ermutigen.

Natürlich war die Lage in der Ukraine auch Thema auf dem NATO-Gipfel in Wales in der letzten Woche. Im Sinne unserer Bündnisverpflichtungen gemäß Artikel 5 des NATO-Vertrages wurde dort einmütig der sogenannte Readiness Action Plan beschlossen. Ziel ist eine deutliche Erhöhung der Reaktions- und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses als sichtbarer Ausdruck unserer Solidarität gerade mit unseren baltischen und osteuropäischen Bündnispartnern.

Deutschland leistet dazu einen Beitrag. Wir erhöhen unseren Bereitschaftsgrad und die Fähigkeiten, indem wir das Multinationale Korps Nordost in Stettin stärken – ein gemeinsamer deutsch-dänisch-polnischer Vorschlag. Aber es war uns wichtig, dass sich diese Beschlüsse des Gipfels im Rahmen unserer euro-atlantischen Sicherheitsarchitektur bewegen, also auch der NATO-Russland-Grundakte. Die Prinzipien der NATO-Russland-Grundakte, die Sicherheit des euro-atlantischen Raums

auf Basis demokratischer Prinzipien und kooperativer Sicherheit, sind nach wie vor grundlegend. Wir hoffen, dass sie eines Tages alle wieder eingehalten werden.

Zeitgleich mit dem Ukraine-Konflikt in Europa mussten wir uns in Wales mit den dramatischen Konflikten in Syrien und im Irak auseinandersetzen. Der Bürgerkrieg in Syrien hat bislang das Leben gekostet und Millionen Menschen zu Flüchtlingen gemacht, die Länder wie Jordanien und Libanon zu destabilisieren drohen, sondern hat auch eine Terrororganisation entstehen lassen, die eine ernsthafte Sicherheitsbedrohung für die gesamte Region und darüber hinaus darstellt: die Terrormiliz IS.

Der Kampf gegen IS erfordert ein entschlossenes und ein geschlossenes Vorgehen aller, die sich gegen die Unterdrückung Andersdenkender und gegen die barbarische Vernichtung von Minderheiten auflehnen. Es besteht kein Zweifel: Christen, Jesiden, Turkmenen und andere Minderheiten im Irak stehen vor einer existenziellen Bedrohung. Deshalb ist es richtig, wenn sich ein Bündnis möglichst vieler Staaten dem IS entgegenstellt.

Wir haben in der vergangenen Woche über die Beiträge Deutschlands debattiert. Die Bundesregierung hat sich entschieden, umfassende Hilfe zu leisten.

Wir wollen in erster Linie helfen, die Not der Menschen zu lindern, die zu Tausenden vor dem Terror geflohen sind. Wir haben dafür bisher rund 50 Millionen Euro bereitgestellt. 180 Tonnen Hilfsgüter wurden bereits für die Versorgung von Flüchtlingen in den Nordirak geliefert. Wir werden dies fortsetzen und dabei helfen, dass die Notleidenden auch den nahenden Winter vernünftig überstehen können.

Wir haben außerdem entschieden, die Sicherheitskräfte der kurdischen Regionalregierung mit Rüstungsgütern zu unterstützen. Eine erste Lieferung mit Schutzwesten, Helmen, Funkgeräten und Minenräumungsausrüstung nach Arbil ist erfolgt, und noch im Laufe des Monats sollen weitere Rüstungsgüter geliefert werden.

Auch die Bekämpfung des IS wird nicht von heute auf morgen gelingen; sie wird einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen. Aber auch dieser Kampf wird am Ende erfolgreich sein, weil er in neuen Bündnissen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Europäischen Union und vieler Partner im arabischen Raum erfolgt. Wir

alle, Menschen jedweden Glaubens, bieten den Extremisten und Islamisten gemeinsam die Stirn.

Dabei möchte ich noch einmal betonen: Die Terrorgefahr militärisch abzuwehren, ist absolut erforderlich. Aber auch hier gilt: Dauerhafte Stabilität kann nur mit einer politischen Lösung gelingen. Dazu ist die Vereidigung der neuen inklusiven Regierung im Irak am Montag ein erster wichtiger Schritt in eine richtige Richtung. Nun kommt es darauf an – Deutschland wird dabei nach seinen Kräften Unterstützung leisten –, dass die Regierung endlich wirklich alle Bevölkerungsgruppen einbindet; denn nur so wird es zu einer politischen Lösung kommen und das Land stabilisiert werden.

Meine Damen und Herren, wir erleben in diesen Tagen einmal mehr, dass jede Generation den Auftrag hat, stets aufs Neue für ein freiheitliches und friedliches Zusammenleben der Menschen in Europa und in der Welt einzutreten. Wir erleben einmal mehr, welche großen Herausforderungen auch wir heute dafür zu bewältigen haben.

Vorhin haben wir bewegende Worte des polnischen Präsidenten Bronislaw Komorowski gehört. Es ist gar nicht hoch genug einzuschätzen, dass mit ihm ein polnischer Staatspräsident aus Anlass des vor 75 Jahren mit dem Überfall auf Polen von Deutschland entfesselten Zweiten Weltkriegs hier im Deutschen Bundestag zu uns gesprochen hat. Er hat uns damit eine große Ehre erwiesen. Ich möchte ihm dafür auch ganz persönlich danken.

Bewegend waren seine Worte auch deshalb, weil deutlich geworden ist, dass tiefe, weitreichende Veränderungen zum Guten möglich sind, wenn wir bereit sind, aus der Geschichte zu lernen. Denn das ist doch die epochale Leistung der europäischen Nationen: Versöhnung und darauf aufbauend die europäische Einigung. Trotz Schuldenkrise, trotz anderer ernstzunehmender Probleme dürfen wir nie vergessen, wie wertvoll, wie schätzenswert das europäische Modell des Friedens, der Versöhnung und der Freiheit ist.

Die Europäische Union ist zuallererst eine Wertegemeinschaft. Wir haben uns Regeln des Miteinanders gegeben, und wir gehen fair miteinander um – in Frieden und Freiheit und zum Nutzen jedes einzelnen Bürgers. Sie zu schützen und zu stärken ist, so glaube ich, jede Anstrengung wert.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei der SPD)

**Die  
Terrorgefahr  
militärisch  
abzuwehren,  
ist absolut  
erforderlich.**

**Der Kampf gegen  
IS erfordert ein  
entschlossenes  
und ein  
geschlossenes  
Vorgehen.**



Katrin Göring-Eckardt, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Deutschland lebt von der Substanz



Katrin Göring-Eckardt (\*1966)  
Landesliste Thüringen

Noch vor zwei Jahren haben wir mit den Ukrainern die Fußballeropa-meisterschaft bejubelt; heute herrscht dort Krieg. Vor knapp sieben Monaten haben Menschen auf dem Maidan ihren Protest gegen ein autokratisches Regime begonnen. Sie haben es mit dem Leben bezahlt. 3.000 Menschen sind gestorben. Über 1 Million Menschen sind inzwischen auf der Flucht. Putin hat die Krim besetzt und die Ostukraine, und er stellt damit Europas Werte knallhart auf die Probe.

Deshalb ist es gut, dass die EU stärkere Sanktionen beschlossen hat. Wir wollen, dass sie jetzt auch greifen. Der Waffenstillstand ist brüchig. Herr Putin sollte wissen: Die Sanktionen werden nur aufgehoben, wenn er etwas tut, und nicht, wenn er etwas ankündigt. Dafür sind die Sanktionen da, und dafür sind sie gut.

Es ist richtig, dass die NATO am Freitag klargemacht hat: Wir werden Putins neuen Imperialismus nicht einfach hinnehmen. Sanktionspolitik und militärische Anstrengungen wirken aber nur dann, wenn sie nicht anderweitig untergraben werden. Dass der Verkauf des Gefechtszentrums von Rheinmetall an Russland widerrufen wurde, ist richtig und zeigt, dass diese Geschäfte umkehrbar sind.

Das muss auch für alle anderen Rüstungsexporte nach Russland gelten.

Energiepolitik ist Sicherheitspolitik. Umso unverständlicher ist es für mich, dass derselbe Wirtschaftsminister, der sich so stark zu den Rüstungsexporten äußert, auf der anderen Seite keinerlei Bedenken hat, wenn Wingas seine Gasspeicher an Gazprom verteilt. Unser Ziel in der Energiefrage muss doch mehr Unabhängigkeit sein und nicht mehr Abhängigkeit von Russland; darum geht es.

Wer in diesem Zusammenhang wieder die Leier abspielt, es sei nötig, die Verteidigungsausgaben zu erhöhen, der sei darauf hingewiesen: Unser Beitrag zur NATO beträgt 35 Milliarden Euro; damit liegen wir an zweiter Stelle. Hier fehlt es nicht an Geld. Hier könnte definitiv zurückgeschraubt werden bei der Kalter-Krieg-Rhetorik und der Symbolik des Generalsekretärs – das ganz bestimmt. Die unbequeme Wahrheit ist: Die aktuell laufenden Rüstungsprojekte in Deutschland sind seit Vertragsabschluss um 4,3 Milliarden Euro teurer geworden, und sie haben alles in allem 1.400 Monate Verspätung.

In den letzten Wochen und Monaten wurde viel darüber geredet, Deutschland solle mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. In der vergangenen Woche haben wir hier im Parlament über die Lieferung von Waffen diskutiert. Ich bin sehr froh, dass wir diese Debatte angeregt haben; denn eine Lieferung von Waffen ist nun wirklich kein Verwaltungshandeln.

Jetzt ist Deutschland Teil einer Koalition gegen ISIS. Frau Bundeskanzlerin, ich frage Sie – auch nach Ihrer Rede jetzt –: Was genau soll eigentlich die deutsche Rolle sein? Wie sollen die regionalen Akteure beteiligt werden? Nein, mit Waffenlieferungen und mit humanitärer Hilfe haben wir noch längst nicht alles getan. Sich für eine politische Lösung einzusetzen, heißt mehr. Das heißt, über Konzepte zu reden, und zwar auch in der Öffentlichkeit, und auch, mit den europäischen und den NATO-Partnern über friedliche, politische Lösungen zu debattieren. Wir befinden uns nämlich in einer neuen Phase, und die wird schwer und anstrengend werden. Ich verlange von Ihnen, dass Sie hier, in aller Öffentlichkeit, darüber sprechen, wie Sie sich vorstellen, wie dieser Konflikt befriedet werden kann.

Es mag kleinteilig klingen; aber ich sage Ihnen trotzdem: Es ärgert mich, dass Waffen im Wert von 70 Millionen Euro geliefert wurden, während für humanitäre Hilfe nur 50 Millionen Euro ausgegeben wurden. Das ist ein Ungleichgewicht, das uns nicht ansteht. Wir akzeptieren das nicht, meine Damen und Herren.

Meine Damen und Herren, vor genau 25 Jahren wurde das Neue Forum gegründet. Menschen ganz unterschiedlicher Herkunft und

Biografie und mit ganz unterschiedlichen politischen Vorstellungen wurden durch die Überzeugung verbunden, dass die Diktatur überwunden werden muss. Die Bürgerinnen und Bürger in der DDR haben sich ihre Freiheit mit friedlichen Mitteln erobert, und nicht nur die in der DDR. Ich bin sehr froh, dass wir heute gesehen haben, dass es nicht nur in Deutschland eine friedliche Revolution gab, sondern dass es eine osteuropäische Friedensbewegung war. Das war eine gewaltige Leistung. Ich glaube, wir verstehen erst heute, dass die Friedfertigkeit dieser Revolution keine Selbstverständlichkeit war. Sie war vielmehr eine Anstrengung und ein großes Geschenk.

Frau Bundeskanzlerin, Sie und ich, wir beide haben diesen Umbruch erlebt, wenn auch sicherlich ganz unterschiedlich; aber wir haben dabei erlebt: Demokratie lebt von der Debatte und entsteht im Wettstreit von Meinungen. Es ist nichts Schlechtes dabei, um Positionen zu ringen. Es ist auch nichts Schlechtes dabei, sich zu korrigieren.

Das ist das Wesen von Demokratie. Es geht um den friedlichen Wettstreit der Meinungen. Über den Kontrast und die Alternativen, über die wir reden müssen, werden die Bürgerinnen und Bürger in Wahlen entscheiden. Es ist eben nichts alternativlos, und es ist bitter, anzusehen, wie Sie es zulassen, dass jene Kräfte stärker und stärker werden, die sich von rechts als Alternative für Deutschland darstellen. Wir brauchen diese Auseinandersetzung, und dazu gehört es, dass man sagt, was man will, und dass man klarmacht, was man nicht will. Diese Alternative wollen wir jedenfalls nicht.

Sie haben hier eine überwältigende Mehrheit, und noch stehen wir wirtschaftlich gut da. Warum nutzen Sie diese Chance nicht – wir leben in einem Land, das vor gewaltigen Integrationsanstrengungen steht; Sie haben darüber gesprochen – für eine Debatte über die Zukunft unseres Landes in Europa und in einer Welt der Krisen? Meine Damen und Herren, uns geht es heute gut. Jetzt wäre der Moment, an den Fundamenten für die Zukunft zu bauen. Doch die Bundesregierung deckt auf der einen Seite den Mantel des internationalen Krisenmanagements über die innenpolitischen Notwendigkeiten, und auf der anderen Seite gibt es Trippelschritte.

Die Geschenke sind verteilt, die Luft ist raus. Es gibt Streit um die Maut, in der Wirtschaftspolitik verfallen Sie nur noch ins Kleinklein, und es erfolgt Dienst nach Vorschrift. Sie nähern sich schon fast – jedenfalls fällt mir das auf – dem Niveau der schwarz-gelben Bundesregierung.

Deutschland lebt von der Substanz; das sieht jeder. Es bröckelt dahin: kaputte Schulen, Universitäten, in denen es von der Decke tropft, Schwimmhallen und Bibliotheken, die schließen, Sportplätze, auf denen das Gras auf der Tartanbahn wächst, Straßen, auf denen jede Achse bricht, und Brücken, deren Pfeiler bröseln. Was macht der Finanzminister? Der Finanzminister schuldet um. Herr Schäuble, Sie holen sich das Geld heute nicht mehr von den Banken, Sie holen es sich von den Krankenkassen und der Rentenversicherung.

Sie holen es sich auf Kosten der Zukunft und der Investitionen, die Sie nicht tätigen. Diese Politik ist falsch und zukunftsvergessen.

Frau Bundeskanzlerin, das hat auch nichts mit Generationengerechtigkeit zu tun. Das ist das Gegenteil davon. Welches Land und welchen Planeten überlassen wir eigentlich den kommenden Generationen? Dass Sie keine Schulden mehr bei den Banken machen, ist doch nicht entscheidend. Dass die Sozialsysteme funktionieren, dass die Infrastruktur in Ordnung ist, dass wir in Bildung investieren, das gehört dazu, und das verlange ich von Ihnen als einer verantwortungsvollen Regierung.

Sie haben 111 Milliarden Euro Mehreinnahmen. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie nicht sparen. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie nicht investieren. Das sind 111 Milliarden Euro, die Sie verbrennen. Ihre ganze Bilanz basiert auf einer Wette auf eine gute Konjunktur. Bleibt sie gut, dann verschulden Sie sich nur bei den Sozialkassen; wird sie aber schlecht, dann werden Sie wieder Geld bei den Banken aufnehmen.

Ja, Deutschland braucht Ideen, Innovationen und Investitionen. Sie haben heute lange über die Herausforderungen der digitalen Welt gesprochen. Wenn man sich Ihre digitale Agenda anschaut, Frau Merkel, Herr Dobrindt, dann hat man nicht den Eindruck, dass Sie an einer ganz großen Sache für die Zukunft arbeiten. Es erscheint eher wie Copy-and-Paste von ein paar Textbausteinen, die Sie zusammengesucht haben.

Ihre digitale Agenda ist nichts weiter als eine müde und lahme Eintagsfliege. Sie müssen endlich

in den Ausbau des Breitbandnetzes für die mittelständischen Unternehmen im ländlichen Raum, die dies dringend brauchen, investieren und dürfen dies nicht immer weiter nach hinten verschieben. Diese wirtschaftlichen Investitionen werden wirklich gebraucht.

Gleichzeitig bröckeln die Straßen und die Brücken. Aber das Geld für die Reparatur fehlt wahrlich nicht wegen der Maut. Was von der CSU einmal als Watschen für die Österreicher und Tschechen gedacht war, erweist sich jetzt als Komplettwatschen für die Bundesregierung.

Es kann doch nicht ernsthaft sein, dass man nicht repariert, sondern lieber neu baut. Es kann doch nicht ernsthaft sein, dass man sich Direktmandate in Bayern sichert, indem man Bänder zur Eröffnung einer teuren Umgehungsstraße durchschneidet, statt dafür zu sorgen, dass die Infrastruktur erhalten bleibt.

Frau Merkel, auf sieben fette Jahre sind noch immer sieben magerere Jahre gefolgt. Das steht schon im Buch Genesis. Dort heißen die mageren Jahre allerdings nicht einfach „magere Jahre“, sondern „teure Jahre“. Genau so wird es kommen: Es wird teuer für die Kommunen, es wird teuer für die Bürgerinnen und Bürger, und es wird verdammt teuer für die kommende Generation.

Die Politik Ihrer Regierung lässt sich im Moment nur folgendermaßen zusammenfassen: außen Krise, innen Maut.

Ich frage mich: Wann nehmen Sie sich eigentlich die ganz großen Fragen vor? Sie haben heute über Migration geredet; dazu komme ich gleich. Wie ist es mit dem Klimaschutz? Das ist eine der zentralen Fragen, um die es geht. Wir wissen nicht erst seit Nicholas Stern, dass es uns alle teuer zu stehen kommt, wenn wir nicht in den Klimaschutz investieren.

Trotzdem steigt der CO<sub>2</sub>-Ausstoß in Deutschland. Unser Land wird die Klimaziele nicht erreichen. Ehrlich gesagt, das ist mir peinlich, wenn ich im Ausland unterwegs bin. Wir waren in Sachen Klimaschutz einmal ganz vorne; wir waren Vorbild. Dazu passt, dass Sie noch nicht einmal zum Klimagipfel reisen werden.

Wir brauchen endlich ein Klimaschutzgesetz, das diesen Namen auch verdient. Aber im Moment verhindert das die große Kohlekoalition. In Brandenburg kann man das ganz gut sehen:

**Ihre ganze Bilanz basiert auf einer Wette auf eine gute Konjunktur.**



SPD, CDU und Linke sind vereint in der großen Kohlekoalition. Das ist Politik nicht des letzten, sondern des vorletzten Jahrhunderts. Kohle ist dreckig und ineffektiv. Zuletzt baggern Sie den Menschen ihre Heimat weg, ihre Dörfer, und zwar ohne Rücksicht auf Verluste. Ich sage Ihnen ganz klar: Hören Sie mit dieser rückwärtsgewandten Politik auf! Klimaschutz ist das nicht und ernsthafte Politik auch nicht.

Angesichts der aktuellen Entwicklung will ich hier vor allem auf die Situation der Flüchtlinge eingehen. Seit Monaten habe ich keine Nachrichtensendung mehr gesehen, in der nicht die außenpolitischen Krisen an erster Stelle standen.

Die Welt ist im Wandel, und wir sind mittendrin. Wir können die Augen nicht mehr davor verschließen. Es hilft auch nicht, wieder zu betonen, dass wir doch schon viele Flüchtlinge aufnehmen. Wir können mehr aufnehmen, wir sollten mehr aufnehmen, und wir müssen auch mehr aufnehmen.

Die Verfolgung, die Diskriminierung der Menschen auf dem Balkan kann und darf nicht leichter wiegen als die eines Menschen aus einem anderen Land. Wir können uns nicht noch einmal schuldig machen an den Roma dort und an den Sinti und Roma hier. Die Ehrlichkeit gebietet es,

finde ich, das auch auszusprechen. Von jemandem, der keine Schule besuchen kann, der keine Aussicht hat, jemals einen Beruf zu ergreifen, der Anfeindungen und Gewalt begegnet, und zwar wegen seiner Herkunft, weil er zu einer bestimmten Gruppe gehört, kann man nicht sagen, dass er in einem sicheren Land lebt.

Wo Sie doch so gern von Bürokratieabbau reden: Das Asylbewerberleistungsgesetz ist und bleibt diskriminierend. Aber es ist auch eine riesige bürokratische Krake. Sie können in diesem Zusammenhang noch so viele Leute einstellen – Sie könnten viel mehr erreichen, wenn dieser Quatsch endlich abgeschafft würde.

Deswegen sage ich Ihnen klar: Legen Sie ein Verhandlungsangebot vor, aber keines, mit dem wir die einen gegen die anderen ausspielen. Ja, das ist anstrengend. Aber ich biete Ihnen ausdrücklich an, dass wir diese Anstrengung gemeinsam tragen, wenn nicht von den Grundsätzen abgewichen wird, dass das Recht auf Asyl ein Grundrecht ist und es nicht Flüchtlinge verschiedener Kategorien gibt.

Natürlich kann man an einem solchen Tag nicht zum Thema der Bekämpfung des politischen Islamismus schweigen. Zehn Jahre hat die Bundesregierung vor allem auf eines gesetzt: auf Repression. Strafrechtsverschärfung und Über-

wachung sind aber zu wenig. Das wissen wir alle.

Sie sind zweifelsfrei mit Ihrer Art gescheitert. Dabei könnten Sie wissen, wie man Extremismus richtig bekämpft: mit Prävention beziehungsweise Vorbeugung. Aber genau das passiert eben nicht. Was brauchen wir denn? Wir brauchen Aufklärung an Schulen, vor allem Islamunterricht. Wir brauchen auch Beratungsangebote für Familien. Es ist doch irre, dass den Eltern, die das Verhalten ihrer Kinder häufig genug missbilligen, nur eine Hotline beim Verfassungsschutz zur Verfügung steht – also bei der Institution, die bei der Aufklärung der NSU-Mordserie komplett versagt hat. Professionelle Prävention geht anders, meine Damen und Herren.

Es ist auch ein wirksames Aussteigerprogramm notwendig. Von ISIS, seiner einfachen Ideologie und seiner aufwendigen Medienstrategie geht für eine Minderheit junger Menschen eine gefährliche Faszination aus, der man nicht mit Strafandrohungen begegnen kann. Hier muss die Bundesregierung ansetzen. Aber ich sage ganz klar: Dazu gehören auch die Verbände und die Gemeinden. Das

wird nicht ohne die Zivilgesellschaft gehen.

Meine Damen und Herren, die Erwartungen an gutes Leben in unserem Land haben sich geändert. Das gilt besonders dann, wenn es um Gesundheit und um Essen geht. Deswegen brauchen wir dringend eine andere Strategie in unserer Landwirtschaft. Eigentlich sind Sie immer gerne die Heimatpartei. Mit Ihrer Landwirtschaftspolitik zerstören Sie die Heimat allerdings.

Sie haben in den vergangenen Jahren versucht, die deutsche Landwirtschaft komplett auf Industrialisierung und Export zu drillen, statt auf regionale Strukturen und die Betriebe zu setzen, die anständig produzieren.

Deswegen sage ich ganz klar: Es muss Schluss sein mit dieser Art der industriellen Massentierhaltung. Es muss Schluss sein mit dieser Art von Produktion. Der Fleischkonsum ist nicht gestiegen, sondern gesunken. Dass über ein Drittel der Rindertransporte in Deutschland inzwischen beanstandet wird, zeigt, wo wir stehen. Sie haben dafür gesorgt, dass ein Drittel der Fördermittel aus Brüssel an gerade einmal 2 Prozent der Unternehmen geht. Das ist ab-

surd, und es ist falsch, meine Damen und Herren.

Dieser Haushalt ist zum Selbstzweck geworden. Er ist eher eine PR-Aktion. Vielleicht entspricht er irgendwelchen Umfrageergebnissen, die Sie in der vergangenen Wahlperiode für 11 Millionen Euro in Auftrag gegeben haben. Jetzt ist dieser große Vertuschungsballon geplatzt. An dieser Stelle waren Sie mit dem Datenschutz ziemlich klar. Ich bin sehr froh, dass Malte Spitz entsprechende Hartnäckigkeit an den Tag gelegt und gezeigt hat, was Sie alles abfragen. Ehrlich gesagt, ist das schon ziemlich krass. Den Schülern ist es wichtig, wie viele Freunde sie bei Facebook haben. Sie zielen auf ein Ranking der Bundesminister und fragen das bei der Bevölkerung ab. Kriegt man dafür Bonuspunkte, oder hat man in Ihrem Kabinett ein Gesetz frei, wenn man dabei gewonnen hat?

Wer so arbeitet und regiert, dem geht es vor allem um sich selbst. So sieht dann auch der Haushalt aus: Es ist ein Haushalt ohne Gestaltungswillen und ohne Zukunftswillen. Es ist ein Haushalt auf Kredit bei der Zukunft. Ich kann Sie nur auffordern: Ändern Sie das, wenn Sie hier noch einmal von Generationengerechtigkeit sprechen wollen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Thomas Oppermann, SPD:

## Wirtschaftlicher Erfolg muss erarbeitet werden



Thomas Oppermann (\*1954)  
Wahlkreis Göttingen

Der Waffenstillstand, der am vergangenen Freitag für die Südostukraine vereinbart worden ist, ist zwar noch immer brüchig. Wenn es aber gelingen sollte, diese Feuerpause dauerhaft zu stabilisieren, dann wäre das nicht nur eine Chance für eine politische Lösung, sondern es wäre vor allem auch ein Ende des unerträglichen Leids der Zivilbevölkerung.

Dass dieser Waffenstillstand zustande kam, hat auch damit zu tun, dass auf dem NATO-Gipfel in der vergangenen Woche eine entschiedene, aber maßvolle Antwort auf die Situation in der Ukraine gefunden wurde. Alle 28 NATO-Mitglieder haben bekräftigt, dass sie füreinander einstehen. Jedes einzelne NATO-Land kann nur in Sicherheit leben, wenn alle anderen NATO-Länder ebenfalls in Sicherheit leben. Die Europäische Union und die NATO stehen fest zusammen. Das ist, glaube ich, eine gute Botschaft für unsere östlichen NATO-Partnerländer.

Jeder, der heute Morgen die bewegende Rede von Präsident Komorowski gehört hat, kann nachvollziehen, dass die Polen und die Balten in großer Sorge sind. Andere haben jahrzehntelang Verantwortung für uns Deutsche, für unsere Sicherheit übernommen. Dann ist es ganz selbstverständlich, dass wir jetzt ebenfalls Verantwortung für andere überneh-

men. Es war aber auch richtig, maßvoll zu handeln, an der NATO-Russland-Grundakte festzuhalten und keine NATO-Kampftuppen in Osteuropa dauerhaft zu stationieren.

Zwar hat Putin gegen den Geist dieser Vereinbarung verstoßen. Aber in einer Zeit, in der wir auf die Einhaltung des Völkerrechts sowie die Einhaltung bestehender Verträge dringen, ist es nicht klug, selbst bestehende Verträge aufzukündigen. Stattdessen hat die EU weitere Sanktionen beschlossen beziehungsweise vorbereitet, die bei Bedarf in Kraft treten können und die russische Entscheidungselite sowie die russische Wirtschaft empfindlich treffen beziehungsweise, soweit sie noch umgesetzt werden müssen, treffen können. Es ist gut, dass es dabei immer eine offene Tür für Russland gibt. Manche halten diese Maßnahmen für nicht ausreichend und fordern härtere Maßnahmen. Ich warne davor, die Wirkungen der Sanktio-

nen kleinzureden und sich über diplomatische Mittel zur Lösung der Krise verächtlich zu äußern, wie das teilweise geschieht. Diesen Stimmen sollten wir nicht nachgeben; denn dieser Konflikt kann – darüber besteht in der NATO große Einigkeit – nicht mit militärischen Mitteln gelöst werden. Wir sollten uns nicht dazu hinreißen lassen, aufzuhören, miteinander zu reden. Wir sollten nichts tun, was dazu führt, dass nicht mehr miteinander geredet werden kann.

Lieber Herr Gysi, Ihre Rede hatte einen roten Faden und als einzigen Tenor: Die Bundesregierung macht alles falsch, und Herr Gysi hat immer recht. Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, Sie hätten beim Mindestlohn recht gehabt und sich dafür rühmen, dann kann ich Sie nur fragen: Wo waren Sie denn, als wir vor zwei Monaten über den Mindestlohn abgestimmt haben?

Herr Gysi, noch ein Wort zu TTIP. Auch damit haben Sie sich ausführlich beschäftigt. Ich kann Ihnen sagen: Es wird kein Freihandelsabkommen geben, das die Rechte des demokratischen Gesetzgebers, verfassungskonforme Gesetze zu erlassen, in irgendeiner Weise beeinträchtigt. Ich sage Ihnen: Es gibt nur Freihandelsabkommen, bei denen jeder Investor

in Deutschland die verfassungsgemäßen, gesetzlichen Regeln voll zu beachten und zu respektieren hat. Etwas anderes kann es gar nicht geben.

Meine Damen und Herren, die wirtschaftliche Situation in Deutschland ist gut. Wir hatten im Juli einen Ausfuhrrekord: Waren im Wert von über 100 Milliarden Euro wurden exportiert. Die Zahl der Beschäftigten steigt weiter. Wegen guter Lohnabschlüsse mit kräftigen Steigerungen haben wir auch eine starke Binnennachfrage. Aber der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine wird, wenn er nicht beigelegt wird, auch an unserer Wirtschaft nicht spurlos vorübergehen.

Die Entwicklung zeigt: Wirtschaftlicher Erfolg kommt nicht von selbst. Wir müssen aktiv dafür arbeiten, dass die wirtschaftliche Stärke Deutschlands erhalten bleibt.

Ausdruck dieser wirtschaftlichen Stärke ist, dass wir diesen Haushalt verabschieden können – zum ersten Mal seit 46 Jahren einen Haushalt ohne neue Schulden. Das ist eine historische Zäsur.

46 Jahre lang haben wir immer nur neue Schulden aufgetürmt.

Fortsetzung auf nächster Seite



Jetzt schaffen wir einen ausgeglichenen Haushalt. In Spitzenzeiten hatten wir eine Zinsbelastung von 40 Milliarden Euro. Das hat die Handlungsfähigkeit unseres demokratischen Gemeinwesens drastisch eingeschränkt. Nur ein Staat, der finanziellen Spielraum hat, kann investieren, kann gestalten und kann für sozialen Ausgleich sorgen.

Deshalb ist es gut, dass wir jetzt einen ausgeglichenen Haushalt haben. Das ist auch eine gute Botschaft an die jungen Menschen in diesem Land: Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen.

Aber der Haushalt enthält auch andere Botschaften. Wir entlasten die Länder beim BAföG, damit sie mehr in Bildung investieren können. Wir entlasten die Kommunen um weitere 1 Milliarde Euro jährlich im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz. Mit der Entlastung der Kommunen bei der Grundversicherung sind das jetzt 5,5 Milliarden Euro Entlastung. Wir investieren 6 Milliarden Euro in dieser Wahlperiode in Forschung und Entwicklung. Außerdem investieren wir in den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur in dieser Wahlperiode insgesamt 5 Milliarden Euro. Das alles sind Schritte in die richtige Richtung, aber sie reichen nicht aus, um die gewaltigen Investitionsprobleme in diesem Lande zu lösen.

Der Investitionsstau ist leider keine Erfindung der Medien, sondern ein

real existierendes Problem unserer Volkswirtschaft. Im Bereich der öffentlichen Infrastruktur investiert Deutschland 0,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, also 20 Milliarden Euro pro Jahr weniger als der Durchschnitt der OECD-Länder. Die getätigten Investitionen reichen nicht aus, um das abzudecken, was jährlich durch Verschleiß verloren geht. Deshalb müssen wir uns jetzt vor allem auf zwei Dinge konzentrieren:

Erstens. Wir dürfen die Mautdebatte nicht auf die Pkw-Maut verengen, sondern wir müssen vor allem für eine schnelle Ausweitung der Lkw-Maut auf allen Bundesstraßen sorgen.

Das Geld, das wir einnehmen, muss dort investiert werden, wo es am dringendsten benötigt wird: in die großen überregionalen Engpassstellen unseres Verkehrsnetzes. Wir brauchen eine klare Prioritätensetzung, und das muss sich auch in der Investitionsplanung der Bundesregierung widerspiegeln.

Zweitens. Wir müssen kreative Wege und Möglichkeiten suchen, wie das in Deutschland reichlich

vorhandene private Kapital stärker in den Ausbau der Infrastruktur investiert werden kann, statt in spekulativen und hochriskanten Anlagen im Ausland verbrannt zu werden. Dabei will ich ganz klar sagen: Autobahnen und Schienewege sind und bleiben öffentliches Eigentum. Herr Gysi,

Öffentlich-private Partnerschaften sind nur sinnvoll, wenn sie eindeutig wirtschaftlicher, günstiger sind als staatliche Maßnahmen. Das haben wir im Koalitionsvertrag so vereinbart, und das werden wir natürlich auch genau so umsetzen. Es muss in jedem Fall der Nachweis erbracht werden, dass diese Projekte wirtschaftlicher sind; sonst sollten sie so nicht finanziert werden; denn es macht keinen Sinn, die Steuerzahler mit teuren privatwirtschaftlichen Projekten zu belasten.

Ein gutes Beispiel für einen kreativen neuen Weg sind die Lebensversicherungen. Die Lebensversicherungen benötigen sichere Anlagen mit sicherer Rendite. Das waren lange die Staatsanleihen. Die fallen wegen der niedrigen Zinsen weitgehend aus. Deshalb kommen die Versicherer zu uns und sagen: „Wir würden gern mehr in Infrastruktur und in erneuerbare Energien investieren, aber die Rechtslage erlaubt das nicht.“ – Das müssen wir schnellstens ändern. Das Bundeskabinett hat einen Entwurf zur Neufassung des Versicherungsaufsichtsgesetzes auf den

Weg gebracht. Damit bekommen Versicherungen die Möglichkeit, in größerem Maße in erneuerbare Energien, in Stromleitungen und in den Breitbandausbau zu investieren. Das ist überfällig.

Der zweite Engpass – neben der Infrastruktur – sind die Fachkräfte. Bis 2025, also innerhalb eines Zeitraums von zehn bis elf Jahren, stehen dem Arbeitsmarkt 6 Millionen Erwerbspersonen weniger zur Verfügung als heute. Gleichzeitig verlassen jedes Jahr immer noch 50.000 junge Menschen das deutsche Schulsystem, ohne einen Abschluss zu haben, und jedes Jahr brechen 25 Prozent der Jugendlichen ihre Ausbildung ab. Im Ergebnis haben dadurch 1,5 Millionen junge Menschen zwischen 25 und 35 keine abgeschlossene Berufsausbildung. Das ist nicht nur ökonomisch ein ganz großer Missstand; es kann uns auch menschlich nicht kaltlassen, dass junge Menschen ohne Perspektive sind, sich als moderne Tagelöhner durchschlagen müssen und schon Hartz IV bekommen.

Im Augenblick leben wir von der Einwanderung, wenn es da-

rum geht, unseren Fachkräftemangel auszugleichen, aber das wird auf Dauer nicht reichen. Wir müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um unsere jungen Menschen durch Nachqualifizierung in den Arbeitsmarkt zu bringen.

Aber bei denjenigen, die den Abschluss schaffen, dürfen die weiteren Bildungschancen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Deshalb wird es 2016 eine kräftige BAföG-Erhöpfung geben. Wir haben uns mit den Ländern darauf geeinigt, dass der Bund ab 2015 die Ausgaben für das BAföG allein übernimmt. Ganz wichtig ist: Künftige BAföG-Erhöhpungen sind nicht mehr von der Kassenlage der Länder abhängig.

Diese Koalition hat sich vorgenommen, dass Frauen und Männer gleiche Rechte und gleiche Chancen bekommen. Es kann nicht sinnvoll sein, wenn fast 50 Prozent der Studierenden weiblich sind, bei den Führungskräften nur noch 30 Prozent und bei den Vorstandspositionen nur noch 4 Prozent. Das ist eine Schwundquote, die mit dem Leistungsprinzip nichts, aber auch gar nichts zu tun hat.

Natürlich sind das immer noch tradierte Rollenbilder und Arbeitsteilungen, die Frauen den Weg in eine erfolgreiche Berufstätigkeit verbauen. Aber wir merken, dass eine Änderung des Status quo immer auch eine Machtfrage ist. Manche Dinge bewegen sich eben nur, wenn man Druck ausübt, zum Beispiel für die Gleichberechtigung in deutschen Aufsichtsräten oder Großkonzernen. Deshalb brauchen wir nicht nur freiwillige Vereinbarungen, wir brauchen Regeln und Mechanismen wie die Frauenquote und ein Entgeltgleichheitsgesetz, um diese Machtstrukturen aufzubrechen. Deshalb sage ich ganz klar: Die Frauenquote muss kommen.

Viele Familien in diesem Land beklagen sich auch über die enormen Schwierigkeiten des Alltags. Es gibt nicht genügend Kitaplätze von hoher Qualität. Sie finden keine Ganztagschule für ihre Kinder. Sie wollen ihre Angehörigen zu Hause pflegen. Es ist ein Himmelfahrtskommando, beim Arbeitgeber wegen Teilzeit nachzufragen. Wir wollen, dass die Familien mehr Unterstützung und mehr Freiheit bekommen, ihre Zeit nach ihren eigenen Vorstellungen einzuteilen. Dazu werden wir mit dem ElterngeldPlus und dem Familienpflegezeitgesetz zwei ganz wichtige Initiativen der Koalition im Parlament beraten.

Auch wenn es darüber im Koalitionsvertrag, lieber Volker, keine Einigung gegeben hat, finde ich den Vorschlag von Manuela Schwesig, eine Familienarbeitszeit einzuführen, hochinteressant; denn das ist eine Idee, mit der am

Ende – das sagen uns die Vertreter der Wirtschaft – sogar die Gesamtarbeitszeit von Männern und Frauen erhöht werden kann und sie trotzdem mehr Zeit für die Familie haben. Vielleicht sollten wir darüber noch einmal nachdenken.

Es hilft den Menschen, ihre eigene Zeit nach ihren eigenen Vorstellungen aufzuteilen, um Beruf, Kinder, Pflege und Freizeit unter einen Hut zu bringen. Lassen Sie uns darüber nachdenken, wie wir ihnen dieses Stück Freiheit zurückgeben können.

Die Situation der Flüchtlinge. Krieg und Terror führen dazu, dass immer mehr Flüchtlinge Schutz in Deutschland suchen. In diesem Jahr rechnen wir mit über 200.000 Asylbewerbern. Es ist nicht absehbar, dass es im nächsten Jahr weniger werden. Ich sage: Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe aller Fraktionen in diesem Hause, diese Flüchtlinge in Deutschland so aufzunehmen und unterzubringen, dass sie nicht zum Angriffsobjekt für rechtsextreme Gruppen werden. Dabei dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen.

Deutschland nimmt zurzeit die meisten Flüchtlinge in der Europäischen Union, und zwar 30 Prozent aller Flüchtlinge, die nach Europa kommen, auf. Die anderen Länder müssen sich dieser Verantwortung aber auch stellen. Wir wollen ein europäisches Flüchtlingskonzept, Herr Innenminister. Wir unterstützen Sie in der Forderung, dass die große Zahl der Flüchtlinge unter allen Mitgliedsländern in der Europäischen Union fair verteilt werden muss. Jeder muss dabei mitmachen. Keiner kann sich dieser Aufgabe entziehen. Dabei haben Sie unsere Unterstützung.

Wenn wir am Ende sehen, dass wir nicht allen Flüchtlingen in Deutschland helfen können, dann müssen wir uns auf die konzentrieren, die am stärksten von Krieg, Verfolgung und Vertreibung betroffen sind. Mit anderen Worten: Wir müssen dort helfen, wo die Not am größten ist. Das setzt voraus, liebe Kollegen und Kolleginnen von den Grünen, dass wir Prioritäten setzen, wenn wir es gut machen wollen. Und wir müssen es gut machen. Deshalb appelliere ich an Sie, das Gesetz über sichere Herkunftsstaaten nicht aufzuhalten, sondern im Bundesrat passieren zu lassen. Dieses Gesetz beendet übrigens das neunmonatige Arbeitsverbot für Asylbewerber und gibt ihnen die Möglichkeit, schon nach drei Monaten zu arbeiten. Ich sage Ihnen: Der beste Schutz vor Diskriminierung ist es,

wenn Flüchtlinge schon früh eine Arbeit aufnehmen und ihren eigenen Lebensunterhalt verdienen können.

Was derzeit in vielen Großstädten und Ballungszentren, aber auch in vielen kleinen Universitätsstädten passiert, macht uns große Sorgen: Wer eine größere Wohnung braucht, hat häufig keine Chance, eine neue Wohnung im angestammten Umfeld zu finden. Es kommt vermehrt zu Zwangsräumungen, weil Menschen Mieterhöhungen nicht zahlen können. Und Investoren entmieten systematisch Häuser, weil sie wissen, dass bei einem Mieterwechsel die Miete verdoppelt werden kann. Die soziale Verdrängung, die hier stattfindet, meine Damen und Herren, darf so nicht weitergehen.

Wir haben im Koalitionsvertrag eine Mietpreisbremse vereinbart. Wir müssen dafür sorgen, dass es auch in den angesagten Wohnquartieren der Städte in Zukunft noch eine sozial gemischte Wohnbevölkerung gibt. Deshalb sage ich ganz klar: Die Mietpreisbremse muss kommen. Das Wohnen in großstädtischen Quartieren muss auch für Menschen möglich sein, die nur ein normales Einkommen zur Verfügung haben.

Zum Schluss noch eine Bemerkung zu einer politischen Frage, die uns seit der Landtagswahl in Sachsen beschäftigt. Zum zweiten Mal in sechs Jahrzehnten haben wir erlebt, dass in Deutschland weniger als 50 Prozent der Wahlberechtigten bei einer Landtagswahl wählen gegangen sind. Ich finde, da dürfen wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen; denn je niedriger die Wahlbeteiligung bei einer Landtags- oder Bundestagswahl ist, umso höher ist hinterher der Einfluss extremistischer Parteien, meine Damen und Herren. Deshalb sage ich an dieser Stelle ganz klar: Wer Landtagswahlen in die Sommerferien verlegt, der stärkt das Desinteresse an Politik und macht es Menschen leicht, sich aus der Demokratie zu verabschieden.

Ich finde, dass wir es 25 Jahre nach dem Mauerfall nicht hinnehmen dürfen, dass sich immer mehr Menschen in Deutschland von der Demokratie abwenden. Das müssen wir stoppen. Deshalb regen wir an, dass alle Fraktionen bei dieser Frage in einem Bündnis zur Steigerung der Wahlbeteiligung zusammenarbeiten. Ich finde, das ist etwas, was wir gut zusammen machen können. Wir jedenfalls sind dazu bereit.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Wer Landtagswahlen in die Ferien verlegt, der stärkt das Desinteresse an Politik.**

**Wir wollen keine Politik zulasten der künftigen Generationen mehr machen.**



Volker Kauder, CDU/CSU:

## Bundesregierung wird Herausforderungen gerecht



Volker Kauder (\*1949)  
Wahlkreis Rottweil – Tuttlingen

Am Mittwoch in einer Haushaltswoche dient die Debatte zum Etat der Bundeskanzlerin immer dazu, sich mit den Schwerpunkten, den großen Herausforderungen der deutschen Politik auseinanderzusetzen und sie darzustellen. Das heißt nicht, dass wir die vielen innenpolitischen Fragen nicht ernst nehmen; aber dafür haben wir ja auch die Diskussionen zu den Einzelplänen. Deswegen sollten wir uns heute mit den großen Herausforderungen beschäftigen und uns einmal anschauen, welche Antworten von uns gefragt sind.

Da ist natürlich die große Herausforderung, mit der wir bei Abschluss der Koalitionsverhandlungen nicht gerechnet haben und nicht rechnen konnten: die neue Situation in der Welt und vor allem die neue Situation auch in Europa. Ich war von der Rede des polnischen Staatspräsidenten heute Morgen beeindruckt, der in einer Klarheit über die Herausforderungen und die Notwendigkeit der Antworten gesprochen hat, wie man es sehr selten in Europa hört.

Es ist völlig richtig, was die Bundeskanzlerin gesagt und wir hier, in diesem Deutschen Bundestag, mehrfach wiederholt haben: Wir sehen keine militärische Lösung des Konflikts in der Ukraine.

Das zweite große Thema, mit dem wir uns in der internationalen Politik auseinandersetzen müssen, ist der Umgang mit islamistischen Terrorgruppen. Auch da gilt, dass wir konsequent und, wie der polnische Staatspräsident gesagt hat, entschlossen sein müssen und diese Entschlossenheit denen, die in grober Weise gegen Menschenrechte verstoßen,

auch zeigen müssen.

Es muss uns doch wirklich erschrecken und dann zum Handeln bringen, wenn wir lesen, dass die verschiedenen Terrorgruppen jetzt in einen Wettbewerb um die größtmögliche Aufmerksamkeit eintreten. In diesen Tagen haben wir erfahren, dass al-Qaida sagt: „Wir kommen einfach nicht mehr vor, weil nur noch über ISIS und deren Brutalität gesprochen wird. Wir wollen das ändern, und deswegen werden wir uns jetzt unserer Glaubensgeschwister in Asien annehmen. Wir haben bereits einen Chef von al-Qaida in Indien benannt“. Da kann ich nur sagen: Man muss aufmerksam sein, und natürlich muss man den Menschen vor Ort helfen, damit sie denen nicht auf den Leim gehen.

Frau Göring-Eckardt, ich teile Ihre Auffassung, dass man nur mit Strafrecht die Dinge nicht regeln kann, aber es gibt Herausforderungen, bei denen man auch mit dem Strafrecht eine moralische Kompetenz in diesem Land beweisen muss. Ich kann nur sagen: Es macht mir große Sorgen – ich finde es unglaublich und hätte nie damit gerechnet –, dass wir am Sonntag wenige Meter von diesem Reichstagsgebäude entfernt eine Kundgebung des Zentralrats der Juden unter dem Thema „Steh auf! Nie wieder Judenhass!“ haben müssen.

Es ist unglaublich, dass das notwendig geworden ist. Da kann ich nur sagen: Es ist richtig, dass wir mit mehreren Maßnahmen den Antisemitismus bekämpfen, unter anderem auch mit dem Strafrecht. Damit sorgen wir dafür, dass bestimmte Thesen in unserem Land nicht ungestraft gesagt oder wiederholt werden dürfen. Natürlich muss abgewogen werden, aber von vornherein nur die soziale

Kompetenz herauszustellen und zu sagen: „Strafrecht geht nicht“, halte ich für falsch.

Ich bin der Meinung, dass mehrere Dinge geschehen müssen. Wenn jetzt aber wieder gerufen wird, dass wir besondere Maßnahmen und Projekte brauchen, dann kann ich nur sagen: Der Einsatz für Toleranz, das Lernen aus unserer Geschichte – nie wieder Judenhass –, das gehört nach meiner Auffassung schon zur Grundausbildung in unseren Schulen.

Da wir über das Thema Flüchtlinge reden: Ich bin einverstanden – ich habe das am letzten Montag hier gesagt; da gab es noch eine breite Übereinstimmung –, dass wir Flüchtlinge in unserem Land aufnehmen und alles dafür tun müssen, dass sie anständig untergebracht sind. Dass dies natürlich eine große Herausforderung für viele Kommunen ist, wissen wir. Deswegen denke ich, hier brauchen wir gar nicht groß über das, was im Bundesrat passieren muss, zu diskutieren. Natürlich sind wir bereit, in einem Gespräch mit Ihnen über viele Punkte zu reden. Ich kann nur sagen: Nehmen Sie dieses Angebot an, damit wir in den nächsten Tagen im Bundesrat zu einer guten Lösung kommen. Sie helfen damit vor allem den Kommunen in unserem Land.

Was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, sage ich also Ja. Aber ich habe schon am Montag darauf hingewiesen, dass es natürlich genauso notwendig ist, die Situation vor Ort zu verbessern. Da möchte ich die Bundesregierung, sehr geehrter Herr Bundesaußenminister, bitten, noch einmal genauer hinzuschauen. Es gibt einen zweiten Punkt, mit dem ich noch nicht zufrieden bin. Wir haben noch immer keine Antwort und keine Lösung aus Europa. Es ist nicht allein Sache der Bundesregierung, wie wir den Flüchtlingen helfen. Wir können die Leute im Nordirak nicht einfach sitzen lassen. Deswegen sage ich: Ja, es ist richtig, dass wir Wafenhilfe leisten. Aber wir werden mehr als die 50 Millionen Euro in die Hand nehmen müssen, um den Flüchtlingen vor Ort zu helfen. Das Geld ist da. Ich habe die Bitte an die Bundesregierung, Europa da einmal etwas Beine zu machen, damit das endlich vorangeht.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, neben diesen großen Herausforderungen in der Außenpolitik bleibt in unserem Land und in Europa natürlich die große Aufgabe, weiter für Wachstum zu sorgen und damit die Grundlagen für den Wohlstand in unserem Land und in Europa zu legen. Wachstum entsteht in unserer Wirtschaft. Deswegen ist es völlig richtig, wenn die Bundeskanzlerin in ihrer Regierungserklärung darauf hinweist, dass wir in einem wichtigen neuen Feld, nämlich im Bereich Industrie 4.0 und im Bereich Internet, vorankommen müssen und dass wir dort neue Start-ups,

also neue Firmengründer, brauchen. Gerade von diesen Firmengründern hören wir, dass es für sie nicht nur ein Thema ist, wie sie an Kapital kommen, sondern dass sie sich natürlich auch wünschen, ja geradezu verlangen, dass man sie in ihrer Startphase von bürokratischen Gängeleien weitgehend befreit. Die haben andere Sorgen. Deswegen, Herr Bundeswirtschaftsminister, bin ich dankbar für das Signal, dass man überlege, gerade bei Start-up-Unternehmen eine ganze Reihe von bürokratischen Auflagen einmal eine Zeit lang auszusetzen. Deswegen, lieber Kollege Oppermann, kann ich nur sagen: Gerade diese Firmen brauchen hohe Flexibilität und nicht neue Arbeitszeitmodelle; das regeln die schon selber. Deswegen warne ich vor „Stressverordnungen“ und neuen Arbeitszeitmodellen.

Ich rate uns, uns in der Koalition nicht jeden Tag und an jedem Wochenende in irgendwelchen Interviews neue mögliche Belastungen für die deutsche Wirtschaft einfallen zu lassen. Das ist bei der Investitionsfrage eher ein Problem als vieles andere: wenn ich als Unternehmer nicht weiß, was alles noch auf mich zukommt.

Wir brauchen natürlich auch Investitionen in unserem Land, Investitionen in die Infrastruktur. Das ist angesprochen worden. Deswegen können Sie ganz sicher sein: So, wie wir alle anderen Punkte im Koalitionsvertrag umgesetzt haben, werden wir auch mit dem derzeitigen Lieblingsthema der Medien, der Maut, bis Ende des Jahres zu einem guten Ergebnis kommen.

Für all die großen Aufgaben, die vor uns liegen – Frieden schaffen in Europa, in der Ukraine, den islamistischen Terror bekämpfen und dafür sorgen, dass unsere Wirtschaft weiter wachsen kann und damit auch der Wohlstand –, werden mit diesem Bundeshaushalt die Voraussetzungen geschaffen.

Dieser Bundeshaushalt, mit dem zum ersten Mal seit langem keine neuen Schulden aufgenommen werden, was auch für die nächsten Jahre versprochen wird, schafft die Grundlagen für neue Entscheidungsmöglichkeiten. Es wird die Botschaft vermittelt: Wir werden mit dem auskommen, was wir haben. Mit dem auskommen, was wir haben, heißt auch, dass wir sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die Wirtschaft am Wohlstand beteiligen. Deswegen bleibt es dabei. Es wird mit uns in dieser Koalition keine Steuererhöhungen geben. Alles andere ist Quatsch.

Das ist eine zentrale Botschaft, die sich auch an unsere Wirtschaft richtet: Ihr könnt euer Geld investieren, ihr könnt für Wachstum

sorgen und damit für eine gute Situation in unserem Land. Wir schaffen dafür eine wichtige Voraussetzung. Gestern Abend beim Parlamentarischen Abend im Haus der Deutschen Wirtschaft ist man immer wieder angesprochen worden auf das Thema „qualifizierte Arbeitskräfte“. Die Industrie 4.0 verlangt natürlich entsprechende Ausbildung.

Wenn ich den ein oder anderen aus der Linksfraktion da so höre, muss ich denken: Wo sind die denn die ganze Zeit unterwegs? Es wird in unserem Land so viel für Bildung und Ausbildung ausgegeben wie nirgendwo in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen. Was im Bildungs- und Forschungsministerium getan wird, ist ein Vorbild für ganz Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das schafft Zukunft für eine junge Generation. Die Länder müssen allerdings ihren Beitrag dazu leisten. Der Bund hat den Ländern Geld gegeben für Hochschule, für Ausbildung. Einige Länder wollen wenigstens den wesentlichen Teil dieses Geldes dafür einsetzen; das kann ich gerade noch akzeptieren.

Aber vor dem Hintergrund, dass Bildung und Ausbildung das entscheidende Zukunftsprojekt für unser Land ist, kann ich es nicht akzeptieren, wenn einige rot-grüngeführte Bundesländer den wesentlichen Teil dieser Mittel, die vom Bund kommen, nicht für Hochschule und Ausbildung ausgeben wollen, sondern für viele andere Dinge.

Ich bitte auch die SPD-Bundestagsfraktion, dass wir uns dieses Projekt, das wir gemeinsam auf den Weg gebracht haben, nicht unterhöhlen lassen von denjenigen, die glauben, sie könnten das Geld für alle möglichen Haushaltszwecke, aber nicht für Hochschule und Ausbildung einsetzen.

Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die großen Herausforderungen beschrieben. Ich bin sicher, dass diese Koalition und diese von der Koalition getragene – nicht nur getragene, sondern in jeder Hinsicht unterstützte – Bundesregierung diesen Aufgaben und Herausforderungen gerecht werden.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

**Wir sehen keine militärische Lösung des Konflikts in der Ukraine.**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Aydan Özügoz (SPD), Gerda Hasselfeldt (CDU/CSU), Bettina Hagedorn (SPD), Harald Petzold (Die Linke), Monika Grütters (CDU/CSU), Tabea Rößner (Bündnis 90/Die Grünen), Hiltrud Lotze (SPD), Rüdiger Kruse (CDU/CSU), Ulla Schauws (Bündnis 90/Die Grünen) und Burkhard Blienert (SPD).



Debatte zur Einbringung des Haushalts 2015 / 33. Sitzung des 18. Deutschen Bundestages am 9. September 2014

Dr. Wolfgang Schäuble, CDU/CSU, Bundesminister der Finanzen:

## In der Haushaltspolitik konsequent Kurs halten



Wolfgang Schäuble (\*1942)  
Bundesminister

Eigentlich wäre dies heute unsere erste Sitzung nach der Sommerpause gewesen. Diese erste Sitzung sollte sich mit dem Bundeshaushalt 2015 befassen. Stattdessen haben wir uns bereits vor einer Woche getroffen, um über Waffenlieferungen an die Kurden im Irak zu sprechen. Das zeigt deutlich, dass die Lage anders ist als noch vor wenigen Wochen.

Zum Krieg im Irak und Syrien kommt der Krieg in der Ukraine hinzu. Auch Libyen wird erneut von Gewalt erschüttert. Wir sehen unvorstellbaren islamistischen Terror in weiten Teilen des Nahen und Mittleren Ostens und auch in Afrika. Dazu kommt noch die Ebola-Bedrohung. Das alles befindet sich in unmittelbarer Nachbarschaft.

Zugleich schwächelt unser europäisches Wirtschaftsumfeld. Fortdauernd hohe Defizite, die Wettbewerbs- und die dadurch entstehende Wachstumsschwäche in großen Ländern der Euro-Zone machen auch der deutschen Wirtschaft zunehmend zu schaffen. Die gegenwärtige Ballung von Krieg im Umfeld der Europäischen Union, Reformstau und die daraus folgende wirtschaftliche Stagnation in wichtigen europäischen Ländern, das Auf und Ab in wichtigen Exportmärkten wie China und Amerika, das alles wirkt sich auch auf Deutschland aus.

Obwohl wir alles in allem eine recht robuste Konjunktur haben – das wird auch heute wieder in den aktuellen Meldungen bestätigt –, haben wir eine Abschwächung hinnehmen müssen. Man soll die

Quartalszahlen aber nicht überbewerten. Wir haben keinen Grund, jetzt in voreiligen Pessimismus zu verfallen. Wir müssen allerdings die Realität zur Kenntnis nehmen, und diese ist, dass sich das wirtschaftliche Umfeld etwas eingetrübt hat.

Wir brauchen deshalb Ernsthaftigkeit in der Beurteilung der Lage und Disziplin im Handeln. Wir müssen uns auf das Wesentliche fokussieren und konzentrieren. Daraus folgt – das ist sehr umstritten –, dass wir gerade in dieser Lage unsere solide, verlässliche, stabilitätsorientierte Politik entschlossen und unaufgeregt fortsetzen müssen.

Alles andere würde zu einer neuen Vertrauenskrise führen, und das wäre das Letzte, was wir jetzt in Europa in dieser Lage gebrauchen könnten. Deswegen ist es zentral, dass wir in unserer Haushaltspolitik konsequent Kurs halten. Bundeshaushalte ohne Neuverschuldung sollen ab 2015, ab nächstem Jahr, Normalität werden. Wir haben das vor der Wahl versprochen, wir haben es nach der Wahl vereinbart, und jetzt setzen wir es um.

Die „schwarze Null“ ist kein Selbstzweck, aber sie steht für Verlässlichkeit; sie steht dafür, dass wir halten, was wir versprochen haben. Nur so können wir das Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland erhalten. Wir haben uns dieses Vertrauen in den letzten Jahren mühsam wieder erarbeiten müssen. Schließlich hat die globale Finanz- und Wirtschaftskrise auch Deutschland wirtschaftlich stark zurückgeworfen. Man hat schon vergessen, dass wir 2009 einen Rückgang unseres Inlandseinkommens von über 5

**Die „Schwarze Null“ ist kein Selbstzweck, aber sie steht für Verlässlichkeit.**

Prozent hatten. Der Bundeshaushalt 2015 und die Finanzplanung bis 2018 stehen für Verlässlichkeit. Diese Verlässlichkeit ist elementar, für Investoren wie für Verbraucher. Unsere Politik steht für Stabilität, gerade in einer Phase wirtschaftlicher und politischer Anspannungen aufgrund kriegerischer Konflikte in der Ukraine und im Nahen und Mittleren Osten.

Verlässlichkeit, Stabilität, hal-

ten, was man versprochen hat – dazu zählt auch, sich an europäische Regeln zu halten. Alle sollten sich an europäische Regeln halten; wir haben sie mit beschlossen. Indem der Bundeshaushalt 2015 und unsere Finanzplanung bis 2018 keine neuen Schulden vorsehen, erfüllen wir unsere europäischen Verpflichtungen. Wir haben nämlich die Verpflichtung übernommen, unsere Schuldenquote Schritt für Schritt zu senken. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir sie zügig wieder auf 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zurückführen, womit wir dann erst die Obergrenze des Stabilitäts- und Wachstumspakts einhalten. Wir streben für 2018 eine Schuldenquote von 65 Prozent an. Wir sind also auch 2018 noch über der Schuldengrenze, aber wir sind auf dem Weg zu ihr. Die Quote lag 2012, also vor zwei Jahren, bei über 80 Prozent. Wenn wir die Schuldenquote nicht zurückführen würden, dann hätten wir 2018, bezogen auf die Schuldenquote, 450 Milliarden Euro mehr Schulden – nur damit man weiß, worüber wir reden.

Indem wir halten, was wir versprechen, schaffen wir Vertrauen. Gerade wenn es so scheint, als würden wir weniger rosigen Zeiten entgegensehen, ist es umso wichtiger, dass wir alles dafür tun, das grundlegende Vertrauen in unsere Politik zu erhalten. Denn ginge das Vertrauen verloren, dann ginge die Bereitschaft der Wirtschaftsteilnehmer verloren, ihr Geld, ihre Kraft und ihre Fähigkeiten in unserem Land und in Europa einzusetzen. Vertrauen – das wissen die Ökonomen seit Ludwig Erhard – ist der wichtigste Rohstoff in einer Ordnung der sozialen Marktwirtschaft.

Wir brauchen in erster Linie private Investitionen, um die wirtschaftliche Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas zu erhalten. Bei privaten Investitionen muss man sich auf verlässliche Rahmenbedingungen verlassen können. Wir haben sie derzeit in Deutschland; Investoren können darauf vertrauen, dass sie erhalten bleiben. Grundlage dafür ist unsere stabilitätsorientierte Finanzpolitik. Wir haben in den letzten Jahren bewiesen – auch das muss man angesichts einer zunehmenden Debatte in unserem Land und um unser Land herum

immer wieder ins Gedächtnis rufen –, dass eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik die beste Politik für Wachstum und Beschäftigung ist. Es ist wahr, dass wir besser als andere aus der wirtschaftlichen Krise herausgekommen sind, weil wir unsere Defizite zurückgeführt haben und damit zugleich mehr Wachstum und mehr Beschäftigung erzielt haben. Wer seine Defizite nicht zurückgeführt hat, hat weniger Wachstum erzielt. Es ist ein Irrtum, zu glauben, dass man durch eine Erhöhung der Defizite mehr Wachstum schaffen kann. Das ist ein bequemer, aber ein falscher Weg. Wir werden diesen Weg nicht gehen.

Im Übrigen ist die Mobilisierung privater Investitionen volkswirtschaftlich wirkungsvoller als jedes staatliche Ausgabenprogramm. Das gilt nicht nur für die Verkehrsinfrastruktur. Es gilt genauso für Informations- und Kommunikationstechnologien, es gilt für die Energienetze, aber es gilt natürlich vor allem für Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen in den Unternehmen selbst. Das ist das Entscheidende; denn hier liegt der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Hier liegt übrigens auch der Schlüssel zum wirtschaftlichen Erfolg Europas. Bei unserer demografischen Entwicklung – weniger Menschen und älter werdende Menschen – und bei unserem im weltweiten Vergleich hohen Niveau sozialer Sicherheit entstehen Wachstumspotenziale – es hilft alles nichts – nur aus Innovationen und aus leistungsfähiger Infrastruktur. Es gibt keinen Weg daran vorbei.

Es ist auch eine einfache Wahrheit, dass Investitionsprojekte für Kapitalanleger Renditerwartungen enthalten müssen. Sonst werden sich Kapitalanleger nicht engagieren. Deswegen müssen wir auch über neue Formen der Aufgabenteilung zwischen Staat und Privaten nachdenken. Kooperation zwischen Staat und Privaten kann aber natürlich nicht heißen, dass der Staat die Risiken trägt und die Privaten die Gewinne machen. So wäre die Arbeitsteilung nicht richtig. Die richtige Arbeitsteilung ist, dass der Staat für einen verlässlichen Rechtsrahmen sorgt und Private ihre Leistungen gegen Entgelt und bei Übernahme des unternehmerischen Risikos anbieten. Warum sollte das, was bei den Telefon- und Energienetzen alles in allem gut funktioniert, nicht auch im Verkehrsbereich stärker

einzusetzen sein, zumal andere Länder das erfolgreich vormachen? Wir brauchen hier bessere Möglichkeiten für private Investoren. Wir arbeiten daran. Wir werden planmäßig, Schritt für Schritt, die Lkw-Maut – Toll Collect – aus. Wir machen auch anderes. Wir werden das in dieser Legislatur fortführen und auch in der nächsten fortsetzen. Das erreichen wir besser durch eine Finanzierung durch die Nutzer. Ein Engagement privater Investoren wird übrigens erst dann richtig sinnvoll, wenn sie ihre Investitionen an den tatsächlichen Bedürfnissen der Nutzer ausrichten können. Das sorgt

**Wer seine Defizite nicht zurückgeführt hat, hat weniger Wachstum erzielt.**

dann für ein passgenaues und effizientes Angebot, und damit ist auch den Nutzern gedient. Deutschland leitet übrigens auf der Ebene der G-20-Staaten gemeinsam mit Indonesien und Mexiko eine Arbeitsgruppe, die Standards entwickelt, wie privates Kapital in die Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen gelenkt werden kann.

Natürlich arbeiten wir auch daran, den Bereich Infrastruktur stärker für Investitionen der Versicherungswirtschaft, der Pensionskassen und der anderen großen Kapitalsammelstellen zu öffnen. Dazu überprüfen wir, inwieweit Regulierung Investitionsmöglichkeiten unnötig versperrt. Ich füge hinzu: Wir gehen dabei vorsichtig vor, weil ein Übermaß an Risikoübernahme mit der Verlässlichkeit von Versicherungen nicht zu vereinbaren ist. Die deutsche Versicherungsbranche hat sich in der Finanz- und Bankenkrise als sehr widerstandsfähig erwiesen. Das dürfen wir nicht gefährden.

Gute und verlässliche Rahmenbedingungen für private Investitionen flankieren wir mit gezielten staatlichen Investitionen. Der wichtigste und erste Schwerpunkt ist der Bereich Bildung, Wissenschaft und Forschung. Der Bund übernimmt von den Ländern – das haben wir vor kurzem so beschlossen und umgesetzt – vollständig die Zahlungen der Leistungen nach dem BAföG. Mehr Schüler und Studenten erhalten Zugang zum BAföG. Wir passen die Regelsätze an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten an. Wir finanzieren weiter den Hochschulpakt und sorgen so für zusätzliche Studienplätze. Wir stocken auch das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ ein weiteres Mal

Fortsetzung auf nächster Seite



auf. Im Übrigen ist mit den Ländern verabredet, dass die Entlastungen durch die Übernahme des BAföG für zusätzliche Investitionen in Schulen und Hochschulen genutzt werden. Wir steigern die Ausgaben für Wissenschaft und Forschung kontinuierlich, 2015 um 1 Milliarde Euro. In der gesamten Legislaturperiode haben wir für Forschung zusätzliche Mittel in Höhe von 3 Milliarden Euro eingeplant, vor allem für die Exzellenzinitiative und für den Pakt für Forschung und Innovation. Wir sind bei den Forschungsausgaben international in der Spitzengruppe. Mit unserer starken Forschung und Entwicklung, mit den hohen Ausrüstungsinvestitionen auch in unserer Industrie steht Deutschland bei den besonders wachstumsrelevanten Investitionen im internationalen Vergleich gut da. Das relativiert manchen oberflächlichen Quotenvergleich, der in den internationalen Statistiken durch Baubooms gelegentlich sehr verzerrt dargestellt wird. Auch daran muss man gelegentlich erinnern.

Das alles ist kein Grund, sich auszuruhen. Wir müssen das weiter ausbauen, weil wir Wachstum eben nur über Innovationen erreichen. Ich wiederhole es: Bei unserer demografischen Entwicklung – wir werden weniger und älter – können wir Wachstum nicht durch mehr Köpfe steigern, sondern nur durch kreative Köpfe, die Innovationen vorantreiben und dadurch Wachstum schaffen. Wachstum durch Innovation bedeutet übrigens Hightech. Deswegen ist es richtig, dass die Bundesregierung letzte Woche die neue Hightech-Strategie beschlossen hat. Diese Hightech-Strategie trägt dazu bei, dass die hohe Innovationsfähigkeit unseres Landes weiterhin eine unserer herausragenden Stärken bleibt. Dies erklärt übrigens, warum wir im Augenblick besser als andere europäische Länder dastehen. Auch das muss man sich gelegentlich anschauen. Wenn man die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Europa vergleicht, findet man eine Erklärung, warum die Entwicklung in einzelnen Ländern unterschiedlich ist. Das sage ich immer wieder, wer auch immer es hören mag oder nicht.

Wir brauchen kreative Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit. Gute Ideen müssen schnell in innovative Produkte und Dienstleistungen umgesetzt werden. Der Wettbewerb wird immer schneller. Deswegen muss die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft immer enger werden. Wir konzentrieren uns als Bundesregierung auf Felder mit einer großen Innovationsdynamik. Wir werden kleine und mittlere Unternehmen sowie technologieorien-

tierte Unternehmensgründungen unterstützen. Wir sorgen für günstige Rahmenbedingungen bei der Fachkräftesicherung, bei der Finanzierung und bei anderen gesellschaftlichen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen.

In unserem zweiten Schwerpunkt, Infrastruktur – so haben wir es auch im Koalitionsvertrag vereinbart –, investieren wir zusätzlich 5 Milliarden Euro Bundesmittel in Straßen, Schienen und Wasserstraßen in dieser Legislaturperiode, 1 Milliarde Euro bereits im kommenden Jahr. Im Übrigen kommt hinzu: Die vom Bund gerade auf den Weg gebrachten und die schon in der letzten Legislatur beschlossenen massiven Entlastungen der Länder und Kommunen stärken auch deren Investitionskraft im Bereich von Verkehr und Infrastruktur. Durch die Übernahme der Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei der Erwerbsminderung – der Bund hat sie voll übernommen – werden die Kommunen in Deutschland in diesem Jahr um fast 5,5 Milliarden Euro entlastet. Dies muss man immer wieder in Erinnerung rufen.

Die so entstandenen Spielräume sollten die Kommunen und auch die Länder möglichst konsequent für Investitionen nutzen. Es ist übrigens erfreulich, dass wir bei den Kommunen einen massiven Anstieg der Investitionen feststellen können. Auch hier sind gute Rahmenbedingungen entscheidend. Dazu zählt, dass wir die Leistungsfähigkeit unseres föderalen Staats insgesamt erhalten. Auch die Länder müssen ihre gesamtstaatliche Verantwortung wahrnehmen. Auch sie müssen sich an die Schuldenbremse, wie sie für die Länder im Grundgesetz steht, halten, und sie müssen im Übrigen an der Einhaltung unserer gesamtstaatlich übernommenen europäischen Verpflichtungen mitwirken. Deswegen wollen wir den Stabilitätsrat, der die Finanzsituation von Bund und Ländern überwacht, mit zusätzlichen Kompetenzen ausstatten, damit er in Zukunft Haushalte zurückweisen kann, die den gemeinsam vereinbarten und im Grundgesetz festgelegten Regeln der Schuldenbremse und auch den Regeln des europäischen Fiskalvertrags widersprechen. Das, was wir in Europa brauchen, müssen wir auch im bundesstaatlichen Verhältnis berücksichtigen.

Der Bund hat übrigens die Länder in den vergangenen Jahren – auch das muss einmal gesagt werden – massiv unterstützt. Schon in den 90er-Jahren hat es eine starke

Verlagerung von Anteilen an den jährlichen Steuereinnahmen vom Bund zu den Ländern gegeben. Das wirkt bis heute fort. Ohne diese Verlagerung läge der Anteil des Bundes an den gesamtstaatlichen Steuereinnahmen heute um rund 6 Prozent höher und der Anteil der Länder um 6 Prozent niedriger.

Das prominenteste Beispiel für diese Verlagerung sind die Umsatzsteueranteile, die der Bund den Ländern für die Einbeziehung der ostdeutschen Länder in den gesamtdeutschen Länderfinanzausgleich abgetreten hat. Bei aller Kreativität der gegenwärtigen Vorschläge zum künftigen Schicksal des Solidaritätszuschlags nach Auslaufen des Solidarpakts II, und zwar Ende 2019, darf dieser Zusammenhang mit der Übertragung von Mehrwertsteueranteilen vom Bund auf die Länder, zu deren Ausgleich der Solidaritätszuschlag wesentlich mit eingeführt worden ist, nicht unterschlagen werden. Auch daran muss man die Länder erinnern.

Das zeigt, dass die Spielräume des Bundes für weiteres Entgegenkommen gegenüber den Ländern sehr begrenzt sind. Es muss bei den begonnenen Verhandlungen zur Neuordnung der Bundesländer-Finanzbeziehungen vor allem darum gehen, den Gesamtstaat, die Bundesrepublik Deutschland, die aus Bund und Ländern besteht, handlungsfähiger zu machen. Die Länder müssen sich auch ernsthaft an den Überlegungen beteiligen, wie dieser Gesamtstaat noch effizienter und leistungsfähiger werden kann. Nur auf Mittel des Bundes zu schießen, greift zu kurz.

Es muss in erster Linie um eine sachgerechte Aufgabenzuordnung zwischen den staatlichen Ebenen und es darf eben nicht um bloße Finanzverschiebungen gehen. Wir brauchen klare Verantwortlichkeiten. Jede Aufgabe sollte am besten von der staatlichen Ebene erfüllt und finanziert werden, die sie am effizientesten erfüllen kann. Das heißt, dass bei Leistungen, bei denen es praktisch und vor Ort Handlungs- und Entscheidungsspielräume gibt, die diskretionäre Entscheidung gestärkt werden und dann auch die Finanzverantwortung vor Ort liegen sollte; denn so fördern wir effizienten und sparsamen Mitteleinsatz. Umgekehrt sollten gesamtstaatlich bedeutsame Aufgaben, die bundeseinheitlich erfüllt werden müssen, in der Finanzverantwortung des Bundes liegen. Mit der vollständigen Übernahme des BAföG durch den Bund haben wir einen wichtigen

Schritt in genau diese Richtung getan.

Bund und Länder brauchen für die Erfüllung ihrer Aufgaben eine angemessene Finanzausstattung. Dabei muss man sagen: Die Finanzkennzahlen des Bundes sind deutlich schlechter als die der Länder. Die Zinsbelastungen des Bundeshaushaltes – jeder, der sich damit beschäftigt, weiß es – sind im Verhältnis zu Steuereinnahmen und Gesamthaushalt doppelt so hoch wie die Zinsbelastungen der Länderhaushalte. Auch das muss man bei den Verhandlungen gelegentlich sagen. Unsere gesamtstaatliche Finanzpolitik ist nur dann tragfähig, wenn wir am Verzicht auf Neuverschuldung bei den Ländern und beim Bund festhalten, was im Übrigen die Handlungsspielräume für Investitionen von Bund und Ländern gleichermaßen erhöht.

Wir sollten aus Anlass dieser Haushaltsdebatte auch einen kritischen Blick auf die Struktur unserer Haushalte werfen, gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels. Es hat in den vergangenen Jahrzehnten – das ist nicht zu kritisieren, aber man muss es im Blick haben – eine Verschiebung von Ausgaben zulasten von Investitionen und zugunsten von eher gegenwartsorientierten Sozialausgaben gegeben. Dafür gab es im Einzelnen immer gute Gründe. Dennoch müssen wir wieder stärker auf die Zukunftsorientierung unserer Ausgaben achten. Das Bundesfinanzministerium legt regelmäßig langfristige Tragfähigkeitsberechnungen für unsere öffentlichen Haushalte vor. Sie zeigen, dass wir bei dauerhafter Einhaltung der Schuldenbremse die Tragfähigkeitsrisiken unserer öffentlichen Finanzen insgesamt in den Griff bekommen können. Aber sie zeigen auch, dass dies Maßnahmen erfordert, um den Druck vor allem aus den Sozialversicherungssystemen auf den Bundeshaushalt abzufedern. Tragfähigkeit ergibt sich nicht von selbst. Deswegen war es zum Beispiel richtig, dass die Beschlüsse zur Erleichterung des Rentenbezugs für langjährig Erwerbstätige mit dem Auftrag verbunden wurden, eine generelle Lösung für einen flexibleren Renteneintritt zu finden.

Unsere älter werdende Gesellschaft braucht die Älteren, ihr Wissen, ihre Arbeitskraft, ihre Einsatzbereitschaft. Deswegen müssen wir darauf achten, dass es nicht zu stärkeren finanziellen Fehlanreizen kommt, durch die Menschen früher aus dem Berufsleben aussteigen, während die fi-

nanziellen Lasten bei der Allgemeinheit verbleiben. Der selbstbestimmte Renteneintritt bei mehr finanzieller Eigenverantwortung, das ist die zentrale Aufgabe einer Flexirente und das stärkt die Tragfähigkeit. Übrigens hat das die ganz überwiegende Mehrheit unserer Bürger verstanden. Deshalb ist es wichtig, dass wir jetzt substantiell bei der Flexirente etwas erreichen. Da sind die Politik wie die Tarifpartner gefordert.

Flexibilisierung des Renteneintritts zählt genauso zu den wichtigen Rahmenbedingungen für mehr private Investitionen wie eine auch geopolitisch sichere Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen. Dazu haben wir mit der EEG-Novellierung einen

ersten wichtigen Schritt getan.

Der Abbau von Handelsbarrieren stärkt immer das Wachstum. Das gilt für den europäischen Binnenmarkt, und das gilt für das Transatlantische Freihandelsabkommen, das wir erfolgreich zum Abschluss bringen müssen.

So viel will ich zum Transatlantischen Freihandelsabkommen an dieser Stelle dann doch sagen: Es erfordert ein Aufeinanderzugehen beider Seiten ohne übertriebene Ängste mit dem Ziel eines Ausgleichs zwischen der wohlfördernden Erleichterung wirtschaftlichen Austauschs und dem Respekt vor kulturell begründeten und demokratisch legitimierten Vorstellungen und Regeln beider Seiten. Aber vielleicht bieten ja die weltpolitischen Krisen dieser Tage auch eine Chance, sich der Bedeutung der westlichen Wertegemeinschaft auf beiden Seiten des Atlantiks wieder bewusster zu werden.

Zu guten und verlässlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen zählt, dass wir auch in der Steuerpolitik halten, was wir versprochen haben. Es bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren, bei dem zugesagten Verzicht auf Steuererhöhungen.

Gleichzeitig müssen wir bei einer immer komplizierteren und stärker werdenden internationalen Verflechtung unsere Steueransprüche auch konsequent und vernünftig durchsetzen. Das wird zunehmend schwieriger. Die Ausnutzung von unterschiedlichen steuerrechtlichen Regulierungen in einer globalisierten Welt mit globalisierten Finanzmärkten ist eine unglaubliche Herausforderung, die wir gar nicht national, allein in den Griff bekommen können. Deswegen müssen wir europäisch und global entschieden in diese

**Die Finanzkennzahlen des Bundes sind deutlich schlechter als die der Länder.**

**Wir brauchen kreative Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit.**



Richtung wirken. Wir tun das. Die Chancen für internationale Regulierung steigen: International ist das Bewusstsein gewachsen, dass die Staaten letztlich in einem Boot sitzen.

Wir haben zuletzt in der Europäischen Union mit der Änderung der Richtlinie über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften einen wichtigen Schritt getan, um rein steuerlich motivierte Gewinnverschiebungen einzudämmen.

Die Bundesregierung hat diese Entwicklung auf der Ebene der G 20 wie der OECD von Anfang an maßgeblich vorangetrieben, und wir werden das weiter tun. Wir werden in zwei Wochen beim G-20-Finanzministertreffen in Australien konkrete Schritte – natürlich auch in Vorbereitung auf den G-20-Gipfel im November in Brisbane – vorbereiten. Wir richten im Oktober in Berlin die Jahrestagung des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes aus, die globale Konferenz der OECD für den Informationsaustausch, bei der es zugleich um die Bekämpfung von Steuervermeidung durch internationale Regulierungen geht. Das wird vermutlich eine der größten Steuerkonferenzen weltweit sein. Die Größe allein ist aber nicht so wichtig; entscheidend ist, dass bei dieser Tagung über 30 Staaten eine Vereinbarung über einen automatischen Informationsaustausch bei Finanzkonten ab 2017 unterzeichnen werden. Das ist ein großer Schritt, und es ist erfreulich, dass wir in so kurzer Zeit über 30 Staaten dafür gewinnen konnten, diese Vereinbarung Ende Oktober hier zu unterschreiben.

Wir werden in Kürze auch die gemeinsam mit den Bundesländern erarbeitete maßvolle Verschärfung der Regeln für die strafbefreiende Selbstanzeige voranbringen. Die strafbefreiende Selbstanzeige hat sich als Rechtsinstitut trotz aller öffentlichen Debatte bewährt. Wir verlängern nun die strafrechtlichen Verjährungsfristen für Steuerhinterziehung, und wir heben die Zuschläge bei der Nachzahlung hinterzogener Steuern an.

Darüber hinaus arbeiten wir in Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern an intelligenten, punktgenauen Formen steuerlicher Förderung von Forschung und Entwicklung im Zusammenhang mit der Nutzung von Patenten aus eigener Forschung.

Auch hier muss das Prinzip durchgesetzt werden, dass eine vor Ort erbrachte echte Forschungsleistung begünstigt wird und nicht einfach nur steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet werden, sodass es zu einer Verlagerung der Besteuerung in das niedriger besteuerte Ausland kommt. Das ist der falsche Weg. Wir müssen eigene Forschungsleistungen begünstigen – auch steuerlich –, und es darf nicht zu einem fortgesetzten Ausnutzen unterschiedlicher Regelungen zur Minderung der Steuerbelastung kommen.

Wir bringen in Kürze Maßnahmen zur Verbesserung der steuerlichen Förderung von Wagniskapitalfinanzierung auf den Weg, indem wir den öffentlichen Investitionszuschuss steuerfrei stellen. Gerade auch in unserem alter werdenden Deutschland brauchen wir eine Gründungskultur, eine Haltung der Neugier und auch die Haltung, scheitern zu dürfen und neu anfangen zu können; denn sonst gibt es keine Gründungskultur. Wenn jedes Scheitern mit dem Risiko verbunden ist, dass es für immer ist, macht es keinen Sinn. Deswegen ist es auch wichtig, dass wir erfahrenen Managern und Kapitalgebern, die Start-up-Unternehmen unterstützen, helfen und ihnen keine Steine in den Weg legen.

Wir werden in Deutschland und in Europa im globalen Wettbewerb, der immer härter wird, nur mit Arbeitsplätzen, die auf technologischen Innovationen beruhen, wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben. Billiger als andere werden wir in Deutschland und in Europa nicht werden, sondern wir können nur besser und innovativer als andere bleiben und, wo nötig, werden.

Wir sollten uns keiner Illusion hingeben: Wenn wir mit unserem Lebensstandard und unserer vergleichsweise hohen sozialen Absicherung in der globalisierten Welt

mithalten wollen, dann müssen Deutschland und Europa an der Spitze der Innovationsentwicklung bleiben.

Deswegen dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass wir, anstatt an der Spitze der Innovationsentwicklung zu bleiben, die Probleme mit einem immer größeren Einsatz öffentlicher Mittel und mit immer höheren Defiziten lösen werden. Das ist eine große Gefahr und eine große Illusion.

Die Forderung in Europa, immer mehr öffentliche Gelder unter Inkaufnahme immer höherer Defizite und Verschuldungen einzusetzen, führt in die Irre. Wachstum und Arbeitsplätze entstehen nicht durch immer höhere Defizite. Sonst hätten wir aktuell wirklich keine Probleme. Es tut mir leid: Wenn es mit höheren Defiziten und Schulden leichter wäre, dann dürften wir eigentlich keine Probleme haben; denn die Verschuldung der Industrieländer – damit wir wissen, wovon wir reden – ist wieder auf dem Niveau, auf dem es am Ende des Zweiten Weltkrieges gewesen ist. Durch eine Steigerung werden wir nur neue Ungewissheiten, neue Blasen, Unsicherheiten und Volatilität, aber keine strukturelle Lösung unserer Probleme erreichen. Deswegen helfen nur Innovationen, Strukturreformen, Investitionen, verlässliche Rahmenbedingungen und eben vor allen Dingen Vertrauen in die Nachhaltigkeit.

Man kann allein mit öffentlichem Geld Arbeitsplätze und Wachstum nicht dauerhaft herbeikaufen. Es bringt auch nichts, im Zusammenhang mit Wachstum und Beschäftigung einfach auf die Europäische Zentralbank zu schießen. Sie tut, was sie kann, aber sie hat ihr Instrumentarium im Wesentlichen ausgereizt, wie man an den aktuellen Entwicklungen sehen kann. Billiges Geld kann Wachstum eben auch nicht erzwingen. Sonst hätten wir derzeit keine Probleme.

Es ist doch auffallend – das hören Sie nicht gern, aber es ist eine Tatsache –: Bei sinkendem Zinsniveau – das Zinsniveau ist aktuell so niedrig wie selten zuvor – steigt in wichtigen europäischen Ländern die private Sparquote. Die Ökonomen können das nur schwer erklären. Sie sagen: Eigentlich müssten sinkende Zinsen dazu führen, dass man weniger spart. Das Gegenteil ist der Fall, und das zeigt, dass psychologische Fragen eine viel größere Wirkung haben. Bei sinkenden Zinsen steigt in wichtigen europäischen Ländern die Sparquote!

In Deutschland haben wir übrigens eine starke Konsumnachfrage, die die wesentliche Stütze unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist. Das wiederum zeigt, dass das Vertrauen in die Nachhaltigkeit

unserer Finanzen wirtschaftlich von einer gar nicht zu überschätzenden Bedeutung ist.

Im Übrigen hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland in seinem letzten Jahresgutachten 2013/2014 ausdrücklich auf die Gefahr hingewiesen, dass zu hohe Erwartungen an die Handlungsmöglichkeiten der Europäischen Zentralbank am Ende nur die Durchsetzung der notwendigen Budget- und Strukturreformen durch die politisch Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten schwächen könnten. Auch das muss man sich wieder und wieder ins Gedächtnis rufen.

Obwohl Liquidität heute eher im Übermaß vorhanden ist, bleibt der Zugang zu Kapital für kleine und mittlere Unternehmen in Teilen Europas infolge der Finanzkrise immer noch beeinträchtigt. Dieses Problem ist auch durch mehr Liquidität nicht zu beseitigen. Die entscheidende Frage ist: Warum gelingt es nicht, diese reichlich vorhandenen Mittel stärker in die unternehmerischen Investitionen zu leiten?

Das ist eben der Punkt: Nachhaltiges Wachstum entsteht nur durch Innovationen, durch unternehmerische Ideen und ihre Umsetzung. Wo das ausbleibt, stimmen die Rahmenbedingungen nicht. Diese müssen wir auf europäischer wie nationaler Ebene weiter verbessern. Das bedeutet Strukturreformen, Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, Stärkung von Forschung und Entwicklung. Deswegen lege ich zusammen mit meinem französischen Kollegen Michel Sapin anlässlich unseres informellen Finanzministertreffens am Freitag und Samstag dieser Woche gemeinsame Vorschläge vor, wie wir die nationalen und europäischen Umfelder für Investitionen, und zwar nicht nur für Finanzierungen von Investitionen, sondern auch für tatsächliche Möglichkeiten für Investitionen, verbessern können. Das ist der entscheidende Punkt.

In diesem Zusammenhang ist auch wichtig: Die Bankenunion, die kurz vor ihrer Umsetzung steht – die Europäische Zentralbank ist gerade in der entscheidenden Vorbereitungsphase für den Aufbau der Europäischen Bankenaufsicht –, wird die Leistungsfähigkeit und die Krisenresistenz der europäischen Banken verstärken. Wir arbeiten an regulatorischen Erleichterungen für langfristige Investitionen durch Kapitalsammelstellen. Wir arbeiten auch an der Wiederbelebung des

Marktes für Hochqualitätsverbriefungen in Europa, der durch die Bankenkrise in Misskredit geraten ist. Wir arbeiten an einem robusten Rahmen für Unternehmensanleihen.

Auf der Ebene der G-20-Staaten entwickeln wir in der schon erwähnten Arbeitsgruppe mit Indonesien und Mexiko Standards für Qualitätsverbriefungen von Mittelstandskrediten. Standards von Verbriefungen heißt übrigens nicht, dass die Zentralbanken die entscheidenden Käufer für solche Verbriefungen sein müssen. Nein, wir wollen sie in erster Linie marktfähig machen – um es mit freundlicher Zurückhaltung zu sagen.

Ein wachstumsfreundliches Umfeld, und zwar nur ein solches Umfeld, fördert private Investitionen. Deshalb muss jedes Land in Europa für sich selbst wettbewerbsfähiger werden. Jedes Land muss Strukturreformen auf den Arbeitsmärkten umsetzen. Das ist schwierig zu machen; das weiß ich. Die Länder, in denen das notwendig ist, müssen die Leistungsfähigkeit und Effektivität ihrer öffentlichen Verwaltung steigern. Das jedenfalls macht die Länder für Investitionen attraktiver.

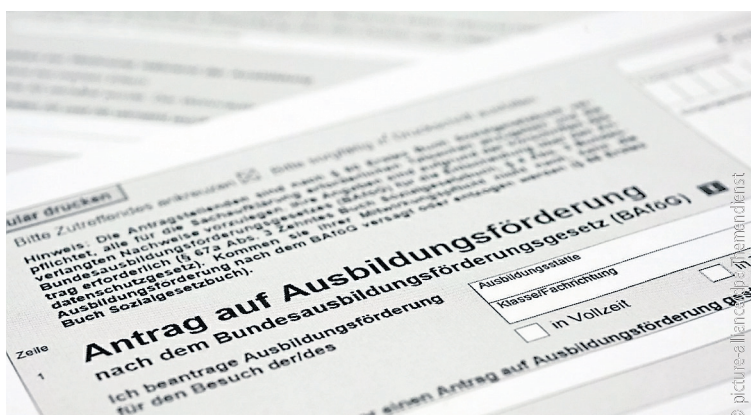
Natürlich hilft die Leistungsfähigkeit der Verwaltungen auch, sicherzustellen, dass die schon bereitstehenden EU-Mittel tatsächlich abgerufen werden. Auch das ist ein Kapitel für sich. Das gilt gerade für das Thema Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und vor allen Dingen der immer noch viel zu hohen Jugendarbeitslosigkeit in einigen Ländern Europas.

Frau Bundeskanzlerin, Sie werden erlauben: Bereits vor einigen Jahren haben die Staats- und Regierungschefs nach hartem Ringen darüber, ob 6 Milliarden Euro hierfür nicht zu wenig seien, die Einrichtung eines sofort zur Verfügung gestellten Fonds zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit beschlossen. Werte Kolleginnen und Kollegen, es kann einfach nicht hingenommen werden, dass von diesen 6 Milliarden Euro bis heute praktisch nichts abgeflossen ist.

Entschuldigung, da bleibt mir fast die Stimme weg. Man könnte auch sagen: Da bleibt einem tatsächlich das Wort im Halse stecken.

Alle sind sich einig, dass die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dringend ist. 6 Milliarden Euro werden bereitgestellt, und es wird sogar gesagt, das reiche nicht. Dann aber muss man nach ein paar Jahren feststellen, dass von diesem Geld kaum etwas abgeflossen ist. Das hat etwas mit den Ver-

**Man kann allein mit öffentlichem Geld Arbeitsplätze nicht dauerhaft herbeikaufen.**



Anstatt der Länder übernimmt zukünftig der Bund die BAföG-Leistungen.



waltungsstrukturen in den betroffenen Ländern zu tun. Aber es ist im Übrigen auch eine Herausforderung in dieser neuen Periode von Europäischem Parlament und Europäischer Kommission, die Effizienz des Mitteleinsatzes in Europa deutlich zu erhöhen. Da gibt es bei der EU wirklich viel Luft nach oben.

Öffentliche Investitionen in Europa müssen auf langfristiges und nachhaltiges Wachstum ausgerichtet sein. Sie sollten sich konzentrieren auf Forschung und Entwicklung, Bildung und Ausbildung, Innovationen und Start-up-Unternehmen, den digitalen Sektor, eine gute, überregionale Verkehrsinfrastruktur, die Finanzierung von kleinen und mittleren Unternehmen und die Energiewende.

Wir haben die Europäische Investitionsbank mit Blick auf diese Ziele gestärkt; wir haben auch ihr Kapital wesentlich erhöht. Auch der EU-Haushalt und die europäischen Struktur- und Investitionsfonds müssen konsequent auf die Zukunftsfähigkeit Europas ausgerichtet werden.

Und da wir alle einig sind, dass wir eine Energieunion und eine digitale Union in Europa brauchen – mit europäischer Netzwerkinfrastruktur, mit guten Bedingungen für europäische Player im Hard- und Softwarebereich –, müssen wir in Europa einfach nur noch die Voraussetzungen in der Regulierung dafür schaffen. Das ist eine der zentralen Aufgaben in dieser neuen Periode europäischer Politik.

Die Europäische Union – man kann es nicht oft genug sagen – muss sich auf das konzentrieren, was die Mitgliedstaaten alleine nicht mehr leisten können. Das betrifft vor allem die grenzüberschreitenden Netze von Verkehr, Energie und Telekommunikation. Hier muss die europäische Ebene leistungsfähiger werden und die regulatorischen Voraussetzungen dafür schaffen, dass das weltweit ja eher im Übermaß vorhandene und anlagesuchende Finanzvolumen tatsächlich in diesen Bereichen investiert wird. Das ist eine Frage der Regulierung, um die Voraussetzungen zu schaffen, dass das Kapital auch investiert werden wird.

Aber noch einmal: Wachstum in Europa heißt eben auch, dass alle Staaten ihre Hausaufgaben machen. Wir haben uns gemeinsam viel vorgenommen. Aber das, was an Haushaltssanierungen, an Strukturreformen angekündigt wurde – und angekündigt haben wir alle das oft –, muss auch konsequent umgesetzt werden. Es bleibt dabei: Solange wir eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Geldpolitik, aber keine gemeinsame Finanz- und Wirt-

schaftspolitik haben, so lange bleibt es besonders unverzichtbar, dass sich alle an Absprachen und Regeln halten.

Man muss daran erinnern: Viele Ökonomen haben gesagt, eine Währungsunion ohne gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik geht gar nicht, jedenfalls nicht auf Dauer. Dann haben wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt geschaffen, damit es doch geht. Aber es geht nur, wenn wir uns an die Regeln halten. Das ist auch keine Frage von Sturheit oder Belieblichkeit, sondern eine Voraussetzung für die Stabilität unserer gemeinsamen Währung.

Ein bedeutender amerikanischer Präsident hat einmal einen Wahlkampf geführt mit dem Slogan:

„It's the -economy, stupid!“ Wir könnten heute auch einfach sagen: „It's the implementation, stupid!“ Einfach nur implementieren, machen, umsetzen, was man angekündigt hat – darauf kommt es an. Nur dann werden wir nachhaltig Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas und seiner Staaten gewinnen.

Wir müssen uns in dieser sich schneller und stärker globalisierenden Welt wirtschaftlich behaupten. Unser Ziel in Deutschland und in Europa ist die Sicherung der Leistungskraft der westlichen Welt. Es geht auch um Handlungsfähigkeit in wirtschaftlichen und politischen Krisen, die uns auch in Zukunft ereilen können und sicherlich auch ereilen wer-

den. Es geht am Ende auch um die Grundlagen von Sicherheitspolitik, innen- wie außenpolitisch. Wir schaffen Stabilität und Berechenbarkeit; wir geben Orientierung.

Wenn wir in den Krisen dieser Monate – vor allem im Verhältnis zu Russland – mit unseren europäischen Vorstellungen von Außen- und Sicherheitspolitik, wie sie die Bundeskanzlerin wieder und wieder von diesem Pult aus definiert hat, erfolgreich sein wollen – nämlich nicht Einsatz militärischer Mittel zur Durchsetzung von Interessen, sondern Partnerschaft, Zusammenarbeit, Austausch, freier Wettbewerb –, dann, verehrte Kolleginnen und Kollegen, müssen wir wirtschaft-

lich und gesellschaftlich stark sein – und damit attraktiv. Die Welt beobachtet genau, ob Europa dem Anspruch, den es an andere stellt, selbst genügen wird; darauf kommt es an.

Vertrauen, das die Welt in Europa hat, aber auch Vertrauen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das wir selbst in unsere Zukunft haben, ist letztlich die Grundlage unserer Überzeugungskraft. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik gründet darauf, und eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik leistet einen kleinen, aber notwendigen Beitrag.

(Anhaltender Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

## Das Gegenteil von verantwortungsvoller Politikgestaltung



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

**H**err Bundesfinanzminister, ich habe Ihnen aufmerksam zugehört und festgestellt, dass wir in Deutschland keine Probleme haben, wenn überhaupt, nur einige Aufgaben; unsere Nachbarn haben Probleme. Ich kann Ihnen eines versichern: Das hat mit der Lebenswirklichkeit vieler Menschen sehr, sehr wenig zu tun.

Ich will vorab darauf eingehen, dass Sie einen Etatentwurf ohne Neuverschuldung vorlegen. Ich sage: Respekt, und zwar deshalb, weil das mehrfach von Ihren Vorgängern angekündigt, aber nie erreicht worden ist. Das ist jetzt der Fall. Das ist für Linke, die die schwarze Null nicht als heilige Kuh anbeten, trotzdem sehr wohl ein Ereignis.

Die entscheidende Frage wird allerdings sein: Realisieren Sie das dann auch im Haushaltsvollzug? Denn das ist bei allen Entwürfen entscheidend. Und die zweite Frage ist – darauf müssen wir genau achten –: Um welchen Preis wird die schwarze Null beziehungsweise der Verzicht auf Neuverschul-

dung erzielt?

Ich will als Zweites unbedingt erwähnen, dass in kürzester Frist der zweite Haushaltsentwurf vorliegt. Dabei gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien, besonders auch im Finanzministerium, ganz herzlicher Dank. Sie haben Tolles auch für die Opposition geleistet. Ich will das deshalb voranschicken.

Meine Damen und Herren, die Linke kritisiert den Haushaltsentwurf aus folgenden Gründen:

Erstens. Dieser Haushalt ist das Gegenteil von verantwortungsvoller Politikgestaltung. Zentrale Herausforderungen der Politikgestaltung, das heißt die Modernisierung des Bildungswesens, der Infrastruktur und der Energienetze und die Überwindung des Investitionsstaus, finden sich im Haushalt nicht ausreichend wieder. Die Investitionsquote stagniert in Deutschland seit Jahren. Seit zehn Jahren liegen wir – teilweise um 2 bis 3 Prozent – unter dem europäischen Durchschnitt.

Was Sie hier dargestellt haben, ist real nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Selbst das DIW mahnt: Die marode Infrastruktur wird zur Gefahr für die Wirtschaft in Deutschland. Die Bruttoinlandsinvestitionen des Staates sind geringer als die Abschreibungen. Jedes Unternehmen, das so agieren würde, wäre in einigen Jahren in Konkurs gegangen. Aber Sie betreiben diese Politik seit einigen Jahren. 120 Milliarden Euro müssten in den nächsten Jahren investiert werden. Aber Sie tun viel zu wenig.

Jährlich verfällt in Deutschland Infrastruktur im Wert von 4 Milli-

arden Euro. Es reicht deshalb nicht aus, zu sagen: Die Rendite ist für Unternehmen das Entscheidende. Nein, die Rendite kann nicht der ausschlaggebende Punkt sein. Investitionen in die Infrastruktur sind für die Menschen in diesem Lande wichtig.

Bei Ihnen finden Investitionen derzeit vor allen Dingen auf einem Feld statt: Sie reden über die Dobrindt-Maut, und Sie sprechen hier von Verlässlichkeit und Vertrauen. Angesichts der Maut muss ich feststellen: Das, was Sie hier aufführen, ist Kasperletheater.

Es ist konzeptionslos, ein bürokratisches Monster und verschlingt öffentliche Mittel. Was es bringen wird, weiß kein Mensch. Sie verärgern sogar unsere ausländischen Nachbarn, und zwar nicht nur in West und Süd, sondern auch im Osten. Das ist doch ein Riesenproblem, und das hat überhaupt nichts mit Vertrauen zu tun.

Jetzt sind Ihre Begründungen: Seehofer muss liefern. Sie wollen nicht das Schicksal der FDP teilen. – Was sind das denn für Argumente bei diesem doch so wichtigen Thema? Hören Sie auf mit diesem Unsinn! Die Kanzlerin hat doch im Rededuell mit Steinbrück gesagt: Die Maut wird nicht kommen. Das war doch eine richtige Äußerung. Jetzt wird in den Debatten darüber dauernd der Koalitionsvertrag als Begründung genannt. Aber ob ich die Wehrpflicht, den Atomausstieg oder

Ähnliches nehme: Sie haben schon oft Koalitionsverträge gebrochen. Hören Sie auf mit dem Unsinn der Maut! Das verärgert nur die Menschen in diesem Land.

Zweitens. Haushaltsrisiken scheinen für Sie ein Fremdwort zu sein. Im Koalitionsvertrag heißt es: „Unser Grundsatz heißt: ‚Kein Finanzmarkt, kein Finanzprodukt, kein Finanzmarktakteur ohne Aufsicht.‘“ Das Gegenteil ist der Fall. Die Sparkassen und Volksbanken regulieren Sie. Die müssen immer mehr Leute einstellen und werden schon irre ob der Regulierung. Aber bei den Großen rollt die Kaskinokugel weiter. Bei den Investmentbankern haben Sie fast nichts gemacht.

Sie können doch nicht die Kleinen totregulieren und bei den anderen mehr oder weniger nichts machen. Das ist doch ein Riesenproblem.

Nun war gestern wieder von der Finanztransaktionssteuer die Rede. Wir haben das damals in den Bundestag eingebracht. Tun Sie etwas auf europäischer Ebene! Sie haben unsere Unterstützung. Wann wird die Transaktionssteuer endlich eingeführt? Dann

kommt doch Geld in die Kassen, und die Transaktionen auf dem Finanzmarkt werden etwas verlangsamt.

Kommen wir zu den Haushaltsrisiken. Wenn ich das richtig gelesen habe, ist das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im zweiten Halbjahr zurückgegangen. Ist das kein Problem? Die Bauinvestitionen sind um 4,2 Prozent zurückgegangen. Im Bereich der Ausrüstungen ist ein Rückgang um 0,4 Prozent zu verzeichnen. Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist zum

**Angesichts der Maut muss ich feststellen: Das, was Sie hier aufführen, ist Kasperletheater.**



dritten Mal in Folge gefallen. Das sind doch reale Probleme und Risiken. Im Übrigen führen die Wirtschaftssanktionen gegen Russland, die wir für grundsätzlich falsch halten, natürlich dazu, dass die Exporte nach Russland zurückgegangen sind, insbesondere in den neuen Bundesländern. In meinem Heimatland Mecklenburg-Vorpommern sind beispielsweise die Exporte von Fleisch, Milch, Gemüse und Käse deutlich zurückgegangen. Das ist ein Problem. Das muss man wenigstens reflektieren.

Das Agieren Deutschlands in den aktuellen Krisenherden wie dem im Irak macht deutlich – ich will auf die politische Debatte gar nicht detailliert eingehen –: Das wird immens viel Geld kosten. Dieses Geld ist teilweise völlig falsch angelegt. Zu diesem Schluss komme ich insbesondere dann, wenn ich mir die Debatte vor Augen führe, dass der Verteidigungsetat ob dieser Risiken erhöht werden soll. Mit diesem Kurs gefährden Sie aufs Größte die Zukunft des Landes.

Drittens. Sie haben keine gesellschaftliche Vision von unserem Land. Sie versprechen im Koalitionsvertrag: „Unser Maßstab für eine erfolgreiche Politik ist die Lebensqualität der Menschen ...“

Wenn dem doch nur so wäre, dann wäre es wunderbar.

Aber vieles, was Sie im Koalitionsvertrag niedergeschrieben haben, bleibt folgenlos, wird wie zum Beispiel bei der Mütterrente völlig falsch finanziert

oder führt, wie das Betreuungsgeld zeigt, zu den vorausgesagten völlig negativen Entwicklungen.

Sie haben versprochen: „Wir wollen: Gute Arbeit für alle – sicher und gut bezahlt.“ Was sagen Sie den 2,9 Millionen Arbeitslosen und insbesondere den über 1 Million Langzeitarbeitslosen in diesem Land, deren Zahl im Vergleich zum vergangenen Jahr um 1 Prozent gestiegen ist, oder den 500.000 Menschen, die im Alter oder aufgrund von Erwerbsminderung auf Grundsicherung angewiesen sind? Nennen Sie das gute Lebensqualität der Menschen? Nein, das kann man nicht so nennen. Das hat überhaupt nichts mit Gerechtigkeit zu tun.

Außerdem geht die Schere zwischen Arm und Reich in unserem Land immer weiter auseinander. Wenn die 500 reichsten Deutschen über ein Vermögen von 615 Milliarden Euro verfügen – das ist das Doppelte des Bundeshaushalts –, dann wissen Sie genauso gut wie ich, dass da etwas nicht in

Ordnung ist. Da muss man doch etwas tun. Angesichts dessen muss man doch über Verteilungsgerechtigkeit reden.

Man kann dann nicht einfach sagen: Steuern erhöhen wir auf keinen Fall. – Vielmehr muss man diese Vermögenden zur Kasse bitten. Wie ich höre, denken Sie über die Abschaffung des Solidaritätszuschlags nach. Darüber kann man sicherlich reden. Aber das muss gegenfinanziert werden, und zwar von denjenigen, die von der Krise profitiert haben. Bei diesen ist schließlich etwas zu holen.

Was ist denn daran gerecht, wenn in den vergangenen 15 Jahren die Produktivität um 16 Prozent gestiegen ist, die Tariflöhne aber statistisch gesehen nur um 10 Prozent zugelegt haben? Da läuft doch etwas schief. Die Vermögen werden immer größer. Ein Drittel der Menschen hat kein Vermögen oder hat Schulden, während 1,1 Millionen Menschen Vermögensmillionäre sind. Da ist etwas schief in Deutschland. Die Schere geht immer weiter auseinander. Angesichts dessen darf man nicht nur zuschauen, sondern muss etwas dagegen tun, auch im Haushalt.

Sie sagen immer: Der soziale Etat ist der größte, und wir tun doch so unsagbar viel.

Ja, es ist richtig, dass der Sozialetat mehr als die Hälfte des Bundeshaushalts ausmacht. Das wissen die Haushälter aller Fraktionen.

Das ist das Ergebnis von Politik. Diese hohen Sozialkosten sind das Ergebnis

Ihrer Politik, die so viel Bedürftigkeit und Not produziert. Das ist die Ursache für diesen hohen Etat.

Haushaltspolitik darf nicht einer imaginären schwarzen Null geopfert werden. Eine Politik um der schwarzen Null willen, die die Schulden von heute in kaputte Städte und Gemeinden, marode Gesundheits-, Kultur- und Bildungseinrichtungen unserer Enkel tauscht, ist der falsche Weg. Es ist keine Neuverschuldung notwendig, wir können das finanzieren, wenn wir eine andere Steuerpolitik betreiben. Wir wollen keine allgemeinen Steuererhöhungen und auch nicht den Weg in den Schuldenstaat beschreiten. Das Gegenteil ist der Fall.

Lassen Sie uns die Haushaltsberatungen nutzen, damit sinnvolle Vorschläge Ihren Entwurf hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit relevant verändern können.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Carsten Schneider, SPD:

## Beginn einer Zeitenwende



Carsten Schneider (\*1976)  
Landesliste Thüringen

Mit dem Haushalt 2015, den die Regierung hier eingebracht hat, beginnt eine Zeitenwende. Es ist der erste Bundeshaushalt seit mehreren Jahrzehnten, mit dem der Versuch unternommen wird – ich hoffe, wir werden es auch schaffen –, die Neuverschuldung nicht nur zu reduzieren, sondern sie gänzlich auf null zu setzen. Das hat es seit 1969 nicht mehr gegeben.

Wir als Sozialdemokraten haben uns im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl vorgenommen, genau dies zu erreichen. Wir haben 2009 in der Großen Koalition hier im Bundestag die Schuldenbremse mit beschlossen, und wir werden sie vorfristig, nämlich schon im Jahr 2015, erreichen. Das ist ein Quantensprung, auf den wir Sozialdemokraten stolz sind.

Dies wird von einer breiten Mehrheit im Deutschen Bundestag, von den Kollegen der Union und, wie ich gehört habe, auch von der Linkspartei und, wie ich vermute, grundsätzlich auch von den Grünen, getragen. Über den Weg dahin streiten wir.

Es ist richtig, Kollege Bartsch, dass wir in der Steuerpolitik, gerade was die Verteilungsfrage betrifft, Unterschiede in der Koalition haben. Wir haben uns nicht auf alle Punkte einigen können, die Bestandteil unseres Regierungs- und Wahlprogramms waren. Das bleibt einer politischen Entscheidung im Anschluss an die nächste Bundestagswahl vorbehalten.

Trotzdem haben wir die Wachstumskräfte, die in Deutschland derzeit die Konjunktur stützen und für die gute Entwicklung verantwortlich sind, nämlich die Binnennachfrage, extrem gestärkt. Das Wichtigste dabei ist die ab dem 1. Januar 2015 beginnende Einführung des gesetzlichen Min-

destlohns. Er wird allein in meinem Heimatland Thüringen für über ein Drittel der Beschäftigten für die größte Lohnerhöhung sorgen, die diese Beschäftigten jemals erreicht haben.

Aber nicht nur der Mindestlohn wird eine Stütze der Konjunktur sein und zu höheren Steuereinnahmen führen, sondern auch die Tarifabschlüsse. Nun weiß ich nicht, Kollege Bartsch, ob die von Ihnen genannten Zahlen inflationsbereinigt waren oder nicht. Wahrscheinlich waren sie inflationsbereinigt, was die Steigerung betrifft. Nichtsdestotrotz sehen auch wir, ähnlich wie die Deutsche Bundesbank, Luft nach oben, was die Lohnentwicklung betrifft. Die Tarifabschlüsse müssen in den nächsten Jahren höher werden, und der Anteil der Arbeitnehmer an der gesamtwirtschaftlichen Leistung muss gerechter ausfallen; das ist gar keine Frage.

Ja, wir haben auch eine Diskussion über die Zukunftsinvestitionen. Ich finde, völlig zu Recht; denn die Analyse, dass wir in weiten Teilen von der Substanz leben und die öffentliche, aber auch die private Investitionsbereitschaft – Stichwort „Kapitalstock der Unternehmen“ – schwach ist, ist nicht neu. Ich würde sie auch nicht infrage stellen. Ich glaube viel eher, dass sie richtig ist und dass wir darauf Antworten geben müssen.

Wir tun das in Teilen durch die Verabredung im Koalitionsvertrag, was die Investitionen im Bereich Verkehr betrifft – 5 Milliarden Euro mehr – und was den Bildungsbereich betrifft – 6 Milliarden Euro mehr; hinzu kommen 3 Milliarden Euro mehr für Forschungsausgaben. Das ist ein klarer Trend nach oben. Die Zukunftsausgaben werden verstetigt, aber das wird sicherlich nicht ausreichen.

Aus diesem Grund unterstütze ich grundsätzlich die Überlegungen sowohl des Bundeswirtschaftsministers als auch des Bundesfinanzministers, das enorme Sparkapital, das in Deutschland zur Verfügung steht, für Investitionen zu akquirieren, sei es in Unternehmen, sei es in die öffentliche Infrastruktur, also da, wo es um Nutzerfinanzierung geht. Ich halte die Diskussion über die Gründe, die 2008 in die Finanzkrise geführt haben, nämlich dass die Überschüsse, die wir hier erwirtschaftet haben, ins Ausland exportiert und nicht in Deutschland investiert

wurden, für absolut überfällig.

Wir brauchen die hiesigen Unternehmensgewinne und die hiesige Sparquote für Investitionen in Deutschland, damit wir zukunftsfähig bleiben.

Wir wollen nicht wieder die Situation erleben, dass Lebensversicherungen, Banken und andere Kapitalanleger ihre hier erwirtschafteten Ersparnisse im Endeffekt im Ausland anlegen. Von daher, Herr Minister, sehe ich die Wiederbelebung des ABS-Marktes, also des Marktes für forderungsbesicherte Wertpapiere, kritisch.

Sicher ist es so, dass die mit Unternehmenskrediten besicherten Papiere nicht in dem Maße gehandelt worden sind wie andere. Nur, wer kontrolliert das? Ich glaube, dass wir die Chance viel besser nutzen müssen, die Bereinigung des Bankensektors im Verlaufe dieses Jahres durch eine unabhängige, qualifizierte Prüfung durch die europäische Bankenaufsicht, also durch die Europäische Zentralbank, vornehmen zu lassen. Wir müssen dafür sorgen, dass die sogenannten Zombiebanken, die nur noch durch das billige Geld der EZB am Leben erhalten werden, aber nicht mehr dafür sorgen, dass neu gegründete Unternehmen, die Innovationen vornehmen, finanziert werden, vom Markt verschwinden. Das heißt für Deutschland im Zweifel: kritische Eingriffe. Sie sind aber notwendig, um den Steuerzahler langfristig vor weiteren Schäden zu bewahren und außerdem um zusätzliche Wachstumsimpulse zu schaffen.

Herr Minister, ich finde, Sie haben zu Recht auf die Initiative zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit hingewiesen. Es bringt nichts, große Summen – hier 6 Milliarden Euro – in den Raum zu stellen, die im Endeffekt nicht abfließen. Ja, wir als Exportnation – heute hieß es, dass wir im letzten Monat Exporte im Wert von über 100 Milliarden Euro getätigt haben; das zeigt, dass wir immer noch eine Exportnation sind; wir sollten also den Teufel nicht an die Wand malen – haben ein großes Interesse daran, dass der europäische Binnenmarkt funktioniert, dass unsere Partner in Frankreich und Italien über eine stabile Wirtschaftsentwicklung verfügen können. Deswegen bin ich sehr dafür, dass wir die vorgegebenen Spiel-

Fortsetzung auf nächster Seite



räume innerhalb des Stabilitäts- und Wachstumspaktes nutzen. Das heißt: Strukturreformen und im Gegenzug mehr Zeit beim Defizitabbau. Das Gleiche haben wir in Deutschland in den Jahren 2005 und 2006 in der Großen Koalition gemacht, und zwar erfolgreich.

Mit Herrn Renzi und Herrn Hollande haben wir es mit einem Ministerpräsidenten und einem Präsidenten zu tun, die solche Reformen – vielleicht zu spät – in Angriff nehmen. Wir als Deut-

scher Bundestag haben das größte Interesse daran, dass die beiden Länder Italien und Frankreich stabil bleiben, dass sie wirtschaftlich vorankommen und dass dort keine Extremisten an die Macht kommen. Deswegen sollten wir sie auf ihrem Weg uneingeschränkt unterstützen.

Ich will auf einen letzten Punkt eingehen: auf die Besteuerung des Finanzsektors. Die heutige Haushaltsdebatte ist in diesem Zusammenhang bereits ein Anfang. Bisher muss man sagen: Da tut sich

nichts. Wir werden das Bankeninsolvenzrecht mit der Schaffung der Europäischen Bankenunion ändern. Das wird uns im Herbst dieses Jahres hier im Deutschen Bundestag beschäftigen. Aber klar ist auch, dass die Kosten der Krise, die auch wir in Deutschland zu schultern haben, vom Steuerzahler getragen wurden. Der Finanzsektor hat dazu keinen Beitrag geleistet. Im Gegenteil: Die zukünftig auszugestaltende Bankenabgabe – sie wird zu leisten sein, wenn auf europäischer Ebene eine Bank

pleitegeht – bedeutet, dass der Finanzsektor die Kosten dafür tragen muss.

In Deutschland ist diese Abgabe nicht steuerabzugsfähig, in anderen europäischen Ländern schon. Ähnlich ist es mit der Finanztransaktionssteuer. Ihre Einführung war die Voraussetzung für die Zustimmung der SPD und auch der Grünen zum europäischen Fiskalpakt. Ich erwarte diesbezüglich substantielle Fortschritte auf europäischer Ebene, damit wir diejenigen, die die Krise mit verursacht haben,

tatsächlich an den Kosten ihrer Bewältigung beteiligen. Das ist eine Frage der öffentlichen Legitimation von Demokratie.

Sie haben dazu, Herr Minister, die volle Unterstützung des Deutschen Bundestages. Wenn wir das bis Ende des Jahres nicht schaffen sollten, werden wir sehr wohl überlegen müssen, ob wir dazu nicht national Regelungen treffen und vorangehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sven-Christian Kindler, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Dieser Haushalt hat drei zentrale Defizite



Sven-Christian Kindler (\*1985)  
Landesliste Niedersachsen

Wir haben es hier auch gerade in der Haushaltsdebatte gehört: Die Große Koalition lobt sich selbst für den Haushalt 2015.

Aber wir müssen als Haushälter beim Haushalt natürlich auch ins Detail gucken. Wenn wir ins Detail gucken, dann sehen wir: Es gibt drei zentrale Defizite in diesem Haushalt: Das erste ist das Hoffen auf die gute Konjunktur. Zweitens. Es gibt kaum Investitionen. Dieser Haushalt lebt von der Substanz. Das dritte ist der unsoziale Griff in die Rentenkasse und in den Gesundheitsfonds. Das ist wahrlich kein Grund, sich selbst zu loben.

Mit diesem Haushalt 2015 wollen Sie keine neuen Schulden mehr bei den Banken aufnehmen, aber Sie nehmen neue Schulden bei der Infrastruktur auf. Sie nehmen neue Schulden bei der Zukunft auf, weil Sie kaum investieren. Sie nehmen neue Schulden bei den Krankenkassen auf. Sie nehmen neue Schulden bei der Rentenversicherung auf. Ihr Haushalt, Herr Schäuble, hat eine große versteckte Verschuldung.

Schauen wir uns die drei zentralen Defizite doch einmal konkret an: Erstens. Das Hoffen auf die Konjunktur. Sie profitieren enorm

von der guten Konjunktur, von den historisch niedrigen Zinsen, von den guten Steuereinnahmen, und Sie gehen davon aus, dass das alles so rosarot bleibt bis 2018. Sie rechnen mit jährlich 3,8 Prozent Steigerung bei den durchschnittlichen Steuereinnahmen. Schon dann, wenn man nur einen halben Prozentpunkt weniger annimmt, 3,3 Prozent, haben Sie eine große Lücke von 14 Milliarden Euro im Finanzplan.

Herr Schäuble, Sie haben selber darauf hingewiesen: Es gibt international viele große Krisen, in Syrien, im Irak, in der Ukraine und anderswo. Das alles kann Auswirkungen auf Unternehmen, auf die Konjunktur haben. Schon die Steuerschätzung im Mai hat nach unten gewiesen und gezeigt, dass man sich eigentlich nicht auf die gute Konjunktur verlassen kann. Aber in Ihrem Haushalt ist keine Vorsorge getroffen. Es sind keine Risiken eingepreist. Das hat nichts mit einer seriösen Haushaltsplanung zu tun.

Das hat vielmehr damit zu tun, dass Sie strukturell nicht an diesen Haushalt ranwollen. Sie wollen keine strukturellen Reformen machen. Sie wollen auch nicht wirklich gerechte Ausgabenkürzungen vornehmen. Sie wollen nicht an den Subventionsabbau ran, wodurch man Milliarden Euro, gerade im umweltschädlichen Bereich, einsparen könnte. Sie wollen nicht an gerechte Einnahmeverbesserungen ran.

Sie wollen nicht darangehen, diesen Haushalt wirklich strukturell zu konsolidieren. Aber wir brauchen keine rosarote Haushaltspolitik; wir brauchen eine strukturelle, eine engagierte Haushaltspolitik.

Das zweite große Defizit, das zentrale Defizit in diesem Haushalt, ist die versteckte Verschul-

dung bei den Investitionen. Dieser Haushalt lebt von der Substanz. Die Investitionsquote sinkt im Finanzplan bis 2018 auf 8 Prozent. Deutschland hat jetzt schon eine der niedrigsten Investitionsquoten weltweit. Das stellt man fest, wenn man die Volkswirtschaften vergleicht. Investitionen, die Sie heute nicht tätigen, sind die Kosten und Schulden von morgen und übermorgen.

Das Vermögen des Staates sinkt dadurch, die versteckte Verschuldung steigt – und das trotz Ihrer sehr optimistischen Annahmen bei den Steuerermehreinnahmen.

Wenn wir uns das einmal anschauen, stellen wir fest: Sie rechnen von 2014 bis 2018 im Finanzplan in der Summe mit 111 Milliarden Euro Steuerermehreinnahmen.

Nur, es ist völlig unklar, wo das Geld eigentlich bleibt. Es versickert im Etat, ohne Gestaltungsanspruch, ohne Prioritäten. Es ist nicht klar, wo das Geld bleibt. Es ist nur klar, dass es eben nicht investiert wird. Die Investitionsquote sinkt auf 8 Prozent, und das ist ein echtes Armutszeugnis der Bundesregierung. Das ist nicht generationengerecht.

„Unterlassene Investitionen“, das klingt sehr haushaltstechnisch. Aber diese unterlassenen Investitionen haben sehr reale Auswirkungen auf die Bürgerinnen und Bürger, auf unsere Gesellschaft, auf die Unternehmen in diesem Land. Jede zweite Brücke ist sanierungsbedürftig, ist baufällig. In Zukunft müssen viele Bahn- und Straßenbrücken gesperrt werden, wenn sie jetzt nicht saniert werden.

Wir wissen auch: Jeder dritte Bürger in diesem Land hat kein schnelles Internet. Das ist gerade für die Menschen im ländlichen Raum ein großes Problem, weil sie sozialökonomisch abgehängt werden.

Die Investitionen in den Klimaschutz und in die Energiewende werden drastisch zurückgefahren. Das führt dazu, dass das Klima weiter zerstört wird. Das führt dazu, dass Arbeitsplätze im Handwerk und im Mittelstand gefährdet werden.

Von außen hat dieser Haushalt eine polierte, glänzende Fassade, dahinter bröckelt es gewaltig. Das Fundament wackelt gewaltig. Sie fahren diese Gesellschaft auf Verschleiß. Das ist eine Versündigung an unserer Zukunft.

Vor meiner Zeit im Bundestag habe ich im Unternehmenscontrolling eines Industriebetriebes gearbeitet. Ich sage Ihnen: Mit einer solchen Unternehmensstrategie, mit einer solchen Finanzpolitik kann kein Unternehmen mittelfristig überleben.

Wenn wir uns den Haushalt anschauen, dann sehen wir, dass wir ein gutes Marketing, eine gute PR-Abteilung haben. Aber in der Forschungs- und Entwicklungsabteilung fehlt das Geld. Es wird nicht in die Mitarbeiter investiert. Die Maschinen in der Werkhalle sind kaputt und werden bald zerfallen. Die Buchhaltung muss kreative Buchführung machen und den Haushalt und die Bilanz für die Gesellschafter ordentlich schönen. Mit einer solchen Geschäftspolitik kann kein Unternehmen mittelfristig überleben. Ihre Bilanz, Herr Schäuble, ist einfach nicht ehrlich. Ihr Haushalt lebt von der Substanz.

Ich komme zum dritten großen Defizit Ihres Haushaltes. Sie greifen mit vollen Händen in den Gesundheitsfonds und in die Rentenkasse. Die Rentenreformen der Großen Koalition führen erstens nicht dazu, dass das Problem Al-

tersarmut gelöst wird, sie führen aber zweitens dazu, dass die Rentenkasse bis 2018 leer ist. Das große schwarze Loch hinterlassen Sie der nächsten Regierung. So droht ein sinkendes Rentenniveau bei steigenden Beitragssätzen.

Und Sie greifen für den Haushalt 2015 ungeniert in den Gesundheitsfonds mit 2,5 Milliarden Euro und nehmen damit Schulden bei den Krankenkassen auf. Das wird massive Auswirkungen auf die Beitragszahlerinnen und Beitragszahler haben. Sie finanzieren diesen Haushalt auf dem Rücken der einfachen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Das ist extrem unsozial.

Mit diesem Haushalt produzieren Sie ganz viele Verlierer. Wer sind die Verlierer Ihrer Haushaltspolitik? Die Verlierer sind die Kinder und Jugendlichen, denen es an guter Bildung und Betreuung fehlt. Die Verlierer sind die gesetzlich Krankenversicherten, die bald Zusatzbeiträge zahlen müssen. Die Verlierer sind Beschäftigte mit kleinen und mittleren Einkommen, die nachher die Zeche zahlen werden.

Die Verlierer sind aber auch Unternehmen, deren Transportwege kaputt sind und die im ländlichen Raum keinen Zugang zu schnellem Internet haben. Die Verlierer sind die Kommunen, deren versprochene Entlastung von 5 Milliarden Euro auf 2018 verschoben wird. Die Verlierer sind das Klima und die Umwelt, die weiter zerstört werden. Die Verlierer sind auch die Flüchtlinge in vielen Kriegen der Welt, weil humanitäre Hilfe nicht ausreichend bereitgestellt wird.

Angesichts dieser vielen Verlierer Ihrer Haushaltspolitik fordere ich Sie auf, die Haushaltsberatungen für 2015 für Verbesserungen zu nutzen. Hören Sie auf, sich selbst zu loben und sich selbst zu feiern. Gehen Sie die zentralen Defizite im Haushalt an. Wir werden Ihnen dazu solide und durchfinanzierte Alternativen vorlegen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Ihre unterlassenen Investitionen haben sehr reale Auswirkungen auf die Bürger.**



Ralph Brinkhaus, CDU/CSU:

## Wir brauchen mehr Haushaltspolitik 4.0



Ralph Brinkhaus (\*1968)  
Wahlkreis Gütersloh

Es ist ja notwendig, dass die Opposition den Haushaltsentwurf kritisiert, aber zwei Dinge fand ich sehr befremdlich. Herr Bartsch von den Linken: Sie kritisieren die Russland-Sanktionen, weil sie die Wirtschaftskraft in Deutschland beschädigen?

Selbst als Wirtschafts- und Finanzpolitiker muss ich sagen: Es gibt Dinge auf der Welt, die wichtiger sind als wirtschaftliches Wachstum.

Herr Kindler von den Grünen, ich finde es drollig, dass die Grünen kritisieren, wir würden hier in Deutschland nicht genug investieren. Ich nehme in meinem Heimatbundesland Nordrhein-Westfalen wahr, dass dort der größte Investitionsverhinderer Ihr grüner Bundesumweltminister Rammel ist.

Ich wollte eigentlich auf etwas anderes hinaus. Die Fußballweltmeisterschaft hat stattgefunden. Wir haben sie gewonnen und haben richtig gefeiert – die einen in Rio und die anderen hier in Deutschland. Wenn wir in der Wirtschaft einen schönen Abschluss tätigen, dann wird gefeiert. Wenn in der Familie ein gutes Ereignis stattfindet, dann wird gefeiert. Wann feiert eigentlich die Politik einmal das, was gut läuft?

Es ist doch so: Jedes Mal, wenn etwas gut gelaufen ist, wenn zum Beispiel die Beschäftigungssituation gut ist, wir wirtschaftlich stark sind oder wir einen ausgeglichenen Haushalt haben, dann rennen hier alle mit einer Leichenbittermiene durch die Gegend und reden von der nächsten Katastrophe und von den schlimmen Dingen, die da kommen. Es sollte unabhängig davon, welcher Partei wir angehören, zu unserem Selbstverständnis gehören, dass wir uns auch einmal freuen, wenn etwas gut gelaufen ist.

Diese Freude manifestiert sich

in drei Zahlen: 299,5 Milliarden Euro, 299,5 Milliarden Euro und 0 Euro. Das sind die Einnahmen, die Ausgaben und die Nettokreditaufnahme von 0 Euro. Generationen von Finanzministern wären froh gewesen, wenn sie heute hier an der Stelle von Wolfgang Schäuble gegessen hätten.

Ein Finanzminister – diese Spitze muss ich als Nordrhein-Westfale einfach bringen – wäre besonders froh gewesen, und zwar Herr Walter-Borjans, der nämlich überhaupt nicht mit dem, was er in Nordrhein-Westfalen hat, klar kommt.

Dieser ausgeglichene Haushalt ist zustande gekommen, obwohl wir weder Steuern erhöht noch neue eingeführt haben. Dieser ausgeglichene Haushalt ist zustande gekommen, obwohl wir Kommunen und Länder im mittleren zweistelligen Milliardenbereich entlastet haben und entlasten werden. Dieser Haushalt ist zustande gekommen, obwohl wir in ganz wichtigen Zukunftsbereichen nicht gespart haben, sondern zum Beispiel im Bereich Bildung und Forschung draufgelegt haben. Meine Damen und Herren, das ist aller Ehren wert.

Es wurde gemeinhin kritisiert, dass der Haushalt mit Risiken behaftet ist. Gab es je einen Haushalt, der nicht mit Unsicherheiten und Risiken behaftet war? Zukunft hat nun einmal die Eigenschaft, dass sie unsicher ist. Die Tatsache, dass es Risiken gibt, ist nicht das Entscheidende. Das Entscheidende ist, wie wir mit diesen Risiken umgehen und was wir daraus machen.

Man kann die Risiken benennen – sie sind von den Rednern alle aufgeführt worden –: Natürlich gibt es ein konjunkturelles Risiko. Das heißt, wir müssen uns noch mehr anstrengen, damit die Wirtschaftskraft in diesem Land erhalten bleibt. Das gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt. Der Haushalt ist vom Arbeitsmarkt abhängig. Natürlich haben wir ein niedriges Zinsniveau. Wenn ich mir angucke, was die EZB momentan so treibt, dann denke ich, dass es noch lange Zeit so niedrig bleiben wird.

Es gibt auch noch andere Risiken. Momentan wird zum Beispiel

höchststrichterlich über die Brennelementesteuer entschieden. Damit müssen wir uns beschäftigen.

Wir können auch nicht länger das machen, was wir in den vergangenen Jahrzehnten gemacht haben, nämlich die Friedensdividende ernten und den Verteidigungshaushalt zur Spardose des Bundeshaushaltes machen. Das geht nicht.

Es wäre skandalös, wenn wir die Menschen, die humanitäre Hilfe brauchen, im Stich lassen, weil wir sagen: Wir interessieren uns nur für uns. – Das geht nicht, und das muss auch im Haushalt abgebildet werden.

Wir müssen auch über unsere Investitionen nachdenken. Das gilt sowohl für Investitionen im Bereich der digitalen Welt und der

### Gab es je einen Haushalt, der nicht mit Unsicherheiten und Risiken behaftet war?

Energienetze als auch im Bereich der Verkehrsinfrastruktur. Man sollte aber bei aller Kritik – auch wenn sie berechtigt ist – eines nicht aus dem Auge verlieren: Wir haben nicht die Infrastruktur eines Entwicklungslandes.

Wir gehören immer noch zu den Top Ten dieser Welt. Wir müssen nur dafür sorgen, dass das so bleibt.

Jetzt kann man sich überlegen, wie man mit diesen Herausforderungen umgeht.

Da gibt es zum einen eine Antwort aus dem letzten Jahrhundert, die uns zu dem Elend geführt hat, das wir heute bei vielen Haushalten dieser Welt haben: Wenn man ein Problem auf der Ausgabenseite hat, dann erhöht man die Einnahmen, indem man sich mehr verschuldet oder die Steuern erhöht. – Das ist ziemlich unintelligent und wird der Gestaltungsfähigkeit von uns Haushaltern nicht gerecht. Ich glaube, dass wir das besser können; wir können andere Antworten geben. Wenn das die Politik aus dem letzten Jahrhundert, wenn das Haushalt 1.0 war, dann können wir auch Haushalt 4.0 machen.

Haushalt 4.0 heißt, dass wir einfach mal intelligentere Fragen stellen, dass wir uns die Frage stellen, wie wir die vorhandenen Mittel, die wir jedes Jahr ausgeben, besser einsetzen können, sodass wir die Aufgaben besser erfüllen können.

Ich gebe Ihnen einige Beispiele dafür:

Erstes Beispiel: Priorisierung. Wo gibt es eine Priorisierung der Themen, die uns jetzt wirklich wichtig sind? Sind wir bereit, für die Sachen, die uns wirklich wichtig sind, an anderer Stelle Opfer zu bringen? Wir haben das an einer Stelle hervorragend durchexerziert: Wir haben in den letzten Jahren Bildung und Forschung im Bundeshaushalt priorisiert. Das war eine Priorisierung, wie wir sie auch in anderen Bereichen brauchen.

Zweites Beispiel: Effizienz. Wie effizient setzen wir denn eigentlich unsere Mittel ein? Fangen wir mit dem Straßenbau an: Wie effizient sind unsere Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren? Was verlieren wir da? Was ist die Zusatzlast, die im Straßenbau durch gut gemeinte Umweltmaßnahmen entsteht?

Wie sieht es eigentlich mit den Ausschreibungsverfahren in Deutschland aus? Sind sie effizient, oder bringen sie mittlerweile Nachteile für die Wirtschaft hier? Wie sieht es mit den Bewirtschaftungskosten und ähnlichen Sachen aus? Da ist noch viel Luft.

Zur Effizienz in der Beschaffung. Wir alle wissen, dass wir beispielsweise im Bereich des Bundesverteidigungsministeriums Beschaffungsprobleme haben. Ich bin sehr froh, dass unsere Bundesverteidigungsministerin genau das jetzt zum Schwerpunkt ihrer Arbeit macht. Das ist richtig und gut.

Dritter Bereich: soziale Ausgaben. Wir schlagen uns – auch das ist angesprochen worden – mit dem Problem der Langzeitarbeitslosigkeit herum; wir schaffen es nicht, sie zu senken, obwohl wir dort Milliarden reinstecken. Sie als Haushalter wissen: Leider stecken wir viel zu viel in die Verwaltung und viel zu wenig in Maßnahmen, die direkt bei den Langzeitarbeitslosen ankommen.

Meine Damen und Herren, es gibt viele Bereiche, in denen wir mit unseren Mitteln effizienter umgehen können, als wir es bisher getan haben. Es ist natürlich un bequem, da heranzugehen. Es ist viel einfacher, zu sagen: Na, machen wir doch ein bisschen mehr Schulden, und dann wird das alles schon irgendwie funktionieren. – Das hier ist der unbequeme Weg, der untere Weg, der steinige Weg; aber wenn wir seriös arbeiten wollen, dann müssen wir diesen Weg gehen.

Wir müssen uns auch fragen, ob wir noch in der Lage sind, Strukturen infrage zu stellen. Wir unterhalten uns über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Das kann

sich nicht nur darauf erstrecken, dass wir einen Verteilungskampf um den Soli führen, sondern wir müssen auch bei den Strukturen, bei der Wettbewerbsfähigkeit etwas verändern. Wir müssen den Ländern mehr Handlungsspielraum, mehr Autonomie geben.

Ein letzter Punkt, der für die Haushaltspolitik 4.0 sehr wichtig ist: Wir sollten nicht auf jedes Thema aufspringen, das gerade durch die Medien und Gazetten

getrieben wird, sondern sollten sehr langfristig agieren.

### Wir haben nicht nur eine Verantwortung in Deutschland, sondern auch vor Europa.

Da möchte ich noch mal den Bereich von Frau Wanka, den Forschungsbereich, herausgreifen. Das ist ein Bereich, bei dem Prioritäten gesetzt worden sind,

bei dem langfristig gearbeitet worden ist.

Jetzt gibt es einige Leute, die aktuell in den Medien, in Büchern und wo auch immer sagen: Ihr seid viel zu sehr auf die schwarze Null fixiert. – Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Wann ist denn die richtige Zeit, um einen ausgeglichenen Haushalt zu haben, wenn nicht jetzt?

Im Übrigen haben wir das mit unseren sozialdemokratischen Kollegen im Koalitionsvertrag vereinbart. Wir ziehen das durch, und zwar ohne Steuererhöhungen und ohne neue Steuern. Genau dadurch schaffen wir Vertrauen bei den Menschen. Die Menschen glauben an die Wirtschaftspolitik, wenn man verlässlich handelt, und nicht, wenn man seine Konzepte alle Nase lang wechselt, wie das – das ist der nächste Punkt – auf europäischer Ebene leider viel zu oft der Fall ist. Die Tatsache, dass Deutschland der Stabilitätsanker in Europa ist, weil wir einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, nützt auch den europäischen Nachbarländern. Ich denke, wir haben nicht nur eine Verantwortung in Deutschland, sondern wir haben auch eine Verantwortung gegenüber Europa. Wir werden dieser Verantwortung in den Haushaltsberatungen gerecht werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Außerdem sprachen: Johannes Kahrs (SPD), Susanna Karawanskij (Die Linke), Norbert Barthle (CDU/CSU), Anja Hajduk (Bündnis 90/Die Grünen), Lothar Binding (SPD) sowie Norbert Brackmann, Bartholomäus Kalb und Antje Tillmann (alle CDU/CSU).



leicht  
erklärt!

# Waffen gegen IS

## Ausnahme oder Notwendigkeit?



### Waffen für die Kurden im Nord-Irak?

Die deutsche Regierung hat sich diese Frage gestellt.



Denn:

Im Nord-Irak leben viele Kurden.  
Diese werden bedroht.  
Und sie werden angegriffen.  
Und das von einer Gruppe.

Die Gruppe heißt Islamischer Staat.  
Die Kurz-Form für Islamischer Staat lautet:  
IS.

### Was sind Kurden?

Kurden sind eine Volks-Gruppe.  
Kurden haben kein eigenes Land.  
Kurden leben im Irak.  
Aber auch



- in der Türkei,
- im Iran,
- und in Syrien.

Die Kurden haben im Norden vom Irak ein Gebiet.

Über das Gebiet entscheiden sie ziemlich alleine.  
Deshalb nennt man das Gebiet autonom.

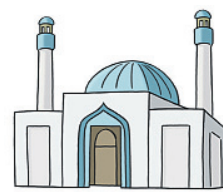
### IS greift Kurden an

Die Menschen von der Gruppe „Islamischer Staat“ wollen die Kurden vertreiben.  
Oder sogar ausrotten.  
Das heißt:  
Sie wollen alle Kurden töten.



Denn sie finden:

Die Kurden leben ihre Religion falsch aus.  
Die Religion ist der Islam.  
Das ist auch die Religion von IS.  
Sie leben die Religion aber viel strenger.



Die Gruppe IS nutzt die Religion aus.  
Sie begründet damit ihre brutalen Handlungen.  
Handlungen gegen Leute, die anders glauben.



Warum machen sie das?  
Sie möchten mehr Land und mehr  
Macht für sich haben.

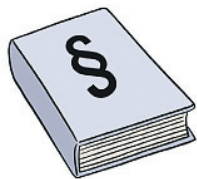
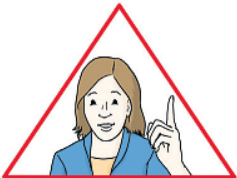
Denn:  
Sie möchten einen Staat gründen.  
Deshalb haben sie viele Gebiete  
erobert.  
Und das mit Gewalt.  
Dabei sind viele Menschen getötet  
worden.  
Und das auf eine sehr grausame Art  
und Weise.



**Die Regierung von Deutschland hat  
nun etwas überlegt**

Soll Deutschland Waffen schicken?  
Und zwar an die Kurden?

Eigentlich wurde früher einmal  
beschlossen:  
Es werden keine Waffen geliefert.  
Und zwar in Gebiete, wo es gerade  
eine Krise gibt.  
Das heißt:  
Gebiete, in denen sich Menschen  
bekämpfen.



Das wurde in einem Gesetz  
festgeschrieben.  
Das Gesetz heißt:  
Kriegs-Waffen-Kontroll-Gesetz.

**Die Regierung macht aber eine  
Ausnahme**

Sie hat beschlossen:  
Es werden Waffen geschickt.  
Und zwar Waffen von der Bundes-  
Wehr.  
Die Bundes-Wehr ist die Armee von  
Deutschland.

Das war am Sonntag vor einer  
Woche.

**Diese Dinge werden geschickt:**

- 5 Hundert Raketen  
(Sie können einen Panzer abwehren.  
Panzer sind große und massive  
Fahrzeuge.  
Sie werden im Krieg benutzt.)



- 16 Tausend Sturm-Gewehre
- 8 Tausend Pistolen
- über 2 Hundert Panzer-Fäuste
- 40 Maschinen-Gewehre
- 10 Tausend Hand-Granaten
- sehr viel Munition
- und Fahrzeuge

Mit diesen Sachen können 4 Tausend  
Soldaten gut ausgerüstet werden.  
Es sind Soldaten von einer Gruppe.  
Die Gruppe heißt „Peshmerga“.  
Einige von ihnen sollen auch  
ausgebildet werden.  
Und zwar in Deutschland.



Werden auch deutsche Soldaten  
geschickt?  
Das schließt die Regierung von  
Deutschland absolut aus.



Sie schickt aber auch viel Geld:  
50 Millionen Euro.  
Das Geld soll für die Menschen sein.  
Die Menschen, die Hilfe brauchen.

Das werden bald immer mehr  
Menschen sein.  
Und zwar, wenn IS weiter macht.  
Außerdem kommt bald der Winter.  
Dann brauchen viele Menschen eine  
Unterkunft.  
Menschen, die bisher schon vor IS  
geflohen sind.



Viele Menschen werden dann nach  
Deutschland flüchten.  
Dort wird ihnen geholfen.



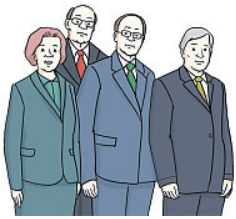
Die Regierung von Deutschland  
möchte aber auch erreichen:  
Die Leute sollen in ihrem Land  
bleiben können.





## Was sagt der Bundes-Tag zur Entscheidung?

Die Hilfe für die Kurden wurde am Montag vor einer Woche besprochen. Und zwar im Bundes-Tag.



Der Bundes-Tag besteht aus vielen Abgeordneten. Sie haben darüber abgestimmt. Die meisten Abgeordneten stimmten für die Waffen-Lieferung.



## Manche Abgeordnete sind dagegen

Auch viele Abgeordneten von der Partei „Bündnis 90/Die Grünen“.

Unter anderem deshalb:  
Die Waffen fallen vielleicht in falsche Hände.

Das heißt:  
In die Hände von IS-Kämpfern.  
Anton Hofreiter ist der Chef von den „Grünen“.  
Und das im Bundes-Tag.  
Er sagt:  
Das ist in der Vergangenheit schon ein paar Mal passiert.  
Und zwar mit Waffen von Amerika.

## Das Risiko klein halten

Angela Merkel ist die Bundes-Kanzlerin von Deutschland. Damit ist sie die Chefin von der Regierung.

Sie versteht die Angst.  
Sie findet:  
Es gibt tatsächlich ein Risiko.  
Und zwar, dass die Waffen verloren gehen.



Sie sagt aber auch:  
Wir müssen trotzdem helfen.  
Denn:  
IS ist sehr brutal.

Und das vor allem gegen Menschen, die einen anderen Glauben haben.



Frank-Walter Steinmeier ist auch in der Regierung.  
Er ist der Außen-Minister von Deutschland.  
Er sagt:  
Das Risiko soll klein gehalten werden.  
Und zwar so:  
Es soll kein Lager mit Waffen angelegt werden.  
Und das im Gebiet von den Kurden.

Deshalb sind schon 6 Soldaten dort.  
Es sind Soldaten von der Bundes-Wehr.  
Sie sollen die Waffen verteilen.



Die Politiker von der Regierung sagen auch:

IS muss jetzt aufgehalten werden. Sonst können Nachbarländer vom Irak Ärger bekommen. Zum Beispiel die Türkei.  
Das wirkt sich dann auch auf Europa aus.  
Und damit auch auf Deutschland.

Denn:  
Wenn IS ein eigenes Gebiet schaffen kann, dann werden sie immer stärker.  
Viele Länder in Europa müssen dann helfen.  
Oder sie werden sogar angegriffen.



Merkel hat auch betont:  
IS hat auch schon viele Mitglieder aus Deutschland.  
Diese Menschen kämpfen auch für IS.  
Man kann daran sehen:  
IS hat schon einen großen Einfluss.  
Das muss schnell aufhören.

## Noch mehr Bedenken

Auch Abgeordnete von anderen Parteien sind gegen die Lieferung. Zum Beispiel von „Die Linke“.  
Sie fordern:  
Man sollte lieber Bank-Konten sperren.  
Die Bank-Konten von Leuten, die IS unterstützen.



Das sind wohl vor allem Leute aus

- Katar,
- Saudi-Arabien,
- und der Türkei.

Das finden viele von den „Grünen“. Aber auch Gregor Gysi. Er ist der Chef von der „Linken“. Und das im Bundes-Tag



Gysi findet auch:  
Die Regierung sollte sich vorher absichern.  
Und zwar im Sicherheits-Rat von den Vereinten Nationen.

### Was sind die Vereinten Nationen?

Die Vereinten Nationen sind eine Gemeinschaft.  
In dieser Gemeinschaft sind viele Länder.  
Es sind 192 Länder.



Deutschland gehört auch zu dieser Gemeinschaft.  
Die Gemeinschaft legt wichtige Gesetze fest.  
Sie haben dieses Ziel:  
Es soll allen Menschen gut gehen.

Die Vereinten Nationen haben einen Sicherheits-Rat.  
Im Sicherheitsrat sitzen manche Länder immer dabei.  
Das sind

- Frankreich,
- Russland,
- Amerika,
- China,
- und Groß-Britannien.



Die anderen Mitglieder vom Rat werden gewählt.

Sie sind also mal dabei und mal nicht.  
Und das für eine gewisse Zeit.  
Dazu gehört auch Deutschland.

Die Aufgabe vom Sicherheits-Rat ist:  
Für den Frieden in der Welt sorgen.

Gysi findet:  
Man sollte vorher mit dem Sicherheits-Rat sprechen.  
Er sagt:  
Die deutsche Regierung handelt einfach alleine.  
Das findet er schlecht.



Merkel hat darauf gesagt:  
Die UN hat vorher schon einmal etwas beschlossen.  
Laut dem Beschluss gehen die Lieferungen in Ordnung.



Es gibt also viele unterschiedliche Meinungen, wie man helfen sollte.  
Alle sind sich aber einig:  
Es muss etwas getan werden.

Weitere Informationen in leichter Sprache gibt es unter:



[www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

### Impressum

Dieser Text wurde in leichte Sprache übersetzt von:



**Nachrichten Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Die Bilder sind von Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, 2013  
©Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung Bremen e.V.

Titel-Bild: © Deutscher Bundestag  
Marc-Steffen Unger